

Universität
Rostock



Traditio et Innovatio

Martin Koschkar/Christopher Scheele (Hrsg.)

Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler

Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung

Heft 31

Universität Rostock
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften
2011

HERAUSGEBER: Universität Rostock,
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften

REDAKTION: Prof. Dr. Yves Bizeul
Prof. Dr. Jakob Rösel
Prof. Dr. Nikolaus Werz

LEKTORAT UND
DRUCKVORLAGE: Timm Flügge
Eva-Maria Guhl
Jan Müller
Christian Nestler

CIP-KURZTTITELAUFNahme: Martin Koschkar/Christopher Scheele: Die Landtags-
wahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011 – Die Parteien
im Wahlkampf und ihre Wähler.
– Rostock, Univ., Inst. für Politik- und Verwaltungswis-
senschaften, 2011. – 144 S. – (Rostocker Information zu
Politik und Verwaltung; 31)

ISSN 0947-3025
ISBN 978-3-940835-30-7

©Universität Rostock, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, 18051 Rostock
Jede Form der Weitergabe oder Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Herausgebers.

BEZUGSMÖGLICHKEITEN: Universität Rostock
Universitätsbibliothek, Schriftentausch, 18051 Rostock
Tel.: +49-381-498-86 37
Fax: +49-381-498-86 32
E-Mail: maria.schumacher@uni-rostock.de

Universität Rostock
Wirtschaft- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften
Ulmenstr. 69, 18057 Rostock
Tel.: (0381) 498-44 44
Fax: (0381) 498-44 45

DRUCK: ODR GmbH, Rostock

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
----------------------	---

TEIL I: ÜBERBLICK

Martin Koschkar

Mecklenburg-Vorpommern im Wahljahr 2011 – Ausgangslage und Rahmenbedingungen der sechsten Landtagswahl	8
---	---

Steffen Schoon

Die Landtagswahl 2011 in Mecklenburg-Vorpommern – regionale und soziale Struktur- muster des Wählerverhaltens	18
--	----

TEIL II: PARTEIENARTIKEL

Timm Flügge/Benjamin Hein

„Gut, wie das Land“ – Die SPD	34
--	----

Philipp Huchel/Stefan Rausch

Verlieren um zu bleiben – Die CDU	43
--	----

Michael Maser/Christopher Scheele

Letzte Chance: Modernisierung – Die LINKE	55
--	----

Michael Koch/André Olbrich

Jetzt oder nie! – Bündnis 90/Die Grünen	67
--	----

Gudrun Heinrich

Kernwählerschaft mobilisiert – Die NPD	77
---	----

Othmara Glas

Nicht mehr im Landtag vertreten – Die FDP 90

Maria Bischoff/Christian Nestler

Die Kleinstparteien und Einzelbewerber 100

TEIL III: DIE KOMMUNALE EBENE

Maximilian Heinz/Sebastian Poling/Anne Schwartz/Martin Warning

Die Kreisgebietsreform 2011 112

Christopher Scheele

Die Kommunal- und Direktwahlen 2011 in Mecklenburg-Vorpommern 123

Kartenanhang 135

Die Autoren 139

Publikationen der Arbeitsgruppe 141

Ausgaben der Reihe „Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung“ 143

Vorwort

Die Arbeitsgruppe „Politik und Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern“ legt mit dieser Studie in gewisser Weise eine Jubiläumsschrift vor. Im Jahr 2001 am Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften gegründet, verfolgt die Forschungsgruppe nunmehr im 10. Jahr ihres Bestehens aus wissenschaftlicher Perspektive das politische Geschehen im Nordosten. Zahlreiche Publikationen wurden seither vorgelegt, welche insbesondere die Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern analysieren und dokumentieren. Diese Tradition möchte der vorliegende Band fortsetzen. Insbesondere die Ergebnisse der Studie von 2006 zur fünften Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern sollen dadurch weitergeführt und vergleichbar werden. Um dies zu leisten, folgt diese Publikation dem Aufbau der letzten Landtagswahlstudie und ist dafür in drei Teile gegliedert.

Die Beiträge des ersten Teils liefern einen Überblick über die Entwicklungen des Wahljahres und das Wahlergebnis. Sie bilden die Grundlage des zweiten Teils, in welchem die einzelnen Parteien nach Ausgangslage, Wahlkampf und Wahlergebnis 2011 näher betrachtet werden. Auch die so genannten „Sonstigen“ werden dabei mit eingeschlossen. Im dritten Teil richtet sich der Blick auf die kommunale Ebene mit der Betrachtung der Kommunal- und Direktwahlen 2011 im Spiegel der von der Landesregierung umgesetzten Kreisgebietsreform. Hier unterscheidet sich die Studie im Aufbau von der Vorherigen, schließt aber dennoch an frühere Arbeiten der Forschungsgruppe an, indem die Ergebnisse der Untersuchungen von 2009, 2004 und 2001 zu Kommunal- und Direktwahlen fortgeführt werden.

An der Arbeitsgruppe beteiligen sich Mitarbeiter, Absolventen und Studierende des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften. Letztere werden dadurch schon während des Studiums an die Forschung herangeführt. Ohne Ihre Mitarbeit wäre eine Studie in diesem Umfang nicht möglich gewesen. Ihnen gilt somit neben den anderen Autoren ein besonderer Dank. Weiterhin möchten sich die Herausgeber bei Prof. Dr. Nikolaus Werz, dem Leiter der Arbeitsgruppe, für die fortwährende Unterstützung und fachliche Beratung bedanken. Die inhaltlichen Impulse von Dr. Conchita Hübner-Oberndörfer und Lars Bauer sowie die organisatorische Hilfe von Manuel Paulus haben zum erfolgreichen Gelingen beigetragen. Zudem wäre ohne die Endredaktion von Christian Nestler, Stefan Altkrüger, Eva-Maria Guhl und Jan Müller eine Drucklegung in diesem Umfang nicht möglich gewesen. Allen sei hier noch einmal herzlich gedankt.

Martin Koschkar, M.A.

Christopher Scheele, M.A.

Rostock, Oktober 2011

TEIL I: ÜBERBLICK

Mecklenburg-Vorpommern im Wahljahr 2011 – Ausgangslage und Rahmenbedingungen der sechsten Landtagswahl

Martin Koschkar

1 Einleitung – Von Ringstorff zu SELLERING

Die Landtagswahl 2006 ergab neue Erkenntnisse zum tatsächlichen Parteienwettbewerb in Mecklenburg-Vorpommern, da sie – zum ersten Mal seit 1990 – „entkoppelt“ von der Bundestagswahl stattfand.¹ Fünf Parteien schafften 2006 den Sprung in den Schweriner Landtag, unter ihnen erstmals die rechtsextreme NPD. Die neuen Kräfteverhältnisse des Fünf-Parteien-Parlaments führten das Land in die zweite Große Koalition, da eine Fortsetzung der rot-roten Landesregierung mit einer knappen Mehrheit von nur einer Stimme den angestrebten „stabilen Verhältnissen“ eines dritten Kabinetts Ringstorff entgegenstand. „Kontinuität und Wandel“² prägten die Legislaturperiode. Die sozialdemokratische Regierungsführung seit 1998 wurde 2008 mit dem personellen Wechsel in der Staatskanzlei hin zu Ministerpräsident Erwin SELLERING auf eine neue Arbeitsgrundlage gestellt. SELLERING war damit der erste Westdeutsche an der Spitze des Bundeslandes. Dies wurde über die Landesgrenzen hinaus diskutiert. 2011 musste er sich erstmals zur Bestätigung seines eigenen Amtes den WählerInnen stellen.

Zum Jahreswechsel 2010/11 war aufgrund fehlender Umfragen noch nicht abzusehen, welchen Einfluss dieser Wandel auf das Wahljahr haben würde. Vor der Betrachtung des Wahlergebnisses soll an dieser Stelle die strategische Ausgangslage des Parteienwettbewerbs in Mecklenburg-Vorpommern und die Wahrnehmung des Wahlkampfes 2011 in der Bevölkerung analysiert werden: Wie wurde die Leistungsbilanz der Regierungskoalition bewertet? Welche Rahmenbedingungen bestimmten den Wahlkampf und wie wurde dieser bei den WählerInnen aufgenommen?

2 „Unaufgeregt und pragmatisch“ – Eine Bilanz der Großen Koalition

Die Neuaufgabe einer Großen Koalition war 2006 aufgrund der knappen Mehrheitsverhältnisse für ein Bündnis von SPD und Die LINKE notwendig geworden. Die CDU hatte bereits im Wahlkampf eine Polarisierung gegenüber dem potenziellen sozialdemokratischen Koalitionspartner vermieden und strategisch eine „vorsichtige Annäherung statt Konfrontation“³ betrieben. Die Weiterführung der seit 1998 regierenden rot-roten Koalition unter Harald Ringstorff war nicht unbeliebt. Ihre Fortsetzung scheiterte letztlich an der Gefahr einer instabilen Mehrheit und den Befürchtungen eines „Heide-Simonis-Effektes“ aufgrund des Einflusses fundamentalerer

¹ Vgl. Steffen Schoon/Nikolaus Werz (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2006.

² „Von einer Entwicklungsregion zur Zukunftsregion in Europa – Mecklenburg-Vorpommern zwischen Kontinuität und Wandel“ – Regierungserklärung von Harald Ringstorff vom 31.01.2007, abrufbar unter: http://www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal_prod/Regierungsportal/de/stk/Der_Ministerpraesident/Regierungserklaerung/index.jsp (Stand: 25.09.2011).

³ Nikolaus Werz/Steffen Schoon, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 17. September 2006: Ein halber Regierungswechsel und das Ende des Dreiparteiensystems, in: ZParl, 1 (2007). S. 67-83. S. 69f.

Positionen in den Reihen von Die LINKE.⁴ Die Große Koalition startete 2006 als „Koalition auf Augenhöhe“ mit vier unions- und vier sozialdemokratisch geführten Ministerien. Ihre Leistungsbilanz von 2006 bis 2011 wurde aus verschiedenen Perspektiven positiv bewertet. Sowohl die Koalitionspartner als auch die Bevölkerung stellten der Landesregierung zum Ende der Legislatur ein gutes Zeugnis aus: Eine unaufgeregte Regierungszusammenarbeit für ein unaufgeregtes Bundesland. Die Arbeit wurde in fünf Jahren von keinem größeren Streit, keiner Krise und keiner Affäre überschattet. Diese „partnerschaftliche Zusammenarbeit“ bildete somit auch einen enormen Kontrast zur ersten Großen Koalition unter Berndt Seite von 1994 bis 1998.⁵

Im Frühjahr 2011 präsentierte die Landesregierung ihre Arbeitsbilanz. In einem 50-Punkte-Papier wurden Erfolge beschrieben und zukünftige Herausforderungen festgehalten. Die Arbeitsmarktpolitik bleibt eine solche Aufgabe. Neue Arbeitsplätze werden in der Bevölkerung weiterhin als zentrales Problem der Landespolitik herausgestellt.⁶ Dennoch haben sich in den letzten fünf Jahren die ökonomischen Rahmendaten verbessert. Die Arbeitslosenquote wurde seit 2006 von über 20 auf 11,9 Prozent gesenkt.⁷ Sie verbleibt damit zwar im bundesdeutschen Vergleich auf sehr hohem Niveau, dennoch entstanden – trotz Werftenkrise 2009 – durch Wachstum in verschiedenen Branchen neue Arbeitsplätze und die Arbeitslosenzahl wurde auf den niedrigsten Stand seit 1990 verringert. Die Arbeit der Landesregierung hat dazu einen Beitrag geleistet. Der Bereich der Erneuerbaren Energien soll bei der Fortsetzung dieser Entwicklung in Zukunft eine besondere Rolle spielen.⁸ Als weitere Erfolge wurden der Ausbau der Infrastruktur, die Verbesserung der Kinderbetreuung, die zukünftige Kreisstruktur und die Haushaltspolitik herausgestellt.⁹

Die Finanzpolitik trat 2011 noch einmal in den Mittelpunkt. Mecklenburg-Vorpommern ging „geräuschlos“ mit einem ausgeglichenen Haushalt durch die Wirtschafts- und Finanzkrise.¹⁰ Zur Sicherung dieser Entwicklung wurde kurz vor Ende der Sitzungsperiode des Landtages die sogenannte „Schuldenbremse“ in die Landesverfassung aufgenommen.¹¹ Der Weg für eine „Zukunft aus eigener Kraft“¹² – wie es Erwin Sellering in seiner Regierungserklärung beschrieb – soll vor dem Hintergrund auslaufender Solidarpaktmittel und EU-Förderungen unterstützt werden.

Im August sprach dann das Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern noch ein eigenes „Urteil über die Koalition“,¹³ indem die Klagen gegen den zweiten Anlauf der Kreisgebietsreform abgewiesen wurden. Ein zentrales Reformprojekt unter Federführung des Unions-Innenministers Lorenz Caffier wurde somit unmittelbar vor der Wahl aus Sicht der Landesregierung erfolgreich zu Ende gebracht. Verschiedene Landkreise und kreisfreie Städte hatten gegen die Reform geklagt, und auch in der Bevölkerung wurde die Neustrukturierung des Landes, wel-

⁴ Ebd. S. 81.

⁵ Frank Pergande, „Die SPD kann wählen, die CDU nicht“, in: FAZ, 18.07.2011.

⁶ Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011 WahlREPORT, Berlin 2011. S. 23.

⁷ Axel Meyer/Iris Leithold, „Mehr Jobs, aber höhere Arbeitslosigkeit in MV“, in: OZ, 01.07.2011.

⁸ Bilanz der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern für die 5. Wahlperiode 2006-2011, abrufbar unter: http://www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal_prod/Regierungsportal/de/stk/_Service/Publicationen/index.jsp?&publikid=3523 (Stand: 28.09.2011), vgl. die Idee eines „Energie-Ministeriums“ bei Udo Reißerweber, Mit viel Energie in den Wahlkampf, in: SVZ, 03.03.2011.

⁹ Max-Stefan Koslik, „Rot-schwarze Bilanz mit Wenn und Aber“, in: SVZ, 11.05.2011.

¹⁰ Frank Pergande, „Die SPD kann wählen, die CDU nicht“, in: FAZ, 18.07.2011.

¹¹ Jörg Köpke, „Landtag bremst Schulden aus“, in: OZ, 29.06.2011.

¹² „Mecklenburg-Vorpommern – sozial gerecht und wirtschaftlich stark!“ – Regierungserklärung von Erwin Sellering vom 21.10.2008, abrufbar unter: http://www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal_prod/Regierungsportal/de/stk/Der_Ministerpraesident/Regierungserklaerung/index.jsp (Stand: 28.09.2011).

¹³ Frank Pergande, „Die SPD kann wählen, die CDU nicht“, in: FAZ, 18.07.2011.

che die Regierung als notwendig ansieht, lange Zeit skeptisch beurteilt.¹⁴ Der Innenminister war sich dieser Aufgabe und der „Politik mit wenig Sympathiepunkten“¹⁵ bewusst.

Die Leistungsbilanz der Landesregierung wurde von Seiten der Oppositionsparteien im Landtag bisweilen kritisiert.¹⁶ Insgesamt wurde jedoch das positive Fazit der Koalitionspartner von einer Mehrheit in der Bevölkerung geteilt. Mit 55 Prozent war die Regierungszufriedenheit 2011 in der Gesamtbevölkerung sehr deutlich ausgeprägt. Die Große Koalition konnte damit den besten Wert einer Landesregierung verzeichnen, der je in Mecklenburg-Vorpommern erhoben wurde, und setzte sich um fast 20 Prozentpunkte von der Wahrnehmung der Bilanz der rot-roten Regierung aus dem Jahr 2006 ab. Damals zeigten sich gerade einmal 36 Prozent der Bevölkerung mit der Arbeit der Landesregierung zufrieden.¹⁷ Bei den einzelnen Politikfeldern wurde 2011 die Verkehrspolitik besonders positiv beurteilt, aber auch im Bereich der Wirtschafts- und Bildungspolitik zeigte sich im Vergleich zu 2006 eine verbesserte Rezeption.¹⁸ Die hohe Regierungszufriedenheit schlug sich in der Meinungsforschung vor der Wahl auch bei der Frage nach der zukünftigen Gestalt der Landesregierung nieder. Die Fortführung der SPD-geführten Großen Koalition wurde nicht nur bei den ParteianhängerInnen der Regierungskoalition, sondern auch in der Gesamtbevölkerung als „Wunschkoalition“ bestätigt. Die Neuauflage einer rot-roten Landesregierung fand deutlich weniger Zuspruch. Sie lag in den Umfragen mit der Variante einer Regierungskoalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen gleichauf.¹⁹ Dass die SPD sich vor der Wahl nicht auf eine Koalitionsaussage festlegte, kann – trotz der Präferenzen innerhalb der Bevölkerung – mit der strategischen Position im Parteienwettbewerb des Landes begründet werden.

3 Die „Mittellage“ der SPD – Rahmenbedingungen des Wahlkampfes 2011

Die Rahmenbedingungen des Wahlkampfes 2011 wurden von drei Aspekten geprägt: Der Wettbewerbsstruktur im typischen „ostdeutschen Parteiensystem“, dem Bundestrend und der Konstellation eines Wahlkampfes aus einer Großen Koalition heraus. Letzteres wurde bereits 2009 im Rahmen des Bundestagswahlkampfes beobachtet und im Sinne eines reduzierten Parteienwettbewerbs durch die geringe Polarisierung der beiden großen Volksparteien CDU und SPD analysiert.²⁰ Die positive Darstellung der Regierungsarbeit der vergangenen Legislaturperiode wurde auch im Wahlkampf von beiden Koalitionspartnern getragen. Einseitig negative Interpretationen der Leistungsbilanz wären in diesem Zusammenhang nur schwer mit politischer Glaubwürdigkeit

¹⁴ Die Entscheidung fiel denkbar knapp aus. Das Landesverfassungsgericht sprach das Urteil mit vier zu drei Richterstimmen, vgl. Frank Pergande, Weite Kreise in einem weiten Land, in: FAZ, 19.08.2011.

¹⁵ Rede von Lorenz Caffier auf der Landesvertreterversammlung der CDU in Güstrow am 22. Januar 2011. Neben der Kreisgebietsreform war der Innenminister auch für die Sicherheit im Rahmen des G8-Gipfels 2007 verantwortlich, welcher ähnlich kritisch gesehen wurde, vgl. Udo Reußenweber, „Da profitiert SELLER von uns“ – Interview mit Lorenz Caffier, in: Nordkurier, 21.05.2011.

¹⁶ Frank Pfaff, „Große Koalition mit ihrer Arbeit zufrieden“, in: OZ, 11.05.2011.

¹⁷ Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011 WahlREPORT, Berlin 2011. S. 24.

¹⁸ Projekte waren hierbei der Bau der Rügenbrücke und die Anbindung der Autobahnen des Landes (A 14 und A 20), für die Beurteilung vgl. ebenda. S. 25.

¹⁹ Infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTREND August III, Berlin 2011. S. 5ff, unmittelbar vor der Wahl lag die Option einer rot-roten Regierung sogar nur auf dem 3. Platz, vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011 WahlREPORT, Berlin 2011. S. 35.

²⁰ Andreas Blätte, Reduzierter Parteienwettbewerb durch kalkulierte Demobilisierung, in: Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2009, Wiesbaden 2010. S. 273-297.

zu vertreten gewesen. Eine mangelnde Polarisierung – bisweilen auch als „Kuschelwahlkampf“ umschrieben – war in Mecklenburg-Vorpommern erwartet worden. Aus der guten Zusammenarbeit der Landesregierung heraus, so Wirtschaftsminister Jürgen Seidel (CDU), müsse man „sich jetzt nicht verbiegen und öffentlichkeitswirksam auf den Koalitionspartner einschlagen.“²¹ Trotz der guten Zusammenarbeit und der wenigen Streitthemen²² konnte zumindest ein gewisser Disput um den Anteil an der positiven Regierungsbilanz zwischen SPD und CDU erwartet werden.

Die eigentliche Frontstellung des Wahlkampfes wurde durch die Wettbewerbsstruktur im „ostdeutschen Parteiensystem“ definiert. Im Gegensatz zu westdeutschen Bundesländern ist in Ostdeutschland eine starke Die LINKE in potenziellen Mehrheitskonstellationen stets zu berücksichtigen und als Koalitionsoption einzukalkulieren. Die Neuaufgabe eines rot-roten Regierungsbündnisses wurde von Seiten der SPD vor der Wahl nicht ausgeschlossen.²³ Seit der „Entzauberung“²⁴ durch die Regierungsbeteiligung von 1998 bis 2006 kann Die LINKE bei Landtagswahlen die Majoritätsposition der SPD im Zweitstimmenergebnis jedoch nicht gefährden. Sie nimmt bei Landtagswahlen – im Unterschied zu anderen ostdeutschen Bundesländern – nach den SozialdemokratInnen und der CDU nur den dritten Platz bei den Kräfteverhältnissen der drei „ostdeutschen Volksparteien“²⁵ ein. Dadurch befindet sich die SPD in einer koalitionsstrategisch günstigen „Mittellage“. Sie kann bei Landtagswahlen zwischen zwei Koalitionsoptionen wählen. Dieser strategische Vorteil wird dadurch verstärkt, dass der CDU, als zweitstärkster Kraft des Parteienwettbewerbs in Mecklenburg-Vorpommern, der Koalitionspartner im so genannten „bürgerlichen Lager“ fehlt. Die Option einer schwarz-gelben Regierungskoalition von CDU und FDP spielt in der Bevölkerung auf Landesebene auch im Rahmen einer eventuell kalkulierten „Lagerwahl“ keine Rolle.²⁶ Die Frontstellung eines Wahlkampfes liegt in dieser Parteienkonstellation primär bei den „Juniorpartnern“ einer sozialdemokratisch geführten Regierungskoalition. So polarisierte sich der Wahlkampf 2011 auch vor allem zwischen Die LINKE und der CDU.

Ob die beschriebene Konstellation von SPD, CDU und Die LINKE in Mecklenburg-Vorpommern auch im Wahljahr den tatsächlichen Kräfteverhältnissen der Parteien entsprechen würde, war jedoch zum Jahreswechsel 2010/11 noch nicht abzusehen. Ein negativer Einfluss des personellen Wechsels an der Spitze der Landesregierung im Herbst 2008 konnte mit Blick auf Umfragewerte und Wahlergebnisse der SPD durchaus erwartet werden (Tab. 1). Die Amtsübergabe innerhalb einer Legislaturperiode ist für die regierende Partei nicht ohne Risiko.²⁷ Die Integrationskraft des ostdeutschen Landesvaters Ringstorff war lange Zeit ein entscheidender Faktor

²¹ So eine Aussage des Wirtschaftsministers Jürgen Seidel (CDU), vgl. Lars-Broder Keil, „Wir wollen Stromexporteur werden“ – Interview mit Jürgen Seidel, in: Die Welt, 09.08.2011.

²² Vgl. Frank Pergande, „Versandete Debatten“, in: FAZ, 08.06.2011.

²³ Dies trotz Problemen der Außendarstellung der Partei Die LINKE. So z. B. im Zusammenhang mit der Debatte um den Mauerbau beim Landesparteitag am 13. August 2011 in Rostock oder dem Glückwunsch-Telegramm der Bundesvorsitzenden an Fidel Castro, vgl. Jochen Gaugele/Karsten Kammholz, „Keine Regierung darf ihr Volk einmauern“ – Interview mit Erwin SELLER, in: Hamburger Abendblatt, 12.08.2011.

²⁴ Steffen Schoon, Wählerverhalten und Strukturmuster des Parteienwettbewerbs in Mecklenburg-Vorpommern nach der Landtagswahl 2006, in: Steffen Schoon/Nikolaus Werz, Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2006. S. 9-20. S. 10.

²⁵ Zum Selbstverständnis als Volkspartei vgl.: Karin Koslik/Torsten Roth, „Wir wollen in die Regierung zurück“ – Interview mit Helmut Holter, in: SVZ, 12.08.2011.

²⁶ Trotz der Ambitionen der FPD dieses Ziel zu erreichen, vgl.: Frank Pergande, „Auszug aus dem Schloss“, in: FAZ, 06.04.2011.

²⁷ Peer Steinbrück (SPD) in Nordrhein-Westfalen und Stefan Mappus (CDU) in Baden-Württemberg sind prominente Beispiele.

für die SPD und wurde ebenfalls von politischen Gegnern honoriert.²⁸ Ob Erwin Sellering – auch trotz seiner westdeutschen Herkunft – eine ähnliche Integrationskraft entwickeln könnte, war zunächst fraglich.

Tab. 1: Wahlergebnisse und Umfragen* in Mecklenburg-Vorpommern seit 2006

Vergleichsdaten 2006-2011	SPD	CDU	Die LINKE	FDP	Grüne	NPD	WB
Landtagswahl 2006	30,2	28,8	16,8	9,6	3,4	7,3	59,1
Umfrage Januar 2009	27,0	30,0	23,0	11,0	3,0	4,0	-
Umfrage Mai 2009	25,0	32,0	22,0	10,0	5,0	4,0	-
Kommunalwahl 2009	19,3	31,8	21,6	8,7	5,0	3,2	46,6
Europawahl 2009	16,7	32,3	23,5	7,6	5,5	-	46,6
Bundestagswahl 2009	16,6	33,1	29,0	9,8	5,5	3,3	63,0

Quellen: Angaben in Prozent, eigene Darstellung nach Infratest dimap (Hrsg.): Mecklenburg-VorpommernTREND Mai 2009, Berlin 2009; Angaben des Statistischen Amtes Mecklenburg-Vorpommern; www.wahlrecht.de (Stand: 30.09.2011). *: Umfragen nach dem Wechsel an der Spitze der Landesregierung bis 2011.

Die SPD konnte ihr Profil seit 2008 jedoch schärfen. Dabei ging sie bei bestimmten Themen auf Distanz zur Bundesebene.²⁹ Erwin Sellering schien hierbei „nicht frei von Populismus“.³⁰ Explizit die vom Ministerpräsidenten entfachte Debatte um den „Unrechtsstaats“-Begriff als Bezeichnung der DDR sorgte für mediale Aufmerksamkeit.³¹ Die Aussagen des Ministerpräsidenten führten zu Kritik von verschiedenen Seiten. Sellering habe ein „rosarotes DDR-Bild“,³² er gäbe den „Ossi-Versteher“³³ und biedere sich bei der Bevölkerung an.³⁴ Der Ministerpräsident verteidigte seine Aussagen auch im Wahljahr und unterstrich seine Rolle als Landesvater: „Als ein Ministerpräsident eines ostdeutschen Bundeslandes, der aus dem Westen stammt, kämpfe ich dafür, dass die Menschen hier nicht mit einem überheblichen Blick von oben herab bedacht werden. [...] Dazu gehört auch, dass ich als jemand, der nicht in der DDR gelebt hat, sehr vorsichtig bin mit rigorosen moralischen Urteilen“.³⁵

Dass der Kurs unter Erwin Sellering der SPD nicht geschadet hatte, bestätigten die ersten Umfragen im Frühjahr 2011. Sie zeigten ebenfalls keinen grundlegenden Wandel in der Wettbewerbsstruktur und den Kräfteverhältnissen. Ein Einbruch der SPD fand nicht statt. Sie blieb in den Umfragen des Wahljahres konstant über ihrem Ergebnis von 2006 und distanzierte die CDU und sehr deutlich auch Die LINKE (Tab. 2). Die strategisch günstige Mittellage blieb gewahrt. Die Werte für Bündnis 90/Die Grünen, welche kontinuierlich über der, für die Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft psychologisch wichtigen, Fünf-Prozent-Hürde lagen, eröffneten kurzzei-

²⁸ Harald Ringstorff als das „personifizierte Mecklenburg-Vorpommern“, vgl. Frank Pfaff, „Auf leisen Sohlen aus dem Landtag“, in: SVZ, 27.06.2011.

²⁹ Zum Beispiel bei Debatten um die Schuldenbremse im Grundgesetz oder den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, vgl.: Karsten Kammholz/Nina Paulsen: Bremsklotz Bundes-SPD, in: Hamburger-Abendblatt, 14.04.2011.

³⁰ Frank Pergande, „Versandete Debatten“, in: FAZ, 08.06.2011.

³¹ Bezugnehmend auf ein Interview mit Erwin Sellering in der FAS, vgl. hierzu online: Frank Pergande/Markus Wehner: „DDR war kein totaler Unrechtsstaat“ – Gespräch mit Erwin Sellering, 22.03.2009. Auszug unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/in-land/erwin-sellerling-im-gespraech-ddr-war-kein-totaler-unrechtsstaat-1924072.html> (Stand: 30.09.2011).

³² Zitat nach Michael Roofl (FDP), vgl. Andreas Frost, „Kritik an Sellerings Abwesenheit“, in: SVZ, 09.08.2011.

³³ Annette Meiritz, Der Ossi-Versteher, auf: spiegelonline, 18.08.2011, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,779505,00.html> (Stand: 28.09.2011).

³⁴ Karsten Kammholz/Egbert Niessler, „Zweite Chance nur bei Einsicht“ – Interview mit Roland Jahn, in: Hamburger Abendblatt, 06.08.2011.

³⁵ Andreas Frost/Matthias Meisner/Matthias Schlegel, „Ich bin vorsichtig mit moralischen Urteilen“ – Interview mit Erwin Sellering, in: Tagesspiegel, 30.07.2011.

tig sogar noch die Option einer dritten Koalitionsmöglichkeit. Die Umfragewerte wurden dabei auch vom Bundestrend geprägt, der für die kleineren Parteien ein zentraler Faktor für Wahlerfolge in Mecklenburg-Vorpommern bleibt. Insbesondere die FDP hatte 2011 damit zu kämpfen.

Tab. 2: Umfragen im Wahljahr 2011

Zeitpunkt Umfrage	SPD	CDU	Die LINKE	FDP	Grüne	NPD	Institut
Januar	32,0	29,0	15,0	6,0	8,0	5,0	Forsa
März	34,0	29,0	17,0	5,0	6,0	4,0	Emnid
April	34,0	27,0	20,0	3,0	10,0	3,0	Infratest dimap
Juni	34,0	30,0	17,0	4,0	8,0	4,0	Infratest dimap
August I	34,0	30,0	18,0	3,0	8,0	4,0	Infratest dimap
August II	34,0	29,0	19,0	3,0	7,0	4,0	Emnid
August III	34,0	28,0	19,0	4,0	7,0	4,0	Emnid
August IV	37,0	28,0	17,5	3,5	7,0	4,0	Infratest dimap
August V	34,0	27,0	17,0	5,0	7,0	5,0	Forsa
August VI	36,0	26,0	17,0	4,5	8,0	4,5	Infratest dimap
August VII	35,0	28,0	16,5	4,0	8,0	4,5	FG Wahlen

Quelle: Angaben in Prozent, eigene Darstellung, Angaben nach www.wahlrecht.de (Stand: 30.09.2011).

4 „Gut, wie das Land“ oder „C wie Zukunft“ – Wahrnehmung des Wahlkampfes 2011

Die beschriebenen Rahmenbedingungen des Wahljahres prägten das strategische Verhalten der Parteien. Im Wahlkampf spielen die kurzfristigen Faktoren der Personen- und Themenkompetenz eine gewichtige Rolle. Sie sind neben der lang- und mittelfristigen Parteienbindung zentrale Einflussfaktoren auf das Wahlverhalten.³⁶ Die wahlkämpfenden Parteien des Landes wurden stark vom Führungspersonal der Bundesebene unterstützt. Allein Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) trat bei acht Wahlkampfveranstaltungen in Mecklenburg und Vorpommern auf. Insgesamt absolvierte jedoch insbesondere die SPD einen „unklassischen“ Wahlkampf, in dem in weiten Teilen auf Großkundgebungen mit dem Spitzenpersonal der Landes- und Bundesebene verzichtet und vermehrt kleinere Konzepte der Wahlkampfkommunikation bevorzugt wurden.³⁷ Die Kampagnen der Parteien – von „Mit uns“ (Die LINKE) über „SPD. Gut, wie das Land“ (SPD) bis hin zu „C wie Zukunft“ (CDU) – traten nach Ende der Schulsommerferien ab Mitte August in eine kurze, heiße Wahlkampfphase ein. Sie hatten Einfluss auf die Wahrnehmung der politischen Inhalte und des Personals der Parteien.

Die Kompetenzzuschreibung der Parteien in der Bevölkerung ließ ein gestärktes Profil der SPD erkennen. Sie konnte sich im Vergleich zu 2006 in allen zentralen Themenfeldern der Landespolitik weiterentwickeln (Tab. 3). Sie verkörperte in der Wahrnehmung der BürgerInnen sowohl sozialen als auch wirtschaftlichen Sachverstand und konnte damit die positive Leistungsbilanz der Landesregierung für sich reklamieren. Mit klaren Botschaften wurden dabei in der Kampagne die Erfolge des Landes herausgestellt und Perspektiven aufgezeigt.³⁸

Die CDU als „Juniorpartner“ innerhalb der Großen Koalition, schaffte es nicht in der Kompetenzwahrnehmung der Bevölkerung ihren Anteil an der Leistungsbilanz der Regierungskoalition her-

³⁶ Vgl. Karl-Rudolf Korte, *Wahlen in Deutschland*, Bonn 2010, S. 99ff.

³⁷ „SPD will auf Großkundgebungen verzichten“ – Bericht von NDR 1 Radio MV, abrufbar unter: http://www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/landtagswahl_mv_2011/themen/spdwahlkampf101.html (Stand: 01.08.2011).

³⁸ Die Senkung der Arbeitslosigkeit und das Eintreten für Lohnsteigerungen, vgl. den Beitrag von Flüge/Hein in diesem Band.

auszustellen. Die Union verlor auch erstmals die Kompetenzhoheit in „klassischen“ CDU-Politikfeldern wie der Wirtschaftspolitik. Hier lag sie 2006 vor der SPD und auch zu Beginn des Wahljahres konnte noch ein leichter Vorsprung verzeichnet werden.³⁹ Diese Zuschreibung ging jedoch mit fortschreitendem Wahlkampf verloren. Einen Eindruck der Kompetenz erreichte die CDU – auch aufgrund des Innenministers und Spitzenkandidaten Lorenz Caffier – im Themenfeld der inneren Sicherheit, einem Politikfeld, dem jedoch in der Problemwahrnehmung der Bevölkerung keine Priorität zugeschrieben wurde.⁴⁰ Die MinisterInnen der CDU spielten neben dem Spitzenkandidaten im Wahlkampf keine Rolle. Die Erfolge der eigenen Politik, so im Bereich der Arbeitsmarktpolitik durch Wirtschaftsminister Jürgen Seidel, konnten in der recht unspezifischen Kampagne „C wie Zukunft“ nicht thematisiert werden.⁴¹

Die LINKE hatte bei Fragen der „sozialen Gerechtigkeit“ keinen Vorteil gegenüber der SPD. Sie verblieb in der Kompetenzzuschreibung auf dem Niveau von 2006 und verlor nur im Bereich der Familienpolitik an die SPD. Dies dürfte auch mit der aufstrebenden SPD-Sozialministerin Manuela Schwesig zusammenhängen, welche dieses Thema im Land und auf Bundesebene klar vertritt.⁴²

Bündnis 90/Die Grünen verfügten in der Wahrnehmung der Bevölkerung über ein klares Kompetenzprofil bei den „klassischen grünen Themen“ wie Energie- und Umweltpolitik. Dies wurde in der Plakatkampagne aufgegriffen.⁴³ Ihre „Kompetenzschwächen“ im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik wogen insgesamt weniger schwer als 2006, da die ökonomische Problemlage in der Bevölkerung 2011 weniger stark aufgefasst wurde und die Erneuerbaren Energien als Wachstumsbranche thematisiert wurden.⁴⁴

Die FDP konnte in der Zuschreibung der BürgerInnen in keinem Politikfeld ein klares Profil entwickeln. Die Arbeit der liberalen Fraktion im Schweriner Landtag hatte die Außenwahrnehmung anscheinend nicht befördert. Anders als Bündnis 90/Die Grünen verfügten die Liberalen im Nordosten über kein klassisches „Kernthema“, das sie in der Wahrnehmung der Bevölkerung hätten sachpolitisch besetzen können. 2006 waren die Kompetenzzuschreibungen ebenfalls unspezifisch. Damals konnte jedoch vom Bonus der „doppelten Oppositionspartei“ profitiert werden.⁴⁵

Gleichzeitig gab es verschiedene Themenfelder, in denen die Befragten keiner Partei eine Kompetenz zur Problemlösung zuschrieben (Tab. 3. Themenfeld „Abwanderung“) – und dies trotz der direkten Kommunikation im Wahlkampf. Dieser gewisse Grad an „Resignation“ im Zusammenhang mit dem fachlichen Profil der Landesparteien bot populistischen und extremen Ansich-

³⁹ Infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTREND Juni 2011, Berlin 2011. S. 7.

⁴⁰ Anders als zum Beispiel das Thema „Löhne“, welches 2011 erstmals in der Problemwahrnehmung der Bevölkerung evaluiert wurde, vgl.: Infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTREND April 2011, Berlin 2011. S. 6.

⁴¹ Weder in Form eines „Kompetenzteams“ um den Spitzenkandidaten, noch in landesweiten Plakatkampagnen wurde der CDU-Anteil an der Leistungsbilanz der Landesregierung deutlich kommuniziert.

⁴² Christoph Hickmann, „Schlicht schön“, in: Der Spiegel, 09.05.2011.

⁴³ Vgl. den Beitrag von Koch/Olbrich in diesem Band.

⁴⁴ Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011 WahlREPORT, Berlin 2011. S. 23.

⁴⁵ Sowohl in Bund und Land wurde die FDP 2006 als Oppositionskraft wahrgenommen. Bei der Landtagswahl 2006 führte dies zu einem überraschendem Ergebnis für eine „demokratische Protestpartei“; vgl. Steffen Schoon, in: Steffen Schoon/Nikolaus Werz, Rostock 2006. S. 9-20. S. 11.

ten eine Angriffsfläche und konnte auch Protestwahlverhalten fördern. Die NPD griff etwa in ihrem Wahlwerbespot das Problem der „Abwanderung“ auf.⁴⁶

Tab. 3: Kompetenzzuschreibungen der Parteien 2011 im Vergleich zu 2006

Themenfeld	SPD	CDU	Die LINKE	Grüne	FDP	Keiner/weiß nicht
Wirtschaft	36 (+3)	33 (-5)	5 (+1)	2 (+1)	2 (-2)	19 (+1)
Arbeitsplätze	35 (+6)	25 (-8)	7 (+3)	3 (+2)	3 (-2)	23 (-3)
Soziale Gerechtigkeit	43 (+9)	10 (-7)	22 (-1)	3 (+1)	1 (-4)	16 (-1)
Bildung	39 (+10)	15 (-10)	17 (+1)	4 (+1)	3 (-4)	18 (+/-0)
Abwanderung	28 (+6)	17 (-9)	7 (+3)	2 (+1)	1 (-2)	39 (+/-0)
Familie/Kinder	41 (+13)	17 (-6)	17 (-6)	6 (+2)	3 (-3)	12 (-1)
Löhne*	33	14	21	2	2	24
Energiepolitik*	24	18	4	31	1	20
Umwelt	19 (+2)	11 (-3)	5 (-3)	48 (+2)	2 (+/-0)	15 (+3)

Quelle: Angaben in Prozent, eigene Darstellung nach Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011 WahlREPORT, Berlin 2011. S. 26; Zahl in Klammern: Veränderung zu 2006; *: 2011 erstmals abgefragt.

Bei der Einschätzung des politischen Personals führte ebenfalls die SPD. Der amtierende Ministerpräsident Erwin Sellering konnte bei den BürgerInnen mit seiner Arbeit überzeugen (Tab. 4). Er hatte es geschafft, innerhalb von drei Jahren in die Rolle des „Landesvaters“ hineinzuwachsen und überflügelte mit seinen Umfragewerten sogar noch seinen Amtsvorgänger Harald Ringstorff. Auch bei der so genannten „Direktwahlfrage“ konnte Sellering seinen Herausforderer und Kabinettskollegen Lorenz Caffier von der CDU deutlich distanzieren. Noch nie zuvor wurde in Mecklenburg-Vorpommern ein so großer Abstand zwischen den beiden Spitzenkandidaten um das Amt des Ministerpräsidenten gemessen.⁴⁷ Die „Politik ohne Sympathiepunkte“ schlug sich nieder. Die LandesministerInnen Seidel (CDU) und Schwesig (SPD) lagen in den Sympathiewerten noch vor dem Innenminister. CDU und SPD konzentrierten sich in der Personalisierung ihrer Kampagnen letztlich nur auf ihre Spitzenkandidaten. Dabei kam der „Ministerpräsidentenbonus“ der SPD deutlich zugute. Dass die CDU auf ein „Kompetenzteam“ zur Unterstützung des Kandidaten verzichtete, war angesichts der Umfragewerte überraschend.

Helmut Holter, Spitzenkandidat von Die LINKE, der das Ministerpräsidentenamt anstrebte, jedoch durch die Umfragen des Wahljahres seine Ziele schnell korrigieren musste, konnte in der Beurteilung der politischen Arbeit ein ausgeglichenes Ergebnis nachweisen. Sein Handicap war vor allem hausgemacht, da er im Wahlkampf Gegenwind aus den eigenen Reihen zu spüren bekam.⁴⁸

FDP und Bündnis 90/Die Grünen verfügten, für kleinere Parteien im Allgemeinen Normalität, über kein personelles Profil, insbesondere durch die mangelnde Bekanntheit der SpitzenkandidatInnen Silke Gajek, Jürgen Suhr (beide Bündnis 90/Die Grünen) und Gino Leonhard (FDP). Die Kampagnen richteten sich somit bewusst stark an Themen und weniger an Personen aus. Für die FDP griffen jedoch nach diesem Urteil die negativen Faktoren der mangelnden fachlichen und personellen Wahrnehmung ineinander.⁴⁹ Der Spitzenkandidat der rechtsextremen NPD, Udo

⁴⁶ Vgl. den Beitrag von Heinrich in diesem Band.

⁴⁷ Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011 WahlREPORT, Berlin 2011. S. 32.

⁴⁸ Vgl. den Beitrag von Maser/Scheele in diesem Band.

⁴⁹ Hinzu kam noch eine negative Außendarstellung im Zusammenhang mit der Wahl des Spitzenkandidaten. Der Fraktionsvorsitzende Michael Rooff scheiterte überraschend auf dem Landesparteitag im April. Interne Streitigkeiten wurden in der Öffentlichkeit wahrgenommen; vgl. Max-Stefan Koslik, „FDP: Die Messer sind gewetzt“, in: SVZ, 31.03.2011; Ders., „Grün und Gelb hart auf Landtagskurs“, in: SVZ, 04.04.2011; Ders., „Reicht der FDP noch Geschlossenheit?“, in: SVZ, 11.05.2011.

Pastörs, wies einen relativ hohen Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung auf. Sieben Prozent der Befragten beurteilten seine Arbeit als positiv, was als Indikator für das Wählerpotenzial der NPD in Mecklenburg-Vorpommern gedeutet werden kann.⁵⁰

Tab. 4: Wahrnehmung des „politischen Personals“ unmittelbar vor der Landtagswahl 2011

Name	Partei	Direktwahl- frage	Beurteilung Positiv	Beurteilung negativ	Bekanntheit
Erwin Sellering	SPD	74	79	17	98
Jürgen Seidel	CDU	-	57	25	89
Manuela Schwesig	SPD	-	52	25	83
Lorenz Caffier	CDU	14	41	41	92
Helmut Holter	Die LINKE	-	37	34	80
Silke Gajek	B90/Grüne	-	11	11	36
Gino Leonhard	FDP	-	9	16	40
Udo Pastörs	NPD	-	7	62	79

Quellen: Angaben in Prozent, Eigene Darstellung nach Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011 WahlREPORT, Berlin 2011. S. 32.

Die strategische Abgrenzung der Parteien im Wahlkampf war erheblich von der in Kapitel 3 beschriebenen Wettbewerbsstruktur und der Großen Koalition auf Landesebene abhängig. Die SPD konzentrierte sich auf die Leistungsbilanz der Regierung, ließ eine Koalitionsaussage bewusst offen und nutzte damit die strategische „Mittellage“. Auseinandersetzungen führte sie verstärkt, wie andere Parteien auch, gegen die NPD in Form der „Storch-Heinar-Kampagne“, welche im Wahlkampf dem massiven Plakateinsatz der NPD mit Satire begegnete.⁵¹

Die gute Zusammenarbeit zwischen den Koalitionsparteien prägte auch den Wahlkampf. Für die CDU ergab sich aus den Kräfteverhältnissen des Wahljahres als einzig realistische Machtoption die Fortsetzung der Großen Koalition unter Führung der SPD.⁵² Strategische Angriffe gegen den Koalitionspartner blieben somit aus und konzentrierten sich vermehrt auf den potenziellen Konkurrenten um die Juniorpartnerschaft Die LINKE. Dass jedoch die CDU nicht einmal einen „Streit“ um die Leistungsbilanz der Regierung suchte, war durchaus überraschend und schadete letztlich dem Profil der Union (vgl. Tab. 3). Der Auftritt der Spitzenkandidaten im TV-Duell wenige Tage vor der Wahl versinnbildlichte eindrucksvoll das geringe Konfliktpotenzial des Wahlkampfes.

Die LINKE, die das Format des „unechten“ TV-Duells kritisiert hatte,⁵³ konzentrierte sich erwartungsgemäß auf die CDU und betonte in ihrer Kampagne den Anspruch auf Regierungsbeteiligung und die zentralen Schnittmengen mit der SPD bei Fragen der „sozialen Gerechtigkeit“ wie z.B. dem Mindestlohn.⁵⁴ Sie hatte jedoch im „heißen“ Wahlkampf vermehrt mit einem Mangel an innerer Geschlossenheit, insbesondere im Zusammenhang mit dem Landesparteitag am 13. August 2011 in Rostock, zu kämpfen.⁵⁵ Die strategischen Ausrichtungen von FDP und Bündnis 90/Die Grünen richteten sich auf das Ziel des Wieder- bzw. Ersteinzuges in den Schweriner

⁵⁰ Vgl. den Beitrag von Heinrich in diesem Band.

⁵¹ Trotz anfänglicher Verwirrung wurde durchaus eine bundesweite mediale Aufmerksamkeit erreicht, vgl.: „Altenreptows Bürgermeisterin schießt den Vogel ab“, in: Nordkurier, 06.08.2011, Die Kampagne unter www.storch-heinar.de.

⁵² Andreas Frost, „Gern auch Zweiter, in: Tagesspiegel“, 25.08.2011.

⁵³ Jörg Köpke, „TV-Duell zwischen Sellering und Caffier empört die Opposition“, in: OZ, 18.06.2011; Max-Stefan Koslik, „Zoff um TV-Duell, Linke schaltet sich per Internet zu“, in: SVZ, 26.08.2011.

⁵⁴ Karin Koslik/Torsten Roth, „Wir wollen in die Regierung“ – Interview mit Helmut Holter, in: SVZ, 12.08.2011.

⁵⁵ Thomas Volgmann, „Linke: Delegierte lehnen Gedenken an Mauertote ab“, in: SVZ, 15.08.2011.

Landtag. Trotz intensiven Wahlkampfes blieb die Wahrnehmung der „kleineren“ Parteien in Mecklenburg-Vorpommern jedoch von der bundespolitischen „Windrichtung“, dem Bundestrend, abhängig. Dies verdeutlichten auch die Umfragewerte des Wahljahres (Tab. 2). Die NPD setzte auf traditionellen Plakatwahlkampf und war dadurch landesweit präsent. Eine alleinige „Meinungshoheit“ und Konzentration in den östlichen Landesteilen konnte jedoch nicht attestiert werden. Auch in den größeren Städten wie Rostock und Schwerin warb die NPD mit zum Teil altbekannten Parolen.⁵⁶

5 Schlussbetrachtung – Die SPD mit neuem Landesvater und vertrauten „Machtoptionen“

Der Charakter der Großen Koalition prägte auch den Wahlkampf 2011. Unaufgeregt, pragmatisch und geräuschlos wurde die Stärke der Auseinandersetzung letztlich ebenfalls durch die strategische „Mittellage“ der SPD im Parteienwettbewerb vermindert. Stabile Umfragewerte im Wahljahr ließen keine „Wechselstimmung“ erkennen und führten schließlich einzig und allein zur Frage der Regierungskonstellation nach der Wahl. Die Optionen eines „halben Regierungswechsels“, wie er von der SPD bereits 2006 vollzogen wurde, prägten das strategische Verhalten von Die LINKE und der CDU. Letzterer gelang dadurch, gepaart mit der allgemeinen Kampagnenwahrnehmung von „C wie Zukunft“, keine thematische oder personelle Profilierung im Wahlkampf. Die Regierungsbilanz und die damit einhergehende Regierungszufriedenheit schlugen sich einseitig in den Umfragewerten der SPD nieder. Die Beliebtheit des amtierenden Ministerpräsidenten Erwin Sellering ließ im Wahljahr deutlich den vollendeten Rollenwechsel des ehemaligen Sozialministers und die Emanzipation von seinem Amtsvorgänger Harald Ringstorff erkennen. Die Debatte um den „Unrechtsstaats“-Begriff hatte ihm in diesem Prozess zumindest nicht geschadet.

Neben den recht klaren Konturen der Kräfteverhältnisse der drei „großen“ Parteien, blieb die Frage nach der Anzahl der Fraktionen im neuen Schweriner Landtag bis zum Wahltag spannend: Ein vier bis sechs Parteienparlament erschien im Zuge der Umfragen möglich. Bei Bündnis 90/Die Grünen konnte mit Blick auf das klare Kompetenzprofil bei Energie- und Umweltpolitik und dem starken Rückenwind von der Bundesebene der erstmalige Einzug in den Landtag Mecklenburg-Vorpommerns durchaus geplant werden, anders als bei der FDP, welche neben bundespolitischen Turbulenzen auch Probleme der Innenwahrnehmung auf Landesebene zu verkräften hatte. Das Wählerpotenzial der NPD lag nah an den Werten von 2006, ein Wiedereinzug konnte auch mit Blick auf Unwägbarkeiten der Meinungsforschung nicht ausgeschlossen werden.⁵⁷

Dass der Wahlabend aufgrund der angesetzten Nachwahl in einem Wahlkreis nur ein „vorläufiges“ Ergebnis liefern würde, hatte letztlich keine Auswirkungen mehr auf die möglichen Regierungsoptionen im Landtag.⁵⁸ Die Wettbewerbsstruktur im Parteiensystem und die Konstellation der Großen Koalition hatten diese Entwicklung bereits im Wahlkampf angedeutet.

⁵⁶ Vgl. den Beitrag von Heinrich in diesem Band; teilnehmende Beobachtung des Wahlkampfes in Vorpommern am 01.09.2011.

⁵⁷ Die NPD lag in den Wahljahresumfragen fast permanent unter fünf Prozent. Die Fehlertoleranz liegt bei der so genannte „Sonntagsfrage“ jedoch zwischen 1,0 und 1,5 Prozentpunkten.

⁵⁸ Zur Nachwahl vgl. den Beitrag von Schoon in diesem Band.

Die Landtagswahl 2011 in Mecklenburg-Vorpommern – regionale und soziale Strukturmuster des Wählerverhaltens

Steffen Schoon

1 Einleitung

Bislang waren das Wählerverhalten sowie die Struktur des Parteienwettbewerbs in Mecklenburg-Vorpommern durch ein gewisses Maß an Beständigkeit geprägt. Die Umfragen im Vorfeld der nunmehr bereits sechsten Landtagswahl am 4. September 2011 ließen auch deshalb nur begrenzt größere politische Gewichtsverschiebungen vermuten. Das Wahlergebnis bestätigte diese Stabilität, die sich in der Fortsetzung der bisherigen Großen Koalition auch nach außen manifestierte. Es ist dennoch zu fragen, ob es unter der Oberfläche nicht doch größere strukturelle Veränderungen gab. Der folgende Beitrag will daher die Wahlergebnisse der Parteien vor allem mit Blick auf die grundsätzliche „Architektur“ des Parteienwettbewerbs interpretieren und einordnen. Hierzu sollen die Ursachen des Wahlausganges beleuchtet sowie insbesondere die spezifischen regionalen und sozialen Wählerstrukturen untersucht werden.

2 Wahlergebnis

Nur 51,5 Prozent der wahlberechtigten BürgerInnen nahmen an der Landtagswahl 2011 teil. Dies ist der niedrigste Wert bei Bundes- oder Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990. Nur bei Kommunal- und Europawahlen gab es noch geringere Wahlbeteiligungsquoten. Eine wichtige Ursache hierfür ist der konfliktarme, kaum polarisierende und somit nur schlecht mobilisierende Wahlkampf, insbesondere unter den drei großen demokratischen Parteien. Hinzu kommt eine nach wie vor nur wenig verinnerlichte „Wahlnorm“ in der Bevölkerung. Diese zweifellos nicht zufriedenstellende Inanspruchnahme des Wahlrechts durch die BürgerInnen ist allerdings kein Grund, die Demokratie im Land in einer schweren Krise zu sehen. Der Vergleich beispielsweise mit Baden-Württemberg macht deutlich, dass durch polarisierende Themen auch eine spürbare Erhöhung der Wahlbeteiligung erzielt werden kann. 2011 schnellte diese im „Ländle“ durch die Diskussion um den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs (Stuttgart 21) sowie durch die neu entfachte Atom-Debatte nach der Katastrophe in Fukushima von 53,4 auf 66,2 Prozent hoch. Im ostdeutschen Vergleich der letzten Landtagswahlen liegt Mecklenburg-Vorpommern zumindest noch knapp vor Sachsen-Anhalt (51,2 Prozent). Auch Sachsen wies 2009 nur eine leicht höhere Wahlbeteiligung von 52,2 Prozent auf. Es muss zudem berücksichtigt werden, dass in Mecklenburg-Vorpommern von 1994 bis 2002 dreimal in Folge die Landtagswahlen zeitgleich mit Bundestagswahlen stattfanden und die entsprechenden Wahlbeteiligungen daher im Landesniveau „überschätzt“ sind. Derartige Relativierungen sollen freilich nicht die notwendige Frage nach dem Ausmaß der politischen Responsivität im Land beiseite schieben. Die Parteien sind vielmehr gefordert, sehr genau darauf zu schauen, ob und inwieweit sich einzelne Bevölkerungsgruppen vom Politikbetrieb abkoppeln und möglicherweise dauerhaft nicht mehr durch demokratische Angebote „ansprechbar“ sind.

Tab 1: Ergebnisse der Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990

Partei	2011		2006		2002		1998		1994		1990	
	%	Sitze	%	Sitze								
CDU	23,0	18	28,8	22	31,4	25	30,2	24	37,7	30	38,8	29
SPD	35,6	27	30,2	23	40,6	33	34,3	27	29,5	23	27,0	21
LINKE/PDS	18,4	14	16,8	13	16,4	13	24,4	20	22,7	18	15,7	12
FDP	2,8	-	9,6	7	4,7	-	1,6	-	3,8	-	5,5	4
B90/Grüne	8,7	7	3,4	-	2,6	-	2,7	-	3,7	-	6,4 ¹	-
NPD/DVU ²	6,0	5	7,3	6	0,8	-	4,0	-	0,1	-	0,2	-
Sonstige ³	5,6	-	3,9	-	2,9	-	2,8	-	2,5	-	6,8	-
Wahlbet.	51,5		59,1		70,6		79,4		72,9		64,7	

Datenquelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern.

¹ 1990 traten Bündnis 90 und Die Grünen getrennt an. Beide scheiterten an der Fünf-Prozent-Hürde. ² Mit Ausnahme von 1998 (NPD 1,1 %, DVU 2,9 %) ausschließlich NPD-Ergebnis. ³ Darunter Republikaner: 1990 (0,9 %), 1994 (1,0 %), 1998 (0,5 %), 2002 (0,3 %) und 2006 (0,1 %).

Das Ergebnis der Landtagswahl 2011 in Mecklenburg-Vorpommern ist durch eine deutliche Verschiebung nach links gekennzeichnet. Sowohl CDU als auch FDP, gemeinhin als konservativ-bürgerliches Lager bezeichnet, müssen erhebliche Stimmeneinbußen hinnehmen, während alle drei Parteien des linken Lagers zulegen können.

Die SPD wusste noch Ende 2010 nicht genau, mit welchen Aussichten sie in die Landtagswahl gehen würde. Das äußerst schlechte Abschneiden bei der Bundestagswahl 2009, bei der sie mit nur noch 16,6 Prozent und einem weit überdurchschnittlichen Verlust von 15,2 Prozentpunkten gegenüber 2005 erstmalig nur noch drittstärkste Kraft bei Bundes- oder Landtagswahlen wurde, wirkten wie ein Schock bei den Verantwortlichen. Bis dahin konnte die SPD stets vor der Partei Die LINKE landen. Umso befreiter verfolgten die SozialdemokratInnen die ersten Hochrechnungen am Wahlabend. Bezeichnenderweise verglich Erwin Sellering in einer ersten Stellungnahme das erreichte Wahlergebnis nicht mit dem von 2006 sondern mit der letzten Bundestagswahl. Den Stimmenzuwachs auf nunmehr 35,6 Prozent interpretierte er in folgedessen als „Verdopplung“ des letzten Wahlergebnisses. Allerdings konnten sich die SozialdemokratInnen im Wahljahr selbst ziemlich sicher sein, abermals die größte Fraktion im Landtag zu stellen. In allen Umfragen des Jahres 2011 lag die SPD mit erkennbarem Abstand vor der CDU.¹ Das Ergebnis war vor diesem Hintergrund insofern zwar keine große Überraschung mehr, es stellt jedoch immerhin das zweitbeste Wahlergebnis der SPD im Land seit 1990 dar. Im Gegensatz zu den anderen neuen Ländern – mit Ausnahme Brandenburgs – konnten die SozialdemokratInnen im Nordosten daher aus einer strategisch sehr günstigen Mittellage heraus im Wahlkampf agieren. Das gute Abschneiden festigt diese Position im Parteienwettbewerb des Landes nochmals. In gewisser Hinsicht hat sie sich als eine Art „Landespartei“ etabliert, die in der politischen Mitte des Parteienspektrums steht und ohne die im Land keine Politik zu machen ist. Während in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt die SPD seit längerem nur noch drittstärkste Partei ist, konnte der bundesweit kleinste Landesverband² stets – mit Ausnahme der Bundestagswahl 2009 – die Partei Die LINKE deutlich auf Distanz halten. Gerade das Kräfteverhältnis zwischen SPD und Die LINKE ist aber ein entscheidender Faktor der Parteienkonkurrenz. Er bestimmt u.a. maßgeblich über die Frage, ob es in den ostdeutschen Ländern als einzige Regierungsoption, die einer

¹ Vgl. den Beitrag von Koschkar in diesem Band.

² Vgl. Oskar Niedermayer, Parteimitgliedschaften im Jahr 2010, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), 2011, H. 2, S. 365-383.

Großen Koalition oder auch die Möglichkeit von rot-roten Bündnissen gibt. Auch die Ausprägungen des taktischen Wahlverhaltens sind hiervon abhängig.

Allerdings waren für den Wahlerfolg der SPD auch äußerst günstige Rahmenbedingungen und Faktoren verantwortlich, deren Zusammentreffen kaum wiederholbar erscheinen: die Ausgangslage als Seniorpartner einer Großen Koalition, eine vergleichsweise gute Regierungsbilanz, die Oppositionsrolle im Bund, die „Beißhemmungen“ der Mitkonkurrenten und potentiellen Regierungspartner, der enorme Popularitätsvorsprung des amtierenden Ministerpräsidenten sowie ein professioneller und konsistenter Wahlkampf. Der Wahlerfolg sollte vor diesem Hintergrund nicht überhöht werden. Die strategisch komfortable Situation der SPD ist zwar zunächst gefestigt, aber keineswegs in Stein gemeißelt. Im Übrigen ist schon bei den nächsten Kommunalwahlen 2013 ziemlich wahrscheinlich wieder mit deutlicheren Verlusten zu rechnen. Der Stimmenzuwachs der SPD bei den gleichzeitig abgehaltenen Kreistagswahlen ist ausschließlich auf die Effekte der Landtagswahl zurückzuführen und überdeckt die strukturelle kommunalpolitische Schwäche der SozialdemokratInnen, insbesondere in Vorpommern.

Die CDU erlitt nicht nur deutliche Verluste, sie musste auch das schlechteste Wahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990 hinnehmen. Mit lediglich 23,0 Prozent bleiben die ChristdemokratInnen weit hinter ihren Möglichkeiten zurück, denn immerhin galt die Union in den letzten 20 Jahren stets als Partei mit dem stabilsten Wählerpotential.³ Im Parteienwettbewerb belegt die CDU nun mit klarem Abstand zur SPD den zweiten Platz, 2006 lag sie noch auf Augenhöhe mit den SozialdemokratInnen. Die Ursachen für diesen Einbruch sind sowohl struktureller Art als auch hausgemacht. So waren der fehlende Rückenwind, wenn nicht sogar Gegenwind, aus der Bundespolitik und die strategisch ungünstige Ausgangsposition als Juniorpartner einer Großen Koalition sicher wenig hilfreich. Ebenso wirkten die fehlende Machtperspektive aufgrund der eklatanten Schwäche der FDP sowie der stets präsenten Option der SPD, auch ein rot-rotes Bündnis nach der Wahl schließen zu können, stark demobilisierend auf die Unionsanhängerschaft. Hinzu kamen aber auch Unzulänglichkeiten in der Wahlkampfführung. Der CDU gelang es in keiner Phase, eine klare thematische Botschaft zu vermitteln. Die fast schon krampfhaftige Vermeidung einer Polarisierung gegenüber dem Koalitionspartner und Hauptkonkurrenten nahm von vornherein dem eigenen Wahlkampf jegliche Dynamik. Der extreme Abstand in den Popularitätswerten zwischen dem CDU-Spitzenkandidaten Lorenz Caffier und Ministerpräsident Selloering tat sein übriges. Vor diesem Hintergrund ist es auch nur schwer nachvollziehbar, warum die ChristdemokratInnen mit der ohnehin eher seltsam anmutenden „C wie Zukunft“-Kampagne ausgerechnet auf eine Personalisierungsstrategie setzten.

Die LINKE hatte sich vor allem aufgrund des hervorragenden Ergebnisses bei der letzten Bundestagswahl 2009 im Vorfeld der Wahl viel vorgenommen. So ging man anfangs sogar mit dem Ziel in den Wahlkampf, den Ministerpräsidenten stellen zu wollen. Da diese Vorstellung im Laufe des Wahljahres zunehmend illusorisch wurde, wollte man am Ende zumindest deutlich über 20 Prozent einfahren. Die Steigerung des Ergebnisses von 2006 um lediglich 1,6 Prozentpunkte auf 18,4 Prozent dürften vor dem Hintergrund dieser Erwartungshaltung sicher kaum zu großer Befriedigung

³ Vgl. u.a. Steffen Schoon, *Wählerverhalten und politische Traditionen in Mecklenburg und Vorpommern (1871-2002)*. Eine Untersuchung zur Stabilität und strukturellen Verankerung des Parteiensystems zwischen Elbe und Ostsee. Mit einer CD-ROM: Text, Abbildungen und Tabellen, Wahldaten, statistische Analysen und Wahlkarten, Düsseldorf 2007 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; 151).

bei den Sozialisten geführt haben, denn Die LINKE stagniert damit weiterhin, wie seit 2002, im „U 20-Bereich“. Durch die Ausgangsposition als größte Oppositionspartei und aufgrund der sehr geringen Wahlbeteiligung hätte man jedoch prinzipiell einen höheren Stimmenanteil erwarten können. Vermutlich dämpften die innerparteilichen Querelen um die Bundesvorsitzenden Gesine Löttsch und Klaus Ernst sowie die Debatte um die Bewertung des Mauerbaus, insbesondere durch das Verhalten der Ex-Sozialministerin Marianne Linke beim Gedenken an die Maueropfer, spürbar die Chancen der Partei. Aufgrund dieser Schlagzeilen wären freilich auch Verluste für die Partei möglich gewesen. Dass Die LINKE unter diesen Umständen dennoch prozentual leicht zulegen kann, spricht für eine offensichtlich nach wie vor gut mobilisierbare Stammwählerschaft.

Die FDP büßt nach dem furiosen Ergebnis von 9,6 Prozent 2006 fast sieben Prozentpunkte ein und kommt nur noch auf 2,8 Prozent. Sicherlich war vielen Beobachtern lange vor der Wahl klar, dass der Wiedereinzug in den Landtag sehr schwer werden würde, zu negativ wurde die FDP auf Bundesebene bewertet. Dennoch haben vermutlich nur Wenige einen derartigen Erdrutsch prognostiziert. Die Liberalen sind damit nicht einfach nur der große Verlierer der Wahl, vielmehr sieht sich die Partei ganz existentiellen Herausforderungen gegenüber. Es hat nach 1994 zwölf Jahre gedauert bis die FDP wieder in das Schweriner Schloss einziehen konnte. Obwohl schon 2006 klar war, dass die Rahmenbedingungen für diesen Erfolg der FDP außergewöhnlich gut und kaum reproduzierbar waren, fand die Partei nur ansatzweise in die Rolle als konstruktive Opposition. Möglicherweise hatte der große Wahlerfolg den nüchternen Blick auf die tatsächliche, d.h. fragile Gesamtsituation der Partei etwas getrübt. Man leistete sich immer wiederkehrende innerparteiliche Querelen, die ihren Höhepunkt in der öffentlichen Demontage des designierten Spitzenkandidaten auf dem Wahlparteitag fanden. Die Landes-FDP verpasste insofern die Chance, sich in der Legislaturperiode thematisch im Parteienwettbewerb zu verorten und als klar erkennbare und seriöse politische Kraft zu etablieren.

Bündnis 90/Die Grünen können erstmals seit 1990 – und mit 8,7 Prozent zudem sehr deutlich – die Fünf-Prozent-Hürde überwinden und damit in den Landtag einziehen. Die Grünen sind damit aktuell in allen 16 Landtagen der Bundesrepublik vertreten. Eine wesentliche Ursache hierfür ist ohne Frage das bundesweite Stimmungshoch der Partei, das zu großen Teilen aus der Atomkatastrophe von Fukushima resultierte. Angesichts des für die Grünen strukturell eher schwierigen politischen Umfeldes in Mecklenburg-Vorpommern, z.B. durch ein zahlenmäßig eher kleines linksliberitäres Milieu,⁴ kann der Landtagseinzug dennoch auch als eigenständiger Erfolg deklariert werden. Die Partei trat nach außen geschlossen auf und setzte wahrnehmbar auf ihre Kernkompetenzen, vor allem in der Umwelt- und Energiepolitik. Nicht zuletzt konnte man schon in den letzten Jahren einen leichten, aber stetigen Aufwärtstrend erkennen, der sich u.a. in steigenden Mitgliedszahlen zeigte. Auch wenn der Sprung von unter 300 auf etwas mehr als 500 Mitglieder innerhalb weniger Jahre im ersten Moment eher lapidar erscheinen mag, prozentual kommt dies immerhin fast einer Verdopplung gleich. Da dieser Zuwachs insbesondere in den großen Städten erfolgt ist, hat sich die strukturelle Lage der Partei schon im Vorfeld der Wahl durchaus verbessert, denn wegen der insgesamt geringen Anzahl an Wahlberechtigten im ganzen Land sind gerade die größeren Städte von enormer Bedeutung für die Wählermobilisierung. Für die Erklärung des Wahlausgangs ist zudem nicht zu vernachlässigen, dass alle Umfragen vor der Wahl die Grünen bei deutlich über fünf Pro-

⁴ Vgl. Steffen Schoon/Britta Saß/Johannes Saalfeld, Kein Land(tag) in Sicht? – Bündnis 90/Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern, hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern, München 2006.

zent sahen. Die von Umfragen vermittelte Chancenlosigkeit auf einen Landtagseinzug hatte früher in der Tat demobilisierend gewirkt. Bei dieser Wahl konnten sich die Grünen dagegen erstmals als echte Alternative für klassische rot-grüne WählerInnen präsentieren und so auch frühere SPD-WählerInnen für sich gewinnen.⁵ Diese Ausgangslage schlug sich auch in einer verstärkten Berichterstattung der Regionalzeitungen – besonders auffallend in der Ostsee-Zeitung – über „grüne“ Themen und über die Partei wider bzw. wurde durch diese sogar noch verstärkt.

Nicht wenige Blicke waren am Wahlabend auf das Abschneiden der NPD gerichtet. Alle demokratischen Parteien hofften darauf, dass die Rechtsextremen an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern würden. Umso ernüchterter musste man deren Ergebnis von 6,0 Prozent zur Kenntnis nehmen. Die NPD schaffte so – wie zuvor 2009 in Sachsen – ohne größeres Zittern den Wiedereinzug ins Parlament. Gleichwohl verlor sie absolut etwa ein Drittel ihrer Stimmen (rund 20.000 WählerInnen) und musste trotz der sehr geringen Wahlbeteiligung auch leichte Verluste im Stimmenanteil hinnehmen. Das selbst gesteckte Wahlziel von „8 plus x“ verfehlte die NPD ebenfalls deutlich. Der Wählerwanderungsanalyse von Infratest dimap zufolge verlor die Partei dabei hauptsächlich an des Lager der NichtwählerInnen (ca. 18.000 WählerInnen).⁶ Mit den anderen Parteien ist dagegen nur ein marginaler Wähleraustausch festzustellen. Die demokratischen Parteien vermochten es also nur in sehr geringem Ausmaß, ehemalige NPD-WählerInnen wieder zurückzugewinnen. Wie schon vor fünf Jahren gab es darüber hinaus kaum einen Unterschied zwischen Erst- und Zweitstimmenergebnis und daher kein Stimmensplittingverhalten durch die NPD-WählerInnen – ein Beleg für eine überzeugte Stammwählerschaft. Die Bilanz fällt insofern ambivalent aus: Auf der einen Seite ist keine Ausweitung der NPD-Wählerschaft zu erkennen, auf der anderen Seite hat sich die Partei jedoch zweifelsohne im Parteiensystem etabliert und strukturell verfestigt.

3 Regionale Strukturen der Stimmabgabe⁷

Eine Konstante der Wahlanalysen in Mecklenburg-Vorpommern ist stets das jeweils deutlich unterschiedliche Abschneiden von SPD und CDU in den beiden Landesteilen. 2011 ist diese „Landesspaltung“ erneut deutlich erkennbar (Tabelle 2). Die SozialdemokratInnen erzielten in Mecklenburg ein um fast neun Prozentpunkte besseres Ergebnis als in Vorpommern. Bei den ChristdemokratInnen ist dies genau umgekehrt, wobei die entsprechende Differenz „nur“ etwas über sechs Prozentpunkte beträgt. Allerdings konnten die SozialdemokratInnen 2011 zum allerersten Mal bei einer Wahl überhaupt stärkste Partei im östlichen Landesteil werden.

Fast alle mecklenburgischen Wahlkreise wurden insofern nicht überraschend von der SPD gewonnen, lediglich Parchim I und Mecklenburg-Strelitz II/Müritz II gingen an die CDU, letzterer an den Spitzenkandidaten Lorenz Caffier. Die SozialdemokratInnen konnten auch wieder alle Rostocker Wahlkreise erobern und nahmen damit der Partei Die LINKE das Direktmandat in Rostock II

⁵ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011 - WahlANALYSE, Schwerin/Berlin 2011, S. 12. Danach gab es im Saldo einen Zustrom von ca. 11.000 früheren SPD-WählerInnen, der damit einen großen Teil des Stimmenzuwachses für Bündnis 90/Die Grünen ausmachte.

⁶ Vgl. ebd.

⁷ Die folgenden Analysen wurden ohne die Ergebnisse im Wahlkreis Rügen I durchgeführt. In diesem Wahlkreis wurde zwei Wochen nach dem regulären Wahltermin gewählt. Da nach Kenntnis des vorläufigen Wahlergebnisses die rechnerische Möglichkeit bestand, die Mandatszahl der NPD zugunsten von Bündnis 90/Die Grünen noch zu verringern, wurde die „Öko-Partei“ in dieser ländlichen Region mit 24,8 Prozent völlig untypisch stärkste Partei. Das Ergebnis des Wahlkreises ist durch diese rein taktische Stimmabgabe insofern stark verzerrt.

(Stadtteile Lütten Klein, Evershagen und Reutershagen) wieder ab, das 2006 der damalige Umweltminister Wolfgang Methling errungen hatte. Dazu gewann Erwin Sellering das Direktmandat in der Universitätsstadt Greifswald. Unter ziemlich ungewöhnlichen Umständen, konnten die SozialdemokratInnen auch erstmals die Wahlkreise Demmin II und Rügen I für sich verbuchen. Im Wahlkreis Demmin II, der je zur Hälfte aus einem mecklenburgischen und einem vorpommerschen Teil besteht und eigentlich eine relativ sichere Bank für die Union ist, setzte sich der Landesgeschäftsführer der SPD, Thomas Krüger, durch. Dies lag aber vor allem daran, dass der langjährige Landtagsabgeordnete und Landesvorsitzende der Partei Die LINKE, Peter Ritter, aufgrund einer Panne bei der Einreichung der Wahlunterlagen nicht zur Wahl antreten durfte. Der Ausfall von Ritter, der in der Region über eine starke Verankerung verfügt, war dem SPD-Kandidaten zweifellos eine entscheidende Hilfe. Fast schon skurril stellte sich die Situation im Wahlkreis Rügen I dar, in dem die Wahl aufgrund des plötzlichen Todes des langjährigen CDU-Abgeordneten Udo Timm erst 14 Tage nach dem eigentlichen Wahltermin erfolgte. Der von der Union vorgeschlagene Ersatzkandidat Thomas Gens, Bürgermeister der Insel Hiddensee, entpuppte sich kurz nach seiner Kür als ehemaliges Mitglied der rechtsextremen DVU. Die Landes-CDU mit Innenminister Caffier an der Spitze, distanzierte sich von Gens und rief zur Wahl eines anderen Kandidaten einer demokratischen Partei auf. Die mediale Berichterstattung über den „Fall Gens“ zeigte eine deutliche Wirkung, denn so konnte – vor der Wahl eigentlich undenkbar – ein Sozialdemokrat das Direktmandat holen. Insgesamt eroberte die SPD 24 der 36 Wahlkreise und damit neun mehr als 2006. Die übrigen Wahlkreise konnten die ChristdemokratInnen erringen. Allerdings lagen in den Wahlkreisen Rügen II sowie in Uecker-Randow I und II die Kandidaten von CDU, Die LINKE und SPD nahezu gleichauf. Am Ende gewannen die Unionsbewerber nur hauchdünn.

Tab. 2: Landtagswahlergebnisse 2011 in regionalen Kontexten

	WBT	CDU	SPD	LINKE	FDP	B90/Grüne	NPD
MV gesamt ¹	51,5 ¹	23,0	35,6	18,4	2,8	8,7	6,0
Mecklenburg	49,5	21,1	38,4	18,2	2,7	8,7	5,3
Vorpommern	46,0	27,4	29,8	19,1	2,9	6,9	8,4
bis 2.000 Einwohner	48,1	25,9	34,8	16,8	3,0	6,6	7,5
bis 8.000 Einwohner	45,6	24,9	36,9	17,5	3,0	6,6	6,5
bis 25.000 Einwohner	47,3	23,1	35,4	19,6	2,6	5,5	7,8
über 25.000 Einwohner	51,3	19,5	35,8	19,9	2,4	11,6	4,5

Eigene Berechnung auf Grundlage der amtlichen Endergebnisse. Mittelwerte der Zweitstimmenanteile in Prozent. Gemeindeebene (N=777), ohne Wahlkreis Rügen I, gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten. Ohne BriefwählerInnen in den amtsangehörigen Gemeinden.

¹ Amtliche Endergebnisse, inklusive aller BriefwählerInnen und Wahlkreis Rügen I.

Die zunehmende Umkämpftheit einiger Wahlkreise in Vorpommern verdeutlicht die bröckelnde Dominanz der CDU, was in Ansätzen auch schon bei den vergangenen Wahlen zu erkennen war. Insbesondere Die LINKE etabliert sich hier als ernstzunehmender Konkurrent der Union. Dies zeigte sich ganz nebenbei auch bei der Wahl der Landräte im neuen Kreis Vorpommern-Greifswald, in der die amtierende Justizministerin, Uta-Maria Kuder (CDU), der Landrätin des Alt-Kreises Ostvorpommern, Barbara Syrbe (Die LINKE) unterlag. Interessanterweise hatte die SPD die christdemokratische Kandidatin in der Stichwahl öffentlich unterstützt.⁸ Offensichtlich geht die Integrationskraft der Union im östlichen, speziell im südöstlichen Landesteil zurück. In ihren Hochburgen verloren die

⁸ Vgl. „Klare Mehrheit für Barbara Syrbe“, in OZ, Lokalausgabe Greifswald, 19.09.2011.

ChristdemokratInnen überdurchschnittlich, was jedoch auch oder gerade an der fehlenden Mobilisierung ihrer StammwählerInnen gelegen hat (Tabelle 4). Nicht zuletzt verbuchte die Partei den größten WählerInnenabstrom an das Nichtwählerlager.⁹ Die Wahlkreise mit den höchsten CDU-Ergebnissen liegen dennoch nach wie vor in Vorpommern. In Nordvorpommern II gewann die Union sogar entgegen dem Trend leicht hinzu. Hier errang der CDU-Fraktionsvorsitzende Harry Glawe mit fast 50 Prozent auch das beste Erststimmenergebnis aller WahlkreisbewerberInnen. Auch Demmin I, Stralsund sowie die anderen beiden Wahlkreise des ehemaligen Kreises Nordvorpommern finden sich gewohntermaßen unter den besten Unions-Wahlkreisen. Am Ende stehen, ebenso gewohnt, die Wahlkreise der mecklenburgischen „Großstädte“ Rostock, Schwerin, Wismar und mit leichten Abstrichen Neubrandenburg. Die CDU bleibt demzufolge weiterhin vor allem eine eher ländlich verankerte Partei, die größere Defizite in den urbaneren Gebieten hat (Tabelle 2).

Der Wahlkreis mit dem deutlichsten Stimmengewinn für die SPD war Müritz I (plus elf Prozentpunkte). Dies lag vermutlich an dem fehlenden „Seidel-Effekt“, durch den die CDU 2006 hier weit überdurchschnittlich zulegte und die SPD überdurchschnittlich verlor.¹⁰ Größte Hochburgen der SPD sind traditionell Wismar und die westlichsten Wahlkreise in den Alt-Kreisen Ludwigslust und Nordwestmecklenburg. In neun vorpommerschen Wahlkreisen blieben die SozialdemokratInnen hingegen unter der 30-Prozent-Marke, darunter auch in Greifswald. Hier gab es eine große Lücke zwischen dem Erst- und Zweistimmenergebnis (41,4 zu 27,6 Prozent), das auf einen relativ großen Kandidateneffekt durch Erwin SELLERING zurückzuführen ist. Das SPD-Zweitstimmenergebnis wurde daneben aber auch durch die Grünen gedämpft. In den Rostocker Wahlkreisen und in Stralsund sorgte der große Stimmenzuwachs für die Grünen dafür, dass die Steigerungen für die SPD am geringsten von allen Wahlkreisen ausfielen. In den „Großstädten“ gibt es insofern zwar eine klare strukturelle linke bzw. sogar rot-grüne Mehrheit, die verstärkte Konkurrenz schwächt aber die Wahlchancen der SPD. Insgesamt konnte die SPD in ihren eigentlichen Diasporagebieten mehr hinzugewinnen als in ihren Hochburgen (Tabelle 4). Das dürfte wesentlich mit der Schwäche der CDU zusammenhängen, die nicht nur ans Nichtwählerlager, sondern in erheblichem Umfang auch an die SPD WählerInnen verlor.¹¹ Entsprechende Korrelationen auf Aggregatdatenbasis ($r = 0.50$) bekräftigen diese Vermutung (Tabelle 3).

Tab. 3: Korrelationen der Veränderungen des Stimmenanteils 2011 zu 2006 (Pearson's r)

	Δ WBT	Δ CDU	Δ SPD	Δ LINKE	Δ FDP	Δ B90/ Grüne	Δ NPD
Δ WBT	1.00	0.14	-0.14	-0.14	-0.15	0.18	0.07
Δ CDU	-	1.00	-0.50	-0.19	-0.15	-0.18	0.14
Δ SPD	-	-	1.00	-0.11	-0.16	-0.35	-0.20
Δ LINKE	-	-	-	1.00	0.00	-0.28	-0.17
Δ FDP	-	-	-	-	1.00	-0.14	-0.12
Δ B90/Grüne	-	-	-	-	-	1.00	0.07
Δ NPD	-	-	-	-	-	-	1.00

Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der amtlichen Endergebnisse. Gemeindeebene (N=777), ohne Wahlkreis Rügen I, gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten. Ohne Briefwähler in den amtsangehörigen Gemeinden.

⁹ Vgl. Infratest dimap, Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011, S. 10.

¹⁰ Vgl. Steffen Schoon, Wählerverhalten und Strukturmuster des Parteienwettbewerbs in Mecklenburg-Vorpommern nach der Landtagswahl 2006, in Steffen Schoon/Nikolaus Werz (Hrsg.): Die Landtagswahl 2006 in Mecklenburg-Vorpommern. Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2007, S. 9-20, hier: S. 13.

¹¹ Vgl. Infratest dimap, Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011, S. 10.

Das schlechteste Ergebnis mit 22,4 Prozent erzielten die SozialdemokratInnen im Wahlkreis Rügen I, allerdings gab es hier sehr spezielle Umstände, die das Ergebnis zumindest in Teilen erklären. Aufgrund des vorläufigen Wahlergebnisses vom 4. September erreichte die NPD fünf Mandate im Landtag. Mit Blick auf die Nachwahl im Wahlkreis Rügen I wäre es rechnerisch möglich gewesen, dass die Grünen mit einem hohen Stimmenanteil der NPD ein Mandat hätten „abjagen“ können. Diese Möglichkeit wurde im Vorfeld der Nachwahl medial stark thematisiert und gipfelte in einer Wahlempfehlung der Partei Die LINKE für die Grünen. Auch viele SPD-AnhängerInnen dürften aufgrund der Berichterstattung und der Wahrnehmung der SPD als eindeutigem Wahlsieger für die Grünen gestimmt haben. Am Ende erreichte die „Öko-Partei“ einen beispiellosen Stimmenanteil von 24,4 Prozent und errang hierdurch in der Tat ein zusätzliches Mandat. Dieses ging allerdings nicht wie erhofft zu Lasten der NPD, sondern zu Lasten der SPD. Dieses rechnerisch ebenfalls mögliche Szenario wurde medial allerdings nicht transportiert. Insofern ist das Zweitstimmenergebnis im Wahlkreis sicher zuungunsten von SPD und der Partei Die LINKE sowie zum Vorteil von Bündnis 90/Die Grünen verzerrt.

Die LINKE besitzt nach wie vor ihre Hochburgen in den Plattenbaugebieten der ehemaligen DDR-Bezirkstädte Rostock, Schwerin und Neubrandenburg. Hinzu kommt ebenfalls das seit längerem bekannte überdurchschnittliche Abschneiden an der Ostküste Rügens. In diesem Wahlkreis (Rügen II) gab es den landesweit größten Stimmenzuwachs für die Partei. Auch in der besonders strukturschwachen Region des Altkreises Uecker-Randow konnte Die LINKE überdurchschnittlich abschneiden.

Ein überaus klares und stabiles regionales Profil weisen Bündnis 90/Die Grünen auf. Sie konnten vor allem in ihren bekannten Hochburgen in den großen Städten (Rostock, Greifswald, Schwerin, Stralsund) ihr Stimmenergebnis weit überdurchschnittlich verbessern (Tabelle 4). In den studentisch und linkslibertär geprägten Wahlkreisen der Rostocker und Greifswalder Innenstädte erzielten die Grünen zwischen 15 und fast 20 Prozent. Die hohe Mobilisierung dieser klassischen Wählerklientel ist eine wesentliche Ursache für den landesweiten Erfolg der Partei. Erstmals konnten die Grünen zudem auch in den „Speckgürteln“ dieser Städte in größerem Umfang WählerInnen für sich gewinnen. Hierzu zählt auch das Umland der schleswig-holsteinischen Hansestadt Lübeck in Nordwestmecklenburg. Es ist somit zu vermuten, dass die Partei auch bei BürgerInnen mit einem vergleichsweise hohen Einkommen, die hier verstärkt wohnhaft sind, reüssieren konnte. Die Bündnisgrünen übersprangen in fast allen Wahlkreisen die Fünf-Prozent-Marke überspringen, lediglich in Uecker-Randow gelang dies nicht, hier wich das Ergebnis sehr deutlich vom Landestrend ab.

Ganz im Gegensatz zu den Grünen und zu allen anderen Parteien des Landes verfügte die FDP noch nie über eine stabile regionale Verankerung. Insofern verwundert es nicht, dass die Liberalen gerade in ihren Hochburgen von 2006 weit überdurchschnittlich verloren. Letztlich ist ein regionales Stimmenprofil bei der FDP nicht erkennbar. Einzig der schon mehrfach beschriebene Wahlkreis Rügen I, der neben allen genannten Eigentümlichkeiten auch noch der Heimatwahlkreis des FDP-Spitzenkandidaten Gino Leonhard war, ragt mit einem Ergebnis von 5,5 Prozent etwas heraus.

Die NPD blieb im Unterschied zur Landtagswahl 2006 diesmal in zehn statt nur in drei Wahlkreisen unter der Fünf-Prozent-Marke. Neben den innerstädtischen Wahlkreisen der großen Städte (Rostock, Schwerin, Neubrandenburg, Greifswald, Stralsund und Wismar) finden sich hier

mit Bad Doberan II, Güstrow II und Müritz I auch ländliche Wahlkreise. Insgesamt gibt es eine erhebliche Spannweite in den NPD-Wahlkreisergebnissen: diese reicht von 2,8 Prozent im studentisch geprägten Rostock III bis hin zu Uecker-Randow I mit 15,4 Prozent. Im letztgenannten Wahlkreis konnten die RechtsextremistInnen im Vergleich zu 2006 gegen den allgemeinen Trend sogar leicht hinzugewinnen. Die Hochburgen der NPD liegen nach wie vor in den Alt-Kreisen Uecker-Randow und Ostvorpommern, wo die Partei in allen vier Wahlkreisen zweistellige Ergebnisse einfuhr. Insbesondere in dieser Region verfügt die NPD mit den rechtsextremen Kameradschaften über eine feste soziale Verankerung und dementsprechend über eine relativ hohe Zahl an aktiven Mitgliedern und SympathisantInnen. Erneut konnten die RechtsextremistInnen hier in einigen als NPD-Hochburgen bekannten Gemeinden mit einem Stimmenanteil um 30 Prozent stärkste Kraft werden. Allerdings handelt es sich hierbei zumeist um sehr kleine Gemeinden. Hinter dem Ergebnis der Gemeinde Koblenz im Wahlkreis Uecker-Randow II mit 33,0 Prozent verbergen sich beispielsweise lediglich 32 NPD-WählerInnen. Hohe Resultate verzeichnete die NPD aber auch wieder in vielen Städten, angeführt von Ueckermünde mit über 18 Prozent. Im Westen des Landes ragt erneut der Wahlkreis Ludwigslust I (8,3 Prozent) mit der Stadt Lübtheen (15,2 Prozent) heraus, in der Udo Pastörs wohnt und der hier offensichtlich über eine gewisse gesellschaftliche Verankerung verfügt. Die regionale Wählerstruktur der NPD ist insgesamt außerordentlich stabil, sie hat sich sogar weiter verdichtet und gefestigt. Wie schon 2006 ist die Wahl der NPD kein rein ländliches Phänomen, denn im Gegensatz zu den kleinstädtischen Strukturen können nur die wenigen größeren Städte des Landes klar als NPD-Diaspora bezeichnet werden (Tabelle 2).

Tab. 4: Landtagswahlergebnisse 2011 in politischen Kontexten¹

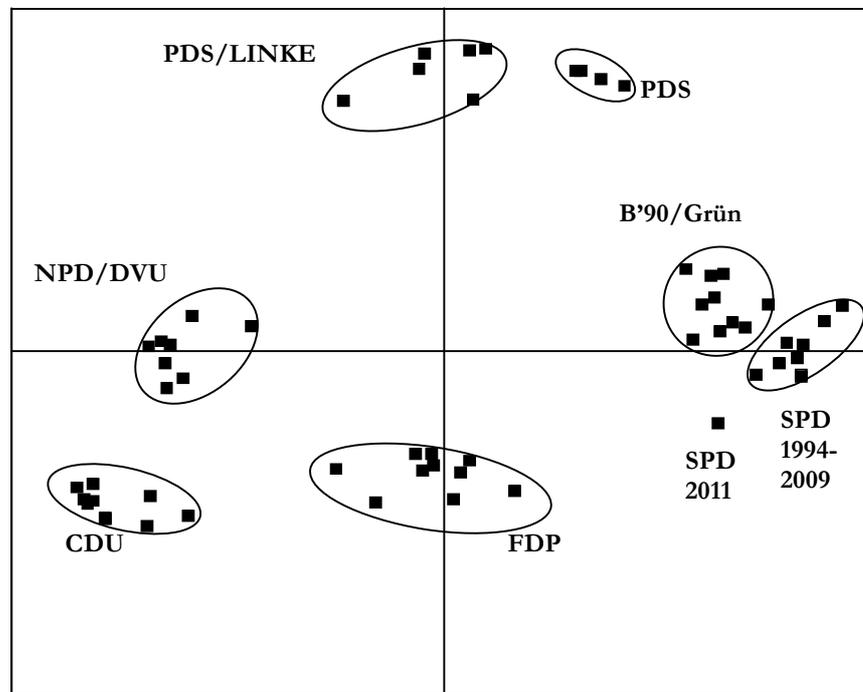
	WBT		CDU		SPD		LINKE		FDP		B90/Grüne		NPD	
	%	Diff. ²	%	Diff. ²	%	Diff. ²	%	Diff. ²						
MV gesamt ²	51,5	-7,6	23,0	-5,8	35,6	+5,4	18,4	+1,6	2,8	-6,8	8,7	+5,3	6,0	-1,3
WBT-hoch ³	56,4	-4,8	22,7	-5,2	37,3	+5,3	17,2	+1,5	2,8	-7,0	9,0	+4,8	5,6	-1,2
WBT-niedrig ³	39,7	-12,2	24,7	-6,2	35,9	+6,7	18,3	+2,5	3,0	-6,6	5,6	+3,6	7,6	-1,4
CDU-Hochburg	46,6	-8,4	34,4	-8,1	29,8	+8,0	15,9	+2,1	2,7	-6,6	5,3	+3,9	7,1	-1,0
CDU-Diaspora	50,0	-8,2	18,0	-5,1	38,4	+4,3	19,8	+1,4	2,5	-7,0	9,7	+5,7	5,6	-1,1
SPD-Hochburg	47,5	-8,6	20,1	-4,8	43,4	+4,8	16,5	+2,0	2,7	-6,8	7,0	+4,3	5,5	-0,9
SPD-Diaspora	47,2	-7,5	29,0	-5,8	27,2	+7,7	18,5	+2,0	2,7	-7,3	8,0	+3,2	8,6	-1,1
LINKE-Hochbg.	48,1	-7,8	20,5	-5,2	33,7	+4,5	22,1	+1,1	2,5	-6,8	8,8	+5,6	6,4	-1,2
LINKE-Diaspora	49,0	-8,8	26,8	-6,3	37,8	+5,7	12,0	+3,2	3,4	-6,6	7,5	-4,0	7,3	-1,6
FDP-Hochburg	47,0	-7,5	24,6	-5,6	35,0	+7,3	16,7	+2,4	5,1	-9,4	6,6	+4,8	6,9	-1,0
FDP-Diaspora	48,4	-8,5	25,2	-5,2	35,5	+4,4	18,7	+1,8	1,4	-4,3	6,0	+3,4	8,0	-1,3
Grüne-Hochburg	51,6	-7,5	20,4	-5,7	35,1	+4,7	18,8	+1,0	2,7	-7,1	11,9	+6,2	4,7	-1,2
Grüne-Diaspora	44,1	-8,5	27,0	-4,5	32,2	+5,1	19,9	+2,5	2,6	-6,6	3,6	+3,1	9,7	-0,9
NPD-Hochburg	45,6	-8,1	24,8	-4,2	30,9	+5,5	18,8	+2,7	2,7	-6,6	4,6	+3,0	13,2	-1,8
NPD-Diaspora	51,5	-7,6	21,1	-6,6	35,4	+4,6	19,0	+1,2	2,7	-7,2	11,4	+6,7	4,0	-0,8
Regression: R ² ⁴			0.65		0.60		0.60		0.16		0.79		0.76	

Eigene Berechnung auf Grundlage der amtlichen Endergebnisse. Mittelwerte der Zweitstimmenanteile in Prozent. Gemeindeebene (N=777), ohne Wahlkreis Rügen I, gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten. Ohne BriefwählerInnen in den amtsangehörigen Gemeinden.

¹ Hochburgen und Diaspora: jeweils das Viertel der Gemeinden mit den höchsten bzw. niedrigsten Ergebnissen. ² Veränderungen gegenüber 2006 in Prozentpunkten in den politischen Kontexten von 2006 (Wahlergebnis). Amtliche Endergebnisse, inklusive aller BriefwählerInnen und Wahlkreis Rügen I. ³ Bei Diff. bildet die Veränderung der Wahlbeteiligung zwischen 2011 und 2006 den Kontext. ⁴ Regressionskoeffizient R². Regression der jeweiligen Parteiergebnisse 2011 auf 2006. Gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten 2011.

Die regionalen Strukturen des Parteienwettbewerbs in Mecklenburg-Vorpommern haben sich nicht grundlegend verändert. Die auf Basis einer so genannten Faktorenanalyse beruhende grafische Darstellung der Wettbewerbsstrukturen verdeutlicht die weiterhin prägende Hauptkonfliktlinie zwischen SPD und CDU (Abbildung 1).¹² An dieser Achse ordnen sich auch die Ergebnisse der rechtsextremen Parteien bzw. der Grünen eindeutig zu. Das gut sichtbare „Zusammenklumpen“ der jeweiligen Parteiergebnisse spricht nach wie vor für eine vergleichsweise hohe regionale Stabilität. Allerdings ist diese insbesondere bei den drei großen Parteien nicht mehr so stark ausgeprägt wie früher. So ist beispielsweise bei der SPD zu erkennen, dass sich das Ergebnis von 2011 ein kleines Stück entfernt vom bisherigen „SPD-Klumpen“ einordnet.

Abb. 1 Der politisch-geografische Raum in Mecklenburg-Vorpommern 1994 bis 2011



Grafische Darstellung der Bundes- und Landtagswahlergebnisse mittels Faktorenanalyse (Hauptkomponentenmethode, Varimaxrotation, Gemeindeebene (N=777), Landtagswahl 2011 ohne Wahlkreis Rügen I, gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten. Ohne Briefwähler.

¹² Hierbei handelt es sich um ein Verfahren, bei dem die einzelnen Ergebnisse bei Bundes- und Landtagswahlen in den Gemeinden miteinander korreliert und zu so genannten Hauptkomponenten zusammengefasst werden. Dies ermöglicht eine Komplexitätsreduzierung der Daten. In der Abbildung werden die jeweiligen Korrelationswerte mit den zwei wichtigsten Hauptkomponenten grafisch dargestellt. Die Abbildung stellt jedoch nicht einen inhaltlich-programmatischen Orientierungsrahmen, sondern einen rein geografischen dar. Sie gibt Auskunft über die regionale Stabilität des jeweiligen Stimmenergebnisses einer Partei sowie über regional abgestützte Konfliktstrukturen zwischen Parteien.

4 Wer wählte wen? – Stimmabgabe in sozialen Gruppen

Ihren Wahlerfolg verdanken die SozialdemokratInnen wie schon 2006 zu großen Teilen den Frauen, insbesondere den Frauen über 60 Jahre (Tabelle 5). In dieser Gruppe erreichte die SPD 48 Prozent. Aber auch bei Männern dieser Altersgruppe konnte die SPD überdurchschnittlich abschneiden. Insgesamt weist die SPD-Wählerschaft eine deutliche Überalterung auf. Je jünger die WählerInnen, desto geringer auch der Zuspruch für die SPD. In der Gruppe der Unter-24-jährigen erreichten die SozialdemokratInnen nur 24 Prozent. Im Gegensatz zu allen anderen Alterskohorten konnten sie hier auch keine Zugewinne verbuchen. Allerdings war diese Gruppe besonders hart umkämpft, da hier alle relevanten Parteien zweistellige Ergebnisse erzielten.

Eine ähnliche Wählerstruktur ist traditionell bei der Partei Die LINKE zu erkennen. Sie schneidet erneut bei älteren WählerInnen deutlich besser ab. Wie gewohnt sind vor allem die älteren Männer wieder eine sichere Bastion der Partei. Dagegen ist die Struktur der CDU-Wählerschaft mit Blick auf Alter und Geschlecht sehr ausgeglichen. Lediglich die Unter-24-jährigen haben deutlich weniger der CDU ihre Stimme gegeben, was freilich der schon beschriebenen größeren Konkurrenzsituation geschuldet ist. Ein gänzlich anderes Profil weisen Bündnis 90/Die Grünen auf. Die „Öko-Partei“ spricht in erster Linie jüngere Wählerschichten, vor allem Frauen an. Die Über-60jährigen stehen den Grünen dagegen eher zurückhaltend gegenüber.

Die NPD ist weiterhin eine Partei der jungen, vor allem der jungen männlichen Wähler. In der Gruppe der 18 bis 24-jährigen Männer erzielte sie 18 Prozent und war damit nach der SPD zweitstärkste Partei. Gleichwohl ist dieser Anteil gegenüber 2006 um fünf Prozentpunkte überdurchschnittlich stark zurückgegangen. Auch in der nächsten männlichen Alterskohorte (bis 34 Jahre) ist die NPD mit 15 Prozent stärker als Die LINKE und Bündnis 90/Die Grünen. Frauen haben dagegen in deutlich geringerem Umfang NPD gewählt. Dennoch konnten die RechtsextremistInnen bei Wählerinnen bis 34 Jahre klar überdurchschnittlich abschneiden (zehn Prozent). Am wenigsten neigten, wie schon 2006, Frauen über 45 Jahre sowie die Männer ab 60 Jahre, der NPD zu.

Tab. 5: Wahlentscheidung 2011 und Veränderungen zu 2006 nach Alter und Geschlecht

	CDU		SPD		LINKE		FDP		B90/Grüne		NPD	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
MV gesamt	23,0	-5,8	35,6	+5,4	18,4	+1,6	2,8	-6,8	8,7	+5,3	6,0	-1,3
18-24 Jahre	16	-4	24	-1	14	+1	4	-8	12	+6	14	-3
25-34 Jahre	23	-5	27	+5	12	-1	4	-9	12	+6	12	-2
35-44 Jahre	25	-6	30	+7	13	-1	4	-9	12	+7	8	0
45-59 Jahre	23	-7	34	+5	20	+3	3	-7	9	+6	6	-1
60 und älter	24	-5	45	+5	21	+1	2	-4	5	+4	2	0
Frauen	23	-6	40	+6	18	+1	2	-7	9	+5	4	0
18-24 Jahre	17	-5	27	+1	14	-1	4	-8	15	+7	10	0
25-34 Jahre	22	-6	29	+5	12	-2	4	-10	14	+7	9	+1
35-44 Jahre	24	-6	32	+7	14	-2	3	-9	13	+7	5	0
45-59 Jahre	22	-7	38	+5	20	+2	3	-7	9	+6	3	0
60 und älter	24	-5	48	+5	19	+2	2	-4	5	+3	1	0
Männer	24	-6	32	+5	19	+2	3	-7	8	+5	8	-2
18-24 Jahre	16	-4	21	-2	14	+3	4	-8	11	+4	18	-5
25-34 Jahre	23	-4	25	+5	11	0	4	-9	11	+5	15	-3
35-44 Jahre	26	-6	27	+7	13	-1	4	-9	11	+7	11	0
45-59 Jahre	25	-7	30	+5	20	+3	3	-8	9	+6	8	-2
60 und älter	23	-5	41	+4	24	+1	2	-4	5	+4	4	+1

Quelle: Infratest dimap, Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011, S. 39.

Die Wählerschaften der Parteien sind auch unter dem Gesichtspunkt der formalen Bildung deutlich ausdifferenziert (Tabelle 6). Lediglich für die Wahl der ChristdemokratInnen ist dieser Einflussfaktor zu vernachlässigen. So schneidet die SPD in der Gruppe derjenigen mit einem Hochschulabschluss erheblich besser als in den anderen Gruppen ab. Allerdings geht dieser Effekt zu großen Teilen auf den Faktor Alter zurück, denn in der DDR galt bis in die 1960er Jahre die Acht-Klassenschule als Regelschule. Genau umgekehrt stellt sich das Profil der Partei die LINKE dar, die erneut bei WählerInnen mit hoher Bildung klar besser abschneiden konnte. Auch hier spielt jedoch wieder das Alter eine entscheidende Rolle, denn dieser Befund gilt nur bei den Über-35-jährigen. In den jüngeren Alterskohorten ist dagegen interessanterweise kein Einfluss des Faktors Bildung zu erkennen. Es ist insofern davon auszugehen, dass der formale Bildungsabschluss als Faktor für die Wahl der Partei Die LINKE nur im Zusammenhang mit einer gleichzeitigen DDR-Sozialisation wirksam wird. Ein Hochschulabsolvent aus DDR-Zeit hat vor diesem Hintergrund eine andere Prädisposition als jemand, der nach 1990 ein Studium aufgenommen und absolviert hat.

Ein sehr deutliches Profil weisen wiederum die Grünen auf, die weit überdurchschnittlich von denjenigen mit Abitur oder Hochschulabschluss gewählt wurden, dies gilt im Übrigen unabhängig vom Alter. Bei den Unter-34-jährigen mit Hochschulabschluss erreichen die Grünen sogar 24 Prozent und sind damit genauso stark wie SPD und CDU.

Das direkte Kontrastbild zu den Grünen liefert die NPD. Nur ein Prozent der HochschulabsolventInnen wählte die RechtsextremistInnen, während bei WählerInnen mit mittlerer Reife oder niedrigerem Schulabschluss immerhin neun bzw. acht Prozent für die NPD stimmten. In der Gruppe der Unter-34-jährigen mit niedriger formaler Bildung erreicht die NPD sogar 34 Prozent und ist damit deutlich stärkste Partei in diesem Segment. Im Gegensatz zum allgemeinen Trend legte die NPD hier sogar im Vergleich zu 2006 noch mal deutlich zu. Wenn man eine spezielle „Problemgruppe“ im Hinblick auf die NPD-AnhängerInnenschaft ausmachen kann, dann sicher diese. Allerdings umfasst sie nur etwa zwei Prozent aller Wahlberechtigten.

Einige deutlichere Verschiebungen in den Wählerstrukturen der Parteien sind hinsichtlich der Berufsgruppen festzustellen. Die SPD gewinnt demnach überproportional bei ArbeiterInnen, insbesondere den gewerkschaftlich Organisierten, und Arbeitslosen. Insofern kann die Partei in ihrer klassischen Klientel punkten. Einen extremen Zuwachs verzeichnen die SozialdemokratInnen bei BeamtenInnen (plus 24 Prozentpunkte). Hier profitiert die SPD von den deutlichen Verlusten der CDU und der Partei Die LINKE. Die nur unterdurchschnittliche Steigerung bei den Angestellten, die in den letzten Jahren eigentlich die sicherste Wählerbastion der SPD waren, erklärt sich nicht zuletzt durch den entsprechenden Zuwachs bei Bündnis 90/Die Grünen. Insbesondere bei den gewerkschaftlich organisierten Angestellten ist diese Verschiebung festzustellen, die SPD verliert in dieser Gruppe sogar gegen den Trend. Am stärksten schneiden die SozialdemokratInnen nicht überraschend bei den RentnerInnen ab (45 Prozent).

Die CDU verliert weit überdurchschnittlich bei BeamtenInnen, ihrer bislang treuesten Wählergruppe, sowie bei den Berufstätigen allgemein. Insgesamt bleibt das Wählerprofil dadurch unscharf. Die LINKE büßt ebenso deutlich und im klaren Gegensatz zum Trend auch bei den BeamtenInnen ein, was möglicherweise mit einem Generationswechsel in dieser Gruppe zu erklären ist. Sie gewinnt aber bei den Angestellten überproportional hinzu. Das beste Ergebnis erzielt die Partei jedoch ebenso wie die SPD bei den RentnerInnen.

Bündnis 90/Die Grünen legen überdurchschnittlich bei den Berufstätigen und den gewerkschaftlich organisierten Angestellten zu sowie insbesondere in der Gruppe der Selbständigen (plus 14 Prozentpunkte). Offensichtlich können sie von den großen Verlusten der FDP profitieren. Damit erreichen die Grünen hier sogar ihr bestes Ergebnis aller Berufsgruppen. Die NPD konnte erneut bei den Arbeitslosen (18 Prozent) sowie bei den ArbeiterInnen (13 Prozent) am besten abschneiden. Selbst bei gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen fiel die Zustimmung zu den RechtsextremistInnen überdurchschnittlich aus (neun Prozent).

Tab. 6: Wahlentscheidung 2011 und Veränderungen zu 2006 nach sozialen Gruppen

	CDU		SPD		LINKE		FDP		B90/Grüne		NPD	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
MV gesamt	23,0	-5,8	35,6	+5,4	18,4	+1,6	2,8	-6,8	8,7	+5,3	6,0	-1,3
<i>Schulbildung</i> ¹												
Hauptschule	24	-4	44	+5	15	0	3	-3	3	+2	8	0
Mittlere Reife	25	-4	33	+7	17	+2	2	-9	7	+5	9	-1
Abitur	21	-7	34	+3	18	+1	4	-7	11	+5	5	0
Hochschule	25	-4	32	+3	22	-1	3	-6	14	+8	1	-2
<i>Alter u. Schulbildung</i> ¹												
< 34 J. Hauptschule	10	-9	21	-3	11	-3	8	0	4	+2	34	+5
< 34 J. Mittl. Reife	22	-2	27	+4	10	-1	3	-10	9	+6	16	-4
< 34 J. Abitur	25	-2	27	-1	11	+1	4	-11	15	+7	7	-1
< 34 J. Hochschule	25	-4	24	0	10	+2	4	-12	24	+6	3	0
> 35 J. Hauptschule	25	-4	48	+7	15	0	2	-3	3	+2	5	-1
> 35 J. Mittl. Reife	26	-5	35	+7	18	+2	2	-9	7	+5	8	0
> 35 J. Abitur	19	-10	37	+6	22	+1	5	-4	9	+5	4	+1
> 35 J. Hochschule	24	-4	34	+4	24	-1	3	-5	12	+8	0	-2
<i>Tätigkeit</i>												
Berufstätige ¹	24	-10	32	+7	17	+3	4	-8	11	+8	7	-1
Arbeiter	21	-7	35	+8	16	+3	2	-10	5	+3	13	+1
Angestellter	22	-8	33	+3	19	+5	3	-7	11	+7	5	0
Beamte	33	-12	40	+24	8	-7	5	-6	9	+6	3	-2
Selbständige	35	-6	18	+6	12	+1	6	-13	17	+14	5	-4
Rentner	23	-4	45	+5	23	+1	1	-4	5	+3	2	0
Arbeitslose	13	-8	32	+8	19	-2	2	-7	6	+3	18	+1
<i>Gewerkschaft</i> ¹												
Mitglied	15	-9	39	+4	23	+2	2	-5	9	+6	6	0
kein Mitglied	22	-7	35	+6	19	+3	3	-7	9	+6	6	-2
<i>Arbeiter</i>												
Gewerk.-Mitglied	12	-14	43	+11	23	+3	2	-6	6	+5	9	+1
kein Mitglied	21	-6	37	+8	20	+5	2	-7	6	+4	8	-6
<i>Angestellte</i>												
Gewerk.-Mitglied	14	-6	39	-3	24	0	2	-2	12	+9	3	0
kein Mitglied	20	-9	37	+6	20	+1	3	-7	10	+7	5	+1
<i>Konfession</i>												
evangelisch	31	-5	37	+6	11	+1	3	-7	11	+7	5	-1
katholisch	48	-3	28	+4	4	-6	4	0	9	+5	3	-3
keine/andere	19	-6	36	+6	22	+2	3	-7	8	+5	7	-2

Quellen: Infratest dimap, Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011, S. 41.

¹ Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Mecklenburg-Vorpommern. Eine Analyse der Landtagswahl vom 4. September 2011, Mannheim 2011 (Berichte der FGW; 147), S. 70.

Einen prägenden Einfluss auf das Wahlverhalten in Mecklenburg-Vorpommern hat auch weiterhin die Konfessionsbindung. Nach wie vor ist die CDU die Partei der (kleinen) Gruppe von KatholikInnen (48 Prozent) und teilweise auch der ProtestantInnen, währenddessen sie unter Konfessionslosen erheblich weniger Zustimmung erfährt. Die SPD ist dagegen sehr viel ausgeglichener, nur bei den KatholikInnen gibt es etwas weniger Unterstützung. Unter den evangelischen

WählerInnen konnten die SozialdemokratInnen hingegen wieder stärkste politische Kraft werden. Die LINKE ist traditionell hauptsächlich eine Partei der Konfessionslosen (22 Prozent), dahinter fallen die Ergebnisse in den anderen beiden Wählergruppen sehr deutlich ab. Die Grünen weisen – im Gegensatz zu den westdeutschen Ländern – eher eine konfessionell geprägte Wählerstruktur auf, was vermutlich auch mit der Geschichte der DDR-BürgerInnenbewegung zusammenhängen dürfte. Bei der NPD schließlich wirkt eine konfessionelle Bindung, vor allem bei KatholikInnen, eher dämpfend auf die Erfolgchancen. Allerdings hätte man bei den ProtestantInnen auch einen diesbezüglich größeren Effekt erwarten können.

5 Fazit

Die Landtagswahl 2011 hat insbesondere durch den Wahlerfolg von Bündnis 90/Die Grünen einige Bewegung in den Parteienwettbewerb Mecklenburg-Vorpommerns gebracht. Es wird sich aber erst zeigen müssen, ob sich die Grünen langfristig etablieren können oder ob sie ebenso wie die FDP nach einem kometenhaften Aufstieg schnell wieder in der Versenkung verschwinden. Dies hängt nicht zuletzt von der bundespolitischen „Großwetterlage“ ab, die sich für die Grünen nach dem Allzeit-Hoch während der Fukushima-Katastrophe sukzessive wieder verschlechtert. Für die erstgenannte Variante spricht – anders als bei der FDP – zumindest die starke regionale Hochburgenbildung der Partei und die „passende“, d.h. nicht durch Zufall generierte Wählerstruktur. Es ist insofern auch einiges vom Agieren der neuen Landtagsfraktion abhängig. Zumindest haben die Grünen schon einen ersten parlamentarischen Erfolg erzielt, indem sie den „alten“ Parteien eine Überprüfung der Versorgungsleitungen für Abgeordneten abringen konnten.¹³ Die Liberalen stehen hingegen – auch wenn derartige Prognosen immer problematisch sind – vor einem steinigen Weg, um sich wieder als ein wahrnehmbarer Akteur des Parteiensystems im Land positionieren zu können.

Dessen ungeachtet ist der politische Wettbewerb nach wie vor – und dies ist im Kontext aller Bundesländer einmal mehr erwähnenswert – durch eine vergleichsweise hohe Stabilität gekennzeichnet. Die Kräfteverhältnisse haben sich zwar graduell, aber nicht strukturell verschoben. Die SPD fand die denkbar günstigsten Rahmenbedingungen vor, die sie freilich auch zu nutzen wusste. Die Union ist dagegen – auch durch eigenes Verschulden – deutlich unter ihren Möglichkeiten geblieben. Die LINKE bleibt im Kontrast zu den anderen ostdeutschen Ländern auch strukturell in ihrer Rolle als dritte politische Kraft beschränkt. Die rechtsextreme NPD ist zwar vermutlich in ihrem Expansionsdrang vorläufig eingehegt, sie geht aber insgesamt gefestigt aus der Wahl heraus und bleibt den demokratischen Parteien auch künftig als spezielle Herausforderung erhalten.

¹³ Vgl. „Erster Coup der Grünen im Landtag: Diäten werden gekürzt“, in: OZ, 03.11.2011.

TEIL II: PARTEIENARTIKEL

„Gut, wie das Land“ – Die SPD

Timm Flügge/Benjamin Hein

1 Einleitung

Die Landtagswahlen vom 4. September 2011 bestätigten den amtierenden Ministerpräsidenten Erwin Sellering deutlich im Amt. Die von ihm geführte SPD wurde mit Abstand stärkste Kraft und kann im Hinblick auf den Koalitionspartner zwischen CDU und Die LINKE wählen. Welche Faktoren bildeten die Grundlage für das zweitbeste Ergebnis, das die SPD in der Landesgeschichte einfahren konnte? Inwiefern wurde das Fundament hierfür bereits in der abgelaufenen Legislaturperiode gelegt und welchen Einfluss hatte der Wahlkampf aus einer Großen Koalition heraus?

2 Die abgelaufene Legislaturperiode

Rein in Mitgliedszahlen betrachtet, bedeuteten die Jahre 2006 bis 2011 für die SPD eine Stagnation. Zu Beginn der vergangenen Legislaturperiode zählte sie 2.872, im Frühjahr 2011 2.802 Parteimitglieder. Die Veränderungen in diesem Bereich können als marginal bezeichnet werden. Die SPD bleibt damit etwa auf dem Mitgliederniveau von 1990. Damals waren es 3.198 GenossInnen. Im Vergleich zu CDU und Die LINKE nimmt sie in dieser Hinsicht mit deutlichem Rückstand nur Platz 3 ein.¹ Die Rangfolge im Landtag der vergangenen Legislaturperiode sah hingegen ganz anders aus. Die Landtagswahlen vom Herbst 2006 bildeten für die SPD die Grundlage einer erneuten Regierungsübernahme. Trotz starker Einbußen von über zehn Prozentpunkten behauptete die Partei ihre Position als stärkste Kraft im Land mit einem Ergebnis von 30,2 Prozent. Damit konnte sie sich weder als eindeutige Verliererin noch als Gewinnerin sehen.² Mögliche Koalitionsoptionen für die SozialdemokratInnen waren die Fortsetzung der rot-roten Regierung mit der Partei Die Linke.PDS oder der Wechsel zu einer Großen Koalition mit der CDU. Gegen eine Koalition mit dem bisherigen Partner sprach die nur hauchdünne Mehrheit von 36 zu 35 Sitzen gegenüber einer möglichen Opposition von CDU, FDP und NPD. Ministerpräsident Harald Ringstorff entschied sich letztlich für die sichere Variante einer Großen Koalition und beendete damit die acht Jahre andauernde rot-rote Koalition mit der Partei Die Linke.PDS, wodurch die neue Regierung über eine komfortable Mehrheit von 45 der 71 Sitze im Schweriner Schloss verfügte. In dieser neuen Konstellation war die SPD zwar stärkste Kraft, allerdings betrug der Abstand zu den ChristdemokratInnen nur 1,4 Prozentpunkte, was nur einem Sitz mehr für die SPD

¹ Vgl. dazu beispielsweise „Parteien im Nordosten verlieren Mitglieder“ auf ndr.de 21.03.2011, abrufbar unter: <http://www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/parteien109.html>, (Stand: 11.10.2011) und <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/emsoz/schriften/Arbeitshefte/ahosz15.pdf> (Zugriff 11.10.2011).

² Vgl. Andreas Timm, Auf den Ministerpräsidenten kam es an – Die SPD, in: Steffen Schoon/Nikolaus Werz (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2006, S. 21-29, hier: S. 21.

im Landtag entsprach und damit zwei faktisch gleichberechtigte Partner entstehen ließ.³ Deutlich wurde dies an der Verteilung der acht Ministerposten, von denen beide Partner vier beanspruchten. Der im Kampf um die Ministerpräsidentenschaft unterlegene Spitzenkandidat der CDU, Jürgen Seidel, wurde als Wirtschafts- und Arbeitsminister zugleich Stellvertreter Ringstorffs. Die vier künftigen MinisterInnen der SPD, Sigrid Keler, Till Backhaus, Otto Ebnet und Erwin Sellering gehörten bereits dem vorigen Kabinett an. Insgesamt bedeutete die Landtagswahl durch den Verbleib der SPD in der Landesregierung ein gewisses Maß an Kontinuität, was in der personellen Besetzung der SPD-Ministerien besonders deutlich wurde.

Ganze zwei Jahre später hingegen, im Herbst des Jahres 2008, kam es dann doch zu einer personellen Neuaufstellung der Landes-SPD, die umfassender kaum hätte sein können. Angefangen bei der Person des Ministerpräsidenten, blieb von den fünf sozialdemokratischen Kabinettsmitgliedern nur eines auf seinem Posten, selbst die Fraktionsspitze wurde ausgetauscht. Auslöser für diesen größeren Umbau war der lang angekündigte Rücktritt von Ministerpräsident Ringstorff zum 6. Oktober 2008. Mit einer Reihe von Würdigungen verließ er die politische Bühne und wurde vom Landesvorsitzenden der SPD, Sozialminister Erwin Sellering, beerbt.⁴ Ob dieser an die Popularitätswerte Ringstorffs, die der SPD bei den letzten Wahlen noch den knappen Sieg beschert hatten, heranreichen würde, war mehr als offen und konnte aus sozialdemokratischer Sicht durchaus mit Sorge betrachtet werden. Doch dem gebürtigen Westfalen Sellering wurde aufgrund seiner mutigen Kabinettsumbildung ein „Guter Anfang“ bescheinigt.⁵ Während mit Sigrid Keler und Otto Ebnet langjährige Kabinettsmitglieder ihre Posten verloren, rückten mit Volker Schlotmann, Heike Polzin und vor allem mit der bis dahin völlig unbekanntenen Manuela Schwesig drei frische Kräfte in die Regierung. Den vakanten Fraktionsvorsitz übernahm Norbert Nieszery.

Der Herbst 2008 stellte für die SPD den zentralen Einschnitt der gesamten Legislaturperiode dar, denn durch die personelle Neuaufstellung ging die SPD ein großes Risiko ein: Schaffte sie es, sich bis zu den Wahlen 2009 und zur Landtagswahl 2011 neu zu profilieren oder war die Zeitspanne zu kurz, um einen ähnlichen Amtsbonus wie Harald Ringstorff zu generieren? War es möglich, das bei der letzten Landtagswahl verlorene Vertrauen mit einer solchen Neuaufstellung zurückzugewinnen?

Für die Zeit bis zu den Wahlen 2009 war die Zeitspanne sicher nicht groß genug. So erlitten die SozialdemokratInnen bei den Europawahlen, mit landesweit 16,7 Prozent und dem dritten Platz hinter CDU und Die LINKE, wie schon fünf Jahre zuvor, eine sehr deutliche Niederlage. Auch bei den Kommunalwahlen musste die SPD mit ihren 19,3 Prozent erneut den dritten Platz hinter CDU und Die LINKE einnehmen. Das Stimmenergebnis beider Wahlen entsprach jedoch in etwa dem Niveau von vor fünf Jahren. Das schlechteste Ergebnis des Wahljahres 2009 erlitten die SozialdemokratInnen jedoch bei der Bundestagswahl, bei der sie mit 16,6 Prozent und einem Verlust von 15,1 Prozentpunkten im Vergleich zu 2005 besonders schlecht abschnitten und keinen einzigen Wahlkreis im Nordosten gewinnen konnten. Das Wahljahr 2009 zeigte ganz deutlich, dass die SPD sich zwei Jahre vor den Landtagswahlen konstant zur dritten Kraft in Mecklenburg-Vorpommern entwickelt hatte und das Ergebnis zwischen 16,5 und 19,5 Prozent pendel-

³ Alle Zahlen nach Angaben der Landeswahlleiterin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, abrufbar unter: http://service.mvnet.de/cgi-bin/wahlen/2006_land/wahl2006_anz.plEndgueltige_Ergebnisse_2006xxxL_WK99.htm (Stand: 19.09.2011).

⁴ Vgl. beispielsweise „Schöner ist es, bei den Siegern zu sein“, in: OZ, 02.10.2008.

⁵ Max-Stefan Koslik, „Guter Anfang“, in: NNN, 2./3.10.2008.

te.⁶ Dies war für das neue SPD-Personal eine katastrophale Nachricht, wenn es an der Regierung bleiben wollte. Allerdings sind bei der Bewertung dieser Ergebnisse auch andere Faktoren, als nur das Auftreten der Landesspitze zu betrachten. Die strukturelle Schwäche der SPD in den Kommunen, wo sie mit 25,6 Prozent bei den Kommunalwahlen 1994 ihr bislang bestes Ergebnis erzielte, fällt dabei ebenso ins Gewicht wie ein schlechter Bundestrend. Dennoch muss festgehalten werden, dass die Landesergebnisse der SozialdemokratInnen noch deutlich unter dem Bundesschnitt bei Europa- und Bundestagswahlen angesiedelt waren.

Noch vor diesen negativen Wahlergebnissen für die Landes-SPD setzte eine Entwicklung ein, die sich bis zum Ende der Legislaturperiode zog und im Gegensatz zur Regierung von Ex-Ministerpräsident Ringstorff stand: Eine deutlichere Präsenz der SpitzenvertreterInnen des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern auf Bundesebene. Bereits relativ kurz nach seinem Amtsantritt gab Ministerpräsident Erwin Sellering im Frühjahr 2009 und damit noch vor den wichtigen Wahlen ein Interview, in dem er der DDR bescheinigte, „kein totaler Unrechtsstaat“ gewesen zu sein.⁷ Schnell erlangte der neue Ministerpräsident so überregionale Bekanntheit, obgleich er zum Teil sehr heftig für diese Aussagen von der Presse, anderen Parteien und sogar eigenen GenossInnen kritisiert wurde.⁸ Entscheidend war für den Ministerpräsidenten jedoch weniger die Meinung, die in Zeitungen veröffentlicht wurde, als diejenige, die die Mehrheit der MecklenburgerInnen und VorpommerInnen sich bildete.⁹ Und bei der ostdeutschen Bevölkerung fiel dieser Vorstoß auf äußerst fruchtbaren Boden, sodass Sellering bereits zu diesem Zeitpunkt als „Ossi-Versteher“ bezeichnet wurde.¹⁰ Das Kalkül des neuen Ministerpräsidenten ging auf. Er erntete viele Sympathien in der Bevölkerung, welche durch die Vorwürfe des Populismus und der Anbiederung an die Bevölkerung durch die Opposition sogar noch verstärkt werden konnten. Auch die neue, junge Ministerin im Kabinett Sellering machte bald Schlagzeilen. Sozialministerin Manuela Schwesig wurde im Herbst 2009 in das Kompetenzteam von Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier berufen und profilierte sich im Verlaufe der Legislaturperiode als Gegenspielerin von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU).¹¹ Nach der desaströsen Wahlniederlage der SozialdemokratInnen bei den Bundestagswahlen 2009 nahm sie, nach nur einem Jahr als Landesministerin, die Position der stellvertretenden SPD-Bundesvorsitzenden ein. Ihre persönliche Bundespräsenz wurde im Verlaufe der beiden folgenden Jahre verstärkt durch die öffentlichkeitswirksame Aushandlung der neuen Hartz-IV-Regelsätze. Die neue Landesministerin brachte den Landesverband erneut in die überregionalen Medien. Dies stand im Gegensatz zum Vorgehen unter Harald Ringstorff, der diese Präsenz zumeist vermieden hatte. Auch deshalb kann der Wechsel an der Spitze der Regierung als die Zäsur der Legislaturperiode bezeichnet werden.

⁶ Alle Zahlen der Wahlen nach Angaben der Landeswahlleiterin, abrufbar unter: http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/start/_Landeswahlleiter/Landeswahlleiter/lwlstart/index.jsp (Stand: 19.09.2011). Vgl. dazu auch den Artikel von Koschkar in diesem Band mit der entsprechenden Übersicht.

⁷ „Kein totaler Unrechtsstaat“, in: FAZ, 22.03.2009.

⁸ Vgl. dazu beispielsweise Frank Pergande, „Versuchsballon, abgestürzt“, FAZ, 25.03.2009 oder „Zoff um DDR-Geschichte: SPD und Bürgerrechtler kritisieren Sellering“, in: OZ, 24.03.2009.

⁹ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTREND April Berlin 2011, S. 11.

¹⁰ Annette Meiritz, „Der Ossi-Versteher“, auf SpiegelOnline, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,779505,00.html> (Stand: 28.09.2011).

¹¹ Vgl. Kerstin Schwenn, „Manuela Schwesig von der SPD. Die auserkorene Gegenspielerin zu von der Leyen“, auf: Faz.net, 07.01.2011.

Ein zentrales politisches Thema dieser Legislaturperiode war die Kreisgebietsreform, die die SozialdemokratInnen mit der Partei Die LINKE in der Vorgängerregierung nicht umzusetzen vermochten. Das für die Umsetzung der Reform zuständige Innenministerium übernahm jedoch mit Lorenz Caffier ein Christdemokrat. Das Vorhaben war in der Landesbevölkerung ein unpopuläres Projekt: Einer Umfrage im Sommer 2011 zufolge lehnten 54,3 Prozent der Menschen die Reform ab, nur 22,7 Prozent befürworteten sie.¹² Das von der Bevölkerung wenig geliebte Projekt wurde damit nicht mehr von einem Sozialdemokraten, sondern einem politischen Konkurrenten nach außen vertreten. Viel Kritik an der Umstrukturierung zu den sechs Großkreisen und zwei kreisfreien Städten ging damit künftig nicht mehr zulasten der Landes-SPD, sondern bezog sich auf die gesamte Große Koalition und im Besonderen auf den neuen Innenminister. Abgeschlossen wurde die Diskussion um die Gebietsreform erst mit dem Urteil des Landesverfassungsgerichts kurz vor den Landtags- und Kommunalwahlen 2011. Damit wird deutlich, wie sehr sich diese Reform über die komplette Amtszeit von Innenminister Caffier zog.¹³

Alle diese Faktoren ergaben für die SPD, nach dem Tief bei den Wahlen 2009 kurz nach dem Amtsantritt des neuen Ministerpräsidenten, schon zu Beginn des Jahres 2011 wesentlich bessere Voraussetzungen für die Landtagswahlen im Herbst des Jahres. Sie wurde im gesamten Jahr 2011 bei allen Landtagswahlumfragen mehr oder weniger deutlich auf Platz 1 gesehen; ihre Werte schwankten in einem Bereich zwischen 32 und 37 Prozent, ihr Vorsprung auf die Union betrug zu jedem Zeitpunkt mindestens drei Prozentpunkte, in den Wochen kurz vor der Wahl wuchs dieser Abstand auf bis zu zehn Prozentpunkte an.¹⁴ Fast sicher war damit seit Beginn des Wahljahres, dass die SozialdemokratInnen auch in einer künftigen Regierung den Ministerpräsidenten stellen würden, da die SPD, selbst bei einem zweiten Platz hinter der Union, aller Voraussicht nach eine Mehrheit mit der Partei Die LINKE hätte und in diesem Falle den stärkeren Partner darstellen würde. Die SPD ist zu beiden Parteien koalitionsfähig. Durch diese parteipolitische Mittellage war eine Regierung gegen die SPD im Parlament nahezu unmöglich. In der Geschichte des Landes kam dieser Fall bisher auch erst ein Mal vor. In einer Regierungskoalition könnte die SPD nur dann nicht den Regierungschef stellen, wenn sie nur dritte Kraft hinter Die LINKE und CDU werden würde, wie dies bei den Wahlen 2009 durchgehend der Fall war. Seit Jahresbeginn deuteten jedoch alle Umfragen daraufhin, dass Ministerpräsident SELLERING sein Amt behalten würde; voraussichtlich konnte er für die nächste Regierung sogar zwischen CDU und Die LINKE als möglichen Partnern wählen.

3 Wahlkampfstrategien

Im Hinblick auf die oben angesprochene Ausgangslage war das Wahlziel der SozialdemokratInnen recht offensichtlich. Einerseits wollte man wieder stärkste Kraft im Lande werden und andererseits die Regierungsarbeit mit Erwin SELLERING fortsetzen. Die Wahlziele waren somit durchaus

¹² Vgl. dazu die Umfrage des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock, in: „Knappes Ja zu neuer Landkarte im Norden“, abrufbar unter: <http://www.svz.de/dossiers/kreisreform/artikel-ansicht/article//knappes-ja-zu-neuer-landkarte-im-norden.html> (Stand: 02.10.2011).

¹³ Vgl. dazu auch den Beitrag von Heinz/Poling/Schwartz/Warning in diesem Band.

¹⁴ Alle Umfragewerte: abrufbar unter: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtag/mecklenburg-vorpommern.htm> (Stand: 19.09.2011).

mit 2006 vergleichbar.¹⁵ Ungeachtet dessen war es lange Zeit nicht eindeutig ersichtlich, welche Art des Wahlkampfes von der SPD geführt werden würde. Nachdem sich jedoch das Bild des Landesvaters auch bei Selling herauskristallisiert hatte, bekam die Kampagne Profil. Dieses wurde maßgeblich durch die Ausgestaltung der drei Dimensionen des Wahlkampfes geprägt:

- Themenwahlkampf: Vor allem die Bereiche „Wirtschaft und Arbeitsplätze“ sowie „Familie und Kinder“ wurden von der SPD besetzt.
- Personenwahlkampf: Analog zum letzten Landtagswahlkampf der SPD gab es eine ausschließliche Fixierung auf den Ministerpräsidenten.¹⁶
- Angriffswahlkampf: Diese Dimension des Wahlkampfes wurde in ihrer ausgeprägten Form ausschließlich gegen die NPD eingesetzt.

3.1 Themenwahlkampf

Klare Positionen gab es seitens der SPD zu vielen Themen und vor allem auch zu landespolitischen Herausforderungen. Aus dem Regierungsprogramm für die kommende Legislaturperiode ging beispielsweise hervor, dass die Abwanderung gestoppt werden solle und man sich im Detail den Chancen und Risiken des demografischen Wandels stellen wolle.¹⁷ Im Bereich von Ökonomie und Arbeitsplätzen läge der Fokus nach wie vor auf den klassischen Zweigen der hiesigen Wirtschaft in Kombination mit dem Nullverschuldungsziel.¹⁸ Hinzu kämen noch die Konzentration auf Erneuerbare Energien und eine neue Bildungspolitik. Insgesamt lassen sich damit die Themen der SPD in die vier Bereiche Wirtschaft und Arbeitsplätze, Kinder und Familie, Bildung und Zukunft vor Ort gliedern. Gemessen an der Wahlkampfplakatierung waren es vor allem die ersten beiden Themenbereiche, die für den Wahlkampf genutzt wurden. Es waren die einzigen Themen, denen Großflächenplakate gewidmet wurden.¹⁹ Nichtsdestotrotz gab es keine nennenswerten inhaltlichen Debatten, die vermuten ließen, dass die SPD mittels agenda-settings WählerInnen mobilisiert hätte. Die einzigen Themen, die detaillierter angesprochen wurden, waren die Kitas und der von den SozialdemokratInnen und der Partei Die LINKE geforderte Mindestlohn. So plakatierte die SPD: „25.000 Arbeitsplätze geschaffen. Und jetzt höhere Löhne.“ Es war vor allem das Thema Mindestlohn, das zum Vorschein kam, wenn es denn eine inhaltliche Diskussion gab. So geschehen unter anderem im TV-Duell der Spitzenkandidaten von SPD und CDU (Caffier), als Selling die Position seiner Partei hinsichtlich dieses Themas als Differenz zum Koalitionspartner herausstellte. Alles in allem waren dies jedoch keine Themen, die von der SPD völlig überraschend aufgegriffen wurden. Sie waren vielmehr ein Zeichen der Kontinuität, und auch wenn die Themen für sich genommen den Wahlkampf nicht maßgeblich beeinflussten, so war es doch eben jene Kontinuität die in das Gesamtbild passte. Schon im Juni schrieb eine relative Mehrheit der Befragten der SPD in den Bereichen Arbeitsplätze, Bildung, soziale Gerechtigkeit, Familie und bei der Lösung der wichtigsten Probleme in Mecklenburg-Vorpommern die

¹⁵ Vgl. Timm, Die SPD, 2006, S. 22.

¹⁶ Vgl. ebd.: S. 22-24.

¹⁷ Vgl. Regierungsprogramm der SPD Mecklenburg-Vorpommern 2011-2016, o.O. 2011, S. 9 und S. 24-27.

¹⁸ Vgl. ebd.: S. 5-7.

¹⁹ Hierzu: <http://spd-mv.de/3260/spd-drittem-grossflaechenplakat/> (Stand: 20.09.11).

größte Kompetenz zu.²⁰ Der Themenwahlkampf der SozialdemokratInnen bestand demnach darin den kompetenten Eindruck aufrecht zu erhalten. Dies manifestierte sich unter anderem im Verfolgen einer Strategie, welche vor allem die Leistungsbilanz der SPD während der Regierungszeit unterstrich. Es wurde versucht die positive Einstellung vieler BürgerInnen zum Land, mittels eines einprägsamen Slogans, auf die Partei selbst zu projizieren: „Gut, wie das Land.“

3.2 Personenwahlkampf

„Auf den Ministerpräsidenten kommt es an“ hieß es im Zuge der letzten Landtagswahl und obgleich dies im Hinblick auf SELLERING nicht offen titulierte wurde, kam es eben auch dieses Mal auf den Ministerpräsidenten an.

Im Zusammenhang mit den erhobenen Umfragewerten zur Politikerzufriedenheit, Bekanntheit und der imaginären Direktwahl des Ministerpräsidenten wäre es auch überraschend gewesen, den „Ministerpräsidentenbonus“ nicht zu nutzen. Es wurde eruiert, dass 98 Prozent der Befragten ERWIN SELLERING kannten und von denen waren wiederum 79 Prozent mit seiner Arbeit zufrieden. Kein Vergleich zu den politischen Gegnern von CDU und Die LINKE. Mit Bekanntheitswerten von 92 und 80 Prozent und gleichzeitigen Zufriedenheitswerten von 41 und 37 Prozent waren CAFFIER und HOLTER in puncto Ansehen chancenlos. Noch deutlicher wird diese Feststellung bei der Direktwahlfrage. Im direkten Vergleich von SELLERING und CAFFIER würden 74 Prozent ersteren und lediglich 14 Prozent letzteren wählen.²¹ Erstaunlich ist auch, dass im Juni sogar 61 Prozent der CDU-AnhängerInnen angaben, dem Spitzenkandidaten der SPD im Falle einer möglichen Direktwahl die Stimme zu geben. Das sind Werte, die nicht einmal der einstmalige Landesvater HARALD RINGSTORFF erreicht hatte.²² Sie sind im Wesentlichen auf drei Aspekte zurückzuführen:

1. Das Attribut des „Ossi-Verstehers“
2. Die DDR-Unrechtsdebatte.
3. SELLERINGS fröhliches und zugängliches Auftreten.²³

Dabei hängen die ersten beiden Punkte eng miteinander zusammen. „Er ist kein Ostler, aber er setzt sich für uns ein“, meinten viele PassantInnen in Rostock.²⁴ Demnach wird ihm eine Vermittler- und Verteidigerrolle zugeschrieben, die er auch in der Unrechtsdebatte ausfüllt. Sein Unmut über die Bezeichnung der DDR als „totalen Unrechtsstaat“ rührte daher, dass dieser Begriff „die Lebensleistungen aller Menschen ab[wertet], die weder Täter noch Opfer waren.“²⁵ Diese Aussage passte hervorragend in den Wahlkampf, in welchem das Öfteren der „Respekt vor der Lebensleistung der Älteren“ prononciert wurde.²⁶ Überdies wurde damit auch, wie sich später noch zeigen wird, eine Hauptklientel der SPD angesprochen.

Im unmittelbaren Dialog mit den WählerInnen suggeriert SELLERING Verständnis und Nähe:

²⁰ Vgl. dazu auch Tab. 3 von Koschkar in diesem Band.

²¹ Vgl. dazu auch Tab. 4 von Koschkar in diesem Band.

²² Infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTRENDE Juni, Berlin 2011, S. 15.

²³ Vgl. Michael Schlieben, „Ein Ossi-Versteher, viele Optionen“, in: Zeit Online 02.09.2011, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-09/mecklenburg-vorpommern-wahl-sellering> (Stand: 21.09.2011).

²⁴ Ebd.

²⁵ Michael Schlieben, „Die Debatte über den Unrechtsstaat ist überfällig“, auf: Zeit Online 02.09.2011, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-09/interview-erwin-sellering> (Stand: 21.09.11).

²⁶ Vgl. Wahlplakate der SPD.

„Gute Laune verbreiten – das kann er. Seit Wochen zieht der SPD-Spitzenkandidat [...] durch die Fußgängerzonen, wo er mit charmantem Lächeln rote Rosen verteilt [...]. Gern legt er älteren Wählerinnen dann kurz die Hand auf den Arm. Auch das kann SELLERING: Menschen berühren, Nähe erzeugen, ohne ihnen zu nahe zu treten.“²⁷

Eben diesen professionellen Eindruck vermittelte SELLERING auch im TV-Duell. Im direkten Vergleich mit CAFFIER stach dies noch stärker hervor als gewöhnlich. Dazu hat sicherlich auch der Faupax CAFFIER beigetragen, SELLERING mangelnde Ausdauer zu unterstellen.²⁸ Alles in allem war es ein Personenwahlkampf, der auf SELLERING und nur auf SELLERING zugeschnitten war.

3.3 Angriffswahlkampf

Wie zu Beginn schon angedeutet, führte die SPD einen Angriffswahlkampf gegen die NPD. Bereits aus dem Regierungsprogramm wurde ersichtlich, dass ein NPD-Verbotsverfahren nur eines der Mittel war, welches die SozialdemokratInnen heranziehen wollten.²⁹ Vor allem in Zusammenarbeit mit „Endstation Rechts“ und dem Satireprogramm „Storch Heinar“ ging die SPD im Wahlkampf gegen die NPD vor. Wie die Wählerwanderungen zeigen, war diese Strategie jedoch nicht sonderlich erfolgreich. Die NPD hat ihre Stimmen vor allem an die NichtwählerInnen verloren.³⁰ Für die SPD war der Angriffswahlkampf insofern hilfreich, als das er dazu geführt hat, die eigenen WählerInnen zu mobilisieren.

Ein Angriff in Richtung CDU war aufgrund der von den SozialdemokratInnen verfolgten Leistungsbilanzstrategie nicht dienlich. Jede Spitze wäre auf die Große Koalition als Ganzes zurückgefallen und hätte demnach den Eindruck schlechter Regierungsarbeit vermittelt.

3.4 Zusammenfassung

Abschließend soll die Gewichtung der einzelnen Wahlkampfstrategien vorgestellt werden. Entsprechend einer Umfrage wurde die SPD von 39 Prozent der Befragten aufgrund ihres Kandidaten und von 43 Prozent wegen der von ihr vertretenen Lösungsvorschläge gewählt. Nur ein unbedeutender Anteil von 14 Prozent wählte aufgrund einer Parteibindung.³¹ Damit war die Person SELLERING für die Wahlentscheidung noch wichtiger als Ringstorff es vor fünf Jahren gewesen war. Summa summarum beruhte der Wahlkampf der SPD auf Kontinuität in der Themenwahl und der damit verbundenen Problemlösungskompetenz, dem Amtsbonus SELLERINGS und der Wählermobilisierung durch den Anti-NPD Wahlkampf. Die Kandidatenfrage

²⁷ Stephan Haselberger, „Der gut gelaunte Ministerpräsident“, auf: Zeit Online 04.09.2011, <http://www.zeit.de/politik/2011-09/portrait-erwin-sellering/seite-1> (Stand: 21.09.2011).

²⁸ Auf die Frage des Moderators, welche drei Eigenschaften für einen Ministerpräsidenten wichtig wären, nannte CAFFIER unter anderem die Ausdauer. Als der Moderator daraufhin fragte, welche der Eigenschaften sein Gegenüber SELLERING nicht hätte, nannte er eben diese.

²⁹ Vgl. Regierungsprogramm der SPD Mecklenburg-Vorpommern 2011-2016, Ort 2011, S. 31.

³⁰ Vgl. Karsten Polke-Majewski, „Kümmern, hetzen, Erfolg haben“, auf: Zeit Online 05.09.2011, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-09/Mecklenburg-Vorpommern-Wahl-NPD> (Zugriff 21.09.2011); vgl. dazu auch den Beitrag von Heinrich in diesem Band.

³¹ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011 – WahlANALYSE, Schwerin/Berlin 2011, S. 16.

dürfte dabei überwogen haben, da auch diese in die Lösungskompetenz mit einfließt. Letztendlich hat der Fokus des SPD-Wahlkampfes auf ihren Spitzenkandidaten zum Erfolg geführt.

4 Wahlergebnis und Perspektiven nach der Wahl

242.251 Zweitstimmen: Bei einer Zahl von 681.375 gültigen Zweitstimmen ergab sich für die SozialdemokratInnen mit 35,6 Prozent das zweitbeste Ergebnis der Landesgeschichte. Damit verbesserte sie ihr Ergebnis der letzten Landtagswahl um 5,4 Prozentpunkte und konnte die CDU mit einem Abstand von 12,6 Prozentpunkten deutlich distanzieren. Mit nunmehr 27 Sitzen ist sie mit klarem Vorsprung die stärkste Kraft im Schweriner Landtag. Davon entfielen auf die DirektkandidatInnen der SPD 24 Sitze, was einem Zugewinn von neun Wahlkreisen gleichkommt. Folglich wurden nur drei Mandate durch die Landesliste ausgefüllt.³²

Stärkster Wahlkreis für die SozialdemokratInnen blieb die Hansestadt Wismar: Hier konnten sie 45,9 Prozent der gültigen Zweitstimmen erringen und haben mit 28,8 Prozentpunkten einen deutlichen Vorsprung auf Die LINKE, die hier zweitstärkste Kraft wurde. Der Wahlkreis Nordvorpommern II war mit 27,0 Prozent für die SPD der schwächste Wahlkreis.³¹ Anhand dieser Daten lässt sich auch ein grundsätzlicher Trend in der regionalen Stimmenverteilung des SPD-Ergebnisses erkennen: Überdurchschnittliche Werte erzielte sie in Mecklenburg (38,2 Prozent), wohingegen sie in Vorpommern tendenziell schwächere Ergebnisse einfuhr (29,5 Prozent): Nichtsdestotrotz konnte sie auch hier, erstmals seit der Wiedervereinigung, besser als die CDU abschneiden.³³

Zuwächse konnte die SPD im Vergleich zu 2006 in fast allen Bevölkerungsgruppen verzeichnen: Sie gewann in allen Altersgruppen in etwa der Höhe des Landesschnitts hinzu. Nur in der Gruppe der 18 bis 24-Jährigen verlor sie leicht in einer für sie ohnehin schwachen Klientel. Besonders hohe Stimmenzuwächse erzielte sie bei der Gruppe der BeamtInnen mit einem Zuwachs von 24 Prozentpunkten, dennoch blieben für die SPD die RentnerInnen, mit einem Wert von 45 Prozent, die Gruppe mit den höchsten Zustimmungswerten. Vor allem bei den Rentnerinnen konnte die SPD punkten (48 Prozent). Des Weiteren erhielten die SozialdemokratInnen besonders von gewerkschaftlich organisierten ArbeitnehmerInnen Zuspruch. Ein verhältnismäßig schwaches Wahlergebnis errang die SPD bei hochgebildeten WählerInnen, wobei eine Korrelation zwischen Bildungsgrad und Zweitstimmenanteil zu konstatieren ist: Mit sinkender Bildung wächst das Ergebnis der SPD. In einem Land mit traditionell geringem Grad an konfessioneller Bindung in der Bevölkerung lag das Ergebnis der Sozialdemokratischen Partei bei ProtestantInnen und konfessionell ungebundenen ganz leicht über dem Landesschnitt, wohingegen der Wert bei den KatholikInnen deutlich abfiel. Die prototypische SPD-Wählerschaft ließe sich demnach mit folgenden

³² Diese und alle folgenden Zahlen laut Angaben der Landeswahlleiterin, abrufbar unter: http://service.mvnet.de/cgi-bin/wahlen/2011_kom_land/txt_wahlen_2011_ergebnis.pl?L (Stand: 21.09.2011).

³¹ Das mit Abstand schlechteste Ergebnis fuhr die SPD im Wahlkreis Rügen I mit einem Wert von nur 22,4 Prozent ein. Allerdings ist dieses Ergebnis durch Effekte der Nachwahl vom 18.09.2011 deutlich beeinflusst.

³³ Diese und alle folgenden Zahlen nach: Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011 – WahlANALYSE, Schwerin/Berlin 2011; vgl. dazu auch Steffen Schoon, Wähler, Wahlverhalten und politische Traditionen in Mecklenburg-Vorpommern. Eine politikwissenschaftlich-empirische Untersuchung zur Stabilität und strukturellen Verankerung des Parteiensystems zwischen Elbe und Ostsee im Zeitraum von 1871 bis 2002, Diss. Universität Rostock, Rostock 2005.

Attributen beschreiben: weiblich, Jahrgang 1951 und älter, formal niedriger Bildungsgrad, gewerkschaftlich organisiert, wohnhaft im mecklenburgischen Landesteil. Diese Rahmendaten beschreiben sehr deutlich die bisherige Wählerstruktur der SPD in Mecklenburg-Vorpommern.³⁴ Das impliziert, dass sie ihre bisherige Wählerschaft erneut binden, darüber hinaus jedoch keine neuen Wählerschichten erschließen konnte. Mit Blick auf die Altersstruktur der bisherigen WählerInnen wird sich perspektivisch ein strukturelles Problem für die SozialdemokratInnen ergeben.

Nichtsdestotrotz bedeutet der Ausgang der Landtagswahlen vom 4. September für die SPD einen beachtlichen Erfolg. Sie konnte sich gegenüber 2006 klar verbessern und verfügt weiterhin über die Möglichkeit, zwischen zwei potenziellen Koalitionspartnern wählen zu können. Es besteht keine realistische Alternative zu einer Regierung unter der Führung von Ministerpräsident Selloering. Überdies geht die SPD im Vergleich zu ihren möglichen Koalitionspartnern gestärkt aus den Wahlen hervor, was sich positiv auf kommende Koalitionsverhandlungen auswirken dürfte.

Die nächste Legislaturperiode könnte durchaus starke Ähnlichkeit mit der vergangenen haben. Eine Große Koalition galt erneut als wahrscheinlich. Dafür sprachen die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der bisherigen Regierung und die fehlende Wechselstimmung in Schwerin selbst;³⁵ Sondierungsgespräche wurden dennoch in beide Richtungen geführt. Darüber hinaus könnte es erneut zu einem Wechsel des Regierungschefs im Verlaufe der Legislaturperiode kommen: „Ob der 61-Jährige 2016 noch einmal antritt, bezweifeln einige Genossen bereits.“³⁶

³⁴ Vgl. Schoon, Wähler, Wahlverhalten und politische Traditionen in Mecklenburg-Vorpommern, 2005.

³⁵ Vgl. dazu Martin Koschkar, „Wahlforscher rechnet mit Großer Koalition“, in: OZ, 05.09.2011 und Presseschau, „Der Westfale hat es ohne Ossi-Bonus geschafft“, in: Zeit Online, 05.09.2011, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-09/mecklenburg-vorpommern-wahl-reaktionen> (Stand: 21.09.2011).

³⁶ Michael Schlieben, „Selloering lässt warten“, in: Zeit Online, 05.09.2011, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-09/koalitionsverhandlung-spd-mecklenburg-vorpommern> (Stand: 21.09.2011).

Verlieren um zu bleiben – Die CDU

Philipp Huchel/Stefan Rausch

1 Einleitung

Neben der FDP erscheint die CDU auf den ersten Blick als klarer Wahlverlierer der Landtagswahl 2011. Allerdings kann sie weiterhin gemeinsam mit der SPD regieren, trotz des historisch schlechtesten Wahlergebnisses von gerade einmal 23,0 Prozent. So ist sie „von einem Koalitionspartner auf Augenhöhe zwar zu einem [...] Juniorpartner geworden“¹, hat aber dennoch ihr strategisches Wahlziel erreicht: „Rot-Rot“ verhindern und die Regierungsbeteiligung behalten.

Ein Wahlsieg und der Einzug als stärkste Fraktion in den Landtag hätten die CDU vermutlich die Regierungsbeteiligung gekostet. Unter der Bedingung, lediglich als Juniorpartner einer großen Koalition anzugehören, hätte die SPD wahrscheinlich die Bildung einer rot-roten Koalition unter eigener Führung vorgezogen. Ein Wahlsieg wäre daher schnell zum Pyrrhussieg geworden.² Hier wird bereits deutlich, dass die CDU im Wahlkampf vor verschiedenen Problemen stand. Es fehlte ihr nicht nur an alternativen Koalitionsoptionen, sie musste zusätzlich aus einer Großen Koalition heraus Wahlkampf betreiben. Zudem war ihr Spitzenkandidat Lorenz Caffier maßgeblich für die Umsetzung der Kreisgebietsreform verantwortlich, die von 65 Prozent der Befragten als Schritt in die falsche Richtung gedeutet wurde.³

In diesem Beitrag wird zuerst ein Rückblick auf die vergangene Legislaturperiode geworfen, um die Ausgangsbedingungen im Wahljahr 2011 näher zu beleuchten. Nach der darauf folgenden Analyse des Wahlkampfes und des Wahlergebnisses wird abschließend ein Ausblick auf die Perspektive der CDU nach der Landtagswahl gegeben.

2 Die CDU in der fünften Legislaturperiode 2006-2011

2.1 Innerparteiliche Entwicklungen

Vor allem am Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre hatte es häufig personelle Wechsel an der Spitze des CDU-Landesverbandes gegeben. Im Jahr 2005 löste Jürgen Seidel den langjährigen Fraktions- und Landesvorsitzenden Eckhart Rehberg ab. Dieser war innerhalb des Landesverbandes nicht unumstritten. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei wurden teilweise auch in der Öffentlichkeit ausgetragen und beruhigten sich erst mit der Wahl Seidels zum neuen Landesvorsitzenden.⁴

¹ „Die wenigsten Stimmen und die längsten Gesichter“, in: FAZ, 04.09.2011.

² Vgl. „C wie Zukunft und Z wie Caffier“, in: FAZ, 30.08.2011.

³ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTREND August II, Berlin 2011, S. 5.

⁴ Vgl. Christian Schwießelmann, Wahlkampf mit Weichspüler? – Die CDU, in: Steffen Schoon/Nikolaus Werz (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2006, S. 30-43. S. 30-31.

Während der Legislaturperiode 2006 bis 2011 war die Kreisgebietsreform in der Partei das herausragende Konfliktthema.⁵ Das unter der Ägide des CDU-Innenministers Caffier stehende Reformvorhaben stieß bei verschiedenen CDU-Kreisverbänden auf Widerstand. Dieser kam offen zum Ausdruck, als bei den Kommunalwahlen 2009 der CDU-Kreisverband Greifswald ein Plakat mit dem Slogan „HGW adé - Dank SELLERING und Caffier?“ verbreitete.⁶ Nachdem Jürgen Seidel im November 2009 auf dem Parteitag in Grimmen nicht mehr antrat, wurde Caffier mit nur 78,7 Prozent zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Im Vergleich dazu konnte der neu gewählte Generalsekretär Vincent Kokert, der in dieser Funktion Caffier nachfolgte, mit 86,7 Prozent ein deutlich besseres Ergebnis erreichen.⁷ Dieses schwächere Wahlergebnis Caffiers kann letztlich auch als Ablehnung der Reformpläne des Ministers gewertet werden. Der innerparteiliche Dissens über die Frage der Kreisgebietsreform spiegelte sich nicht zuletzt darin wider, dass mehrere CDU-Kreistagsfraktionen für eine Klage gegen die Kreisgebietsreform in ihren jeweiligen Kreistagen stimmten und sogar 45,8 Prozent der CDU-Anhänger die Kreisgebietsreform ablehnten.⁸

Die CDU ist in Mecklenburg-Vorpommern die mitgliederstärkste Partei mit 6.013 Parteiangehörigen.⁹ Dennoch hat sie seit dem Jahr 2000 knapp 1.900 Parteigänger verloren. In der Legislaturperiode 2006 bis 2011 scheint dieser Rückgang vorerst gestoppt und die Mitgliedszahlen haben sich zwischen 6000 und 6100 eingependelt. Im Jahr 2009 konnte erstmals wieder ein geringer Zuwachs an Mitgliedern erzielt werden, was den im selben Jahr stattfindenden Wahlen geschuldet sein dürfte.¹⁰

Tab. 1: Mitgliederentwicklung des CDU-Landesverbandes Mecklenburg Vorpommern

Jahr	2000	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Mitgliederzahl	7.959	6.419	6.168	6.047	6.183	6.099	6.050
Veränderung absolut	-	- 1.540	- 251	- 121	+ 136	- 84	- 44
Veränderung prozentual	-	- 19,4%	- 3,9%	- 2%	2,2%	- 1,4%	- 0,8%

Quelle: Angaben des CDU-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern eigene Darstellung.

2.2 Die Wahlen 2009

Bei den Kommunalwahlen im Juni 2009 behauptete die CDU zum fünften Mal in Folge ihre Position als stärkste kommunalpolitische Kraft. Sie konnte bei den Kommunalwahlen von 1999 und 2004 vor allem von der Unzufriedenheit mit der rot-grünen Bundesregierung und dem damit einhergehenden Gegenwind für die SozialdemokratInnen profitieren. Bei der Wahl 2009 musste die CDU aus der Position der Regierungspartei – sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene – heraus um Zustimmung werben. Hatte sie 2004 mit ihrer Ablehnung der Kreisgebietsreform auf

⁵ Vgl. den Beitrag von Heinz/Poling/Schwartz/Warning in diesem Band.

⁶ Vgl. „Endspurt im Wahlkampf“, in: OZ, 02.06.2009; (HGW = Hansestadt Greifswald).

⁷ Vgl. „CDU-Chef Caffier nimmt Kurs auf 2011“, in: OZ, 23.11.2009.

⁸ Vgl. „Stolze Verlierer“, in: OZ, 19.08.2011.

⁹ Vgl. Oskar Niedermayer, Parteimitgliedschaften im Jahre 2010, in: ZParl, Jg. 42, Heft 2 2011, S. 371. Der Stand der Mitgliedszahlen ist hierbei der 31.12.2010.

¹⁰ Vgl. Annika Laux, Was motiviert Parteimitglieder zum Beitritt?, in: Tim Spier/Markus Klein/Ulrich von Alemann [u.a.] (Hrsg.), Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden 2011, S. 74.

kommunaler Ebene punkten können, zeigte die CDU sich im Jahr 2009 mit Innenminister Caffier maßgeblich für dieses Reformvorhaben verantwortlich. Selbst wenn sie mit 31,8 Prozent einen Verlust von acht Prozentpunkten im Vergleich zu den Kommunalwahlen von 2004 hinnehmen musste, kann hier von einer Normalisierung ausgegangen werden.¹¹

Auch bei den Kommunalwahlen von 2009 zeigte sich das Auseinanderklaffen von Landtagswahlen auf der einen und den Kommunalwahlen auf der anderen Seite. Die CDU ist auf kommunaler Ebene seit 1990 stets stärkste Kraft mit teilweise erheblichem Abstand zur SPD und zur Partei Die LINKE. Dahingegen kann sie auf Landesebene seit 1998 nicht aus dem „30-Prozent-Turm“¹² ausbrechen, womit sich die Metapher vom „roten Kopf mit schwarzen Füßen“¹³ widerspiegelt. Als Konsequenz lässt sich daraus ableiten, dass das Ergebnis der Kommunalwahl von 2009 keine Vorentscheidung für die Landtagswahl 2011 darstellte.

Ähnliches gilt für die im gleichen Jahr stattfindenden Europa- und Bundestagswahlen. Hier konnte die CDU in Mecklenburg-Vorpommern jeweils als stärkste Kraft mit 32,3 beziehungsweise 33,1 Prozent aus den Wahlen hervorgehen.¹⁴ Es gelang ihr jedoch nicht von den hohen Verlusten der SPD zu profitieren, sie blieb auf dem Niveau vorangegangener Wahlen. Die CDU blieb also auch bei diesen Wahlen im „30-Prozent-Turm“ gefangen.

2.3 Bilanz der Regierungszeit

Nach den Landtagswahlen von 2006 konnte sich die CDU als kleinerer Koalitionspartner in einer Großen Koalition erstmals seit 1998 wieder an der Regierung beteiligen. In dieser besetzten sowohl CDU als auch SPD vier Ministerposten, wodurch eine „Koalition auf Augenhöhe“ gebildet wurde. Mit der Übernahme der Ministerien für Inneres, Justiz, Bildung und Wirtschaft lagen dabei jedoch große Herausforderungen vor den neuen MinisterInnen und ihrer Partei.

Lorenz Caffier übernahm mit dem Innenministerium gleichzeitig die Aufgabe eine Kreisgebietsreform umzusetzen, die die CDU im Kommunalwahlkampf 2004 noch strikt abgelehnt hatte, und für die Sicherheit des G8-Gipfels in Heiligendamm 2007 zu sorgen. Nicht nur innerhalb der CDU stieß die Umsetzung der Kreisgebietsreform auf Widerstand, auch bei der Bevölkerung stellte sie das wohl unpopulärste politische Vorhaben der fünften Legislaturperiode dar.¹⁵ Bei der Absicherung des G8-Gipfels in Heiligendamm geriet Caffier ebenfalls in die Kritik. Hier wurde der Vorwurf laut, dass eine ausreichende politische Kontrolle der Sicherheitsbehörden nicht stattgefunden habe.¹⁶ Ein weiteres Reformvorhaben, welches von Lorenz Caffier umgesetzt wur-

¹¹ Vgl. Steffen Schoon, Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern – Eine Bilanz, in: Steffen Schoon/Arne Lehmann (Hrsg.), Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2009, S. 6-19. S. 6ff.

¹² Nikolaus Werz/Steffen Schoon, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 17. September 2006: Ein halber Regierungswechsel und das Ende des Dreiparteisystems, in: ZParl, Jg. 38, Heft 1 2007, S. 67-83. S. 83.

¹³ Nikolaus Werz, Die rot-rote Koalition in Mecklenburg-Vorpommern, in: Nikolaus Werz [u.a.] (Hrsg.), Kommunale Direktwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2001, S. 13.

¹⁴ Vgl. dazu Tab. 1: Wahlergebnisse und Umfragen in Mecklenburg-Vorpommern seit 2006 im Beitrag von Koschkar in diesem Band.

¹⁵ Vgl. dazu die Angaben im Beitrag von Heinz/Poling/Schwartz/Warning in diesem Band.

¹⁶ Vgl. „G-8-Nachlese. Abrechnung mit der Polizei“, auf: spiegelonline, 15.06.2007, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,488898,00.html> (Stand: 28.09.2011).

de, war die Polizeireform. Dabei stand die Anpassung der Polizeistrukturen an die Anforderungen des demografischen Wandels im Vordergrund. Welchen Erfolg diese Reform hat, kann noch nicht festgestellt werden.¹⁷ Der Innenminister und spätere Spitzenkandidat musste vor der Landtagswahl 2011 für sich selbst eine „Politik mit wenig Sympathiepunkten“¹⁸ bilanzieren.

Das traditionell schwierige Ressort Bildung, Wissenschaft und Kultur übernahm der landespolitisch weitgehend unerfahrene und erst nach Übernahme des Ministeriums in die CDU eingetretene Neustrelitzer Schulleiter Henry Tesch. Er setzte vor allem auf Autonomie in der Bildung, die mit der Einführung der „Selbstständigen Schule“ und dem Landeshochschulgesetz umgesetzt wurde.¹⁹ Als Erfolg konnte das Bildungsministerium eine Verbesserung der Position des Landes im Bildungsmonitor von 2011 verbuchen. Nachdem Mecklenburg-Vorpommern zuvor den vorletzten Platz belegte, konnte es im Jahr 2011 auf Platz zehn klettern, wobei das Land insbesondere in den Bereichen Integration und Förderinfrastruktur vordere Plätze einnehmen konnte.²⁰ Dennoch setzte die Kritik Sellerings am Koalitionspartner CDU häufig „an seiner schwächsten Stelle“²¹, dem Kultusministerium, an. Ohne eigene Hausmacht innerhalb der Partei sah sich Tesch Attacken seitens des Ministerpräsidenten ausgesetzt, unter anderem in der Frage, ob Peenemünde aufgrund der internationalen Bedeutung für die Entwicklung der Raumfahrt Weltkulturerbe werden solle.²²

Arbeits- und Wirtschaftsminister Jürgen Seidel musste sich in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise mit den Problemen der Werften beschäftigen. Auch wenn die Werftenkrise bis jetzt noch nicht gelöst wurde, blieb der Arbeitsmarkt weitgehend stabil. So konnte seit 2006 sowohl die Arbeitslosenzahl gesenkt als auch die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze erhöht werden.²³

Als Justizministerin setzte sich Uta-Maria Kuder für eine Verbesserung des Opferschutzes und eine effizientere Strafverfolgung, vor allem bei der Jugendkriminalität, ein.²⁴

War die erste Große Koalition in Mecklenburg-Vorpommern von 1994 bis 1998 noch von „dauerhaften Spannungen und Misserfolgen gekennzeichnet“²⁵, wurde im Gegensatz dazu die Zusammenarbeit in der fünften Legislaturperiode als gut beschrieben.²⁶

¹⁷ Vgl. „Weniger Polizisten - mehr Arbeit“, in: NNN, 27.02.2011.

¹⁸ Rede von Lorenz Caffier auf der Landesvertreterversammlung der CDU in Güstrow am 22. Januar 2011.

¹⁹ Vgl. CDU Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), „Klar und Entschlossen“, Wahlprogramm der CDU, beschlossen beim 25. Landesparteitag am 21.05.2011 in Ludwigslust, S. 13.

²⁰ Vgl. Der Bildungsmonitor 2011 – Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, abrufbar unter: http://www.insm-bildungsmonitor.de/2011_best_mecklenburg-vorpommern.html (Stand: 28.09.2011).

²¹ „Versandete Debatten“, FAZ, 08.06.2011.

²² Vgl. „Selling erteilt Tesch nächste Abfuhr“, in: NNN, 29.03.2011.

²³ Vgl. Bilanz der CDU-Landtagsfraktion: „Gemeinsam – Regierung des Dialogs“, abrufbar unter: http://www.cdu-fraktion.de/fileadmin/Redakteure_Ordner/PDFs_Publikationen/CDU_Bilanz_Gemeinsam_2011.pdf (Stand: 28.09.2011), S. 25ff.

²⁴ Vgl. Bilanz der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern für die 5. Wahlperiode 2006 – 2011, abrufbar unter: http://www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal_prod/Regierungsportal/de/stk/index.jsp?&pid=27622 (Stand: 28.09.2011), S. 26-27.

²⁵ Karsten Grabow, Das Parteiensystem Mecklenburg-Vorpommerns, in: Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S. 265-290. S. 269.

²⁶ „Die SPD kann wählen, die CDU nicht“, in: FAZ, 18.07.2011.

2.4 Ausgangsbedingungen im Wahljahr

Nach einer Umfrage kurz vor der Wahl waren 55 Prozent der Befragten mit der Arbeit der Regierungskoalition zufrieden oder sogar sehr zufrieden.²⁷ Aufgeschlüsselt auf die Parteien zeigte sich, dass mit der SPD 54 Prozent zufrieden oder sehr zufrieden waren, die Union stand mit 35 Prozent dahinter zurück. Als Koalitionspräferenz traf eine Koalition aus CDU und SPD bei 58 Prozent der Befragten auf Zustimmung.²⁸ Auch auf Unionsseite wurde im Vorfeld der Wahl immer wieder auf die gute Zusammenarbeit verwiesen.²⁹

Die AnhängerInnen von CDU und SPD präferierten ebenfalls die Fortführung der Großen Koalition. So sprachen sich 81 Prozent der CDU-AnhängerInnen und 42 Prozent der SPD-AnhängerInnen dafür aus.³⁰ Die hohe Zustimmung der CDU-AnhängerInnen dürfte letztlich auf den Mangel an alternativen Koalitionsoptionen zurückzuführen sein. Die Umfragen deuteten also bereits an, dass die Zeichen im Wahljahr 2011 weitgehend auf Kontinuität, auf eine Fortführung der Großen Koalition, standen. Die Fortsetzung dieser wurde auch vom Spitzenkandidaten mehrfach befürwortet und die SPD dazu aufgefordert sich zu einer Koalition mit der CDU zu bekennen.³¹

Die Stimmungslage zu Beginn des Wahljahres 2011 bot zunächst keine Überraschungen. Die CDU befand sich mit knapp 29 Prozent drei Prozentpunkte hinter der SPD. Während sich die Umfragewerte der CDU bei 30 Prozent stabilisierten, wuchs der Abstand zur SPD in der ersten Augushälfte auf vier bis sechs Prozentpunkte. In der zweiten Augushälfte verlor die CDU laut den Umfragewerten wenige Prozentpunkte und pendelte zwischen 26 bis 28 Prozent. Auffällig war hier bereits der Abstand zu den Umfragewerten der SPD, der in der zweiten Augushälfte auf sieben bis zehn Prozentpunkte anwuchs.³²

3 Wahlkampfstrategie

3.1 Themenwahlkampf

Der Titel des Wahlprogramms lautete „Klar und Entschlossen“. Die thematische Ausrichtung gliederte sich in neun Unterpunkte.³³ Dabei wurde vor jedem Abschnitt die vergangene Legislaturperiode resümiert. Unter den ersten beiden Punkten standen das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowie der Wunsch nach stärkerer Partizipation der BürgerInnen. Ebenso wie SPD, Die LINKE und Bündnis 90/Die Grünen sprach sich auch die CDU klar für ein Verbot der NPD aus. Im Bereich der Wirtschaftspolitik setzte sie den Schwerpunkt auf die

²⁷ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011 – WahlREPORT 2011, S. 25.

²⁸ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTREND August II, Berlin 2011, S. 7.

²⁹ Vgl. Interview mit Lorenz Caffier: „Da profitiert Sellering von uns“, in: Nordkurier, 21.05.2011.

³⁰ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTREND August III, Berlin 2011, S. 10.

³¹ Vgl. dazu die Aussagen im TV-Duell zwischen Lorenz Caffier und Erwin Sellering am 30.08.2011; Vgl. „CDU fordert Koalitionsaussage“, in: Nordkurier, 01.09.2011.

³² Vgl. dazu Tab. 2: Umfragen im Wahljahr 2011 im Beitrag von Koschkar in diesem Band.

³³ 1. Grundanliegen, 2. Partizipation der Bevölkerung, 3. Wirtschaft/Arbeit, 4. Demographie/Bildung/Familie, 5. Sicherheit, 6. Entwicklung, 7. Erhalt der Kulturlandschaft, 8. Mobilität/Energie, 9. Finanzen. Vgl. CDU Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), „Klar und Entschlossen“, Wahlprogramm der CDU, beschlossen beim 25. Landesparteitag am 21.05.2011 in Ludwigslust.

Integration von Jugendlichen und Senioren in den ersten Arbeitsmarkt, konkret mit der Schaffung der eigenen Landesprogramme „Ausbildung statt Hartz IV“ und „Arbeit statt Hartz IV“³⁴, die ab 2014 beginnen sollen. Weiterhin betonte die CDU die Stärkung mittelständischer Unternehmen, forderte die Vernetzung von Wirtschaft und Bildung und präsentierte die Gesundheitswirtschaft als Zukunftsbranche. Abgrenzend zur SPD oder zur Partei Die LINKE lehnte die CDU einen „branchenübergreifenden Mindestlohn ab, weil dieser die tarifliche Lohnfindung aushebelt“³⁵. Obgleich die SPD in Wirtschafts- und Finanzfragen mehr Schnittmengen mit der CDU als mit der Partei Die LINKE aufwies,³⁶ wurden die unterschiedlichen Positionen zum Mindestlohn ein Thema sowohl im Wahlkampf als auch in den folgenden Koalitionsverhandlungen zwischen Christ- und SozialdemokratInnen. Die wirtschaftliche Kompetenz wurde durch den Spitzenkandidaten Lorenz Caffier auch medial kommuniziert, indem er die Erfolge in diesem Sektor seiner Partei zuordnete.³⁷ In einem Auftritt mit der Bundeskanzlerin in Güstrow betonte er zudem, „dass sich die SPD derzeit mit fremden Federn schmücken würde, wenn sie von geschaffenen Arbeitsplätzen spreche.“³⁸ Er hob hervor, dass sich das Wirtschaftsressort mit Minister Jürgen Seidel in den Händen der CDU befände und die BürgerInnen der Partei hier, nach wie vor, große Kompetenz zuschreiben würden.

Die Bildungs- und Familienpolitik bildete ein weiteres Kernelement der christdemokratischen Programmatik. Die CDU plädierte für die Qualitätssicherung der Betreuung in den Kindertagesstätten durch ErzieherInnenfortbildung, womit gleichzeitig der Standort Mecklenburg-Vorpommern für junge Menschen in dieser Branche attraktiv gemacht werden sollte. Mit einer Vernetzung von Kindertagesstätte, Hort und Grundschule sollte ein fließender Übergang in die Schulbildung ermöglicht, sowie das zweigliedrige Schulsystem gefestigt und der Bestand von Gymnasien im Land gesichert werden.³⁹ Eine strukturelle Änderung des Regelschulsystems war nicht vorgesehen. Während vor den Landtagswahlen 2006 diese Haltung zur Entschärfung der Kontroversen zwischen den Christ- und SozialdemokratInnen beitrug,⁴⁰ ergaben sich 2011 Konfliktpotenziale in diesem Bereich, da die SPD sich in ihrem Wahlprogramm für längeres gemeinsames Lernen aussprach. Weitere Eckpfeiler der bildungspolitischen Ausrichtung waren die Vernetzung der Wirtschaft mit Bildungseinrichtungen, Autonomiezuwächse für die Einrichtungen, keine Hochschulgebühren sowie die parallele Anerkennung von Master- und Diplom-Abschlüssen. Im Rahmen der Ausführungen zu den neuen Großkreisen und der demografischen Entwicklung erläuterte die CDU ihre zukünftige finanzielle Unterstützung im kommunalen Sektor. Die „Befürchtung“ Lorenz Caffiers, „dass auch das politische Ehrenamt leiden wird, wenn diejenigen, für die Politik gemacht wird sich über hunderte Kilometer verteilen“⁴¹, wurde damit im Wahlprogramm berücksichtigt. Beim Thema Sicherheit fanden sich erneut Überschneidungen mit der SPD. So wollen die ChristdemokratInnen sich stärker für den Opferschutz sowie präventive Maßnahmen zur Bekämpfung von Jugendkriminalität engagieren.

³⁴ Ebd. S. 9/10.

³⁵ Ebd. S. 8.

³⁶ Vgl. „Gern auch Zweiter“, in: Tagesspiegel, 25.08.2011.

³⁷ Vgl. „OZ-Leser fragen – Spitzenkandidaten antworten“, in: OZ, 18.08.2011.

³⁸ „Spürhunde schlagen bei Sanddorn an“, in: OZ Rostocker Zeitung, 19.08.2011.

³⁹ Vgl. „OZ-Leser fragen – Spitzenkandidaten antworten“, in: OZ, 27.08.2011.

⁴⁰ Vgl. Schwießelmann, Wahlkampf mit Weichspüler, S. 36.

⁴¹ „Das leere Land“, in: SZ, 03.09.2011

Bei der Umwelt- und Energiepolitik folgte die Landes-CDU dem aktuellen Anti-Atom-Kurs der Bundesregierung. Hierbei herrschte ebenfalls in Mecklenburg-Vorpommern ein parteienübergreifender Grundkonsens, der sich nur in der Umsetzung der Energiewende differenzierte. Lorenz Caffier proklamierte dabei die „regionale Zusammenarbeit mit Stadtwerken, Erneuerung und Erweiterung von Windkraft- und Biogasanlagen sowie einen Netzausbau“, vor allem aber „ein gesundes Verhältnis von Ökologie und Ökonomie“⁴². Damit deckten sich seine Aussagen auffällig mit denen von Ministerpräsident Sellering. Dieser meinte, „dass wir z.B. mehr Windräder, auch auf See, und neue Leitungen brauchen.“⁴³ Beide betonten dabei die Chance für neue Arbeitsplätze, Gewinne als Stromexporteur und bezahlbare Energie.

Mit der soliden Haushaltplanung rühmten sich sowohl SPD als auch CDU in ihren Bilanzen. Wieder wurde die nahezu identische zukünftige Ausrichtung der beiden Parteien bei der Fortsetzung der soliden Finanzpolitik deutlich. Dies unterstrich erneut die angesprochene Nähe in diesen Politikfeldern.

Trotz klar und umfassend formulierter Wahlziele wurden diese im Wahlkampf nur spärlich sichtbar. Zwar traten in dem Wahlwerbespot und auf den Wahlplakaten inhaltliche Slogans wie „Sichere Arbeitsplätze“ oder „Bezahlbare Energie“⁴⁴ auf, allerdings nur mit marginaler medialer Präsenz. Generell gestaltete sich der Themenwahlkampf, angesichts der großen Fülle an inhaltlichen Übereinstimmungen mit den SozialdemokratInnen schwierig. Eine zu starke und polarisierende Abgrenzung gegenüber der SPD und ihren Zielen hätte aufgrund einer gemeinsamen fünfjährigen Regierungszusammenarbeit auch kontraproduktiv wirken und die eigene Glaubwürdigkeit in Frage stellen können. Grundsätzlich blieb der Themenwahlkampf unspezifisch und vermittelte keine klaren Botschaften. Die Herausbildung eines Profils erfolgte daher nur in geringem Maße. Der eigentliche Wahlkampf startete mit der Kampagne „C wie Zukunft“ und der Konzentration auf den Spitzenkandidaten Lorenz Caffier.

3.2 Personenwahlkampf

Mit Lorenz Caffier, dem Innenminister der Großen Koalition und seit 2009 Landesvorsitzender der CDU, ging für die ChristdemokratInnen ein gebürtiger Ostdeutscher als Spitzenkandidat in den Wahlkampf. Der in der Nähe von Dresden geborene und 1980 nach Mecklenburg-Vorpommern gezogene Diplom-Ingenieur für Land- und Forsttechnik ist neben Till Backhaus das einzige Mitglied des Landtages, welches diesem seit seiner Gründung 1990 angehört. Seit 2006 vertrat er den Wahlkreis 22 (Mecklenburg-Strelitz II/Müritz II), in dem er 2006 direkt gewählt wurde. Er war von 1990 bis 2006 parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion der CDU und wurde 2005 zum Generalsekretär gewählt, bevor er 2009 den Posten des Landesvorsitzenden erlangte.⁴⁵

⁴² „Damit der Strom bezahlbar bleibt“, in: SVZ, 18.08.2011.

⁴³ Ebd.

⁴⁴ CDU Mecklenburg-Vorpommern, „TV Spot Wahlkampf CDU-MV“, abrufbar unter: http://www.cdu-mecklenburg-vorpommern.de/wahlkampf_spots.html (Stand: 29.09.2011).

⁴⁵ Vgl. Internetpräsenz von Lorenz Caffier, „Über mich“, abrufbar unter: <http://www.lorenz-caffier.de/uebermich.html> (Stand: 29.09.2011).

Neben dem Unmut gegenüber der Kreisgebietsreform hatte Caffier bei dieser Wahl vor allem mit seiner geringen Bekanntheit bei den BürgerInnen zu kämpfen. In einer Umfrage vom August 2011 erklärten nur 77 Prozent der Befragten, ihn zu kennen.⁴⁶ Er landete damit noch hinter seinem Parteikollegen Jürgen Seidel (84 Prozent), der als Spitzenkandidat 2006 dasselbe Problem hatte.⁴⁷ Im Vergleich dazu konnte Erwin Sellering bei derselben Erhebung einen Bekanntheitsgrad von 98 Prozent verbuchen.⁴⁸

Um dem entgegenzuwirken, besuchte der Spitzenkandidat unterschiedliche Treffen im Land, betreute Infostände und Wahlveranstaltungen. Dabei kamen „10.000 bis 12.000 Kilometer jeden Monat zusammen“⁴⁹.

Im Kontrast zu einem eher zurückhaltenden und unbekanntem Spitzenkandidat stand die von Generalsekretär und Wahlkampfmanager Vincent Kokert, in Zusammenarbeit mit der Osnabrücker Agentur Hagenhoff, initiierte Wahlkampagne „C wie Zukunft“. Zunächst stand dieser Slogan auf den Wahlplakaten für sich allein und sollte dabei als „Teaser“ wirken. In einer zweiten Phase wurde Caffier neben den Slogan klar in den Vordergrund gestellt. Das Grundmotiv fand sich dabei hauptsächlich auf großen Plakaten wieder, bei denen keine weiteren inhaltlichen Botschaften, sondern ausschließlich die Person zu sehen war. Dieser Kurs wurde im Wahlwerbespot mitgetragen.⁵⁰ In den Medien fand sich regional und überregional eine meist spottende Resonanz in der von „einem Beispiel, wie man danebenliegen kann“⁵¹ oder „C wie ziemlich blöd“⁵² gesprochen wurde. Vincent Kokert verteidigte jedoch diese Linie und verwies auf die gewollte und gewonnene Aufmerksamkeit.⁵³

Trotz des Bekenntnisses des Generalsekretärs wurden in einer dritten Phase der Plakatierung vorrangig Plakate mit „Zukunft meistern“ oder „Zukunft anpacken“⁵⁴ genutzt. Lorenz Caffier war zwar weiterhin in unterschiedlichen Berufs- und Ausbildungssituationen abgebildet, bei denen aber auf eine reine Darstellung der Person verzichtet wurde.

Angesichts des stärker personen- als themengebundenen Wahlkampfs der CDU stellte sich häufig die Frage nach den persönlichen Zielen des CDU-Spitzenkandidaten. Der Wille Ministerpräsident zu werden äußerte sich eher verhalten. Auf Anfragen, weshalb er der bessere Kandidat für das Amt wäre, antwortete er unter anderem am 30. August 2011 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mit „weil er aus dem Osten käme“⁵⁵. Gegen den als „Ossi-Versteher“⁵⁶ betitelten Erwin

⁴⁶ Vgl. „Wie bekannt sind Mecklenburg-Vorpommerns Landespolitiker? Die Ostseezeitung fragte nach“, in: OZ, 25.08.2011.

⁴⁷ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTREND August III, Berlin 2011, S. 8.

⁴⁸ Vgl. dazu Tab. 4: Wahrnehmung des „politischen Personals“ unmittelbar vor der Landtagswahl 2011 im Beitrag von Koschkar in diesem Band.

⁴⁹ Kommentar von Felix Pankok im NDR-Fernsehen, Nordmagazin, Thema „CDU-Spitzenkandidat“, ausgestrahlt am 01.09.2011 um 19:30.

⁵⁰ Vgl. CDU Mecklenburg-Vorpommern, „Wahlplakate zur Landtagswahl“, abrufbar unter: [http://www.cdu-mecklenburg-vorpommern.de/galerie.html?&tx_jbpicasaweb_pi1\[pwaid\]=plakatezurlandtagswahl](http://www.cdu-mecklenburg-vorpommern.de/galerie.html?&tx_jbpicasaweb_pi1[pwaid]=plakatezurlandtagswahl) und „TV Spot Wahlkampf CDU-MV“ (Stand: 30.09.2011).

⁵¹ „Wie platt sind die Wahlplakate?“, in: Nordkurier Anklamer Zeitung, 20.08.2011.

⁵² „CDU wird für Wahlplakate veräppelt“, auf: [spiegelonline](http://www.spiegelonline.de), 26.07.2011, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,776660,00.html> (Stand: 30.09.2011).

⁵³ Vgl. ebd.

⁵⁴ Vgl. „Wahlkampf: Konkurrenz für „C wie Zukunft“?“, auf: [ndr.de](http://www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/landtagswahl_mv_2011/themen/wahlplakatmv117.html), 27.07.2011, abrufbar unter: http://www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/landtagswahl_mv_2011/themen/wahlplakatmv117.html (Stand: 30.09.2011).

⁵⁵ „C wie Zukunft und Z wie Caffier“, in: FAZ, 30.08.2011.

⁵⁶ „Müdes Rede-Duell“, in: SVZ, 31.08.2011.

Sellering konnte dieses Argument allerdings kaum überzeugen. Dazu verband er die Frage nach seinen Ambitionen für das Amt des Ministerpräsidenten immer mit der Aussage, dass er auch als Innenminister zufrieden sei.⁵⁷ Dieselbe passive Haltung zeigte sich insbesondere im TV-Duell⁵⁸ zwischen Erwin Sellering und Lorenz Caffier.⁵⁹ Ebenfalls fiel die schwache Rednerkompetenz Caffiers auf. Dieses Defizit manifestierte sich auf unterschiedlichen Wahlkampfveranstaltungen mit Angela Merkel, da im direkten Vergleich Caffiers mangelnde Rednerkompetenz besonders hervorstach.⁶⁰

Festzuhalten bleibt der mangelnde Siegeswille gegenüber dem amtierenden Ministerpräsidenten. Dies resultierte daraus, dass ein Wahlsieg einerseits aus den Umfragewerten nicht ersichtlich war, andererseits die angestrebte Regierungsbeteiligung der CDU unwahrscheinlich gemacht hätte.

3.3 Angriffswahlkampf

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung beschrieb die Situation in der sich Lorenz Caffier befand, treffend mit den Worten, er müsse „verlieren, um zu bleiben“⁶¹. Aus dieser Position heraus erfolgten die wenigen inhaltlichen und personellen Angriffe auf die SPD. Diese Haltung wurde von großen Teilen der CDU-AnhängerInnen mitgetragen, beachtet man die 83 Prozent der Befragten, welche die rot-schwarze Koalition lobten.⁶²

Ein Streit mit der SPD um die Leistungsbilanz der Regierung blieb weitgehend aus. Obwohl sich der Spitzenkandidat der Problematik bewusst war, dass vor allem die SPD von der Leistungsbilanz stärker profitieren würde,⁶³ wurde seitens der CDU hier nicht konsequent genug reagiert. Caffier beschränkte sich zumeist darauf, Erfolge der Arbeits- und Wirtschaftspolitik für seine Partei zu reklamieren. Dies geschah jedoch meist erst als Reaktion, nachdem die SPD im Wahlkampf diese Erfolge bereits für sich beansprucht hatte. Nicht zuletzt dadurch gelang es der Partei nicht ihre Erfolge zu kommunizieren.

Die wenigen nennenswerten politischen Angriffe fanden gegenüber der Partei Die LINKE statt. Die klassische Frontstellung gegenüber dieser Partei spiegelte sich im Wahlkampf ebenfalls wider. Die Prämisse, eine rot-rote Regierung zu verhindern, wurde schon im Wahlprogramm offensichtlich.⁶⁴ Hauptangriffsfläche bot im Übrigen, das auch überregional scharf kritisierte Verhalten einiger Mitglieder der Partei Die LINKE, die beim Landesparteitag in Rostock am 13. August 2011, während einer Schweigeminute zum Gedenken an die Maueropfer demonstrativ sitzen blieben.⁶⁵ Diesen Eklat nutzte beispielsweise der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Harry Glawe, um zu erklären, „die-

⁵⁷ Vgl. „Gern auch Zweiter“, in: Tagesspiegel, 25.08.2011.

⁵⁸ Das TV-Duell sahen ca. 130.000 Zuschauern (darunter ca. 50.000 in Mecklenburg-Vorpommern); Vgl. „130.000 Zuschauer sahen TV-Duell“, in: OZ, 01.09.2011.

⁵⁹ Vgl. „Müder Wahlkampf auf der Zielgeraden“, in: Hamburger Abendblatt, 28.08.2011.

⁶⁰ So unter anderem auf den Wahlkampfveranstaltungen in Warnemünde und Neustrelitz.

⁶¹ „C wie Zukunft und Z wie Caffier“, in: FAZ, 30.08.2011.

⁶² Vgl. „Die Spitzenpolitiker im Urteil der Wähler“, in: SVZ, 17.08.2011.

⁶³ Vgl. Interview mit Lorenz Caffier: „Da profitiert Sellering von uns“, in: Nordkurier, 21.05.2011.

⁶⁴ Vgl. CDU Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Wahlprogramm der CDU, S. 3.

⁶⁵ Vgl. „Einige Linke verweigern Schweigeminute“, in: tagesspiegel.de, 13.08.2011, abrufbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/einige-linke-verweigern-schweigeminute/4495984.html> (Stand: 29.09.2011); Vgl. dazu auch den Beitrag von Maser/Scheele in diesem Band.

se Partei [Die LINKE] ist nicht regierungsfähig⁶⁶. Ebenso urteilte Caffier, der bei einer Wahlkampfveranstaltung am 24. August 2011 in Greifswald, unter Bezug auf dieses Ereignis, sagte: „Deren [Die LINKE] Mitglieder seien Ewiggestrige [...] Wer auf sie baue, spiele mit der Zukunft des Landes.“⁶⁷ Dieser öffentlich-mediale Kurs veranschaulichte die Befürchtungen der ChristdemokratInnen, sich in der Opposition zu einer rot-roten Regierung wieder zu finden.

Zu den Besonderheiten dieser Wahl gehörten auch die Ereignisse um die Nachwahl im Wahlkreis Rügen I.⁶⁸ Der 2004 in die CDU eingetretene Bürgermeister der Insel Hiddensee, Thomas Gens, wurde nach dem Tod von Udo Timm als Direktkandidat für die Nachwahl in diesem Wahlkreis nominiert.⁶⁹ Nachdem seine politische Vergangenheit in der rechtsextremen DVU von 1998 bis 2001 offiziell bekannt wurde, distanzierte sich die CDU von Gens und schloss ihn am 5. September 2011 aus der Partei aus.⁷⁰ Da für die CDU nach Angaben des Landesgeschäftsführers Klaus-Dieter Götz keine Möglichkeit bestand einen anderen Kandidaten aufzustellen,⁷¹ trat sie im Wahlkreis Rügen I ohne Direktkandidaten an.

Aus dem ambivalenten Angriffswahlkampf sind die Intentionen der ChristdemokratInnen eindeutig ersichtlich geworden. Einerseits hoffte man mit der defensiven Haltung gegenüber der SPD auf eine bessere Ausgangslage bei möglichen Koalitionsverhandlungen, andererseits wollte man ein Erstarren der Partei Die LINKE mit einem gezielten Anti-Wahlkampf vermeiden.

4 Wahlergebnis

Aus dem offiziellen Wahlergebnis der Landtagswahl ergab sich mit 35,6 Prozent der Zweitstimmen und 27 Mandaten ein klarer Sieg für die SPD. Sie stellte damit mit Abstand die stärkste Fraktion und war in der komfortablen Lage zwischen der Partei Die LINKE und der CDU als mögliche Koalitionspartner zu wählen.

Die ChristdemokratInnen mussten mit 23,0 Prozent der Zweitstimmen das schlechteste Resultat seit Bestehen des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern hinnehmen. Der Negativtrend gegenüber der SPD und der Partei Die LINKE seit 1990 setzte sich damit fort.

Tab. 2: Landtagswahlergebnisse von 1990-2011, Zweitstimmen in Prozent

Partei/Wahljahr	1990	1994	1998	2002	2006	2011
SPD	27,0	29,5	34,2	40,6	30,2	35,6
CDU	38,3	37,7	30,2	31,4	28,8	23,0
Die LINKE	15,7	22,7	24,4	16,4	16,8	18,4

Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg Vorpommern, Landtagswahlen in Mecklenburg Vorpommern. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/start/_Landeswahlleiter/Landeswahlleiter/landtagswahlen/index.jsp (Stand: 30.09.2011). Eigene Darstellung.

⁶⁶ „CDU: „Linke unfähig zum Regieren“, in: OZ, 16.08.2011.

⁶⁷ „CDU attackiert die Linkspartei“, in: OZ Greifswalder Zeitung, 25.08.2011.

⁶⁸ Vgl. dazu den Beitrag von Schoon in diesem Band.

⁶⁹ Vgl. „Westrügen kann Wahl entscheiden“, in: Nordkurier, 29.08.2011.

⁷⁰ Vgl. „Gens will zurück in die CDU“, in: SVZ, 07.09.2011.

⁷¹ Vgl. „CDU auf Rügen steht ohne Kandidaten da“, in: Berliner Zeitung, 07.09.2011.

Mit diesem Wahlergebnis musste ein weiterer herber Stimmenverlust gegenüber der Landtagswahl 2006 hingenommen werden. Auch bei den Direktmandaten verlor die CDU erneut. Sie verlor bei der Wahl acht Direktwahlkreise, die sie 2006 noch gewonnen hatte. Insgesamt errang die CDU zwölf Direktmandate, exakt halb so viele wie die SPD.⁷² Zusammen mit dem etwas höheren Erststimmenergebnis (26,7 Prozent) ergaben sich für die CDU damit 18 Sitze im Landtag.

Die ChristdemokratInnen verloren Wählerstimmen in allen Berufsgruppen. Mit einem Minus von 12 Prozentpunkten besonders bei den BeamtInnen.⁷³ Selbst innerhalb der konfessionsgebundenen Bevölkerung verringerten sich die Stimmenprozente. Trotzdem blieb die CDU die beliebteste Partei bei den KatholikInnen, wobei jene in Mecklenburg-Vorpommern nur eine kleine Wählergruppe darstellen. Neben dieser Gruppe übertraf die CDU die SozialdemokratInnen nur bei den Selbstständigen.⁷⁴ Lediglich von Seiten der FDP konnte die CDU einen prägnanten Wählerzustrom verzeichnen, der wahrscheinlich auch durch den Bundestrend induziert wurde. Neben der Wählerwanderung zur SPD trug ebenso die geringe Wahlbeteiligung zum schlechten Ergebnis der CDU bei. Der hohe Stimmenverlust an die SPD wurde schon kurz nach der Wahl durch Lorenz Caffier mit der Rolle des Juniorpartners in der Großen Koalition begründet, da in einer „großen Koalition der Chef die Punkte einsammelt“⁷⁵.

Aus regionaler Perspektive eröffnet sich die klassische Ost-West-Verteilung zwischen CDU und SPD. Vor allem im Raum Vorpommern bleibt die CDU stärkste Kraft, sichtbar zum einen in den Zweitstimmenergebnissen, zum anderen in den gewonnenen Direktmandaten.⁷⁶ Hervorzuheben ist hierbei Harry Glawe, der als DirektkandidatInnen im Wahlkreis Nordvorpommern II mit 49,9 Prozent das höchste Ergebnis aller Direktkandidaten im Land erzielte und damit als einziger CDU-Kandidat sein Ergebnis verbessern konnte.

Mit Bezug auf das Ergebnis wird deutlich, dass der primär personenorientierte Wahlkampf der CDU keine Früchte trug. Wie die Umfragen vor der Wahl zeigten, lag SELLERING bei der Direktwahlfrage klar vorne, woran auch die „C wie Zukunft“ Kampagne nichts ändern konnte. Zudem war es „nicht gelungen, die Erfolge der CDU in dieser Regierung nach vorne zu bringen“⁷⁷. Mit Blick auf den nicht überzeugenden Personenwahlkampf und aufgrund der fehlenden thematischen Profilierung konnten die Verluste der CDU keinesfalls völlig überraschen. Sicherlich ergab sich diese, als defensiv zu bezeichnende, Wahlkampfführung aus der gemeinsamen Koalition mit der SPD und dem Fehlen eines alternativen Koalitionspartners. Dem konnte auch die Präsenz der Kanzlerin in ihrer politischen Heimat nicht entgegenwirken. So hofften die Christdemokra-

⁷² Vgl. Die Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern, Wahl zum Landtag von Mecklenburg-Vorpommern am 4. September 2011 (einschließlich Nachwahl im Wahlkreis 33 - Rügen I am 18. September 2011). Wahlergebnisse abrufbar unter: http://service.mvnet.de/cgi-bin/wahlen/2011_kom_land/txt_wahlen_2011_ergebnis.pl?L (Stand: 28.09.2011).

⁷³ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011 – WahlANALYSE, Schwerin/Berlin 2011, S. 15.

⁷⁴ Vgl. ebd.

⁷⁵ „C wie zerknirscht: Union verliert die Wahl“, in: OZ, 05.09.2011.

⁷⁶ Vgl. Die Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern, Wahl zum Landtag von Mecklenburg-Vorpommern am 4. September 2011 (einschließlich Nachwahl im Wahlkreis 33 - Rügen I am 18. September 2011). Wahlergebnisse abrufbar unter: http://service.mvnet.de/cgi-bin/wahlen/2011_kom_land/txt_wahlen_2011_ergebnis.pl?L (Stand: 28.09.2011).

⁷⁷ „SPD klarer Sieger – Verluste für CDU“, in: FAZ, 05.09.2011.

tInnen vergebens auf den „Merkel Bonus“⁷⁸, den die Bundeskanzlerin der CDU mit ihren Auftritten in Mecklenburg-Vorpommern bringen sollte.⁷⁹

Trotz des recht erfolglosen Wahlkampfes kann die CDU in Zukunft als Juniorpartner mit der SPD weiterregieren.⁸⁰ So kann trotz der deutlichen Niederlage das Ziel der Regierungsbeteiligung als erfüllt betrachtet werden.

5 Bilanz und Perspektive der CDU nach der Wahl

Ist es der SPD bereits in der Regierungszeit von 1998 bis 2006 gelungen Die LINKE zu „entzaubern“, so hat sie in der vergangenen Legislaturperiode die CDU „weichgespült“. Die CDU hat es nicht geschafft, ihre Erfolge in der Regierungskoalition zu vermitteln, vielmehr kamen die erzielten Erfolge innerhalb der Großen Koalition fast ausschließlich der SPD zugute.

Die CDU konnte zwar ihr strategisches Wahlziel, die Regierungsbeteiligung, erreichen, steht aber als geschwächter kleinerer Koalitionspartner innerhalb der neuen Großen Koalition vor ähnlichen Herausforderungen wie nach der Landtagswahl 2006. Sie muss vermehrt auf ihre Kompetenzthemen Wirtschaft und Innere Sicherheit setzen, um ihre Stammwählerschaft zu erreichen. Dabei muss es ihr jedoch auch gelingen, Erfolge zu kommunizieren und sie darf sich nicht, wie in der vergangenen Legislaturperiode, durch den größeren Koalitionspartner SPD in die zweite Reihe drängen lassen.

Die Regierungsbeteiligung könnte sich daher sowohl als Fluch aber auch als Segen erweisen. Gelingt es der CDU ihre Themen umzusetzen und sich gleichzeitig von der SPD zu emanzipieren, ist eine Rückkehr zur 30-Prozent-Marke möglich. Dass dies als kleinerer Koalitionspartner jedoch schwierig ist, hat nicht zuletzt diese Wahl gezeigt. Sollte dies der CDU nicht gelingen, muss sie möglicherweise mit dem Verlust weiterer Wählerstimmen rechnen. Die Regierungsbeteiligung könnte letztlich für die Partei zu einer Zerreißprobe werden. Dies deutete sich bereits nach der Wahl und in den beginnenden Koalitionsverhandlungen an, als vor allem aus den Kreisverbänden der Ruf nach einer Regeneration in der Opposition laut wurde. Neben dieser Forderung wurde auch Kritik am Wahlkampf und der Personalpolitik Caffiers laut.⁸¹ Letztere dürfte sich auch an der Konzentration von Ämtern im neu entstandenen Großkreis Mecklenburgische Seenplatte entzündet haben. So stammten die Minister Henry Tesch, Lorenz Caffier und Jürgen Seidel sowie der jetzige CDU-Generalsekretär aus dem Gebiet des neuen Großkreises.⁸²

⁷⁸ „Vergebliches Hoffen auf Merkel Bonus“, in: Die Welt, 05.09.2011.

⁷⁹ Auffällig waren die thematisch landesfernen Ausführungen, beispielsweise zur Europäischen Union, die im Landtagswahlkampf artikuliert wurden.

⁸⁰ Vgl. „Selling setzt wieder auf CDU“, in: Nordkurier, 22.09.2011.

⁸¹ Vgl. „CDU-Basis kritisiert Caffier“, in: OZ, 28.09.2011.

⁸² Wirtschaftsminister Jürgen Seidel kommt aus dem ehemaligen Landkreis Müritz. Bildungsminister Henry Tesch, Innenminister Lorenz Caffier und der Generalsekretär Vincent Kokert sind im ehemaligen Landkreis Mecklenburg-Strelitz beheimatet.

Letzte Chance: Modernisierung – Die LINKE

Michael Maser/Christopher Scheele

1 Einleitung

Mit der Landtagswahl 2006 trat Die LINKE nach acht Jahren Regierungsverantwortung den Gang in die Opposition an. 16,8 Prozent bedeuteten leichte Zugewinne von 0,4 Prozentpunkten, jedoch befand sich die Partei innerparteilich aufgrund von programmatischen Streitigkeiten in schwerem Fahrwasser. Daher setzte sie auf die Sicherheitsvariante und konzentrierte sich auf das sehr verlässliche Stammwählerklientel aus alten SED-Zeiten. Wie schon 2002 gelang es daher nicht die jungen WählerInnengruppen anzusprechen, welche die Partei 1994 und 1998 stark gemacht hatten. Die rot-rote Koalition hatte am Wahlabend 2006 eine rechnerische Mehrheit von einer Stimme, jedoch knüpfte die damalige Linkspartei.PDS-Sozialministerin Marianne Linke ihre Stimme innerhalb der Koalition an ihre Zukunft als Ministerin.¹ Die SPD wählte daraufhin die sichere Option der Großen Koalition mit der CDU, die zudem über mehr Mandate verfügte. Die Sozialministerin hatte somit das rot-rote Projekt im Land aufgrund persönlicher Interessen gesprengt und sollte ihrer Partei auch im Wahlkampf 2011 noch Kopfzerbrechen bereiten. Der Vorfall im September 2006 um Marianne Linke zeigte außerdem, dass die Partei in den Links-Flügel² auf der einen Seite, und die Pragmatiker um Helmut Holter, Peter Ritter und den damaligen Spitzenkandidaten Wolfgang Methling auf der anderen Seite, gespalten war.

2006 wurde daher erwartet, dass „sich die Partei ihrer Schwächen bewusst werden und neue Wege beschreiten [muss], um vor allem jüngere WählerInnen zu gewinnen und stärker in die Mitte der Gesellschaft vorzudringen“.³ Die Linkspartei müsse eine Vielzahl der alltäglichen praktischen Probleme in der Gesellschaft aufgreifen und Lösungen dafür anbieten. Die Auszeit auf den Oppositionsbänken jenseits der Regierungsverantwortung würde für die Partei deshalb hilfreich sein. Schon Mitte der 90er Jahre hatte das Wahlkampfmotto der damaligen PDS „Veränderung beginnt mit Opposition“ gelautet.⁴

2 Die Partei in der fünften Legislaturperiode 2006-2011

Die fünfte Legislaturperiode zeichnete sich für Die LINKE in Mecklenburg-Vorpommern durch vier Punkte aus: personelle sowie strukturelle Veränderungen, Stärkung der kommunalen Verankerung und programmatische Neuausrichtung.

¹ Frank Käßner, „CDU knickt vor Ringstorff ein“ (10.10.2006), abrufbar unter: http://www.welt.de/print-welt/article158522/CDU_knickt_vor_Ringstorff_ein.html (Stand: 08.10.2011).

² Seit der Transformation von PDS/Linkspartei.PDS zu Die LINKE: Antikapitalistische Linke (AKL).

³ Frithjof Reimers/Christopher Scheele, Aus der Regierung zurück in die Opposition – Die Linkspartei.PDS; in: Steffen Schoon/Nikolaus Werz (Hrsg.): Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre WählerInnen, Rostock 2006, S. 43-53, hier: S. 53.

⁴ Ebd.

Mit der Wahl 2006 hatte sich eine Entwicklung fortgesetzt, die bereits im Jahr 2001 begann, als Helmut Holter den Posten des Landesvorsitzenden für Peter Ritter freigemacht hatte⁵ und Wolfgang Methling die Partei 2006 als Spitzenkandidat in die Wahl führte. Auch wenn Ritter und Methling dem Pragmatiker-Flügel der Partei Die LINKE zuzurechnen sind, war es doch bemerkenswert, dass Helmut Holter, als ehemals treibende Kraft der Pragmatiker und der rot-roten Koalition, plötzlich in der zweiten Reihe stand. Nach der Wahl wurde Wolfgang Methling Fraktionsvorsitzender und der ehemalige Landesvorsitzende sein Stellvertreter. Dessen Machtverlust schien sich in dieser Phase zu manifestieren. Umso überraschender war es, als Wolfgang Methling Anfang April 2009 aus privaten Gründen auf den Fraktionsvorsitz verzichtete und Helmut Holter zu seinem Nachfolger gewählt wurde.⁶ Im Vorfeld der Wahl des Fraktionsvorsitzenden kritisierte Marianne Linke (AKL) den Fraktionsvorsitzenden in spe dabei öffentlich auf das Heftigste und stellte seine Integrität infrage. Sie begründete ihre Vorwürfe mit einer Affäre um ein Vergabeverfahren aus Holters Zeit als Arbeitsminister im Jahr 2001. Die öffentliche Anfeindung löste massive Kritik aus und es folgten zum Teil recht persönliche Angriffe auf die Person Linkes. Methling bezeichnete sie u. a. als „Natter“. An der Diskussion brach der alte Graben zwischen AKL und Realos medienwirksam wieder auf.⁷ Holter wurde letztlich von den Pragmatikern gegen die AKL im Landtag als Fraktionsvorsitzender durchgesetzt.

Diese, nicht unbedingt zu erwartende, personelle Neuerung fiel mit dem strukturellen Wandel der Partei zusammen, der durch den Zusammenschluss mit der „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG), einer Abspaltung zahlreicher alt-linker SPD-Mitglieder, ausgelöst wurde. Dieser Prozess verlief bundesweit nicht so reibungslos wie erhofft, sondern geriet zu einem wochenlangen Machtkampf, der von den Medien bereitwillig aufgegriffen wurde. Mecklenburg-Vorpommern stellte gewissermaßen eine Ausnahme dar. Auch hier war die WASG völlig zerstritten, besaß aber, mit knapp 150 Mitgliedern, kein politisches Gewicht. Die WASG provozierte mit zahlreichen Forderungen die Linkspartei.PDS, was deren Fusionsbeauftragten Steffen Bockhahn zum Abbruch der Gespräche im Vorfeld der Landtagswahl 2006 veranlasste.⁸ Die WASG trat letztlich mit einer eigenen Liste an, erreichte 0,5 Prozent der Zweitstimmen und wurde nach der Wahl durch den Zusammenschluss in MV marginalisiert. In der Partei Die LINKE MV hinterließ die ehemalige WASG weder inhaltliche noch personelle Spuren. So verlor die Die LINKE von 2006 bis 2011 kontinuierlich insgesamt 1.006 Mitglieder; derzeit zählt sie derer 5.417.⁹ Der Zusammenschluss im Jahr 2008 gab jedoch den Startschuss zu einer Kurskorrektur der Partei.¹⁰ Peter Ritter trat 2009 in der neu gegründeten Partei Die LINKE nicht mehr als Landesvorsitzender an, sondern reichte den Staffeln an den jungen Hoffnungsträger Steffen Bockhahn weiter, der ebenfalls dem Pragmatiker-Flügel entstammte. Bockhahn steuerte die neu aufgestellte Partei dabei auf einen kompromisslos real-politischen Kurs und provozierte die AKL damit zusätzlich.¹¹

⁵ Christopher Scheele, *Die PDS/Linke in Mecklenburg-Vorpommern*, München 2010, S. 147.

⁶ Holter zum Fraktionschef der Linken gewählt, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,620378,00.html> (Stand: 05.09.2011).

⁷ Björn Hengst, „Linke streitet über ihr Spitzenpersonal“, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,620053,00.html> (Stand: 05.09.2011).

⁸ Scheele, *PDS/Linke*, S. 161ff.

⁹ Die LINKE: Mitgliederzahlen der Landesverbände von 2005-2010, abrufbar unter: <http://archiv2007.sozialisten.de/partei/daten/statistiken/mitglieder.htm> sowie <http://www.die-linke.de/partei/fakten/mitgliederzahlende-zember2010/> (Stand: 05.09.2011).

¹⁰ Scheele, *PDS/Linke*, S. 173.

¹¹ Ebd., S. 176.

Die fünfte Legislaturperiode war für Die LINKE geprägt vom Rekordergebnis bei der Bundestagswahl 2009, wo man mit 29 Prozent die SPD (16,6 Prozent) deutlich distanzieren konnte. Dazu kamen Erfolge bei den kommunalen Direktwahlen. So gelang es der Partei insgesamt drei Landratsposten in Demmin, Ostvorpommern und auf Rügen zu erobern, bzw. zu verteidigen. Dieser Auftrieb in der WählerInnengunst motivierte den Landesvorstand um Steffen Bockhahn Die LINKE wieder Richtung Regierungsübernahme zu lenken. Diesmal wollte Die LINKE jedoch nicht wie 1998 und 2002 als Juniorpartner auf der Regierungsbank im Schweriner Schloss Platz nehmen, sondern den Ministerpräsidenten stellen. Im Jahr 2010 sollte dann für Helmut Holter ein lang gehegter politischer Traum in Erfüllung gehen, als der Landesverband ihn zum Ministerpräsidentenkandidaten für die Landtagswahl 2011 kürte. Gut 20 Jahre nach der Übernahme des Landesvorsitzes konnte Holter somit seine Partei erstmals als Spitzenkandidat in die Wahl führen, nachdem er einst Johann Scheringer (1994) und Caterina Muth (1998) hatte den Vortritt lassen müssen. Besonders die Niederlage in der damaligen Kampfabstimmung gegen Caterina Muth (AKL) stellte einen schweren Schlag für die innerparteiliche Machtposition von Holter dar. Umso höher war seine Rückkehr zu bewerten.¹² Mit der Nominierung Holters setzte sich gleichzeitig eine Tradition im Land fort. In Mecklenburg-Vorpommern nominierte Die LINKE noch nie einen Landesvorsitzenden als Spitzenkandidaten.¹³

Im Vorfeld der Wahl 2011 musste der Landesverband den Anspruch im Land den Ministerpräsidenten zu stellen, revidieren. Die Demoskopien sahen die Partei im Bereich von 15-20 Prozent der Zweitstimmen und somit weit entfernt vom selbst gesteckten Ziel, stärkste politische Kraft im Land oder zumindest Juniorpartner in einer rot-roten Koalition zu werden. Der strategischen Fehleinschätzung gingen eine fast 18 monatige Phase ohne jede Art von Wahlumfragen in MV voraus¹⁴, sowie hohe Umfragewerte und Wahlerfolge in den übrigen östlichen Bundesländern. Dort hatte man überall den zweiten Platz im Parteiensystem einnehmen können. Im Zeitraum 2009/10 schwamm die Partei auf einer Welle der Euphorie. Hinzu kamen die 29 Prozent bei der Bundestagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. Eine genauere Analyse der 2009er Wahlergebnisse hätte jedoch die Parteiführung warnen müssen. Bei der Kommunalwahl im Land hatte man nur 1,4 Prozentpunkte und bei der Europawahl 1,8 Prozentpunkte zulegen können, bei gleichzeitiger Stagnation der SPD und massiven Verlusten der CDU (-7,0/-10,1). Das Ergebnis im Bund musste also auf einen bundespolitischen Trend hindeuten, hatte doch gerade hier die SPD 15,1 Prozentpunkte verloren.

Tab. 1: Zweitstimmenergebnisse der PDS/Die LINKE in MV seit 1990 in Prozent

Wahlen	1990	1994	1998	1999	2002	2004	2005	2006	2009	2011
Bundestag	14,2	23,6	23,6	-	16,3	-	23,7	-	29,0	-
Landtag	15,7	22,7	24,4	-	16,4	-	-	16,8	-	18,4
Europa	-	27,3	24,3	24,3	-	21,7	-	-	23,5	-
Kommunal	-	24,3	-	21,9	-	20,2	-	-	21,6	19,2

Quelle: Statistisches Amt MV, eigene Darstellung.

¹² Ebd., S. 132.

¹³ SpitzenkandidatenInnen: 1990/94 Johann Scheringer, 1998 Caterina Muth, 2002 Angelika Gramkow, 2006 Wolfgang Methling, 2011 Helmut Holter; Landesvorsitzende: 1990/91 Jürgen Zelm, 1991-2001 Helmut Holter, 2001-2009 Peter Ritter, seit 2009 Steffen Bockhahn.

¹⁴ Umfragen Mecklenburg-Vorpommern, abrufbar unter: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/mecklenburg-vorpommern.htm> (Stand: 05.09.2011).

Während es für Die LINKE insgesamt 2009 und 2010 immer weiter aufwärts gegangen, so geriet die Partei sowohl auf Bundes- wie auch auf Landesebene in der Zeit danach zunehmend in Turbulenzen. Nachdem auf Bundesebene Dietmar Bartsch, infolge eines Machtkampfes mit Oskar Lafontaine, hatte zurücktreten müssen,¹⁵ wurde die Partei neben der laufenden Programmdiskussion auch durch die zahlreichen Diskussionen um die Doppelspitze Gesine Löttsch und Klaus Ernst erschüttert. Hier versuchten sich vor allem die diversen Links-Flügel in der Partei gegen die Realpolitiker zu profilieren. Gleichzeitig gelang es der Partei nicht in weitere westdeutsche Landesparlamente einzuziehen, bzw. die in Sachsen-Anhalt sicher geglaubte Regierungsbeteiligung zu erlangen.¹⁶ Beide Lager gaben sich dabei gegenseitig die Schuld an dem ausbleibenden Erfolg bei den WählerInnen. Dies alles befeuerte auch die Auseinandersetzung zwischen AKL und Pragmatikern in Mecklenburg-Vorpommern.

Ende 2010 zeigte sich jedoch, mit welcher Entschlossenheit der Landesvorstand um Steffen Bockhahn die Öffnung für neue, junge WählerInnengruppen vorantreiben wollte. Nach einem IM¹⁷-Fall innerhalb der Partei machte Bockhahn deutlich, dass eine Diskussion der DDR-Vergangenheit kein Tabu sein dürfe, und distanzierte sich nachdrücklich von den RevisionistInnen innerhalb der AKL.¹⁸ Die AKL versuchte ihrerseits diesen Angriff dadurch zu kontern, dass sie eine Verlegung der Landesvorstandswahlen (turnusmäßig auf den 13. August terminiert) auf einen Termin nach den Wahlen anstrebte. Viele sahen darin den Versuch, nach einem möglicherweise enttäuschenden Ergebnis am 4. September einen Linksruck in der Partei vorzubereiten und gegen die Pragmatiker um Bockhahn, Holter, Methling und Ritter, die offen das Wahlziel Regierungsbeteiligung gegen die AKL durchgesetzt hatten, zu putschen.¹⁹ Zum ersten großen Eklat des Jahres 2011 kam es dann auf dem Nominierungsparteitag zur Landesliste in Göhren-Lebbin, als der real-politische Flügel alle seine Kandidaten auf aussichtsreichen Plätzen gegen die AKL positionieren konnte; ein deutliches Signal auch in Richtung Erwin Sellering und die SPD. Die AKL sprach im Anschluss ihrerseits von einem „Putsch“ und einer „Sellering-Liste“. Bei den Wahlen zur Landesliste hatten die AKL-KandidatInnen allesamt die aussichtsreichen Plätze verpasst und konnten nur über Direktmandate in den Landtag einziehen, ein bitterer Machtverlust gerade auch für die Ex-Sozialministerin Marianne Linke.²⁰

Im Vorfeld des Landesparteitages am Tag des Mauerbaus, an dem auch die Landesvorstandswahl stattfinden sollte, gab es abermals deutlich Bewegung in der Partei. Der Landesvorstand hatte ein DDR-kritisches Positionspapier zum Mauerbau eingebracht, welchem die AKL mit einem Positionspapier begegnete, in dem Viele eine Rechtfertigung des Mauerbaus erkennen wollten. Der Landesvorstand vermied die offene Zerreißprobe der Partei im Wahlkampf und verschob die

¹⁵ „Bartsch-Rücktritt: Allein unter Linken“, abrufbar unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-01/bartsch-gysi-demuetigung> (Stand: 05.09.2011).

¹⁶ „Schwarz-Rot in Sachsen-Anhalt: SPD bietet der CDU exklusive Gespräche an“, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,752354,00.html> (Stand: 05.09.2011).

¹⁷ Inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR.

¹⁸ Beschluss: Konsequenter offener Umgang mit politischen Biografien, abrufbar unter: http://www.original-sozial.de/fileadmin/lv/Dokumente/LPT_11_2010/beschluesse/Biografien.pdf (Stand: 05.09.2011).

¹⁹ Diskussion auf der Regionalkonferenz zum Landeswahlprogramm in Redebas, 05.03.2011.

²⁰ „Die Linke: Parteitagsverlierer treten nach“, abrufbar unter: <http://www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/linkspartei105.html> (Stand: 05.09.2011).

Abstimmung über die Positionspapiere auf eine Basiskonferenz in den Zeitraum nach der Wahl.²¹ Das Medienecho war dennoch enorm und Opferverbände protestierten medienwirksam. Die Vorstandswahl selbst verlief ohne Zwischenfälle und Bockhahn wurde im Amt bestätigt. Der neue Landesvorstand blieb weiterhin fest in der Hand der Realpolitiker. Bockhahn, Bartsch und andere Pragmatiker bekräftigten auf dem Parteitag nochmals ihre Position zum DDR-Unrecht und verwarnten sich der Kritik, dass Die LINKE ihre Vergangenheit nicht aufarbeite. Der realpolitische Flügel schien sich gegenüber der AKL auf die Taktik kleiner Nadelstiche verlegt zu haben. Zunächst hatte man mit der Entscheidung am 13. August bereits das Medieninteresse nach Rostock gelenkt. In einem zweiten Schritt hatte man mit der eigenen Erklärung zum Mauerbau die AKL so weit herausgefordert, dass diese reagieren musste. Das Positionspapier der AKL hatte dabei eine medial verheerende Wirkung und isolierte den Flügel gegenüber den Pragmatikern und in der öffentlichen Wahrnehmung. Vor und während des Parteitages wurde dann zwar keinerlei Positionspapier verabschiedet, jedoch nutzten Dietmar Bartsch und Steffen Bockhahn den medialen Fokus, um in ihren Reden und Presseäußerungen der Partei ihren Standpunkt zur DDR-Vergangenheit unmissverständlich klarzumachen. Auch weil die Partei nicht abgestimmt hatte, wurden die Meinungen der Führungsspitze in der Außenwahrnehmung als Standpunkt der Partei wahrgenommen und schwächten die Position der AKL zusätzlich. Der entscheidende Schritt, die AKL innerparteilich massiv zu schwächen, wurde jedoch bereits zu Beginn des Rostocker Parteitages vollzogen. Nach dem Streit um die Position zum Mauerbau im Vorfeld, forderte die Sitzungspräsidentin Angelika Gramkow die Anwesenden auf sich zu einer Schweigeminute für die Maueropfer zu erheben.²² Insgesamt drei Delegierte verweigerten sich der Schweigeminute, unter ihnen Ex-Sozialministerin Marianne Linke. Linke war, emotional getrieben von ihrem persönlichen Feldzug gegen den real-politischen Flügel und hatte nicht nur ihre eigene politische Karriere beendet, sondern auch die AKL ihrer Führungsspitze und innerparteilichen Reputation beraubt. Linkes Rechtfertigungsversuche in der Presse zerstörten ihre Reputation restlos, wurden ihre Äußerungen doch als unglaubwürdig kommentiert.²³ Nach diesem Vorfall lagen die Nerven in der AKL blank. Ida Schillen, Rostocker Ex-Senatorin, versuchte Steffen Bockhahn in der Aussprache zur Vorstandswahl mit haltlosen Vorwürfen zu seiner Amtsführung zu diskreditieren. Ihr Versuch scheiterte und sie wurde von Peter Ritter in scharfen Worten öffentlich zurechtgewiesen, Angelika Gramkow kommentierte Schillens Ausbruch mit dem Satz: „Ida, ich wusste gar nicht, dass Du so hinterhältig bist!“ Arnold Schönenburg, Mitinitiator des AKL-Positionspapiers, selbst hielt sich in Rostock zurück.²⁴ Doch auch er hatte seiner Partei noch einen Bärendienst erwiesen, als er Helmut Holter in einem NDR-Fernsehinterview die Eignung zum Spitzenkandidaten absprach.²⁵

²¹ Beschluss: Zum Umgang mit Positionspapieren anlässlich des 50. Jahrestages des Baus der Berliner Mauer, abrufbar unter: http://www.originalsozial.de/fileadmin/lv/Dokumente/LPT08_2011/beschluesse/B_Mauerbau.pdf (Stand: 05.09.2011).

²² „Landesparteitag der Linken in Rostock: Niemand hat vor, eine Debatte zu führen“, abrufbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/landesparteitag-der-linken-in-rostock-niemand-hat-vor-eine-debatte-zu-fuehren-1.1131134> (Stand: 05.09.2011).

²³ „Eklat beim Parteitag: Linke-Politiker boykottieren Mauergedanken“, abrufbar unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article13542978/Linke-Politiker-boykottieren-Mauergedanken.html> (Stand: 05.09.2011).

²⁴ Aussprache zur Wahl des Landesvorsitzenden, 1. Tagung des 3. Landesparteitages Die LINKE MV am 13.08.2011 in Rostock.

²⁵ NDR-Nordmagazin vom 01.09.2011: Porträt: Helmut Holter (DIE LINKE).

Der erwartete Einbruch der Partei Die LINKE bei den Wahlumfragen blieb nach den Rostocker Ereignissen aus, jedoch endete auch der Höhenflug der Partei. Zwischen März und August hatte Die LINKE rund 5 Prozentpunkte in den Umfragen zugelegt, stagnierte jedoch bis zur Wahl.

3 Wahlkampfstrategie

3.1 Ziel

Unter sieben Landtagswahlen in der Bundesrepublik im Jahr 2011 reihte sich jene in Mecklenburg-Vorpommern als sechste ein. In den fünf Vorangegangenen konnte Die LINKE nur durchwachsene Ergebnisse erreichen. Mit Hamburg,²⁶ Sachsen-Anhalt²⁷ und Bremen²⁸ gelang zwar der Wiedereinzug in die drei Landesparlamente, in denen sie schon vertreten war, jedoch unter teils erheblichen Verlusten; hinzugewinnen konnte man nur in Rheinland-Pfalz.²⁹ Der Einzug in diesen Landtag misslang mit drei Prozent aber ebenso deutlich, wie in Baden-Württemberg³⁰ mit 2,8 Prozent. Diese Ergebnisse zeigten schon früh im Jahr zwei Punkte: Zum einen konnte Die LINKE im gesamten Jahr 2011 nicht von der Euro-Krise und der Unzufriedenheit mit der Bundesregierung profitieren. Der wichtigere Aspekt war aber innerhalb der Linkspartei selbst zu finden. Mit den Äußerungen zum Kommunismus der einen Vorsitzenden Gesine Löttsch,³¹ der Porsche-Affäre des anderen Bundesvorsitzenden Klaus Ernst³² sowie der langwierigen Diskussion um eine Absetzung dieser Parteispitze³³ gab die Partei in der Öffentlichkeit ein zerstrittenes Bild ab.

3.2 Personenwahlkampf

Personell beschränkte sich Die LINKE weitestgehend auf ihren Spitzenkandidaten Helmut Holter sowie Auftritte von Spitzenpolitikern der Partei aus Land und Bund. Allgemein war der Wahlkampf auf Holter zugeschnitten. Eine kurze, aber heftige Auseinandersetzung gab es ledig-

²⁶ Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein: Endgültiges Ergebnis der Bürgerschaftswahl 2011 (Landesstimmen - Gesamtstimmen) im Vergleich zur Bürgerschaftswahl 2008, abrufbar unter: http://www.statistik-nord.de/uploads/tx_standocuments/INTBUEWA01.pdf (Stand: 05.09.2011).

²⁷ Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt: Wahl des 6. Landtages von Sachsen-Anhalt am 20. März 2011, abrufbar unter: <http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt11/index.html>. (Stand: 05.09.2011).

²⁸ Landeswahlleiter Bremen: PRESSEMITTEILUNG: Bürgerschaftswahl 2011: Endgültiges Ergebnis steht fest, abrufbar unter: http://www.landewahlleiter.bremen.de/sixcms/media.php/13/2011-06-06_lwl_pm_5_Endg%FCltiges%20Ergebnis.pdf (Stand: 05.09.2011).

²⁹ Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz: Pressemitteilung: Endgültiges Ergebnis der Landtagswahl 2011 steht fest, abrufbar unter: <http://www.wahlen.rlp.de/ltw/presse/lwl11017.html> (Stand: 05.09.2011).

³⁰ Landeswahlleitung Baden-Württemberg: Endgültiges Ergebnis der Landtagswahl am 27.03.2011 mit Vergleichsangaben von 2006, abrufbar unter http://www.statistik-bw.de/Wahlen/Landtagswahl_2011/Land.asp (Stand: 05.09.2011).

³¹ Stefan Berg, „Programmdebatte: Linke-Chefin erklärt Kommunismus zum Ziel der Partei“, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,737780,00.html> (Stand: 05.09.2011).

³² „Es macht mir Spaß, Porsche zu fahren“, Interview mit Klaus Ernst, abrufbar unter: <http://www.stern.de/politik/deutschland/klaus-ernst-im-stern-interview-es-macht-mir-spas-porsche-zu-fahren-1642326.html> (Stand: 05.09.2011).

³³ Cordula Eubel/Matthias Meisner, Konflikte in der Linkspartei: Streit bei den Linken eskaliert, abrufbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/streit-bei-den-linken-eskaliert/4071368.html> (Stand: 05.09.2011).

lich um die Frage einer Teilnahme des Bundesvorsitzenden Klaus Ernst am Wahlkampf. Am 2. August griff die Ostseezeitung einen von der Jungen Welt veröffentlichten E-Mail-Verkehr zwischen Klaus Ernst und dem Landesvorsitzenden der Nordost-Linken Steffen Bockhahn auf. Unter dem Titel „Linken-Chef im Wahlkampf unerwünscht“³⁴ wurde behauptet, Ernst sei von Bockhahn im Wahlkampf zu einer unerwünschten Person erklärt worden. Bockhahn reagierte noch am selben Tag und wies dies zurück. Es gäbe zwar „Persönliche Konflikte“, eine Aufforderung sich nicht am Wahlkampf zu beteiligen, sei jedoch nicht erfolgt.³⁵ In der Folge traten alle wichtigen Linken-Politiker, wie Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Gesine Löttsch aber eben auch Klaus Ernst bei Wahlkampfkundgebungen in Mecklenburg-Vorpommern auf.

3.3 Themenwahlkampf

Zentral für Die LINKE war ihr „klassisches“ Thema: der Niedriglohnsektor bzw. der Mindestlohn. Dieser stellt in Mecklenburg-Vorpommern ein besonderes Problem dar, vor allem im wichtigen Tourismussektor. Bei der Wahl 2011 wurde erstmals auch von der Bevölkerung in der Problemwahrnehmung dieses Themenfeld explizit benannt. Das Thema wurde in verschiedenen Varianten mittels Plakaten und Plakatwänden durch Die LINKE aufgegriffen. Zum einen wurde mit kurzen, stichwortartigen Aussagen („MV zahlt Mindestlohn. Mit uns.“) gearbeitet. Auf den Plakatwänden fanden sich dagegen Formulierungen, die mit den Emotionen der Bürger spielten. So wurde „Schön hier. Ohne Niedriglöhne wär's besser.“ getitelt. Die LINKE startete überraschend am 4. Juli in den Wahlkampf. In den Morgenstunden brachte sie ein überdimensionales Plakat auf der Rügenbrücke an.³⁶ Zu lesen war auf dem 200 m² großen Plakat „Ihnen einen schönen Urlaub. Der Kellnerin einen guten Lohn“. Diese, auch überregional wahrgenommene, Aktion führte zu einer Strafzahlung, welche die Bundestagsfraktion übernahm.³⁷ Weiterhin wurden die Kommunal Finanzen und die Bildung thematisiert. Neben den Plakaten wurde ein Werbespot produziert, der allerdings wenig aufwendig und entsprechend wenig attraktiv wirkte. Jenseits der normalen Wahlwerbung im Fernsehen wurde dieser auch in sozialen Netzwerken und auf der Internetseite der Partei publiziert.

3.4 Angriffswahlkampf

In Mecklenburg-Vorpommern wurden traditionell wenige Angriffswahlkämpfe geführt. In der jüngeren Vergangenheit konnte lediglich das Duell zwischen Harald Ringstorff und Eckhard Rehberg im Jahr 2002 in diese Kategorie gezählt werden. Auch im Wahlkampf 2011 wurde weitestgehend auf Angriffe gegen den politischen Gegner verzichtet. Auch mit Blick auf die Nach-

³⁴ „Linken-Chef im Wahlkampf unerwünscht“, abrufbar unter: <http://www.ostsee-zeitung.de/ozdigital/archiv.phtml?param=news&id=3198692> (Stand: 05.09.2011).

³⁵ Die LINKE MV: Pressemitteilung, Landesvorsitzender Steffen Bockhahn, abrufbar unter: <http://www.original-sozial.de/nc/politik/presse/detail/zurueck/presse/artikel/berichterstattung-in-der-oz-ist-unwahr/> (Stand: 05.09.2011).

³⁶ „Riesenstau nach Plakat-Aktion auf Rügenbrücke“, abrufbar unter: <http://www.ostsee-zeitung.de/ozdigital/archiv.phtml?param=news&id=3163165> (Stand: 05.09.2011).

³⁷ „Plakat-Aktion: Linke muss Bußgeld zahlen“, abrufbar unter: <http://www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/linke213.html> (Stand: 05.09.2011).

wahlperspektive waren Angriffe auf die politische Konkurrenz diffizil. Vor dem Hintergrund als möglicher Koalitionspartner gelten zu wollen, konnte Die LINKE kaum einen echten Angriff auf die SPD starten. Zwar versuchte sie, im Rahmen ihres zentralen Themas „Mindestlohn“, die von der Landesregierung propagierten 25.000 geschaffenen Arbeitsplätze dahingehend zu relativieren, dass keine Angaben gemacht wurden, wie viele davon im Niedriglohnsektor entstanden.³⁸ Dass aber die Landesregierung angesprochen wurde und nicht die SPD, zeigte den Wunsch nach Rot-Rot. Auch dass das Wirtschaftsministerium in Händen der CDU war, wies an dieser Stelle die eigentliche Stoßrichtung. Auch mit Verweis auf die Regierungsjahre 1998 bis 2006 wurde Die LINKE nicht müde, die Vorzüge von Rot-Rot herauszustellen. Die noch am deutlichsten wahrnehmbare Bruchlinie mit der CDU offenbarte sich in den Äußerungen beider Parteien zur Mauerdebatte innerhalb der Partei Die LINKE.³⁹ Die Kritik aus der SPD zu dem Thema kam eher von der Bundesebene.⁴⁰ Die Landespartei hielt sich dagegen zurück, um ihrerseits mögliche Koalitionsverhandlungen nicht schon vor der Wahl zu gefährden. Unter den kleinen Parteien hatte Die LINKE ihre Gegner im Lager der Grünen ausgemacht, die FDP wurde auch in den strategischen Überlegungen weitestgehend nicht mehr als ernst zu nehmender politischer Kontrahent gesehen.

4 Wahlergebnis

Das Ergebnis für Die LINKE muss als ernüchternd bezeichnet werden. Zwar gelingt ein relativer Zugewinn von 1,6 Prozentpunkten auf 18,4.⁴¹ Mit Blick auf die absoluten Zahlen jedoch kann ein deutlich negatives Bild ausgemacht werden. Ein Verlust von 11.158 Stimmen setzt den Abwärtstrend der zwei vorangegangenen Landtagswahlen fort, wenn auch leicht gebremst. Insgesamt lässt sich zudem ein leichtes Ost-West-Gefälle ausmachen. Besonders gute Ergebnisse konnte die Partei in den Wahlkreisen Rügen II (24,4 Prozent), Uecker-Randow I (20,7) und Uecker-Randow II (20,8 Prozent)⁴² sowie in Neubrandenburg, Rostock und Schwerin erreichen.⁴³ Rügen II ist für Die LINKE zudem der Wahlkreis mit den höchsten Zugewinnen (4,3 Prozent).⁴⁴ In lediglich zwei Wahlkreisen (Ostvorpommern II und Parchim II) lassen sich Gewinne in absoluten Stimmen feststellen.⁴⁵ Daraus ergibt sich, dass Die LINKE ihr landesweites Plus vor allem auch der deutlich geringeren Wahlbeteiligung zu verdanken hat. Besonders schwach ist sie im Wahlkreis

³⁸ Die LINKE MV: 1. Tagung des 3. Landesparteitages, Rede des Landesvorsitzenden Steffen Bockhahn, abrufbar unter: http://www.originalsozial.de/fileadmin/lv/Dokumente/LPT08_2011/beschluesse/Rede_Bockhahn_LPT_13-8-2011.pdf (Stand: 05.09.2011).

³⁹ CDU MV: Harry Glawe: Linke nicht regierungsfähig, abrufbar unter: [http://www.cdu-mecklenburg-vorpommern.de/aktuellessingle.html?tx_ttnews\[abgerufenam:tt_news\]=1283&cHash=8261acf9ab8c92627e9b492b1b19c7ab](http://www.cdu-mecklenburg-vorpommern.de/aktuellessingle.html?tx_ttnews[abgerufenam:tt_news]=1283&cHash=8261acf9ab8c92627e9b492b1b19c7ab) (Stand 05.09.2011).

⁴⁰ Zweifel an Koalitionsfähigkeit der Linken wachsen, abrufbar unter: http://www.ostsee-zeitung.de/rostock/index_artikel_komplett.phtml?param=news&id=3210782 (Stand: 05.09.2011).

⁴¹ Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern: Statistische Hefte Wahlen 2011: Wahlheft 2/2011, Wahl zum Landtag von Mecklenburg-Vorpommern am 4. September 2011, abrufbar unter: http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/start/_Landeswahlleiter/Landeswahlleiter/landtagswahlen/2011/_LW-2011-Statistische_Produkte/B721V_2011_01.pdf (Stand: 05.09.2011).

⁴² In UER I und UER II verpasste Die LINKE zudem sehr knapp das Direktmandat.

⁴³ Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011 – WahlANALYSE, Schwerin/Berlin 2011, S. 49.

⁴⁴ Ebd., S. 58.

⁴⁵ Ebd., S. 90.

Ludwigslust I mit lediglich 14,4 Prozent der Zweitstimmen.⁴⁶ Allgemein scheint sich bei der Partei Die LINKE ein festes WählerInnenpotenzial von etwa 15 bis 17 Prozent gefunden zu haben. Bei der Mandatsverteilung kann Die LINKE im Vergleich zu 2006 einen Sitz gewinnen und ist in der sechsten Legislaturperiode mit 14 Abgeordneten vertreten. Ihr Direktmandat in Rostock II muss sie dagegen wieder an die SPD abgeben.⁴⁷

Hauptmotiv der WählerInnen der Partei Die LINKE für ihre Entscheidung waren die Inhalte mit 57 Prozent. Erst mit deutlichem Abstand folgten die Parteibindung (19 Prozent) und der Kandidat (18 Prozent).⁴⁸ Mit 58 Prozent war dabei das Thema soziale Gerechtigkeit für die WählerInnen der Partei Die LINKE ausschlaggebend. SPD- und Grünen-WählerInnen entschieden sich deutlich seltener aus diesem Grund für ihre jeweilige Partei (beide 35 Prozent). Hier schwingt mit hoher Wahrscheinlichkeit auch die Sehnsucht nach dem DDR-Sozialsystem des Stammwählerklientel mit. Ein anderes bedeutsames Thema bei der Entscheidung für Die LINKE war der Arbeitsmarkt (34 Prozent).⁴⁹ Die Festlegung auf das Thema Mindestlohn war also durchaus von Erfolg geprägt. Traditionell hat Die LINKE ihren größten Rückhalt bei den älteren WählerInnen. Mit etwa 20 Prozent der über 45-jährigen erreicht sie hier deutlich mehr WählerInnen als in den jüngeren Jahrgängen. Besonders herausstechend sind 24 Prozent bei den Männern, welche 60 Jahre und älter sind.⁵⁰ Mit Blick auf den Bildungsstand der WählerInnen der Linkspartei lässt sich kein signifikanter Unterschied mehr feststellen. Wie die Altersstruktur der WählerInnen der Partei Die LINKE schon vermuten lässt, hat die Partei den höchsten Rückhalt unter den RentnerInnen. 23 Prozent aller RentnerInnen wählten links. Hinzu kommen Arbeitslose und Angestellte mit jeweils 19 Prozent. Ebenfalls nicht unerwartet ist, dass die Zahl der religiös ungebundenen WählerInnen die der katholischen und evangelischen deutlich übersteigt.⁵¹ Neben den WählerInnen der NPD und der Grünen gehören jene der Partei Die LINKE zu den sogenannten „Frühentscheidern“. Bereits 50 Prozent hatten sich bereits längere Zeit vor der Wahl entschieden bzw. gaben an, immer Die LINKE zu wählen. Nur 36 Prozent entschieden sich erst in den letzten Tagen oder am Wahltag selbst.⁵²

Nachdem sie bei den vorangegangenen beiden Landtagswahlen am deutlichsten an die Gruppe der NichtwählerInnen verlor, ist es 2011 zusätzlich auch der Saldo aus ErstwählerInnen und verstorbenen WählerInnen, der sich für die Partei negativ auswirkt.⁵³ Insofern zeigen sich zwei Dinge, die bezüglich der Strategie festzuhalten sind. Erstens gelingt es der Linkspartei nicht ErstwählerInnen anzulocken. Zwar sind die negativen, absoluten Salden aus ErstwählerInnen und Verstorbenen von SPD und CDU deutlich höher, gleichzeitig haben beide aber auch deutlich mehr ErstwählerInnen überzeugen können. Selbst Bündnis 90/Die Grünen und die Sonstigen haben mit deutlich geringeren absoluten WählerInnenzahlen ähnlich hohe Erstwählerergebnisse erzielt. Zweitens ist die Zahl der zu den NichtwählerInnen Abgewanderten auf ein Drittel der Zahl von 2006 gesunken. Sie bilden aber weiterhin die größte Gruppe, die der Partei den Rücken kehrt. Zudem hat auch der Spitzenkandidat nicht für ein besseres Ergebnis

⁴⁶ Ebd., S. 49.

⁴⁷ Ebd., S. 81.

⁴⁸ Ebd., S. 16.

⁴⁹ Ebd., S. 18.

⁵⁰ Ebd., S. 13.

⁵¹ Ebd., S. 15.

⁵² Ebd., S. 19.

⁵³ Ebd., S. 6ff.

sorgen können. Dies liegt vor allem an seinem geringen Bekanntheitsgrad. So kannten im April 2011 nicht einmal zwei von drei Befragten Helmut Holter und nur etwa ein Drittel war mit seiner Arbeit zufrieden.⁵⁴ Während er seine Bekanntheit zwar bis zur Wahl (72 Prozent) noch steigern konnte, wurde seine Arbeit zunehmend kritisch bewertet. Bis zum August 2011 sank die Zufriedenheit um fünf Prozent während weitere vier Prozent seine politische Arbeit negativ beurteilten.⁵⁵ Dies dürfte nicht zuletzt daran gelegen haben, dass in der Mauer-Diskussion vor allem der Landesvorsitzende Steffen Bockhahn Stellung für die Parteispitze bezog. Auch bei der Abwehr der Angriffe auf seine Person aus den eigenen Reihen blieb Holter bemerkenswert zurückhaltend.

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Wahlstrategie teilweise aufgegangen ist. Es ist erstmals nach 1998 wieder gelungen, WählerInnengruppen jenseits des Stammwählerpotenzials, welches die Partei 2002 und 2006 abgerufen hatte, zu erreichen. Auch wenn die Partei in absoluten Zahlen verloren hat, so ist sie an dieser Stelle auf dem richtigen Weg. Mit Zahlen kann zwar die Schadenswirkung von Marianne Linke, Arnold Schönenburg und des Vorgehens der AKL nicht in Gänze belegt werden, aber in den Umfragen endete nach dem Rostocker Eklat der Aufstieg der Partei Die LINKE und die Prognosewerte verschlechterten sich. Mit Blick auf das schlechte Abschneiden der CDU hätten nur wenige Prozentpunkte mehr dazu ausgereicht, zweitstärkste Kraft im Land zu werden.⁵⁶ Somit ist es dem real-politischen Flügel zu gleichen Teilen gelungen, die Rechtfertigung für das eigene Vorgehen von den WählerInnen zu erhalten sowie das Ausbleiben eines stärkeren Erfolgs bei der AKL zu verorten.

Gleichzeitig hat sich bestätigt, dass Die LINKE trotz Modernisierungskurses auf ihr Stammwählerpotenzial zählen kann. Dies ist ein wichtiger Anhaltspunkt für die weitere strategische Ausrichtung der Partei und ein positives Signal für den Erneuerungskurs unter Bockhahn und Holter.

5 Perspektiven der Partei nach den Wahlen

Relativ schnell war klar, dass Die LINKE abermals auf den Oppositionsbänken Platz nehmen müssen. Vermutlich ist dies auf lange Sicht der bessere Weg für den Landesverband, denn die nächste Legislaturperiode wird die Weichen für die Zukunft der Partei Die LINKE im Nordosten stellen. Die Partei muss im Land die gleiche thematische Öffnung für junge WählerInnenschichten vollziehen, mit der ihr zwischen 1990 und 1998 ihr kometenhafter Aufstieg gelang⁵⁷ und sich der Weg für Rot-Rot ebnete. Gleichzeitig muss die Partei die inzwischen gealterten WählerInnen der Jahre 1994 und 1998 wieder zurückgewinnen, die man aufgrund strategischer Fehler und interner Querelen mit der AKL und ihrer Vorgängerstrukturen 2002 und 2006 ver-

⁵⁴ Infratest dimap (Hrsg.): Mecklenburg-VorpommernTREND April 2011, abrufbar unter: <http://www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/umfrage389.pdf> (Stand: 05.09.2011).

⁵⁵ Infratest dimap (Hrsg.): Mecklenburg-VorpommernTREND August II 2011, abrufbar unter: <http://www.infra-test-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/mecklenburg-vorpommern/laendertrend/2011/august-ii/> (Stand: 05.09.2011).

⁵⁶ In Umfragen um den 13.08.2011 wurden für Die LINKE bis zu 20 Prozent der Zweitstimmen prognostiziert. Den Umfragen liegt eine Fehlertoleranz von rund drei Prozent zugrunde. Es wären also bis zu 23 Prozent der Zweitstimmen bei diesem Umfragestand möglich gewesen. Nach dem Landesparteitag sank die LINKE in Umfragen wieder auf ca. 18 Prozent der Zweitstimmen.

⁵⁷ Die Partei gewann 1998 im Vergleich mit 1990 8,7 Prozentpunkte hinzu.

nachlässigte. In den Wahlprogrammen 2002 und 2006 fanden sich diese WählerInnengruppen nicht wieder.⁵⁸ Im Vorfeld der Wahl 2011 war man hier in der Programmfindung, auch aufgrund des Drucks des Stammwählerklientels und der AKL, noch deutlich zu defensiv und nicht progressiv genug. Die Ergebnisse zeigen jedoch, dass auch nach allen Vorstößen des real-politischen Flügels wie mit der Kreisgebietsreform, der Stasi-Debatte und dem Parteitag am Tag des Mauerbaus, die Stammwählerklientel geschlossen hinter der Partei steht. Auf diese Gruppe muss der Pragmatiker-Flügel also am wenigsten Rücksicht nehmen und kann den Modernisierungskurs konsequent fortsetzen. Sollten diese Schritte stringent vollzogen werden und es dem real-politischen Flügel weiter gelingen den Einfluss der AKL zu marginalisieren, so sind Ergebnisse um die 25 Prozent realistisch. Damit würde der Landesverband auch im üblichen Schnitt der vier übrigen östlichen Landesverbände liegen.

Dass es die Pragmatiker in der Partei diesmal ernst meinen und keine Rücksicht in ihrem Kurs nehmen, zeigt auch die Tatsache, dass zwischenzeitlich ein Parteiausschlussverfahren gegen Marianne Linke lief. Auch wenn es inzwischen, unter nicht gänzlich geklärten Umständen, zurückgezogen wurde, ist es dennoch ein deutlicher Hinweis auf die aktuelle Stimmung und die Machtverhältnisse. Das Verfahren hat Marianne Linke, zusätzlich zu ihrem eigenen Verhalten, erheblich geschadet. Linke hatte nach Bekanntwerden des Vorganges der Partei „stalinistische Methoden“ vorgeworfen und offensichtlich auf die Antragstellerin massiven Druck ausgeübt. Diese hatte daraufhin, aus Angst um ihre berufliche Existenz, den Antrag zurückgezogen. Auch dieser Vorgang ist eine neue Eskalationsstufe.⁵⁹ Der Sonderparteitag am 24. September hatte bereits die derzeitige Stärke der Pragmatiker bewiesen. Als „Revanche“ für das Parteiausschlussverfahren von Marianne Linke, für das die AKL Steffen Bockhahn die Schuld gibt, stellten Mitglieder der AKL einen Abwahlantrag gegen Steffen Bockhahn. Der Landesvorsitzende reagierte auf diesen Antrag mit der Vertrauensfrage, die er mit deutlicher Mehrheit (82 Prozent) bestand.⁶⁰ Der Machtkampf ging jedoch auch nach dem Sonderparteitag und dem Rückzug des Ausschlussantrages weiter. Nach der erfolgten Kreisgebietsreform will auch Die LINKE ihre Kreisverbände (KV) an die neuen Strukturen anpassen. Sie plant daher die Fusion der alten Kreisverbände innerhalb der neuen Kreise zu einem neuen großen Kreisverband. Auch hier spielt Marianne Linke wieder eine Rolle, diesmal in ihrer Funktion als Vorsitzende des KV Stralsund. Im neuen Großkreis Vorpommern-Rügen sollen die KV Nordvorpommern, Rügen und Stralsund fusionieren. Nordvorpommern und Rügen haben sich in der Frage bereits geeinigt und gilt als sehr wahrscheinlich, dass Rügens ehemalige Landrätin Kerstin Kassner neue KV-Vorsitzende werden wird. Der KV Stralsund, gemeinhin als Hochburg der AKL bekannt, weigert sich jedoch der Fusion zuzustimmen. Dieser Schritt würde dabei einem innerparteilichen Machtverlust sowohl für die AKL wie auch Marianne Linke gleichkommen. Die Verhandlungen liegen derzeit auf Eis. Laut Satzung der Partei Die LINKE könnte jedoch der Landesvorstand mit einem Beschluss die Fusion von Amtswegen erzwingen. Auch hier ist eine neuerliche Konfrontation mehr als wahrscheinlich.⁶¹

⁵⁸ Scheele, PDS/Linke, S. 180.

⁵⁹ „Kein Parteiausschluss gegen Marianne Linke“, 12.10.2011, abrufbar unter: http://www.ostsee-zeitung.de/nachrichten/mv/index_artikel_komplett.phtml?SID=582368a1ba3bf881c90cdc55cae74f7c¶m=news&id=3260646 (Stand: 16.10.2011).

⁶⁰ „Parteitag: Bockhahn bleibt Linke-Vorsitzender“, abrufbar unter: http://www.ostsee-zeitung.de/rostock/index_artikel_komplett.phtml?param=news&id=3246751 (Stand: 08.10.2011).

⁶¹ Velten Schäfer, „Zur Not auch ohne Hansestadt“, in: ND, 01.11.2011.

Im weiteren Verlauf wird die programmatische Neuausrichtung, die mit dem neuen Bundesprogramm, der Neuwahl der Bundesvorsitzenden und dem neuen Landeswahlprogramm zusätzlichen An Schub findet, entscheidend sein für den weiteren Weg in MV. Derzeit ist der Landesverband auf einem guten Weg, denn „Veränderung beginnt mit Opposition“.

Jetzt oder nie! – Bündnis 90/Die Grünen

Michael Koch/André Olbrich

1 Einleitung

Im Frühjahr 2011 hatten die Bündnisgrünen ganz Deutschland erobert – ganz Deutschland? Nein, und das kleine gallische Dorf, das bis dato noch Widerstand leistete, hieß in diesem Fall Mecklenburg-Vorpommern. Für die Grünen galt, mit Wahlergebnissen um die drei Prozent, im Nordosten bisher „kein Land(tag) in Sicht“¹. 2011 musste es allerdings heißen „Wenn nicht jetzt, wann dann?“², denn noch nie war die Partei bundespolitisch so stark und einem Einzug in das Schweriner Schloss so nah. Sie sind die unangefochtenen Gewinner der Landtagswahlen im „Superwahljahr 2011“, haben überall zulegen können und stellen seit Mai 2011 in Baden-Württemberg mit Winfried Kretschmann sogar den ersten grünen Ministerpräsidenten. Dennoch war es in Mecklenburg-Vorpommern, im Gegensatz zu den meisten westdeutschen Bundesländern, seit jeher die Mitglieder- und Strukturschwäche der Partei, die einen erfolgreichen Wahlkampf und damit den Einzug ins Parlament verhinderte. Tatsächlich war es den Grünen noch nie gelungen, eine Landtagsfraktion in Mecklenburg Vorpommern zu stellen. Doch waren die Vorzeichen noch nie so günstig wie dieses Jahr.

2 Die Partei in der fünften Legislaturperiode 2006-2011

Der Ausgang der Landtagswahlen im Jahr 2006 war für die Grünen alles andere als befriedigend. Mit 3,4 Prozent² waren sie klar hinter den eigenen Erwartungen zurückgeblieben und hatten den Sprung in den Landtag deutlich verpasst. Tatsächlich gelang es nur in vier von 36 Wahlkreisen die Fünf-Prozent-Hürde zu übertreffen (Greifswald, Rostock III und IV sowie Schwerin I).³ Nach der Landtagswahl von 2006 konnten die Grünen jedoch auf steigende Wahlergebnisse verweisen. Sowohl bei der Europawahl⁴ als auch bei der Bundestagswahl⁵ im Jahr 2009 erzielte die Partei in Mecklenburg-Vorpommern mit 5,5 Prozent der Stimmen einen Wert, der den Einzug in den Landtag bei den kommenden Landtagswahlen möglich erscheinen ließ.

Die Mitgliederentwicklung war ein weiterer positiver Indikator, sind doch die Grünen, neben der rechtsextremen NPD, die einzige Partei in Mecklenburg-Vorpommern, die in den letzten beiden Le-

¹ Johannes Saalfeld/Britta Saß/Steffen Schoon, *Kein Land(tag) in Sicht?*, München 2007.

² Vgl. Wahl zum Landtag von Mecklenburg-Vorpommern am 17. September 2006 – Endgültiges Ergebnis, abrufbar unter: http://service.mvnet.de/cgi-bin/wahlen/2006_land/wahl2006_anz.pl?Endguelte_Ergebnisse_2006xxxL_WK99.htm (Stand: 11.07.2011).

³ Vgl. Ergebnisse der Landtagswahl 2006 auf Wahlkreisebene, abrufbar unter: http://service.mvnet.de/wahlen/2006_land/htm/L_Wahlkreise.csv (Stand: 11.07.2011).

⁴ Vgl. Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland in Mecklenburg-Vorpommern am 7. Juni 2009, abrufbar unter: http://service.mvnet.de/cgi-bin/wahlen/2009_kom_bund_euro/wahl2009_anz.pl?E_Proz_1.htm (Stand: 11.07.2011).

⁵ Vgl. Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland in Mecklenburg-Vorpommern am 27. September 2009, abrufbar unter: http://service.mvnet.de/cgi-bin/wahlen/2009_kom_bund_euro/wahl2009_anz_bund.pl?B_Proz.htm (Stand: 11.07.2011).

gislaturperioden auf steigende Mitgliederzahlen verweisen konnte. So zählte die Partei, die im Jahr 2008 noch 307 Mitglieder⁶ hatte, im März 2011 bereits 444 Mitglieder⁷ und zur Landtagswahl mehr als 550⁸. Allerdings bleibt der Landesverband in Mecklenburg-Vorpommern damit einer der kleinsten im gesamten Bundesgebiet. Im Land selbst ist die strukturelle Verteilung der Mitglieder keineswegs gleichmäßig, sondern auf die großen Städte konzentriert, denen gegenüber die ländlichen Kreise deutlich abfallen. So beherbergt allein der Kreisverband Rostock mehr als ein Viertel aller Mitglieder, wogegen sich in Uecker-Randow oder auf Usedom kaum selbstständige Strukturen aufrechterhalten lassen. Diese stark asymmetrische Mitgliederverteilung ist nicht zuletzt das Produkt der urbanen Stärke und des damit verbundenen WählerInnen- und Mitgliederprofils der Grünen und deckt sich somit vielfach mit den Wahlergebnissen. Diejenigen, die ihre Stimme den Grünen geben, sind meistens gut ausgebildet oder noch in der Ausbildung, zwischen 18 und 44 Jahren alt und leben in Städten mit über 25.000 Einwohnern.⁹

Die strukturelle Schwäche der Grünen im Nordosten ist in Teilen auch für ihre geringe Wahrnehmung in Mecklenburg-Vorpommern, besonders abseits der großen Städte, verantwortlich. Wortmeldungen der Landespartei sind eher Randnotizen in den lokalen Zeitungen und kaum eine Veranstaltung der Grünen findet ihren Weg in die Fläche. Es gelingt ihnen somit nur geringfügig, mit ihren Themen eine breite Aufmerksamkeit zu erreichen.

Im Wahljahr 2011 haben die Bündnisgrünen in allen Bundesländern deutlich zulegen können. Insbesondere seit März 2011 verspürte die Partei einen deutlichen Rückenwind, da die Atomkatastrophe in Fukushima der Diskussion um die Atomenergie neue Vitalität verlieh. Nur den Grünen gelang es in der Folgezeit erfolgreich das Vertrauen der BürgerInnen zu gewinnen, da sie durch ihre jahrzehntelange Gegnerschaft zur Kernenergie die entsprechende Glaubwürdigkeit besaßen. Abzulesen war dieser Befund auch in den bundesweiten Sonntagsumfragen, in denen sie die einzige Partei waren, die ihr Ergebnis in den Monaten nach dem Unglück in Japan verbessern konnte.¹⁰ In der Folge gelang in Sachsen-Anhalt¹¹ der Einzug in den Landtag und auch in Baden-Württemberg¹² und Rheinland-Pfalz¹³ wurde das Ergebnis im Vergleich zu den letzten Wahlen mehr als verdoppelt. In den beiden Letztgenannten mit der Konsequenz der Regierungsführung beziehungsweise -beteiligung.

⁶ Vgl. Mitgliederzahlen nach Bundesländern – In absoluten Zahlen 2008, abrufbar unter: http://www.bpb.de/themen/UQHZ93,0,0,Mitgliederverteilung_nach_Bundesl%EF4ndern.html (Stand: 10.07.2011).

⁷ Vgl. NDR, Parteien im Nordosten verlieren Mitglieder, 21.03.2011, abrufbar unter: <http://www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/parteien109.html> (Stand: 10.07.2011).

⁸ Vgl. „Es ist erst rum, wenn es rum ist“, in: OZ, 11.08.2011.

⁹ Vgl. Steffen Schoon, Wählerverhalten und Strukturmuster des Parteienwettbewerbs in Mecklenburg-Vorpommern nach der Landtagswahl 2006, in: Steffen Schoon/Nikolaus Werz (Hrsg.): Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006, Rostock 2006, S. 9-20.

¹⁰ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Sonntagsfrage (bundesweit), abrufbar unter <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage/> (Stand: 11.07.2011).

¹¹ Vgl. Matthias Cantow/Martin Fehnrich/Wilko Zicht, Landtagswahl am 20. März 2011 in Sachsen-Anhalt, abrufbar unter: <http://www.wahlrecht.de/news/2011/landtagswahl-sachsen-anhalt-2011.htm> (Stand: 10.07.2011).

¹² Vgl. Dies., Landtagswahl am 27. März 2011 in Baden-Württemberg, abrufbar unter: <http://www.wahlrecht.de/news/2011/landtagswahl-baden-wuerttemberg-2011.htm> (Stand: 10.07.2011).

¹³ Vgl. Dies., Landtagswahl am 27. März 2011 in Rheinland-Pfalz, abrufbar unter: <http://www.wahlrecht.de/news/2011/landtagswahl-rheinland-pfalz-2011.htm> (Stand: 10.07.2011).

Auch die im Jahr 2011 in Mecklenburg-Vorpommern durchgeführten Umfragen ließen die Grünen berechtigterweise auf einen Einzug in den Landtag hoffen. Eine Umfrage vom 3. März sah die Grünen bei sechs Prozent.¹⁴ Ein Ergebnis, das sich in späteren Umfragen nicht nur bestätigte, sondern sogar auf zehn (13. April) beziehungsweise acht Prozent (29. Juni) steigerte und sich dann dort einpendelte.¹⁵ Der Umstand, dass die Grünen in allen Vorwahlumfragen über fünf Prozent lagen, kann sich positiv auf das tatsächliche Wahlergebnis der Grünen auswirken. Ein sicher scheinender Einzug in den Landtag mobilisiert auch die WählerInnen, die der Partei zuvor nicht die Stimme gegeben hätten, wenn die Gefahr bestanden hätte, dass die Grünen nicht ins Parlament einziehen und ihre Stimme somit „verloren“ wäre. Allerdings konnten die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern nicht so stark vom guten Bundestrend profitieren. Einerseits mag dies daran gelegen haben, dass es im Nordosten keine Atomkraftwerke und vom Zwischenlager Lubmin abgesehen auch keine anderen starken Reibungspunkte gab, die im Wahlkampf eine Rolle spielen konnten. Andererseits und vor allem aber war es den anderen Parteien, insbesondere der SPD, gelungen, bereits im Vorfeld Kernthemen der Grünen erfolgreich zu besetzen und sich über diese originär grüne Politik zu profilieren. Ebenfalls nur in geringem Maße gelang es ihnen mit landesspezifischen Themen WählerInnen zu akquirieren, was nicht zuletzt der mangelnden Wahrnehmung der Partei im Land geschuldet war.

Werden die BürgerInnen in Mecklenburg-Vorpommern gefragt, welche Partei in einem bestimmten Problemfeld am kompetentesten ist, so können die Grünen lediglich in den Bereichen der guten Umweltpolitik und der verlässlichen und bezahlbaren Energie signifikant hervortreten (46 bzw. 18 Prozent der Befragten sehen sie hier vorn). In den Bereichen Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Bildung halten allerdings nur zwei Prozent der BürgerInnen die Grünen für die kompetenteste Partei. Zum gleichen Ergebnis gelangt man, wenn nach ihrer Fähigkeit, die wichtigsten Probleme Mecklenburg-Vorpommerns zu lösen, gefragt wird.¹⁶ In ihrem Wahlprogramm versuchen die Grünen jedoch diese zentralen Themen nicht nur zu besetzen, sondern auch zu interpretieren und auf diese Weise ihre Stärken und Schwächen zu verbinden. Dadurch werden z.B. „Wirtschaft und Umwelt“ zusammengeführt und als untrennbare Einheit verstanden. Mit diesem Punkt beginnen die Grünen ihr Landtagswahlprogramm. Durch den „Green New Deal“, der die Einheit von Ökologie und Ökonomie sowie die Schaffung von 26.000 neuen Arbeitsplätzen vorsieht, versuchen sie gezielt ihre Umwelt-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktkompetenz unter Beweis zu stellen und zu verbinden.¹⁷ Im Bereich der Bildungspolitik wird von den Grünen ein besonderer Schwerpunkt auf die „Schule für alle“ gelegt. Diese soll ein gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse, Inklusion, individuelle Förderung und vielfältige Lernformen miteinander verbinden und durch SozialpädagogInnen unterstützt werden.¹⁸ Die Bündnisgrünen bekennen sich zwar zur Notwendigkeit einer Strukturreform, doch halten sie die von den Regierungsparteien vorgelegte und im

¹⁴ Vgl. „Wahlen: Jeder Zweite will SELLERING“, in: SVZ, 3. März 2011.

¹⁵ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Sonntagsfrage Mecklenburg-Vorpommern, abrufbar unter: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/mecklenburg-vorpommern/sonntagsfrage/> (Stand: 10.07.2011). Die Ergebnisse aller vor den Wahlen durchgeführten Umfragen finden sich im Beitrag von Koschkar in diesem Band.

¹⁶ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTREND, Juni 2011, Berlin 2011, S. 15.

¹⁷ Vgl. Landtagswahlprogramm Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern, S. 6-36, abrufbar unter: http://www.gruene-mv.de/fileadmin/user_upload/wahl11/wahlprogramm_einzelseiten.pdf (Stand: 12.07.2011).

¹⁸ Vgl. ebd. S. 37-62.

Land hoch umstrittene Kreisgebietsreform für verfehlt und stellen dieser das Konzept einer Gemeindegebietsreform entgegen.¹⁹ Auch die Verankerung einer Schuldenbremse wird von den Grünen in dieser Form abgelehnt, da es sich zwar um „die einfachste, aber nicht die nachhaltigste Lösung“²⁰ handle.

3 Wahlkampfstrategie

Das Ziel des Wahlkampfes war für die Grünen eindeutig: Es war Zeit für den Einzug in das Schweriner Schloss. Mit näher rückendem Wahltermin und im Zuge guter Umfragen wurde jedoch vom grünen Spitzenpersonal auch häufiger die Möglichkeit einer Regierungskoalition mit der SPD thematisiert.²¹ Die Aussicht auf eine Regierungsbeteiligung sollte zweifellos zusätzliche WählerInnen mobilisieren und den Eindruck verstärken, die Partei befände sich auf der „Siegerstraße.“ Diese Strategie „zielt darauf ab, Personen, die gerne auf der Seite des Siegers stehen, zu sich herüberzuziehen.“²²

Im Vergleich zur Landtagswahl im Jahr 2006 konnten sich die Grünen diesmal auf größere finanzielle Ressourcen stützen. Insgesamt sind 220.000 Euro in Plakate und Auftritte der Kandidaten geflossen.²³ Im Jahr 2006 waren es nur ca. 175.000 Euro, die für den Wahlkampf aufgewendet wurden.²⁴ Die zusätzlichen Mittel konnten vor allem dank einer stärkeren Unterstützung der Bundespartei investiert werden, die es als wichtiges Signal betrachtete, wenn sie in allen 16 deutschen Landesparlamenten durch eine Fraktion vertreten wäre. Doch nicht nur finanziell konnten die Grünen mit mehr Unterstützung rechnen. Durch den Mitgliederzuwachs im Vergleich zur letzten Landtagswahl konnten auch mehr aktive WahlkämpferInnen gewonnen werden. Zwar ist die Mitgliederzahl immer noch auf einem recht niedrigen Niveau, aber auch diese Steigerung ist von Bedeutung und führte zu einer höheren Präsenz an Infoständen sowie einer größeren Unterstützung beim Plakatieren.

3.1 Personenwahlkampf

Die SpitzenkandidatInnen für die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern wurden im November 2010 auf dem Landesparteitag in Neubrandenburg gewählt. Für Bündnis 90/Die Grünen ist es eine traditionelle Maßnahme auf eine Tandem-Lösung zu vertrauen, bestehend aus einer Spitzenkandidatin und einem Spitzenkandidaten. Die Wahl fiel auf die beiden Landesvorsitzenden Silke Gajek und Jürgen Suhr. Für die Schwerinerin Silke Gajek stimmten 81 Prozent der Delegierten, während Jürgen Suhr aus Stralsund 68,5 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte.²⁵

¹⁹ Vgl. ebd. S. 129-131.

²⁰ Ebd. S. 124.

²¹ Vgl. „Grüne in Mecklenburg-Vorpommern setzen auf Rot-Grün“, in: OZ, 22.08.2011.

²² Harald Schoen: Wahlkampfforschung, in: Jürgen W. Falter/Harald Schoen (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2005, S. 508.

²³ Vgl. „Parteien lassen sich Wahlkampf 3,4 Millionen kosten“, in: OZ, 24.08.2011.

²⁴ Vgl. Johannes Saalfeld/Carsten Socke, Landespolitisches Déjà-vu – Bündnis 90/Die Grünen, in: Steffen Schoon/Nikolaus Werz (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2006, S. 64.

²⁵ Vgl. Grünes Team für Landtagswahl steht, Pressemitteilung von Bündnis 90/Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern, 06.11.2010.

Das Spitzenduo der Grünen litt jedoch unter seinem geringen Bekanntheitsgrad. Bei der letzten Umfrage vor der Landtagswahl antworteten nur 26 Prozent der Befragten, dass sie Silke Gajek kennen würden.²⁶ Es war zwar gelungen die Spitzenkandidatin im Laufe des Wahlkampfes geringfügig bekannter zu machen, da noch im April 2011 nur 16 Prozent der Befragten angaben, die Spitzenkandidatin zu kennen. Aber dennoch war die Bekanntheitssteigerung wohl zu gering, um sich wahlentscheidend auszuwirken.²⁷

Die SpitzenkandidatInnen waren zudem lediglich auf einem einzigen Wahlplakat abgebildet, auf dem sie gemeinsam zu sehen waren. Neben den vielen Themenplakaten, mit denen die Grünen in der Öffentlichkeit um Stimmen warben, spielten diese personalisierten Plakate eine untergeordnete Rolle. Bei den Bündnisgrünen gibt es eine gewisse Tradition einen Wahlkampf ohne Personenplakate und Personalisierung zu führen und sich primär auf Inhalte zu stützen. Demzufolge lag ein Personenwahlkampf nicht in der Absicht der Wahlkampfstrategen und wäre aufgrund der schlechten Ausgangswerte auch wenig vielversprechend gewesen.

Dennoch erhielt der Landesverband in Mecklenburg-Vorpommern diesmal intensive Unterstützung von bekannten Bundespolitikern. Sowohl die Bundes-Parteivorsitzenden der Bündnisgrünen Cem Özdemir und Claudia Roth, als auch der Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Jürgen Trittin, und sein Stellvertreter Fritz Kuhn, besuchten Mecklenburg-Vorpommern teils mehrfach, um den Wahlkampf zu unterstützen. Sogar Winfried Kretschmann stand den Wahlkämpfenden bei einem Auftritt in Schwerin zur Seite.

Die KandidatInnen spielten für die WählerInnen der Grünen letztlich nur eine untergeordnete Rolle. Zwar gaben diesmal 15 Prozent (im Gegensatz zu fünf Prozent im Jahr 2006) der Befragten an, ihre Entscheidung aufgrund der SpitzenkandidatInnen getroffen zu haben. Für die meisten WählerInnen waren jedoch die vertretenen Positionen der ausschlaggebende Punkt das Kreuz bei den Grünen zu setzen. Dies gaben 70 Prozent der Befragten an.²⁸

3.2 Themenwahlkampf

Das Wahlprogramm der Grünen in Mecklenburg-Vorpommern wurde auf der Landesdelegiertenkonferenz vom 2. bis 3. April 2011 beschlossen. Es war mit 38.000 Wörtern das mit Abstand längste Programm im Vergleich mit den Wahlprogrammen, der bereits im Landtag vertretenen Parteien. Schwerpunkte lagen vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt, Bildung und soziale Gerechtigkeit. Diese waren für den Wahlkampf von zentraler Bedeutung, wobei Wirtschaft und Umwelt von den Grünen fast immer zusammengedacht werden, so beispielsweise mit der Fokussierung auf Erneuerbare Energien und den Verweis auf die Chancen, die sich dadurch für den Arbeitsmarkt ergeben.

Die Themen fanden sich auch auf den Wahlplakaten wieder. Bündnis 90/Die Grünen konnten bei dieser Landtagswahl auch deutlich mehr Wahlplakate aufhängen, als dies noch 2006 der Fall

²⁶ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTREND, August III 2011, Berlin 2011, S. 12.

²⁷ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTREND, April 2011, Berlin 2011, S. 8.

²⁸ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011 – WahlANALYSE, Schwerin/Berlin 2011, S. 16.

war (5.000 im Jahr 2006 gegenüber 15.000 im Jahr 2011). Die Grünen setzten vor allem auf eine Kombination von Schlagwörtern, die meistens nur im Zusammenhang mit den auf den Plakaten befindlichen Bildern und nicht einzeln für sich funktionierten. So stand auf einem Plakat, das sich gegen das Zwischenlager in Lubmin richtete lediglich: „Tick Tack Tick Tack Tick Tack“ in Verbindung mit dem Bild eines Atomfassens. Ähnlich galt dies für „Jobmaschine!“ in Verbindung mit einer Windkraftanlage, um zu symbolisieren, dass vor allem im Bereich der Erneuerbaren Energien eine Vielzahl an Arbeitsplätzen geschaffen werden könnte (laut Programm: 26.000). Andere Plakate waren dagegen von eher humoristischem Charakter. In den ländlichen Regionen wurde beispielsweise bevorzugt das Plakat mit der Aufschrift „Hokus Pokus Omnibus!“ an den Straßenrändern angebracht. Darauf war eine ältere Dame mit Kind zu erkennen, die beide eine leere Straße zu einer weit entfernten Ortschaft wanderten. Damit sollte auf die schlechte Lage im öffentlichen Verkehr in ländlichen Gebieten aufmerksam gemacht werden. Darüber hinaus bedienten Bündnis 90/Die Grünen auch die Klientel der Tierschützer, indem sie plakatierten: „Das Schwein ist uns nicht Wurst“. Auf Personenplakate wurde, wie angesprochen, fast völlig verzichtet, was die Themenlastigkeit des Wahlkampfes unterstreicht. Sämtliche Plakate waren darüber hinaus auf eine Zweitstimmen-Kampagne ausgerichtet. Am unteren Rand eines jeden Plakates stand „Es ist Zeit! Zweitstimme Grün!“.

Typische Schlagwörter, die von SpitzenkandidatInnen und in den Wahlbroschüren immer wieder verwendet wurden, waren „Qualitätsoffensive in der Bildung“, „Energiewende“, „Atomklo Lubmin? Nein Danke.“

Als traditionelles Thema der Grünen kam der Atomenergie wieder eine angemessene Bedeutung zu. Hierbei ging es natürlich in erster Linie um das Zwischenlager in Lubmin. Die Befürchtung, Lubmin könne irgendwann ein Zwischenlager mit Endlagercharakter werden, wurde immer wieder propagiert. Lubmin könnte „zum radioaktiven Müllablageplatz für ganz Deutschland gemacht werden“ so zum Beispiel eine Aussage Jürgen Suhrs.²⁹ Die Grünen kündigten im Wahlkampf massiven Widerstand gegen eine mögliche Ausweitung des Zwischenlagers in Lubmin an. Ein Thema, das in Zeiten der Reaktor-Katastrophe von Fukushima und der breiten Ablehnung von Atomkraft in der Gesellschaft seine Wirkung nicht verfehlte. Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern hatten diese Position schon vor dem Unglück in Japan und der erneuten Atomwende der Bundesregierung, konsequent vertreten und konnten es daher im Wahlkampf glaubwürdig in den Vordergrund stellen.

In der Bildungspolitik forderten die Grünen ein längeres gemeinsames Lernen, kritisierten die früheren Reformen der letzten Landesregierungen und machten die Abschaffung der Kopfnoten zu einem für die Partei zentralen Thema. Vor allem letzteres war eine von mehreren Initiativen, die im Falle eines Einzugs in den Landtag schnell angegangen werden sollten.

²⁹ Lubmin wird nicht der Müllablageplatz für ganz Deutschland!, Pressemitteilung von Bündnis 90/Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern, 04.06.2011.

3.3 Angriffswahlkampf

Als Partei, die bisher nicht im Landtag vertreten war, mussten Bündnis 90/Die Grünen den Versuch unternehmen, die Problemlösungskompetenz der bisherigen Landtagsfraktionen als nicht ausreichend darzustellen. Die Grünen richteten ihre Angriffe dabei vor allem gegen die Regierungsparteien. Die Bilanz der Großen Koalition wurde immer wieder mit negativen Stichworten belegt, die beispielsweise auf die hohe Schulabbrecherquote oder Kürzungen im Hochschulbereich verwiesen. Auch die Reform des Kindertagesförderungsgesetzes aus dem Jahr 2010 sei unzureichend und die Regierungsparteien würden sich zu Unrecht rühmen die Situation der Kitas verbessert zu haben.³⁰

Angriffe auf die Regierungsparteien gab es vor allem Online. Auf der Internetseite des Landesverbandes der Grünen wurden immer wieder verschiedene kreative Aktionen gestartet, um den politischen Gegner zu „verhöhnen“. Beispielhaft dafür war die Aktion „Wer wird Schnippelkönig/in?“³¹

Bei der Partei Die LINKE boten sich für die Grünen einige Angriffsflächen. In der Linkspartei gab es im Laufe des Wahlkampfes Streitigkeiten um die DDR-Geschichte, als einige Parteimitglieder sich einem Gedenken an die Maueropfer verweigerten. Dies nahm Silke Gajek zum Anlass Die LINKE als „eine bei zentralen Fragen zerstrittene Partei“³² zu bezeichnen. Der Umgang mit der DDR-Geschichte wurde stark kritisiert. Die LINKE sei darüber hinaus zu einer klaren Positionierung in der Mauerfrage „derzeit offenbar nicht in der Lage“ und versuche sich, über den Wahltag hinaus um eine Klärung zu drücken.³³

Eine Besonderheit stellte die Nachwahl auf Rügen dar, bei der es eine bewusste Polarisierung zwischen den Grünen und der NPD gab. Die Grünen warben mit dem Slogan „Grün statt Braun“ und erhofften sich ein zusätzliches Mandat auf Kosten der NPD sichern zu können. Die Linkspartei und die FREIEN WÄHLER starteten einen Wahlauf Ruf zugunsten der Grünen, da beide Parteien auf Rügen nichts mehr gewinnen oder verlieren konnten. Auf Flyern und an den Infoständen auf Rügen wurden die potenziellen WählerInnen stets über die Wahlsituation informiert. Ihnen wurde suggeriert, dass nur die Stimmabgabe für die Grünen der NPD noch ein Mandat entziehen könnte. Dieser Versuch scheiterte zum Teil. Die Grünen konnten zwar ein zusätzliches Mandat erobern, allerdings auf Kosten der SPD und nicht der NPD, denn dass der Zweikampf in Wahrheit ein Dreikampf war, drang bei den WählerInnen nicht entschieden genug durch.³⁴

³⁰ Vgl. Grüne fordern bessere Kinderbetreuung, Pressemitteilung von Bündnis 90/Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern, 05.08.2011.

³¹ Auf der Internetseite wurde angeprangert, dass Selling und Caffier mehr durch die Anwesenheit bei Eröffnungsfeiern (das Durchschneiden von Bändern) und Überreichen von Förderschecks im Wahlkampf auffällig wären, als durch konkrete Inhalte und Konzepte. Es gab ein Ranking, in welchem diese Auftritte gezählt wurden. Am Ende konnte Erwin Selling den „Sieg“ davontragen.

³² Silke Gajek, Linke muss sich klar vom Mauerbau distanzieren, Pressemitteilung von Bündnis 90/Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern, 28.07.2011.

³³ Linke muss sich vor den Wahlen klar positionieren, Pressemitteilung von Bündnis 90/Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern, 14.08.2011.

³⁴ Um die zwei Mandate, deren Verteilung sich durch die Nachwahl auf Rügen noch verschieben konnte, konkurrierten die SPD, NPD und die Grünen. Ein Zweikampf zwischen NPD und Grünen wäre nur möglich gewesen, wenn

3.4 Besonderheiten bei den Wahlkampfmitteln

Die Grünen setzten im Wahlkampf stark auf das Kommunikationsmedium Internet. Die Partei zeigte eine rege Aktivität auf den eigenen Internetseiten und nutzte soziale Netzwerke wie Facebook. Ob dem Online-Wahlkampf eine wahlentscheidende Bedeutung beigemessen werden kann, ist jedoch eher zweifelhaft. Gleichwohl bedient die Aktivität im Internet insbesondere die jüngere internetraffine Wählerklientel der Grünen.

Hervorzuheben ist die Aktion „Drei Tage wach“. Hierbei startete die Partei einen durchgängigen Live-Stream auf ihrer Internetseite. Alle interessierten InternetnutzerInnen hatten hier die Möglichkeit kurz vor der Wahl Fragen zu stellen, die dann umgehend beantwortet wurden. Darüber hinaus gab es diverse Interviews mit den SpitzenkandidatInnen und bekannten BundespolitikerInnen wie Cem Özdemir oder Claudia Roth. Die Aktion diente vor allem dazu, kurz vor der Wahl noch unentschlossene WählerInnen für die Grünen zu begeistern, was in Anbetracht der Tatsache, dass sich 42 Prozent aller WählerInnen in Mecklenburg-Vorpommern erst wenige Tage vor der Wahl oder gar erst am Wahltag selbst für eine Partei entscheiden, nicht zu vernachlässigen ist.³⁵

4 Wahlergebnis

Die Grünen haben ihr Wahlziel erreicht und sind zum ersten Mal mit einer Fraktion im Schweriner Landtag vertreten. Überaus deutlich überschritten sie die Fünf-Prozent-Hürde und landeten bei einem beachtlichen Ergebnis von 8,7 Prozent. Mit diesem Erfolg, der ihr bestes Wahlergebnis in einem ostdeutschen Flächenland darstellt, werden sie künftig mit sieben Abgeordneten die viertstärkste Fraktion im Parlament stellen.³⁶

Ihrem Wählermilieu entsprechend sind die Grünen eine Partei, die besonders in den Städten ihre Klientel findet. So auch in Mecklenburg-Vorpommern, wo sie vor allem in den beiden Universitätsstädten Rostock und Greifswald mit 14,3 beziehungsweise 15,8 Prozent der Zweitstimmen weit überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen konnte. Aber auch in den Wahlkreisen Schwerin I und Stralsund II gelang den Grünen der Sprung über die Zehn-Prozent-Marke. Im Vergleich zu 2006 sind auch die „Speckgürtel“ der größeren Städte „grüner“ geworden. Im ländlichen Raum taten sich die Grünen wesentlich schwerer, auch wenn es ihnen nur in den beiden Wahlkreisen in Uecker-Randow sowie in Demmin II nicht gelang die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden.³⁷

Ihr stärkstes Ergebnis erreichten Bündnis 90/Die Grünen im Wahlkreis Rügen I, wo sie mit 24,8 Prozent der Zweitstimmen die stärkste Kraft wurden. Dies war der Polarisierung im Vorfeld der

die SPD ein ähnliches Ergebnis wie im Landesdurchschnitt erhalten hätte. Das war allerdings aufgrund der Schwäche der SPD in Vorpommern nicht zu erwarten, sodass sie selbst jede Stimme benötigte um nicht am Ende ein Mandat im Landtag zu verlieren.

³⁵ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011 – WahlANALYSE, Schwerin/Berlin 2011, S. 19.

³⁶ Vgl. Wahl zum Landtag von Mecklenburg-Vorpommern am 4. September 2011, abrufbar unter: http://service.mvnet.de/cgi-bin/wahlen/2011_kom_land/wahl2011_anz.pl?L_Proz_Zweit.htm (Stand: 25.09.2011).

³⁷ Vgl. ebd.

Nachwahl auf Rügen geschuldet, in der es vor allem darum ging, der NPD noch ein Mandat abzuziehen.³⁸

Bei der Wählerwanderung zeigt sich, dass die Grünen über das gesamte Parteienspektrum hinweg WählerInnen dazu gewinnen konnten, insgesamt 22.000. Die meisten kamen dabei von der SPD (11.000), aber auch von der CDU (6.000) und der FDP (5.000) konnten erhebliche Wählerzahlen abgeworben werden. Die starken Zugewinne von der SPD sprechen in diesem Zusammenhang für eine Lagerwahl, da die Wählerinnen und Wähler durch eine gezielte Stärkung der kleineren Partei ihre Wunschkoalition ermöglichen wollten. Zudem gelang es den Grünen als einzige Partei mehr vormalige NichtwählerInnen für sich einzunehmen, als WählerInnen an diese Gruppe zu verlieren. Bei den ErstwählerInnen war die Partei ebenfalls die erfolgreichste. Insgesamt sind die Grünen die einzige Partei, der es gelang, ihr Ergebnis von 2006 in absoluten Zahlen zu verbessern.³⁹

Dementsprechend konnten sie bei allen Wählergruppen deutlich zulegen, am stärksten jedoch bei den 18 bis 44-jährigen. Hier liegt ihr Anteil deutlich über zehn Prozent, wobei er bei den Frauen signifikant höher ist als bei den Männern. Besonders WählerInnen mit hohem Bildungsabschluss sowie Selbstständige und Angestellte gaben den Grünen ihre Stimme. Entscheidend war dabei für die bei weitem meisten WählerInnen nach eigenen Angaben die Programmatik der Grünen (70 Prozent), während nur wenige das Spitzenduo Silke Gajek und Jürgen Suhr (15 Prozent) oder eine langfristige emotionale Bindung an die Partei (14 Prozent) als Grund für ihre Wahlentscheidung nannten. Damit erzielte die Partei im Vergleich zu ihren Mitbewerbern den niedrigsten Wert, was die Anziehungskraft des Personals und die langfristige Parteibindung betrifft. Gleichzeitig bedeutet dies, dass sie die Partei ist, die am stärksten durch ihre Inhalte bei den WählerInnen punkten konnte. Damit erweist sich die Wahlkampfstrategie, auf den Plakaten nicht die Personen, sondern die Inhalte in den Vordergrund zu rücken, anscheinend als richtig. Ausschlaggebend waren dabei für die meisten WählerInnen die Angebote der Grünen in der Umweltpolitik (55 Prozent) sowie in Fragen der sozialen Gerechtigkeit (35 Prozent), Bildungs- und Energiepolitik (jeweils 24 Prozent).⁴⁰

Das hinter vorgehaltener Hand ausgesprochene Ziel einer Regierungsbeteiligung wurde nicht erreicht. Die Wunschkoalition Rot-Grün konnte bei der Wahl keine Mehrheit erzielen, weshalb die Grünen sich in den nächsten fünf Jahren der Oppositionsarbeit widmen werden.

5 Perspektiven der Partei nach der Wahl

In den kommenden fünf Jahren wird es für die Partei vor allem darauf ankommen sich in der Parlamentsarbeit zu beweisen und aufzuzeigen, dass die Fraktion ihre Existenzberechtigung im Landesparlament hat. Die Grünen warben mit dem Slogan „Es ist Zeit“. Nun ist diese Zeit gekommen. Es wird für die Fraktion und die Partei wichtig sein, die vorhandene Profilierung nicht nur im Umwelt-, sondern auch im Bildungsbereich sowie der sozialen Gerechtigkeit weiter aus-

³⁸ Vgl. ebd.

³⁹ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011 – WahlANALYSE, Schwerin/Berlin 2011, S. 6-12.

⁴⁰ Vgl. ebd. S. 13-18.

zubauen. Vor allem beim Thema Umwelt müssen die Grünen darauf achten, sich von einem engagierten Ministerpräsidenten Erwin Sellering nicht den Rang ablaufen zu lassen, da sich dieser ebenfalls in Umweltbelangen und in Fragen der Erneuerbaren Energien profiliert.

Der Einzug in den Landtag bietet die Chance das Spitzenpersonal von Bündnis 90/Die Grünen populärer zu machen, sodass bei der nächsten Wahl auch mit bekannteren SpitzenkandidatInnen für die Partei geworben werden könnte.

Bündnis 90/Die Grünen haben im Vorfeld der Wahl bereits ein Zehn-Punkte-Programm verabschiedet, an welchem die Fraktion gemessen werden wird. Es handelt sich dabei um Initiativen, die bereits kurzfristig angegangen werden sollen. Diese reichen von der Verhinderung der Ausweitung des Zwischenlagers Nord⁴¹ über die Abschaffung der Kopfnoten in den Schulzeugnissen bis hin zur Schaffung eines landesweiten Verkehrsverbundes. Wie viel von diesen Vorhaben tatsächlich durch konsequente Oppositionsarbeit erreicht werden kann, ist offen, doch jeder Erfolg in dieser Richtung wird dazu beitragen die Grünen fester im Landtag zu verankern und nicht nur die bisherigen Grünen-WählerInnen stärker an die Partei zu binden, sondern neue WählerInnen hinzuzugewinnen.

⁴¹ Es gibt einen Streit zwischen der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns und dem Bund, ob im Atommüll-Zwischenlager Nord in Lubmin alle radioaktiven Restmaterialien, die dem Bund gehören, eingelagert werden sollen.

Kernwählerschaft mobilisiert – Die NPD

Gudrun Heinrich

1 Einleitung

Die Hoffnungen waren groß, dass es den Rechtsextremen nach ihrem Erfolg 2006 – damals waren sie mit 7,3 Prozent und sechs Abgeordneten erstmals in das Landesparlament Mecklenburg-Vorpommerns eingezogen – nicht erneut gelingen würde, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Im Rückblick war das Wahlergebnis von sechs Prozent dennoch nicht überraschend. Im Folgenden soll geklärt werden, wie es der NPD gelungen ist, ihre Wählerklientel über weite Strecken zu mobilisieren.

2 Die Partei in der fünften Legislaturperiode 2006-2011

Der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, die als Partei bis 2006 eine vergleichsweise randständige Position einnahm, war 2006 nicht zuletzt durch die enge Kooperation mit den rechtsextremen Kameradschaften der Einzug in den Landtag gelungen.¹

Die NPD nutzte die Bühne des Landtages für ihre Sache. Als Partei, die sich die Abschaffung des demokratischen politischen wie gesellschaftlichen Systems zum Ziel gesetzt hat, hatte die NPD keinerlei Interesse an konstruktiver parlamentarischer Arbeit. Der Landesverband der NPD ist aufs Engste mit der subkulturell verankerten Kameradschaftsszene des Rechtsextremismus verwoben. Die rechtsextreme Subkultur ist in diesem Fall nicht nur als Umfeld der Partei zu betrachten. Mecklenburg-Vorpommern ist ein Beispiel für eine nahezu deckungsgleiche Struktur von Kameradschaften und Partei. So schreibt der Verfassungsschutz in seinem Bericht zum Jahr 2010: „Vor allem die NPD-Führungskader, insbesondere auch die kommunalen Mandatsträger, verfügen über vielfältige Kontakte innerhalb der neonazistischen Szene. Personelle Überschneidungen sind häufig. Viele neonazistische Strukturen fungieren eher als Nebenorganisationen der NPD-Kreisverbände. Berührungspunkte oder gar eine Ablehnung der NPD sind bislang nur in Einzelfällen bekannt geworden.“²

Während der fünften Legislaturperiode gelang es der NPD, die bereits vor dem Einzug in den Landtag vorhandenen Kooperationsstrukturen mit den regionalen Kameradschaften, auszubauen und zu festigen. Dies war vor allem möglich, da zentrale Akteure der Kameradschaftsszene selbst als Abgeordnete im Landtag vertreten waren. Außerdem hatte man durch die Besetzung der Stel-

¹ Landtagswahlergebnisse der NPD in Mecklenburg-Vorpommern bis 2002: 1990: 0,2 Prozent; 1994: 0,1 Prozent; 1998: 1,1 Prozent; 2002: 0,8 Prozent. (Quelle: http://www.statistikmv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/start/_Landeswahlleiter/Landeswahlleiter/landtagswahlen/index.jsp, Stand: 29.09.2011, eigene Zusammenstellung).

² Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern: Verfassungsschutzbericht 2010, Schwerin 2011, S. 20.

len der Fraktionsmitarbeiter (ca. 12 Mitarbeiterstellen) und der Mitarbeiter in den Abgeordnetenbüros³ im Land „Kameraden“ alimentieren können.⁴

Im Laufe der Legislaturperiode war es den Rechtsextremisten gelungen, ihr radikales Image aufrechtzuerhalten und sich dadurch nicht dem Vorwurf der Systemanpassung aussetzen zu müssen. Die NPD ist als „Bewegungspartei“⁵ zu verstehen, die die parlamentarische Arbeit lediglich als Spielbein ansieht. Für sie ist das Parlament ein Mittel in ihrem Kampf auf dem Weg zum Systemwechsel.⁶ Das Parlament sollte für die Ziele der Bewegung genutzt werden. Mit 286 Ordnungsrufen⁷ und zahlreichen Ausschlüssen von Abgeordneten aus den Plenardebatten wurde „Provokation als Prinzip“⁸ zum Markenzeichen.

Die Fraktionsarbeit diente dem Aufbau von landesweiten Strukturen und der Festigung der kommunalen Verankerung. Die auf sechs Standorte im Land verteilten Bürgerbüros der Abgeordneten haben hier eine wesentliche Aufgabe übernommen. Viele der insgesamt 1.400 Anfragen und Anträge der Landtagsfraktion beschäftigten sich mit kommunalen Fragen.⁹ Damit war die Landtagsfraktion ein wichtiger Informationsbeschaffer für die Akteure vor Ort.

Die Kommunalwahlen 2009 zeigten, dass diese Strategie erfolgreich war. Mit 3,2 Prozent der Stimmen konnte die NPD 26 Mitglieder in Kreistagen und 34 Mitglieder in Städte- und Gemeindevertretungen platzieren und ihre kommunale Verankerung optimieren.¹⁰ Damit wird deutlich, dass die parlamentarische Präsenz der NPD beim Ausbau und der Stärkung der Strukturen des Rechtsextremismus im Land unterstützend gewirkt hat.

Der Schock bei den demokratischen Parteien, 2006 den Einzug der Rechtsextremisten in den Landtag nicht verhindert zu haben, saß tief. Mit Blick auf die Erfahrungen der ersten rechtsextremen Landtagsfraktion in Sachsen ab 2004 hatten sich alle demokratischen Parteien sehr schnell darauf geeinigt, einen gemeinsamen, professionellen und abgrenzenden Umgang mit den Abgeordneten der NPD im Landtag zu suchen und gleichzeitig, die Anstrengungen außerhalb des Parlamentes, die gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wirken sollten, zu verstärken.

Für das Verfahren innerhalb des Landtages entschloss man sich, auf NPD-Anträge nur mit einer Wortmeldung aus Opposition und Regierungsfractionen gemeinsam zu reagieren, die Anträge geschlossen abzulehnen und als demokratische Abgeordnete nicht auf Veranstaltungen zu spre-

³ Die sechs Wahlkreisbüros befinden sich in folgenden Orten (zuständige Abgeordnete): Lübtheen (Pastörs und Köster); Grevesmühlen (Pastörs und Köster); Rostock (Lüssow); Stralsund (Borrmann); Anklam (Andrejewski); Ueckermünde (Müller).

⁴ Die NPD-Fraktion erhält jährlich 1.443.947 Euro; davon: jeder Abgeordnete 5.197,86 Euro; NPD-Wahlkreismitarbeiter 174.000 Euro; die Kostenpauschale für die Wahlkreisbüros beträgt 89.004 Euro (Volgmann, Thomas: NPD- jährlich 1,5 Millionen Euro vom Staat. Ohne das Geld vom Steuerzahler wäre die Partei längst bankrott, in: SVZ, 14.04.2011.)

⁵ Gudrun Heinrich, Die NPD als Bewegungspartei, in: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen, H. 4/2008, S. 29-38.

⁶ Zur 4-Säulen-Strategie der NPD siehe u.a.: Christoph Schulze: Das Viersäulenkonzept der NPD, in: Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden 2009, S. 92-108.

⁷ „Laut und dubios“, in: Tagesspiegel, 24.08.2011.

⁸ So lautet der Titel einer Publikation der SPD-Fraktion über die NPD: Mathias Brodkorb/Volker Schlotmann (Hg.): Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2008.

⁹ „Laut und dubios“, in: Tagesspiegel, 24.08.2011.

¹⁰ Steffen Schoon/Arne Lehmann (Hrsg.), Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2009.

chen, auf denen Abgeordnete der NPD als Redner geladen sind.¹¹ Mit dieser als „Schweriner Weg“ titulierten Strategie hofften die demokratischen Abgeordneten, den Ideen der Rechtsextremisten möglichst wenig Raum im Parlament zu geben. Als Instrument einer repressiven Strategie¹² gab das Innenministerium im Februar 2007 einen Erlass heraus, nachdem BewerberInnen um die Ämter als „kommunale Wahlbeamte“ oder „Ehrenbeamte“ nachweisen müssen, für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzutreten.¹³ Damit konnten Kandidaturen aus dem rechtsextremen Spektrum für die Wahlen zu LandrätInnen oder BürgermeisterInnen im Vorfeld abgelehnt werden.¹⁴

Als ebenfalls repressiv wirkendes Instrument verlangte das Ministerium für Soziales und Gesundheit seit Sommer 2010, von den Trägern der Kindertagesstätten im Land bei ihrer Bewerbung den Nachweis der Verfassungstreue zu erbringen.¹⁵ Im außerparlamentarischen Feld sollte durch ein umfassendes „Landesprogramm für Demokratie und Toleranz“ dem Rechtsextremismus insgesamt das Wasser abgegraben werden. Seit 2007 bieten fünf Regionalzentren für demokratische Kultur, vielfältige Unterstützung im Land an.¹⁶ Als breites außerparlamentarisches Bündnis agiert weiterhin das Netzwerk „Wir. Erfolg braucht Vielfalt.“¹⁷ Die demokratischen Parteien hatten vereinbart, die Arbeit gegen Rechtsextremismus nicht zum Streitthema des Wahlkampfes werden zu lassen. Die Koalitionsfraktionen waren sich in ihrem Ziel einig, ein erneutes Verbotsverfahren gegen die NPD auf Bundesebene anzuschieben. Diesem Ziel hatte sich vor allem der christdemokratische Innenminister und Spitzenkandidat der Union, Lorenz Caffier, verschrieben. Die SPD setzte in ihrer Anti-NPD-Kampagne auf die Satire-Figur „Storch Heinar“. Aus Kreisen der Jusos war „Storch Heinar“ in Anspielung auf die rechtsextreme Kleidungsmarke „Thor Steinar“ erfunden worden. Von der SPD wurde der „Storch“ zum Wappentier des Wahlkampfes erkoren.¹⁸ Die Aktion „Storch Heinar“, als verstärkt auf Jugendliche zielendes Angebot, spiegelt die rechtsextreme Subkultur und vor allem auch das Agieren der rechtsextremen Führungsfiguren der NPD auf satirisch-humoristische Weise. Das ebenfalls von Jusos betriebene Internetportal „Endstation Rechts“ sieht sich als Aufklärungs- und Informationsportal. Hier wird

¹¹ Endstation Rechts: Den Verfassungsfeind im Blick - Vom Umgang der Demokraten mit der NPD. Online verfügbar unter http://www.endstationrechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=6448:themenwoche-den-verfassunggsfeind-im-blick-vom-umgang-der-demokraten-mit-dernpd&Itemid=428 (Stand: 25.09.2011).

¹² Es lassen sich unterschiedliche strategische Muster der Arbeit gegen Rechtsextremismus unterscheiden. Zentral sind die Unterscheidungen zwischen: Prävention, Intervention, Integration, Reaktion und Repression. Siehe hierzu: Hubertus Buchstein/Gudrun Heinrich (Hrsg.), *Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum*, Schwalbach 2010, S. 2-28. Repressive Strategien agieren direkt gegen rechtsextreme Akteure und haben das Ziel diese durch – i.d.R. staatliche Maßnahmen – in ihrem Agieren zu hindern und zu bestrafen.

¹³ Im Juni 2009 folgte ein Erlass, der sich gegen extremistische Positionen in der Freiwilligen Feuerwehr wandte, siehe hierzu: CDU-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): *Aktiv für Demokratie und Toleranz. Handreichung zum Umgang mit Rechtsextremisten* (Schriftenreihe der CDU-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern), Schwerin 2009.

¹⁴ So beispielsweise Michael Gielnik, der 2011 zur Landratswahl kandidieren wollte. Siehe hierzu: „NPD Mann darf nicht antreten.“, in: SVZ, 29.07.2011.

¹⁵ CDU-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), S. 71-73.

¹⁶ Siehe hierzu: Regionalzentren Demokratie und Toleranz in MV: http://www.mv-demokratie.de/cms2/DuT_prod/DuT/de/rgz/index.jsp (Zugriff am 29.09.2011).

¹⁷ Mitglieder dieses Netzwerkes sind die Evangelische Kirche, die Katholische Kirche, Unternehmerverbände, der DGB Nord u.a.; insgesamt 31 Verbände, 62 Vereine, 30 Unternehmen, Schulen, Universitäten, Kammern und mehr als 1000 Einzelpersonen; darunter viele Prominente (siehe hierzu u.a.: Initiative WIR ruft auf zur demokratischen Wahl, in: Nordkurier, 03.09.2011.).

¹⁸ „Nordost-SPD setzt auf Geschlossenheit“, in: <http://www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/spdpartei-tag121.html>, 12.03.2011, (Stand: 08.10.2011).

die Arbeit der NPD-Fraktion kritisch beleuchtet und umfassend dokumentiert. Außerdem finden sich hier weiterführende Beiträge zum Rechtsextremismus.

Aufgrund der vielfältigen Maßnahmen und medienwirksamen Aktionen hoffte man, für die Wahl 2011 gut aufgestellt zu sein.¹⁹ Die Hoffnungen, die NPD würde diesmal an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern, nährten sich auch aus der deutlich positiveren Grundstimmung im Land im Vergleich zu 2006. Im Juni 2011 bestätigte eine Umfrage eine positivere Einschätzung der wirtschaftlichen Lage bei der Bevölkerung im Nordosten.²⁰ Auch die gesunkenen Arbeitslosenzahlen unterstützen diese Stimmung.²¹

Die NPD ihrerseits hatte mit eigenen Problemen zu kämpfen. Beobachter hofften, die hausgemachten Finanznöte würden die Partei lähmen;²² des Weiteren gaben die Wahlergebnisse bei den Landtagswahlen seit 2009 Anlass zur Hoffnung auf ein Scheitern auch im Nordosten.²³

Schon deutlich vor dem Wahltag konnten aufmerksame Beobachter jedoch registrieren, dass die Rechtsextremisten über eine Akzeptanz in der Bevölkerung verfügten, die eine – wenn auch nicht sichere – Basis für einen Wiedereinzug in den Landtag darstellte: Wenn 20 Prozent der Befragten der Aussage „Die NPD ist eine demokratische Partei wie jede andere im Bundestag vertretende Partei auch“ zustimmten und sogar 48 Prozent sagten „Die NPD löst zwar keine Probleme, nennt aber die Dinge wenigstens beim Namen“, so kann man von einer partiellen Verankerung der NPD in der Bevölkerung bzw. von einer nicht gelungenen klaren Abgrenzung sprechen.²⁴ Die Umfragen vor der Wahl lieferten darüber hinaus auch Indizien für ein relativ gefestigtes StammwählerInnenpotenzial. Auf die Frage, „Können Sie sich prinzipiell vorstellen, die NPD zu wählen“ gaben im Zeitraum von Anfang August bis zur Woche vor der Wahl zwischen sechs und neun Prozent an, sich dies durchaus vorstellen zu können.²⁵

3 Wahlkampfstrategie

Die NPD hatte ihren Wahlkampf extrem frühzeitig begonnen. Schon im November 2010 waren die Kandidaten aufgestellt worden.²⁶ Das Ziel war klar: Der Wiedereinzug in den Landtag sollte gesichert werden. Auf der Liste der Kandidaten fehlten zwei Namen aus der bisherigen Fraktion:

¹⁹ So kamen beispielsweise zu dem Festival „Laut gegen Rechts“ am 2. September 2011 nach Angaben der Veranstalter 10.000 Menschen (<http://laut-gegen-rechts.de/> (Stand: 29.09.2011)).

²⁰ Auf die Frage "Was glauben Sie, wird die wirtschaftliche Lage in Mecklenburg-Vorpommern in einem Jahr...? antworteten im Juni 2011 22% mit "besser sein" - gegenüber 14% zur Zeit der Landtagswahl 2006 und 16% mit "schlechter sein" gegenüber 44% im Sommer 2006; 60% meinen "etwa gleich" - gegenüber 41% 2006 (Infratest dimap (Hrsg.): Mecklenburg-VorpommernTREND Juni 2011. Eine Umfrage im Auftrag des Norddeutschen Rundfunks, 2011).

²¹ Siehe hierzu auch den Beitrag von Koschkar in diesem Band.

²² Zur Finanzierung siehe u.a.: P. Beucker/Sebastian Erb: „Union will die Rechten wegsparen“, in: taz, 29.07.2011, <http://www.taz.de/!75373/>, (Stand: 29.09.2011) und: Deutscher Bundestag: Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2009 (2. Teil – Übrige anspruchsberechtigte Parteien). Drucksache 17/4801.

²³ Bei den Landtagswahlen in Thüringen 2009 war die NPD mit 4,3% ebenso gescheitert wie in Sachsen-Anhalt 2011 mit 4,6%. In Sachsen war ihr 2009 der Wiedereinzug in den Landtag mit 5,6 % der Stimmen (gegenüber 9,2% 2004) gelungen.

²⁴ Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011. WahlREPORT, Berlin 2011, S. 20.

²⁵ tagesschau.de: Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 04. September 2011. Online verfügbar unter <http://stat.tagesschau.de/wahlen/2011-09-04-LT-DE-MV/umfrage-npd.shtml>, (Zugriff 22.09.2011).

²⁶ Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern: Verfassungsschutzbericht 2010, 2011, S. 53.

Raimund Borrmann und Birger Lüssow waren nicht mehr vertreten. Die Kandidatenliste für die Wahl 2011 las sich wie das „Mitgliederverzeichnis“ der regionalen Kameradschaften, junge Männer, häufig mit handwerklichen Berufen, stellten sich zur Wahl. Lediglich bei den DirektkandidatInnen waren auch zwei Frauen zu finden.

Mit insgesamt 40 KandidatInnen konnte die NPD, trotz ihrer nur 400 Mitglieder, in allen Wahlkreisen Kandidatinnen oder Kandidaten aufstellen und somit ein flächendeckendes Angebot sicherstellen.

In ihrer Wahlkampfstrategie setzte sie von vornherein auf eine Mischung aus populistischem „Kümmerer-Image“ und der Aktivierung fremdenfeindlicher Ressentiments. Die für die Bundesebene konstatierte Finanznot schien den Landesverband weniger hart zu treffen.²⁷ Nach Aussagen des Landesvorsitzenden und Abgeordneten Stefan Köster standen der Partei 200.000 Euro (2006: 300.000 Euro) für den Wahlkampf zur Verfügung.²⁸

Bei ihrer Kampagne setzte die NPD auf unterschiedliche Medien. In der Öffentlichkeit wurde vor allem die massive Plakatierung der NPD im ganzen Land wahrgenommen und kritisiert.²⁹ Mit ihren zahlreichen und auffällig rot gestalteten Plakaten war es ihr gelungen, optisch das Erscheinungsbild des Wahlkampfes im ganzen Land entscheidend zu prägen, ohne dass hier von einer Hegemonie der NPD-Plakate gesprochen werden kann. Einige Gemeinden hatten versucht, mit eigenen Satzungen die Zahl der Plakate aller Parteien zu limitieren oder spezielle Orte für die Plakatierung zu bestimmen. Überzählige Plakate – häufig von der NPD – wurden dann von den Ordnungsämtern entfernt.³⁰ Neben den Plakaten setzten die Rechtsextremen verstärkt auf das Internet. Hier nutzten sie nicht nur die eigene Homepage, sondern auch das Internetportal „MUPinfo“, das von Daniel Peterreit, Mitarbeiter des NPD-Abgeordneten Birger Lüssow, verantwortet wurde. Berichte über Wahlveranstaltungen oder Auftritte konnten über dieses Medium einem breiteren Publikum präsentiert werden. Die NPD hatte, wie auch bei vorherigen Wahlen, ein Wahlmobil im Einsatz. Auf diesem machte sie unter anderem mit dem Bild ihres Spitzenkandidaten Udo Pastörs Werbung.

3.1 Personenwahlkampf

Udo Pastörs, Fraktionsvorsitzender der NPD in Schwerin, „wegen Volksverhetzung zu einer Bewährungsstrafe von zehn Monaten und einer Geldbuße von 6.000 Euro verurteilt“,³¹ aufgrund

²⁷ Im Rechenschaftsbericht wird dem Landesverband für 2009 ein Überschuss von gut 10.000 Euro bescheinigt (Deutscher Bundestag: Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2009 (2. Teil - Übrige anspruchsberechtigte Parteien). Drucksache 17/4801, S. 39).

²⁸ Jens Twiehaus: „Parteien lassen sich Wahlkampf 3,4 Millionen kosten. Die SPD gibt doppelt so viel Geld für Wahlwerbung aus wie Linke und CDU.“, in: OZ, 24.08.2011.

²⁹ „Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern. NPD-Plakate verstören Touristen“, in: Spiegel Online (<http://www.spiegel.de/reise/aktuell/0,1518,783868,00.html>) 01.09.2011, (Stand: 29.09.2011).

³⁰ Vgl. „Amt entfernt Plakate“, in: OZ – Usedom, 07.09.2011; „Zulässige Zahl weit überschritten: Stadt hängt NPD-Plakate ab“, in: OZ (Grimmen), 02.09.2011.

³¹ Rainer Mai: Die Landtagskandidaten der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: <http://www.mut-gegen-rechtsgewalt.de/news/meldungen/landtagskandidaten-mv-0909/>, 30.08.2011, (Stand: 27.09.2011).

zahlreicher Verstöße im Landtag mehrfach von Sitzungen ausgeschlossen,³² war der klare Spitzenmann der NPD im Wahlkampf.

Er war sowohl auf den Plakaten als auch im Rahmen des Internet-Wahlkampfes sowie im Wahlwerbespot der unumstrittene Mannschaftsführer. Im Wahlwerbespot umgibt sich Pastörs mit einer jungen Mannschaft. Die Kandidaten für die Landtagswahl marschieren auf einem Bootssteg und gehen dann gemeinsam an Bord einer Segeljacht – Pastörs als Steuermann, die Anderen mit unterschiedlichen Aufgaben betraut. Die NPD war, mit diesem eher populistisch anmutenden Spot, die einzige Partei, die ihre Kandidaten als Team präsentiert hat. Die Darstellung des Kandidatenteams kann als bewusste Strategie verstanden werden, da dadurch die regionale Verortung der Kandidaten im Land dargestellt werden konnte. Die Kameradschaften sollen auch ihrerseits an die Partei gebunden werden, um ihre Ressourcen zu nutzen. Dennoch bleibt Pastörs der zentrale Spitzenmann der Rechtsextremen im Nordosten. Seine Bekanntheit im Land lag laut Umfragen bei 79 Prozent.³³ Auch wenn Pastörs, der innerhalb der NPD als Vertreter eines radikalen Flügels gilt, die Öffentlichkeit stark polarisiert – sieben Prozent sind mit seiner Arbeit zufrieden,³⁴ 63 Prozent weniger oder gar nicht – so galt es, vor allem die Popularität und Redegewandtheit des Spitzenkandidaten zu nutzen.³⁵

3.2 Themenwahlkampf

In ihrem Themenwahlkampf führte die NPD die Besetzung fremdenfeindlicher Positionen und die Versuche der Etablierung eines „Kümmerer-Images“ fort, die sie in ihrer Fraktionsarbeit begonnen hatte. Insgesamt lässt sich hier eine mit der Öffentlichkeitsarbeit der gesamten rechtsextremen Szene im Land vernetzte Strategie erkennen.

Das Motto des Wahlkampfes lautete: „Unsere Heimat unser Auftrag!“. Damit konnte die NPD sowohl populistische Aspekte durch den Begriff der Heimat abdecken, als auch Anknüpfungspunkte für rechtsextreme Aussagen finden. Sie versuchte damit ihre regionale Verankerung deutlich zu machen und sich als sicheren Partner in einer unsicheren, durch Abwanderung und Globalisierung gekennzeichneten Umgebung zu profilieren. Dieser Imagewerbung diente sowohl der professionell gestaltete Werbespot als auch die Wahlkampfzeitung³⁶ sowie der Plakatwahlkampf.³⁷

Den rechtsextremen Parteistrategen war es gelungen, soziale Themen anzusprechen und diese geschickt mit fremdenfeindlichen Aussagen zu verbinden. Ihre regionale Verankerung versuchte sie, durch die Kombination von EU-Kritik und der Artikulation polenfeindlicher Ressentiments,

³² Siehe hierzu u.a. Mathias Brodkorb: Udo Pastörs (NPD) wieder von Sitzung ausgeschlossen. Online verfügbar unter http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=339:udo-past%C3%B6rs-mpd-wieder-von-sitzung-ausgeschlossen&Itemid=333, 17.10.2007, (Stand: 09.10.2011).

³³ Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011. Wahlreport, Berlin 2011, S. 32.

³⁴ Dies kann als Indikator für ein Wählerpotential von mindestens sieben Prozent angesehen werden.

³⁵ Siehe Anmerkung 33.

³⁶ In der Wahlkampfzeitung hieß es u.a.: „Wir sind entschlossen, unserer Heimat die Treue zu halten. Wir wollen hierbleiben und anpacken. Denn Heimat ist mehr als nur ein Wort“, 2011, S. 1.

³⁷ Eine Sammlung der Wahlkampfplakate der NPD finden sich bei: Simone Raphael: Atomtod und Moscheen: Was NPD-Plakate sagen und was sie meinen. Teil 2: Mecklenburg-Vorpommern, in: <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/wahlkampf-plakate-der-mpd-mv-ii-9988>, 29.08.2011, (Stand: 27.09.2011) und: Simone Raphael: Blonde Frauen, grüne Frösche: Was NPD-Plakate sagen und was sie meinen. Teil 1: Mecklenburg-Vorpommern, in: <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/mpd-plakate-mecklenburg-vorpommern-was-sie-sagen-was-sie-meinen-1111>, 24.08.2011, (Stand: 27.09.2011).

zu dokumentieren. Und schließlich zog sie ihre Kampagne gegen sogenannte „Kinderschänder“, die bereits die Fraktionsarbeit prägte, auch in den Wahlkampf, um sich als angebliche Familienpartei zu profilieren.³⁸

Durch die regionalen Bezüge des Themenwahlkampfes sollte das „Kümmerer-Image“ vor Ort gestärkt werden. Vor allem in der Grenzregion zu Polen fanden sich Plakate, die die Ängste und Sorgen aufnahmen und bedienten. Klassische Slogans wie „Kriminelle Ausländer raus!“ fanden sich ebenso wie „Polen offen? Arbeit futsch, Auto weg!“. Geschickt bediente die NPD damit in ihren Hochburgen ihre Klientel.³⁹ Sie war die einzige Partei, die wahrnehmbar Fragen wie das Verkehrsproblem in der Grenzregion zu Polen ansprach.⁴⁰

In diesem Sinne spielte ihr die während des Wahlkampfes angekündigte Entlassung von Zeitarbeitern einer Eisengießerei in Torgelow (Vorpommern) in die Hände. Auch wenn die Ankündigung später zurückgenommen wurde, nutzte die NPD umgehend dieses Thema, indem sie mit Transparenten vor den Werkstoren auftauchte und ihre Aktivitäten auch postwendend ins Netz stellte.⁴¹

Zusätzlich zu den zentralen Themenbereichen betonte die NPD ihre „ökologische“ Orientierung. „Der Atomtod droht aus Polen“ – damit versuchte sie, sich auch als ökologische Alternative auf der extrem rechten Seite des Parteienspektrums anzubieten. Schon während der vergangenen Legislaturperiode hatte sie Kritik an der Gentechnik oder auch das Ziel der „natürlichen Landwirtschaft“, im Sinne ihrer rechtsextremistischen und völkischen Ideologie, zu nutzen versucht.⁴²

3.3 Angriffswahlkampf

Die NPD versteht sich als einzig wahre Opposition! Dabei konzentriert sie sich nicht auf die Frontstellung zu einer bestimmten Partei – sie lehnt vielmehr das politische System insgesamt ab. Als Teil eines Angriffswahlkampfes ist die sogenannte „Wortergreifungsstrategie“⁴³ der NPD zu bewerten. Die Strategie ist nicht nur in Wahlkampfzeiten ein Mittel, mit dem sich Rechtsextreme Gehör verschaffen wollen; sie besuchen Veranstaltungen demokratischer Parteien oder Vereine, um diese als Bühne zu missbrauchen und die Diskussionen in ihrem Sinne zu gestalten. Gleichzeitig werden die TeilnehmerInnen dieser Veranstaltungen eingeschüchtert. Dieses strategische Mittel nutzte Udo Pastörs als er eine Wahlkampfveranstaltung der Partei Die LINKE störte und

³⁸ So fordert sie u.a. Ehestandsdarlehen, ein höheres Kindergeld sowie ein Begrüßungsgeld für deutsche Kinder sowie ein Müttergehalt (siehe: NPD, Mecklenburg-Vorpommern (2011): Unsere Heimat - unser Auftrag. Kurs halten. Für eine bessere Zukunft. (Landtagswahlprogramm)).

³⁹ NPD, Mecklenburg-Vorpommern: Grenzkriminalität am Beispiel Usedom, in: <http://www.npd-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=2477&mid=7>, 24.08.2011, (Stand: 26.08.2011).

⁴⁰ „Bundesstraße 104 entlasten“, so der Slogan eines Plakates.

⁴¹ Sebastian Erb: „Die Hoffnung ist polnisch“, in: taz, 29.08.2011; Winfried Wagner: „Koblenz - Sie haben uns allein gelassen.“ (dpa), in: Nordkurier, 07.09.2011.

⁴² Siehe hierzu „Braune Ökologie“, hrsg. von der Evangelischen Akademie MV/Heinrich-Böll-Stiftung MV und der Universität Rostock, i. E.

⁴³ Siehe hierzu: Lazaros Miliopoulos: Strategische Ansätze, Potentiale und Perspektiven der NPD, in: Uwe Backes/Henrik Steglich (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden 2007, S. 121-141, hier vor allem S. 127.

dort den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Gregor Gysi verbal angriff.⁴⁴ Ein Video dieser Begebenheit wurde unter anderem auf die rechtsextremen Seite MUPinfo eingestellt.⁴⁵ Als Angriff gegen die demokratische Gesellschaft ist auch die Kundgebung der NPD vor dem „Sonnenblumenhaus“ in Rostock-Lichtenhagen zu werten, wo es 1992 zu pogromartigen Ausschreitungen gegen Asylbewerber gekommen war.⁴⁶

Für großen Wirbel und eine Klage gegen die NPD sorgte die Vereinnahmung einer Schulklasse für Wahlkampfzwecke: Udo Pastörs agitierte dabei eine Klasse, die im Rahmen des Sozialkundeunterrichtes Wahlplakate vor Ort betrachtete, minutenlang. Auch hier war ein NPD-Mann mit Kamera vor Ort: „Auf dem Film ist zu sehen, wie Pastörs in die Rolle des freundlichen Onkels Welterklärer schlüpft. Während er seine Parolen abspult, sieht der Lehrer zu – ‚ohnmächtig‘, so wird es später im Bildungsministerium eingeräumt.“⁴⁷ Inzwischen haben die betroffenen Eltern Klage eingereicht und unter anderem erwirkt, dass der Film aus dem Netz genommen werden musste.⁴⁸

3.4 Besonderheiten bei den Wahlkampfmitteln

In dem professionell gestalteten und eher populistisch argumentierenden Wahlwerbespot präsentierten sich die Kandidaten der Partei als junge, anpackende Mannschaft mit ihrem Steuermann Udo Pastörs. Die Wahlzeitung wie auch die Plakate nahmen einen Teil dieser Kampagne auf und bedienten die populistische Rhetorik. Das im Juli 2011 veröffentlichte Wahlprogramm unter der Überschrift „Unsere Heimat – unser Auftrag, Kurs halten für eine bessere Zukunft“ nahm die Metaphern des Wahlspots auf. In den 25 Standpunkten zu unterschiedlichen Themen wurde die aggressive menschenverachtende Idee der Volksgemeinschaft in ein populistisches Mäntelchen des mittelstandsorientierten Biedermanns gehüllt.⁴⁹

Gleichzeitig wurde parallel hierzu ein rechtsextremer, stark auf fremdenfeindliche Einstellung orientierter Wahlkampf geführt. Medien waren neben den Plakaten, vor allem auch die über das Internetportal MUPinfo ins Netz gestellten Filme. Begleitet wurde dies durch eine starke öffentliche Präsenz mit Infoständen, Kundgebungen und nicht zuletzt durch sogenannte „Kinderfeste“ wie beispielsweise in Stralsund.⁵⁰

Der NPD-Wahlkampf wurde dabei vorbereitet und begleitet von den in verschiedenen Regionen des Landes erscheinenden „Boten“. Dies sind einfach gestaltete Zeitschriften, die in hoher Auflage an die Haushalte verteilt werden und online zur Verfügung stehen. Sie werden von der „Initia-

⁴⁴ „Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern. Anleihen bei Josef Goebbels.“, in: sueddeutsche.de. Online verfügbar unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahlkampf-in-mecklenburg-vorpommern-mpd-miss-braucht-schueler-fuer-propaganda-video-1.1138636-2>, 02.09.2011, (Stand: 29.09.2011).

⁴⁵ MUPinfo: „Udo Pastörs besucht Gysi und seine Altkommunisten in Ueckermünde.“ Online verfügbar unter <http://www.mupinfo.de/?p=13516>, 31.08.2011, (Stand: 29.09.2011).

⁴⁶ Andrea Röpke: „NPD vor dem Sonnenblumenhaus, in: bnr., <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/mpd-vor-dem-sonnenblumenhaus>, (Stand: 05.08.2011).

⁴⁷ „Ferdinandshof - NPD benutzt Schulklasse.“, in: SVZ, 05.09.2011.

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ NPD Mecklenburg-Vorpommern (2011): Unsere Heimat - unser Auftrag, Kurs halten. Für eine bessere Zukunft. (Landtagswahlprogramm).

⁵⁰ Ein Bericht über das Kinderfest in Stralsund findet sich auf der Seite von MUPinfo. Hier wird erwähnt, dass Fotos von den Kindern mit dem NPD-Clown den Eltern auf Wunsch zugeschiedt werden (MUPinfo: „Tolle Stimmung auf dem NPD-Kinderfest in Stralsund“, in: <http://www.mupinfo.de/?p=13065>, 30.08.2011, (Zugriff 27.09.2011).

tive für Volksaufklärung e. V.“ (IfV e. V.) herausgegeben. Auch der Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern vermutet, dass es sich hierbei „nur [um] die äußere Hülle für eine eigentliche NPD-Publikation“⁵¹ handelt. Der Blick auf die dort behandelten Themen deckt sich mit den Wahlkampf Schwerpunkten der NPD im Land.

4 Wahlergebnis

Mit ihrem Wahlergebnis von sechs Prozent konnte die NPD zum einen ihr Wahlziel des Wiedereinzugs in den Landtag erreichen, zum anderen blieb sie damit jedoch unter der von Udo Pastörs ausgegebenen Zielmarke von „8 % plus x“.⁵² Der Verlust von 1,3 Prozentpunkten gegenüber 2006 ist ein erfreuliches Ergebnis; ein Drittel der WählerInnen von 2006 gab 2011 der NPD nicht erneut ihre bzw. seine Stimme. Ein genauerer Blick auf das Wahlergebnis, die regionale Verteilung sowie die genaueren Strukturen, lässt das Bild jedoch trüber erscheinen:

These 1: Der NPD ist es trotz massiver Verluste gelungen, ihre Kernwählerschaft zu erhalten.

Der Schwerpunkt der NPD-Wählerschaft findet sich, wie auch 2006, im vorpommerschen Landesteil. Hier erreichte sie acht Prozent der Stimmen; in Mecklenburg hingegen nur 5,2 Prozent. Alle drei Wahlkreise, in denen zweistellige Zweitstimmen-Ergebnisse erreicht werden konnten, liegen in Vorpommern. Nur vier der insgesamt zwölf Wahlkreise mit überdurchschnittlichem Ergebnis liegen im westlichen Landesteil Mecklenburg. Ausbauen konnte sie das Ergebnis lediglich in ihrer absoluten Hochburg: im Wahlkreis Uecker-Randow I (15,4 Prozent) gelang es der NPD trotz eines Verlustes von absolut 402 Stimmen aufgrund der geringen Wahlbeteiligung um 0,4 Prozentpunkte gegenüber dem Ergebnis von 2006 zuzulegen. Ihre Hochburgen im Land begründen sich auch aus einer regionalen Verankerung ihrer Kandidaten. In Vorpommern kann die NPD mit Tino Müller einen „Kameraden“ mit einer regionalen Verankerung präsentieren; mit Michael Andrejewski und seinem Wahlkreisbüro ist es gelungen, einen als „Kümmerer“ agierenden Juristen im strukturschwachen Anklam zu installieren. Die Hochburgen in Mecklenburg erklären sich zum Teil aus der dortigen Verankerung von Udo Pastörs als Fraktionsvorsitzendem und Spitzenkandidaten sowie Stefan Köster als Landesvorsitzendem und Abgeordneten in der Region Ludwigslust. Hier haben sie ihre Wahlkreise und eine direkte Verankerung auch über eine Bürostruktur.⁵³

Betrachtet man die NPD-Hochburgen auf Gemeindeebene, so wird auch hier deutlich, dass sich diese über verschiedene Wahlen hinweg verfestigt haben. Dieses Ergebnis bestätigen auch Regressionsanalysen mit der Landtagswahl 2006 und den Kommunalwahlen 2009, die eine ungewöhnlich hohe Übereinstimmung errechneten und somit die Interpretation einer sich verfestigenden Wählerklientel weiter bestätigen.⁵⁴

⁵¹ Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern: Verfassungsschutzbericht 2010, Schwerin 2011, S. 27.

⁵² Patrick Gensing: Die schönsten Wahlniederlagen der NPD. Online verfügbar unter <http://npd-blog.info/2011/08/30/die-schonsten-wahlniederlagen-der-npd/>, 30.08.2011, (Stand: 29.09.2011).

⁵³ Zu den jeweiligen Regionen siehe: Buchstein/ Heinrich (Hrsg.), Rechtsextremismus in Ostdeutschland, 2010.

⁵⁴ Schoon, Steffen, Gefestigt und begrenzt – Die NPD bei der Landtagswahl 2011 in Mecklenburg-Vorpommern, i. E.

Tab. 1: Wahlkreise mit überdurchschnittlichem NPD-Zweitstimmenergebnis 2011 (Vergleich zu 2006 in Prozentpunkten)

Name des WK	LTW 2011 in %	LTW 2011 abs.	WB 2011 in %
Uecker-Randow I	15,4 (+0,4)	2.376	53,2 (-5,1)
Uecker-Randow II	12,0 (-1,1)	1.689	51,7 (-6,9)
Ostvorpommern II	11,3 (-0,3)	2.611	49,8 (-6,8)
Ostvorpommern I	10,4 (-0,8)	1.995	50,6 (-7,4)
Ludwigslust I	8,3 (-0,8)	1.418	52,8 (-9,2)
Demmin I	7,9 (-0,9)	1.130	46,5 (-9,1)
Mecklenburg-Strelitz II – Müritz II	7,0 (-2,2)	1.309	53,7 (-5,9)
Ludwigslust III	6,5 (-1,2)	1.149	54,2 (-9,4)
Ludwigslust II	6,3 (-0,8)	1.169	55,4 (-9,5)
Demmin II	6,2 (-3,1)	977	48,1 (-9,2)
Nordvorpommern II	6,2 (-1,3)	745	49,8 (-4,8)
Nordvorpommern III – Stralsund I	6,1 (-0,7)	1.263	48,7 (-7,3)
Landesweit	6,0 (-1,3)	-	51,5 (-7,6)

Quelle: Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern und eigene Berechnungen.

Im Rahmen einer Regressionsanalyse hat sich die stark verfestigte Bildung von Hochburgen auch rechnerisch bestätigt.

Alle Gemeinden mit Ergebnissen über 22 Prozent liegen im neuen Kreis Vorpommern-Greifswald. Hier treffen gut verankerte Angebotsstrukturen der NPD, die sich in diesem Landes- teil vor allem über Kameradschaftsstrukturen verfestigt haben, auf eine Nachfragesituation, die sich aus einer Mischung aus ökonomischer und geografischer Randlage wie der spezifischen Problemlage der Grenzregion zu Polen definiert. Die Gemeinden, in denen die NPD einen abso- luten Stimmenzuwachs verzeichnen kann, liegen alle in der direkten Grenzregion zu Polen.

Tab. 2: Gemeinden mit den höchsten NPD-Stimmenanteilen (Zweitstimmen) der Landtagswahl 2011 im Vergleich zu vorhergehenden Wahlen

Gemeinde	LTW 2011 in % (Ver- gleich zu 2006)	LTW 2011 abs.	BTW 2009 in %	BTW 2009 abs.	KW 2009 in %
Koblentz	33,0 (+8,4)	32 (+2)	16,7	21	17,0
Blesewitz	28,9 (+3,3)	28 (-11)	12,1	14	16,0
Postlow	28,9 (-9,3)	33 (-22)	19,7	24	17,2
Wilhelmsburg	26,8 (-1,1)	98 (-24)	15,3	62	20,8
Hammer a. d. Uecker	26,0 (+7,9)	51 (+6)	9,2	22	10,8
Ziethen	25,1 (-0,3)	43 (-21)	10,7	21	19,6
Kamminke	25,0 (+10,3)	32 (+11)	9,5	13	10,5
Lassan, Stadt	23,8 (+2,7)	140 (+11)	12,4	88	12,1
Neuenkirchen	23,8 (-6,3)	41 (-5)	16,0	19	21,7
Usedom, Stadt	23,4 (+5,1)	142 (+1)	11,2	85	14,9
Krugsdorf	23,1 (+ 8,9)	48 (+17)	11,7	28	10,4
Bargischow	22,1 (-9,5)	32 (-18)	16,7	29	21,4

Quelle: Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern; eigene Berechnungen.

Die nur geringen Abweichungen zwischen Erststimmen- und Zweitstimmenergebnis von nur 1.029 Stimmen (das entspricht 0,2 Prozentpunkten) sind ein weiteres Indiz für einen relativ ver-

festigten Wählerstamm. Wenn zwischen Erst- und Zweitstimmen nur ein Abstand von 1.029 Stimmen besteht, deutet dies – zumal bei einer kleinen Partei, die äußerst geringe Chancen auf das Direktmandat hat – auf eine relativ feste Parteibindung hin.

Die Verluste an absoluten Stimmen sind bei der NPD flächendeckend. Sie treffen die eher schwachen Wahlkreise ebenso wie die Hochburgen. Dies scheint die These des Einschmelzens der Wählerschaft in Richtung ihrer „Kernwählerschaft“ weiter zu stützen.

Worin besteht ihre Kernwählerschaft? In der Struktur lassen sich nur sehr geringe Veränderungen gegenüber 2006 feststellen. Der typische NPD-Wähler ist jung, männlich und im ländlichen bzw. kleinstädtischen Raum Vorpommerns verankert. Auch wenn die Verluste der Partei sich gerade auf ihre klassische Klientel der jungen Männer beziehen, so ist die Partei bei den Jung- und ErstwählerInnen mit 14 Prozent stärker als die Grünen in dieser Alterskohorte (12 Prozent), aber schwächer als die SPD (24 Prozent) und CDU (16 Prozent). Frauen wählten weiterhin unterdurchschnittlich rechtsextrem. Hier weisen jedoch auch die jungen Frauen deutlich überdurchschnittliche Ergebnisse auf. Nahezu resistent scheint die ältere Bevölkerung zu sein. Von den WählerInnen im Alter von 60 Jahren und darüber kann die Partei am rechtsextremen Rand nur zwei Prozent überzeugen (siehe Tab. 3).

Tab. 3: WählerInnen-Struktur der NPD bei der Landtagswahl 2011

Alter und Geschlecht	LTW-MV 2011 in % (Vergleich zu 2006)	Bildung, Tätigkeit und Konfession	LTW-MV 2011 in % (Vergleich zu 2006)
Gesamt	6 (-1,4)	Gesamt	6 (-1,4)
Alter		Bildung	
18-24 Jahre	14 (-3)	Hoch	4 (-0)
25-34 Jahre	12 (-2)	Mittel	7 (-3)
35-44	8 (-0)	Niedrig	8 (+1)
45-59 Jahre	6 (-1)	Tätigkeit	
60 und älter	2 (+0)	Arbeiter	13 (+1)
Frauen	4 (-0)	Angestellte	5 (+0)
18-24 Jahre	10 (-0)	Beamte	3 (-2)
25-34 Jahre	9 (+1)	Selbständige	5 (-4)
35-44 Jahre	5 (+0)	Rentner	2 (-0)
45-59 Jahre	3 (-0)	Arbeitslose	18 (+1)
60 und älter	1(-0)	Konfession	
Männer	8 (-2)	Evangelisch	5 (-1)
18-24 Jahre	18 (-5)	Katholisch	3 (-3)
25-34 Jahre	15 (-3)	Keine/andere	7 (-2)
35-44 Jahre	11 (-0)		
45-59 Jahre	8 (-2)		
60 und älter	4 (+1)		

Quelle: Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011. Wahlreport, Berlin 2011, S. 39 und 41.

Die typische Wählerklientel der NPD verfügt über einen niedrigen bis mittleren Bildungsabschluss. Überdurchschnittlich schnitt die NPD, wie auch schon 2006, bei den Arbeitslosen ab. Auch die konfessionelle Zusammensetzung ist in etwa gleich geblieben.

These 2: Mit ihrem Wahlkampf hat die NPD die Interessen ihrer Wählerschaft getroffen.

In der Bewertung der WählerInnen der NPD nimmt das Thema „Integration und Ausländer“ den höchsten Stellenwert ein. Dieses Thema belegt in der Prioritätenliste der WählerInnen insgesamt lediglich Platz 10.⁵⁵ Damit verfügt die rechtsextreme Wählerschaft über ein Alleinstellungsmerkmal, das die NPD in ihrem Wahlkampf geschickt bedient hat. Aus den Zahlen lässt sich jedoch nicht ablesen, ob die Partei lediglich ein vorhandenes Bedürfnis ihrer WählerInnen bedient oder ob sie das Interesse an diesem Thema durch den Wahlkampf erst geweckt hat. Den zweiten Platz nimmt bei den WählerInnen der Rechtsaußenpartei die Frage nach sozialer Gerechtigkeit ein (im Durchschnitt Platz 1), gefolgt vom Thema des Arbeitsmarktes. Innere Sicherheit ist den NPD-WählerInnen wichtiger als dem Durchschnitt insgesamt.⁵⁶

Bei der Einschätzung der Partei durch ihre eigenen WählerInnen zeigt sich, dass das „Kümmerer-Image“ der NPD hier überzeugen konnte: 86 Prozent sagen, die NPD „kümmert sich ernsthaft um die Probleme hier vor Ort“; gleich viele betonen, sie „löst zwar keine Probleme, nennt die Dinge aber beim Namen.“ Immerhin 57 Prozent stimmen der Aussage zu, die NPD werde gewählt „um anderen Parteien einen Denkkzettel zu verpassen.“⁵⁷

Die Personenwahlkampf-Strategie scheint zumindest teilweise aufgegangen zu sein: Auf die Frage, was für sie wahlentscheidend gewesen sei, geben 18 Prozent der NPD-WählerInnen an, entscheidend wäre der Kandidat, 2006 waren es nur acht Prozent. Eine „langfristige Parteibindung“ war 2011 für 20 Prozent das entscheidende Wahlmotiv, gegenüber 2006 wo nur 15 Prozent dies als wesentlichen Faktor angaben. Der Bezug zum Programm war für 55 Prozent der Wahlgrund (2006: 63).⁵⁸ Diese Ergebnisse sprechen dafür, dass die Rechtsextremisten die Legislaturperiode von 2006 bis 2011 zur Etablierung und Verfestigung nutzen konnten.

These 3: Ehemalige NPD-WählerInnen konnten nicht für die Demokratie zurückgewonnen werden.

Die Wähler-Wanderungsbilanzen von Infratest dimap zeigen ein ernüchterndes Ergebnis: „Die Stimmeneinbußen der NPD resultieren in erster Linie aus Verlusten gegenüber dem Nichtwählerlager (-18.000). Negativ zuzurechnen schlägt zudem der Wegzug früherer WählerInnen (-6.000). Eine nennenswerte Rückkehr von NPD-WählerInnen zu den etablierten Parteien vollzog sich dagegen nicht. Vor fünf Jahren hatte die NPD insbesondere von der CDU, aber auch von der SPD Stimmen gewonnen.“⁵⁹ Die WählerInnen, die die NPD 2006 aus dem Reservoir der vormals CDU oder SPD Wählenden gewinnen konnte, haben nicht den Rückweg angetreten,⁶⁰ sondern den Ausstieg in die Gruppe der NichtwählerInnen gesucht. Daher bleibt die Freude über immerhin knapp 20.000 Wahlberechtigte, die, im Vergleich zu 2006, nicht mehr NPD wählten, getrübt.

⁵⁵ Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011. Wahlreport, Berlin 2011, S. 44.

⁵⁶ Ebd.

⁵⁷ tagesschau.de: Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 04. September 2011, (Zugriff 22.09.2011).

⁵⁸ Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011. Wahlreport, Berlin 2011, S. 42.

⁵⁹ A.a.O., S. 9

⁶⁰ 2006 konnte die NPD „per Saldo insgesamt ca. 31.000 Stimmen von früheren Wählern anderer Parteien gewinnen, insbesondere von der CDU (+12.000) und der SPD (+7.000)“ (Infratests dimap (Hrsg.), Mecklenburg-Vorpommern hat gewählt, Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, 17. September 2006, Berlin 2006, S. 28).

5 Perspektiven der Partei nach der Wahl

Interessant ist nun die Frage, was der erneute Einzug der NPD in den Schweriner Landtag bedeutet. Das Engagement in den Wochen vor der Wahl war groß: Sei es „Storch Heinar“, der mit Musikveranstaltungen und einer massiven Plakatierung gegen die Wahl der NPD mobilisierte, seien es die Plakate aus dem Umfeld der Aktion „Kein Ort für Nazis“, die sich überall finden ließen oder auch die Kampagnen, an denen die landesweite Initiative „Wir. Erfolg braucht Vielfalt“ beteiligt war. Eine Wirkung der Arbeit lässt sich durch das Wahlergebnis weder belegen noch verneinen. Der Blick auf die klassische Klientel der NPD lässt jedoch vermuten, dass sich diese durch die eher urbanen Formen oder plakativen Parolen wenig angesprochen fühlen. Es gibt keinerlei Indizien, die darauf hindeuten, dass die WählerInnen „fälschlicherweise“ rechtsextrem gewählt haben und lediglich durch eine Aufklärungskampagne davon abzuhalten wären.

Es liegt vielmehr die Vermutung nahe, dass sich die WählerInnen bei der NPD und den sie repräsentierenden Personen aufgehoben fühlen. In Teilen scheint es den Rechtsextremen gelungen zu sein, die Bedürfnisse und Fragen ihrer UnterstützerInnen auch angesprochen und damit bedient zu haben. Für eine erfolgsversprechende Präventionsarbeit wird es daher notwendig sein, verstärkt auf das Zusammenspiel von Angebotsstruktur der NPD und der spezifischen Nachfragestruktur aufseiten ihrer WählerInnen zu schauen.

Trotz des für Politik und Gesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern wenig erfreuliche Ergebnisses ist es der NPD nicht gelungen ihr Potenzial 2011 vollständig zu mobilisieren. Dies gibt Hoffnung für die weitere Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus im Nordosten.

Nicht mehr im Landtag vertreten – Die FDP

Othmara Glas

1 Einleitung

Bereits im Vorfeld der Landtagswahl 2011 ahnten die Liberalen, dass der Wiedereinzug ins Schweriner Schloss schwierig werden würde. Doch mit dem Endergebnis von gerade einmal 2,8 Prozent hatten selbst die PessimistInnen in der FDP nicht gerechnet. Damit haben die Liberalen nicht nur den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde, sondern auch ihre eigenen Ziele deutlich verfehlt. Trotz ihrer langen Tradition in Mecklenburg-Vorpommern haben sie einen schweren Stand.¹

Im folgenden Aufsatz soll deshalb die Entwicklung der Partei in der vergangenen Legislaturperiode, ihre Ausgangslage im Wahljahr, der Wahlkampf und das Wahlergebnis analysiert werden.

2 Die FDP in der fünften Legislaturperiode

2.1 Innerparteiliche Entwicklungen seit 1990

Bei der ersten Landtagswahl am 14. Oktober 1990 erhielten die Freien DemokratInnen 5,5 Prozent der Stimmen, konnten damit in den Landtag einziehen und bildeten schließlich mit der CDU die erste Landesregierung. Doch sowohl innerhalb der Koalition als auch im Landesverband selbst traten immer mehr Unstimmigkeiten auf.² Eine Besonderheit der FDP im Nordosten Deutschlands war damals ihre sozialliberale Ausrichtung. Diese stand allerdings dem wirtschaftsliberalen Profil der Bundespartei entgegen, was die WählerInnen verunsicherte. Bei der zweiten Wahl zum Landtag 1994 erhielten die Liberalen nur noch 3,8 Prozent und schafften damit nicht den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde. So geriet die Partei in die außerparlamentarische Opposition. Deshalb wurde die FDP in Mecklenburg-Vorpommern unter dem Vorsitz des Unternehmers Detlef Thomanek bis 1998 an den Kurs der Bundespartei angepasst und verlor mit der Zeit immer mehr ihr sozialliberales Profil.³ Doch diese Bestrebungen waren nicht von Erfolg gekrönt. In Verbindung mit der Abwahl Helmut Kohls als Bundeskanzler und dem Ende der schwarz-gelben Bundesregierung musste die FDP bei der Landtagswahl 1998, mit nur noch 1,6 Prozent, ihr bisher schlechtestes Ergebnis hinnehmen. 2002 hatte die Partei ihren Tiefpunkt überwunden und konnte einen Stimmengewinn verzeichnen, war aber mit 4,7 Prozent weiterhin nicht im Schweriner Schloss vertreten.

¹ Die liberale Tradition in Mecklenburg-Vorpommern lässt sich bis ins 19. Jh. zurückverfolgen und hat bekannte Unterstützer wie Arno Esch hervorgebracht.

² Vgl. Steffen Schoon, Wählerverhalten und Strukturmuster des Parteienwettbewerbs in Mecklenburg-Vorpommern nach der Landtagswahl 2006, in: Steffen Schoon/Nikolaus Werz (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2006, S. 9-21, hier: S. 10-11.

³ Vgl. ebd.

Dass die Partei in einer strukturellen Krise steckte, ließ sich auch an den Mitgliederzahlen erkennen. Aufgrund der Vereinigung mehrerer Parteien⁴ konnte die FDP 1991 in Mecklenburg-Vorpommern 7.994 AnhängerInnen zählen. Seit damals hatte sie allerdings einen stetigen Mitgliederschwund zu verzeichnen. Bis 1993 verließ bereits über die Hälfte der Mitglieder die Partei. Zwischen 1993 und 1999 verlor sie dann weitere MitstreiterInnen und zählte 1999 nur noch 1.487. Seitdem scheint der Rückgang der Mitgliederzahlen allerdings gestoppt und es gab nur noch leichte Verluste. 2005 hatte die Partei 1.065 aktive Mitglieder. Mit dem Wiedereinzug in den Landtag 2006 stagnierte die Entwicklung und im Herbst 2010 wies die FDP 1.070 Parteimitglieder vor.⁵ Damit hat sie mehr als doppelt so viele Mitglieder wie der Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen und kann gefestigtere Strukturen vorzeigen.⁶ Außerdem sind die Mitglieder der FDP nicht nur auf die urbanen Zentren konzentriert, da die Liberalen zum Beispiel in allen kommunalen Kreistagen vertreten sind. Diese Verteilung der Mitglieder spiegelt sich ebenso in der Wählerstruktur wider, in der kein Stadt-Land-Gefälle zu erkennen ist.

2.2 Die FDP nach dem Wiedereinzug in den Landtag 2006

Im Jahr 2006 war die FDP nach 12 Jahren Abstinenz, mit einem Wahlergebnis von 9,6 Prozent, wieder ins Schweriner Schloss eingezogen und hatte sieben Mandate erhalten. Die daraufhin gebildete Fraktion bestand aus dem Wismarer Michael Roolf (Fraktionsvorsitzender), der stellv. Fraktionsvorsitzenden Sigrun Reese aus Anklam, dem Parlamentarischen Geschäftsführer Gino Leonhard (Rügen), dem Bad Kleiner Hans Kreher (3. Vizepräsident des Landtages) sowie aus Ralf Grabow (Rostock), Sebastian Ratjen (Greifswald) und Toralf Schnur (Waren). Damals hatten die Freien DemokratInnen von protestierenden WechselwählerInnen sowie dem Aufwärtstrend der Partei auf Bundesebene profitieren können.⁷ Da die FDP weder in der Bundesregierung noch im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns vertreten war, hatte sie die Rolle der „doppelten Oppositionspartei“ eingenommen, welche sie auch im Wahlkampf 2006 vertrat.⁸ Nach ihrem Wiedereinzug wurde sie als „demokratische Protestpartei“ von den BürgerInnen angenommen. So konnten die Liberalen in den Folgejahren zunächst eine positive Stimmung ihrer Partei gegenüber verzeichnen. In einer Umfrage kam die FDP bei der Sonntagsfrage ein Jahr nach der Landtagswahl auf neun Prozent.⁹ Im Januar 2009 erhielt sie, in einer von der Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern in Auftrag gegebenen Umfrage, elf Prozent.¹⁰ Die Wahlergebnisse bei den Kommunalwahlen und der Wahl zum Europäischen Parlament am 7. Juni 2009 signalisierten mit 8,7 bzw. 7,6 Prozent eine gewisse Zufriedenheit der liberalen Wählerschaft. Auch die Bundestagswahl, bei der die FDP 9,8 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern erhielt, lässt sich dahingehend deuten.¹¹ Erst nach Bekanntwerden des Rücktritts von Guido Westerwelle und dem Eklat

⁴ Hier vereinigten sich die BFD, die DFP und die bundesrepublikanische FDP.

⁵ Zahlen nach Angaben des Landesverbandes.

⁶ Vgl. dazu auch der Beitrag von Koch/Olbrich in diesem Band.

⁷ Nico Jessen, Die FDP in Mecklenburg-Vorpommern – Entwicklungen seit 1998, in: Schoon/Werz (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, 2006, S. 59.

⁸ Vgl. ebd. S. 54.

⁹ Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Forsa vom 20.09.2007.

¹⁰ Umfrage durchgeführt von polis+sinus vom 13.01.2009.

¹¹ Vgl. dazu auch Tabelle 1 in dem Beitrag von Koschkar in diesem Band.

um die Vergabe der Listenplätze Anfang April 2011 sowie der Bekanntgabe Roolfs, sich aus der Landespolitik zurückziehen zu wollen, fiel der Umfragewert der FDP binnen weniger Wochen unter die Fünf-Prozent-Sperrklausel auf nur noch drei Prozent.¹²

Der Dissens unter den Parteimitgliedern überstrahlte im Wahljahr sogar die Themen der Legislaturperiode 2006 bis 2011. Das waren insbesondere die Kreisgebietsreform, die Neufassung des Landeshochschulgesetzes und die von Innenminister Caffier angestrebte Polizeireform. Die FDP-Fraktion sprach sich offen gegen das nun durchgeführte Modell der Kreisgebietsreform mit sechs Landkreisen und zwei kreisfreien Städten aus.¹³ Ihre wichtigsten Anliegen waren in diesem Kontext die Beibehaltung der kreisfreien Städte, die Durchführung einer Volksbefragung, die Festlegung der Verwaltungsaufgaben vor der Ziehung der neuen Kreisgrenzen sowie die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und Selbstorganisation.¹⁴ Im Zuge der Neufassung des Landeshochschulgesetzes forderte die FDP-Fraktion mehr Hochschulautonomie.¹⁵ Weiterhin verlangte sie das Ende des Stellenabbaus bei der Polizei, welchen die Polizeireform vorsieht.¹⁶ In den fünf Jahren im Schweriner Schloss hat es die Partei jedoch nicht geschafft sich ein Kompetenzprofil anzueignen. Durch das Vorhandensein der NPD im Landtag war zudem die allgemeine Streitkultur reduziert,¹⁷ was es für die FDP schwierig machte als Opposition wahrgenommen zu werden.

Mit Übernahme der Regierungsverantwortung im Bund ab Oktober 2009 wurde die Wahrnehmung der Landes- und Kommunalpolitik in Mecklenburg-Vorpommern immer mehr vom Verhalten der FDP auf bundespolitischer Ebene überschattet. Nicht eingehaltene Wahlversprechen, wie zum Beispiel Einkommenssteuersenkungen, Zerwürfnisse mit dem Koalitionspartner bei Fragen der Euro-Rettung und der Atom-Politik oder die Nichtteilnahme Deutschlands am Militäreinsatz in Libyen, führten zu Kritik am Kurs der Freien DemokratInnen. Als Konsequenz dessen stellte sich Guido Westerwelle auf dem in Rostock abgehaltenen FDP-Bundesparteitag im Mai 2011 nicht erneut zur Wahl des Parteivorsitzenden. Zusammen mit den inhaltlichen Debatten erzeugten die personellen Querelen im Bundesvorstand einen negativen Bundestrend. Dieser überschattete schließlich auch die Wahrnehmung der Landespolitik und verstärkte damit noch zusätzlich den Effekt, dass die Bundespartei anstelle der Landespartei in den Mittelpunkt des medialen Echos rückte. Für kleine Parteien, vor allem in Ostdeutschland, ist jedoch der Bundestrend ein entscheidender Faktor für Wahlerfolge.

So, wie im Bundesvorstand waren auch auf Landesebene innerparteiliche Konflikte nicht ausgeblieben. Öffentlich ausgetragene Streitereien zwischen dem FDP-Fraktionsvorsitzenden im Schweriner Landtag, Michael Roolf, und dem Landesvorsitzenden Christian Ahrendt verunsicherten die Partei in den Monaten vor der Landtagswahl noch mehr. 2006 hatte es die FDP mit Roolf als Spitzenkandidaten zurück in den Landtag geschafft. Doch spätestens seit der Wahl

¹² Infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTREND April, Berlin 2011; im März hatte es die Partei bei einer Umfrage durch Emnid im Auftrag der SVZ noch auf fünf Prozent gebracht; vgl. dazu auch Tabelle 2 in dem Beitrag von Koschkar in diesem Band.

¹³ Vgl. dazu auch der Beitrag von Heinz/Poling/Schwartz/Warning zur Kreisgebietsreform in diesem Band.

¹⁴ Vgl. FDP-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern: Der Frei-Denker, Ausg. 1/2010, S. 4.

¹⁵ Vgl. ebd. S. 7.

¹⁶ Vgl. FDP-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern: Die FDP im Landtag von M-V. Bericht der FDP-Landtagsfraktion aus der 5. Legislaturperiode, Schwerin 2011, S. 4.

¹⁷ Verfolgung des sog. „Schweriner Weges“; vgl. dazu auch der Beitrag von Heinrich in diesem Band.

Ahrendts zum Landesvorsitzenden 2007 brach die Rivalität zwischen den Beiden offen aus.¹⁸ Die Wahl der Landesliste auf der Landesvertreterversammlung am 3. April 2011 in Klink hatte für die Liberalen in einem Debakel geendet. Meist gehören die vorderen Listenplätze den KandidatInnen, welche die Partei bereits im Landtag vertreten. So war es eigentlich auch in der FDP vorgesehen. Der designierte Spitzenkandidat hieß Michael Roolf. Sogar Ahrendt hatte ihm seine Unterstützung zugesichert. Doch nicht nur Roolf selbst, auch viele seiner Parteikollegen waren überrascht, als das Ergebnis der Abstimmung verlesen wurde. Der Fraktionschef der Liberalen hatte gerade einmal 91 der 191 möglichen Stimmen erhalten. Zwar war der Führungsstil des 49-Jährigen umstritten, doch hatte es zuvor keine offene Kritik an ihm gegeben.¹⁹ Die „Abwahl“ Roolfs hatte einen Dominoeffekt zur Folge: Auch die bisherigen Fraktionsmitglieder Hans Kreher und Ralf Grabow wurden nicht wie vorgesehen auf die Listenplätze zwei und drei gewählt. Daraufhin wurde die gesamte Landesliste neu aufgestellt. Roolf selbst gab noch am selben Wochenende seinen Rückzug aus der Landespolitik bekannt.²⁰ In einem Artikel der Schweriner Volkszeitung hieß es wenig später: „Die FDP hat mehr verloren als einen Spitzenkandidaten.“²¹

Nachdem der FDP im Superwahljahr 2011 in Hamburg ein relativ guter Auftakt gelungen war, machte sich der negative Bundestrend der Partei deutlich bemerkbar.²² Bei den Wahlen zu den Landtagen von Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz sowie der Bremer Bürgerschaft verpasste die FDP den Einzug in die Parlamente.²³ In Baden-Württemberg ist die Partei, trotz starker Verluste, erneut im Landtag vertreten.²⁴ In Mecklenburg-Vorpommern war die Ausgangslage der FDP somit nicht die beste. Das Ziel der Liberalen war, den Einzug in den Landtag erneut zu schaffen. Zwar verbesserten sich die Liberalen in den Wochen vor der Landtagswahl in den Umfragen noch leicht,²⁵ dennoch konnte auch der Wahlkampf mit dem Motto „Klare Kante für Mecklenburg-Vorpommern“ keinen wirklichen Stimmungsumschwung mehr bewirken.

3 Die Wahlkampfstrategie der FDP

3.1 Themenwahlkampf

„Fortschritt beschleunigen, Bürgerfreiheit schützen, Sicherheit ausbauen.“ – Das war der Titel des liberalen Programms zur Landtagswahl. Mit 60 Seiten und rund 24.500 Wörtern war es eines der umfangreichsten in diesem Wahlkampf. Die Hauptthemen der FDP – Bildung, Wirtschaft und Bürgerrechte – nahmen im Wahlprogramm die ersten drei der insgesamt zehn Kapitel ein. Das umfangreichste war hierbei mit Abstand das Wirtschaftskapitel. Unter der liberalen Wählerschaft befand sich 2006 ein hoher Anteil an Selbstständigen, die vor allem mit dem Credo „Privat

¹⁸ Vgl. Max-Stefan Koslik, FDP: „Erneut Streit an der Spitze“, in: SVZ, 08.05.2007.

¹⁹ Vgl. Max-Stefan Koslik, „FDP-Wahlkampfstart mit Hindernissen“, gefunden auf: SVZ.de, 03.04.2011, abrufbar unter: <http://www.svz.de/nachrichten/home/top-thema/article//fdp-wahlkampfstart-mit-hindernissen.html> (Stand: 15.10.2011).

²⁰ Vgl. ebd.

²¹ Max-Stefan Koslik, „Reicht der FDP noch Geschlossenheit?“, in: SVZ, 08. April 2011.

²² Bei der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft am 20. Februar 2011 erhielt die FDP 6,7 Prozent der Stimmen.

²³ Wahlergebnisse: Sachsen-Anhalt 3,8 Prozent, Rheinland-Pfalz 4,2 Prozent, Bremen 2,4 Prozent.

²⁴ Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 27. März 2011 erhielt die FDP 5,3 Prozent der Stimmen.

²⁵ Infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTREND August: 3,0 Prozent, August II: 3,5 Prozent, August III: 4,5 Prozent, Berlin 2011.

vor Staat“ angesprochen werden sollten. Eine zentrale Forderung der Liberalen war die Einführung eines Mittelstandsgesetzes, welches alle wichtigen Maßnahmen und Vorschriften für mittelständische Betriebe bündeln sollte. Außerdem sollten Subventionen langfristig abgebaut und Zuschüsse auf Darlehensformen umgestellt werden. Zur Förderung der Wirtschaft waren außerdem der Abbau der Spannungen zwischen Ökonomie und Ökologie sowie der Ausbau der Infrastruktur wichtige Anliegen.²⁶ 2006 hatte es die FDP beim Thema Bildung, vor allem mit der Forderung nach mehr Autonomie für die Schulen und Hochschulen im Land, noch geschafft zu überzeugen.²⁷ Da diesmal auch die anderen Parteien diese Thematik aufgriffen, blieb hier nun kein Raum mehr für eine Profilierung. Bei ihrem zweiten Kernthema setzten die Liberalen deshalb einen besonderen Schwerpunkt bei der frühkindlichen Bildung: Den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem ersten Geburtstag und langfristig beitragsfreie Kindertagesstätten sahen sie hierfür als unerlässlich an.²⁸ Das dritte Kernthema der Liberalen beinhaltete Freiheit, Rechtsstaat und Bürgerrechte. Hier fallen Parallelen mit der Partei Die LINKE auf. Beide Parteien sprachen sich gegen den Stellenabbau bei der Polizei, eine flächendeckende Videoüberwachung und Vorratsdatenspeicherung aus. Die Forderung nach einer Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen im Einsatz fand sich parteiübergreifend in den Wahlprogrammen wieder. Den Kampf gegen den Extremismus sieht die FDP als gesamtgesellschaftliche Aufgabe an. Im Gegensatz zu SPD, CDU, Die LINKE und Bündnis 90/Die Grünen formulierten sie jedoch kein Verbot der NPD in ihrem Wahlprogramm. Die Rolle Mecklenburg-Vorpommerns in Europa fand sich, wenn auch nur kurz, wieder. Die Liberalen wollten die Bedeutung des Landes in der EU stärken und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern.²⁹

Die Umsetzung der beschriebenen Themen erfolgte im Wahlkampf auf verschiedene Weise. Während die Punkte Wirtschaft und Bildung sogar auf Großflächenplakaten vertreten waren, wurden Bürgerrechte auf den Wahlplakaten kaum angesprochen. Der im Wahlprogramm verwendete Slogan „Privat vor Staat“ wurde im Wahlkampf mit einem eigenen Großflächenplakat aufgegriffen. Die bildungspolitischen Ziele hatten die Freien DemokratInnen allgemein mit motivierten Lehrern, mehr Bildung und weniger Schulabbrechern formuliert. Besondere Aufmerksamkeit wollten sie dabei mit dem Wahlplakat „Gute Bildung kostet“ gewinnen. Orthographische Fehler und ein Jugendlicher mit Glatze sollten auf die Missstände im Bildungssystem Mecklenburg-Vorpommerns hinweisen und verdeutlichen, dass schlecht ausgebildete Jugendliche, die keine Zukunftschancen sehen, anfälliger für extremistische Parolen und Gedankengut werden, weshalb schlechte Bildung sogar die Demokratie kosten kann. Einige Tage vor der Landtagswahl versuchte die Bundes-FDP, dem Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern eine neue Richtung zu geben. Bei der Wahlkampfveranstaltung am 31. August in Rostock hatte der Bundesvorsitzende Philipp Rösler das Abschlusswahlplakat enthüllt, das sich gegen Eurobonds richtete.

Mit Blick auf die Wirkung von Wahlkämpfen war die Taktik der FDP jedoch wenig durchdacht. Wahlplakate sollten längerfristig aufgestellt werden, sich auf Landesthemen beziehen und leicht verständlich sein. Mit der Kampagne gegen Eurobonds wurde jedoch ein bundes- beziehungsweise europapolitisches Thema in einen Landtagswahlkampf eingebracht, das zudem noch sehr komplex ist. Rösler meinte dazu, dass die FDP die Eurobonds ablehne, weil dann das gesamte

²⁶ Vgl. Programm zur Landtagswahl 2011, S. 13 ff.

²⁷ Vgl. Jessen, Zurück im Schweriner Schloss, 2006, S. 56.

²⁸ Vgl. Programm zur Landtagswahl 2011, S. 4 ff.

²⁹ Vgl. ebd. S. 47-48.

Zinsniveau steige und dies ein Landesthema sei, da sich somit für Kreise und Gemeinden ebenfalls die Zinslast erhöhen würde.³⁰

Die FDP fokussierte sich mehr auf einen Themen- als auf einen Personenwahlkampf. Jedoch gelang es der Partei nicht, sich mit einem speziellen Themenschwerpunkt von den anderen Parteien abzuheben. Ein inhaltlicher Schlagabtausch mit den anderen Parteien war ebenfalls nicht zu beobachten. Als Kleinpartei, die um den Wiedereinzug in das Landesparlament kämpfte, geriet sie in den Hintergrund der im Landtag etablierten Parteien SPD, CDU und Die LINKE, aber auch der NPD sowie Bündnis 90/Die Grünen, denen zumindest die Kompetenz bei umweltpolitischen Themen zugesprochen wurde. Der Themenwahlkampf der FDP wurde also von den potenziellen WählerInnen kaum wahrgenommen, die somit der Partei keine Problemlösungskompetenz in einem besonderen Themenfeld zuschrieben.³¹

3.2 Personenwahlkampf

Kleine Parteien, wie die FDP oder Bündnis 90/Die Grünen, besitzen selten bekannte PolitikerInnen, weshalb sie in ihren Wahlkämpfen nur wenig personalisieren und mehr auf Themen setzen. So nahm auch nicht der Spitzenkandidat der FDP die zentrale Rolle in diesem Landtagswahlkampf ein. Trotz dessen ließ sich eine lokale Form der Personalisierung beobachten: In den Wahlkreisen waren meistens die Gesichter der KandidatInnen vor Ort auf den Wahlplakaten zu sehen, denen dann bestimmte Themenschwerpunkte zugeordnet wurden. Neben den Themen wurde also auf die lokale Verankerung der Honoratioren als Schubkraft gesetzt.

Als Spitzenkandidat 2006 und Fraktionsvorsitzender der FDP-Landtagsfraktion wäre Michael Rooff wahrscheinlich noch der bekannteste Liberale in Mecklenburg-Vorpommern gewesen. Doch nachdem dieser bei der Wahl zum Spitzenkandidaten auf der Landesvertreterversammlung Anfang April 2011 durchgefallen war, wurde an seiner Stelle der 38-jährige Gino Leonhard mit 81 Prozent der Stimmen zum Spitzenkandidaten gewählt. Ihm folgten auf der Landesliste der Ludwigsluster Kreischef Thomas Heldberg und die bisherigen Mitglieder des Landtages Toralf Schnur und Sigrun Reese. Der parlamentarische Geschäftsführer der Landtagsfraktion Leonhard ist besonders bei den Jungen Liberalen beliebt. Seit 1999 gehört er der FDP an und war bis 2004 Bürgermeister der Insel Hiddensee. In der Landtagsfraktion war er zudem für die Themen Innen-, Kommunal- und Sicherheitspolitik zuständig. Parteiintern gilt er als erfahrener Politiker,³² doch bekannt war Leonhard in der breiten Öffentlichkeit kaum jemandem. Bei einer Umfrage im April kannten ihn nur 16 Prozent der Befragten.³³ Diesen Wert konnte er zwar bis kurz vor der Wahl auf 40 Prozent steigern,³⁴ doch gehörte er zusammen mit den SpitzenkandidatInnen der Grünen zu den eher unbekannteren PolitikerInnen. Trotz des intensiven Wahlkampfes konnte die FDP den Mangel an fachlicher und personeller Wahrnehmung nicht ausgleichen.

³⁰ Vgl. NNN, 01.09.2011, S. 18.

³¹ Vgl. dazu auch Tabelle 3 in dem Beitrag von Koschkar in diesem Band.

³² Vgl. „Leonhard: Gino – wer?“, auf: [www.ndr.de](http://www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/landtagswahl_mv_2011/portraits/leonhard111.html), abrufbar unter: http://www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/landtagswahl_mv_2011/portraits/leonhard111.html (Stand: 16.10.2011).

³³ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTREND April, Berlin 2011.

³⁴ Vgl. dazu auch Tabelle 4 in dem Beitrag von Koschkar in diesem Band.

3.3 Angriffswahlkampf

Nachdem die FDP 2006 von ihrem Status als „doppelte Oppositionspartei“ profitieren konnte, hat sich ihre Rolle bis zum Superwahljahr 2011 grundlegend gewandelt. Insbesondere durch die Übernahme der Regierungsverantwortung im Bund infolge der Bundestagswahl 2009 änderten sich die Rahmenbedingungen im Parteienwettbewerb. 2006 hatte sich die Partei im Wahlkampf als glaubhafte Opposition zur rot-roten Landesregierung und zur Großen Koalition der Bundesregierung positionieren können.³⁵ Als Teil der bürgerlichen Regierungskoalition im Bund war das diesmal nicht möglich. Zudem konnte sie sich aufgrund des Aufschwunges von Bündnis 90/Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern nun nicht mehr als einzige demokratische Alternative darstellen. Trotzdem war klar, dass die FDP, wenn der Wiedereinzug gelingen würde, Platz auf der Oppositionsbank nehmen müsste, da weder CDU noch SPD in den Liberalen einen möglichen Koalitionspartner sahen.³⁶

Angriffe gegen die Regierung oder andere Parteien blieben weitestgehend aus oder wurden nicht als solche wahrgenommen. Hinter dem bereits erwähnten Wahlplakat „Gute Bildung kostet“ versteckte sich Kritik an der Bildungspolitik der Landesregierung, da Mecklenburg-Vorpommern mit die niedrigsten Ausgaben bei Bildung und Forschung der Bundesländer hat. Der Slogan „Privat vor Staat“ richtete sich gegen die Wirtschaftspolitik der vorangegangenen Regierungskoalitionen aus SPD und der Partei Die LINKE bzw. aus SPD und CDU. Trotz einiger positiver Entwicklungen hätte Mecklenburg-Vorpommern noch viel Nachholbedarf in Sachen Wirtschaft.³⁷

4 Wahlergebnis

Mit einem Ergebnis von 2,8 Prozent verlor die FDP mehr als zwei Drittel (rund 60.000) ihrer Stimmen im Vergleich zur Landtagswahl 2006. Damals hatten die Freien DemokratInnen vor allem von WechselwählerInnen profitiert, deren Stimmen sie nun wieder einbüßten. Die meisten verloren sie dabei mit 12.000 Wählerstimmen an die SPD und mit 11.000 Stimmen an die CDU, also jenen Parteien von denen sie fünf Jahre zuvor den meisten Zustrom erhalten hatte. Daneben wanderten 5.000 FDP-WählerInnen zu Bündnis 90/Die Grünen und 2.000 zur Partei Die LINKE. Auch der Austausch mit dem Nichtwählerlager ist nicht ohne Bedeutung. 12.000 ehemalige FDP-WählerInnen gaben in diesem Jahr erst gar nicht ihre Stimme ab. Des Weiteren musste sie den Wegzug von 9.000 ihrer früheren WählerInnen hinnehmen.³⁸

Vergleicht man das Verhältnis von Erst- und Zweitstimmen, fällt auf, dass der Erststimmenanteil der FDP mit 3,1 Prozent über dem Zweitstimmenanteil von 2,8 Prozent liegt. Allgemein fällt dieses Verhältnis bei Wahlen in den neuen Bundesländern jedoch sehr gering aus. Zudem minderten die schlechten Aussichten auf eine Regierungsbeteiligung die Splittingbereitschaft der WählerInnen zugunsten der FDP. War 2006 wenigstens ein ausgeprägtes Splittingverhalten zwi-

³⁵ Vgl. Jessen: Zurück im Schweriner Schloss, 2006, S. 57.

³⁶ Vgl. dazu auch den Koschkar in diesem Band.

³⁷ Vgl. Programm zur Landtagswahl 2011, S. 11.

³⁸ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011 – WahlANALYSE, Schwerin/Berlin 2011, S. 7.

schen CDU und FDP erkennbar, fehlte dies nun, da beide Parteien einen Erststimmenüberhang verzeichneten.³⁹

Obwohl sich mittlerweile die FDP in Mecklenburg-Vorpommern nicht mehr als sozialliberale Partei versteht, lassen sich ihre WählerInnen nicht eindeutig einer bestimmten Klientel zuordnen. Ihre Ergebnisse innerhalb der verschiedenen Bevölkerungsgruppen waren relativ ähnlich.⁴⁰ Zwar bekam sie die meiste Zustimmung in den Berufsgruppen der Selbstständigen (sechs Prozent) und der BeamtInnen (fünf Prozent), doch musste sie bei den Selbstständigen auch ihren größten Stimmverlust hinnehmen (-13 Prozentpunkte). Den geringsten Anklang fand die Partei bei den RentnerInnen, von denen gerade einmal ein Prozent die FDP wählten (-4 Prozentpunkte). Auch bei den gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen, wo sie auf fünf Prozent kamen, hatten die Liberalen große Einbußen zu verzeichnen (-12 Prozentpunkte). Auf das Alter bezogen konnte die Partei somit auch eher bei den 18- bis 44-jährigen punkten, bei denen sie vier Prozent erhielt (-9 Prozentpunkte). Diese Wählerstruktur wird dennoch auch in Zukunft eine untergeordnete Rolle bei der Wahlentscheidung für die FDP spielen. Die Hälfte der FDP-WählerInnen besteht aus Spätentschlossenen, die sich erst in den letzten Tagen vor der Wahl beziehungsweise am Wahltag entscheiden.⁴¹

Geht man nach den Themen, die für die WählerInnen in Mecklenburg-Vorpommern die meiste Bedeutung haben, konnte die FDP ihre Wählerschaft hauptsächlich mit Wirtschaftsfragen zum Urnengang bewegen. Auf der anderen Seite war das Thema Wirtschaftspolitik auch ausschlaggebend dafür, dass die bisherigen FDP-WählerInnen zu anderen Parteien wechselten.⁴²

Bis zur Nachwahl auf Rügen, bei der die FDP am 18. September 5,5 Prozent erreichte, war sie in allen Wahlkreisen unter der Fünf-Prozent-Marke geblieben. Dieses Ergebnis lässt sich vor allem mit der Schwäche des CDU-Direktkandidaten erklären.⁴³ Jedoch ist der Wahlkreis 33 auch der Wahlkreis von Spitzenkandidat Gino Leonhard, der dort von seiner lokalen Verankerung profitierte. Er erhielt immerhin 14,9 Prozent der Erststimmen und wurde somit Dritter bei der Wahl zum Direktkandidaten, hinter den Kandidaten der SPD und Die LINKE. Bei vergangenen Wahlen waren die Insel Rügen und der Kreis Bad Doberan Hochburgen der Liberalen. Doch gerade im Wahlkreis Bad-Doberan II erlebten sie in diesem Jahr den größten Einbruch (-8,9 Prozentpunkte). Verlässt man jedoch die Ebene der Wahlkreise und begibt sich auf Gemeindeebene, so lässt sich feststellen, dass die Liberalen ihr bestes Ergebnis in Neu-Kaliß erreichten, wo sie mit 22,6 Prozent sogar einen Stimmenzuwachs gegenüber 2006 verzeichnen konnten. Das lässt auch auf eine gewisse Zufriedenheit mit dem dort amtierenden FDP-Bürgermeister Burkhard Thees zurückführen. Insgesamt traten die Einbußen der FDP allerdings nahezu flächendeckend auf.⁴⁴

2006 hatten die Liberalen mit 9,6 Prozent überproportional gewonnen und lagen weit über ihrem üblichen Landesschnitt, der bis dahin zwischen 1,6 und 5,5 Prozent lag. Das diesjährige Ergebnis ist demnach nicht außergewöhnlich schlecht, sondern passt zu den bisher erreichten Stimmzahlen bei vergangenen Landtagswahlen. Dennoch ist das Resultat das zweitschlechteste in der Ge-

³⁹ Vgl. ebd., S. 26-27.

⁴⁰ Vgl. ebd., S. 13-15.

⁴¹ Vgl. ebd., S. 19.

⁴² Vgl. ebd., S. 16-17.

⁴³ Vgl. dazu auch der Beitrag von Huchel/Rausch in diesem Band.

⁴⁴ Vgl. Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011 – WahlANALYSE, Schöner/ Berlin 2011, S. 21.

schichte des Landesverbandes, mit dem die FDP erstmals sogar hinter der NPD landet.⁴⁵ Dass sie ihre Wählerstimmen in alle politischen Richtungen verlor, spricht für das unspezifische Wählerprofil der Liberalen. Ein weiterer Beweis dafür ist, dass sie in allen Bevölkerungsgruppen fast gleich schlecht abschnitten. Weder die Generation noch das Geschlecht spielt eine Rolle bei der Wahlentscheidung. Ebenso wie bei den Berufsgruppen, bei denen sich keine besonders hervorhebt, gibt es auch kein Stadt-Land-Gefälle, das sich bemerkbar machen würde. Trotz der Zweitstimmenkampagne stimmten die FDP-WählerInnen nicht taktisch ab, was ein Zeichen dafür ist, dass es im Land keine Wahrnehmung einer möglichen schwarz-gelben Regierungskoalition gibt. Alle diese Faktoren zusammen, in Verbindung mit dem negativen Bundestrend, sprechen für den schlechten Zustand der Partei, sowohl in Mecklenburg-Vorpommern als auch im Bund.

5 Fazit und Perspektiven der Partei nach den Wahlen

Konnte die FDP 2006 von den speziellen Rahmenbedingungen als „doppelte Oppositionspartei“ profitieren, gab es neben dem negativen Bundestrend noch weitere Faktoren, die das Wahlergebnis 2011 beeinflussten. Die FDP lag bis zum Wahltag in Umfragen stets unter der auch psychologisch so wichtigen Fünf-Prozent-Marke. Hinzu kam der fehlende inhaltliche und personelle Kompetenzzuspruch. In fünf Jahren hatte es die Partei über ihre Oppositionsarbeit im Schweriner Landtag nicht geschafft sich ein Kompetenzprofil anzueignen. Dies konnte dann auch im Wahlkampf nicht mehr gelingen. Zudem mangelte es den Liberalen in der Wahrnehmung der BürgerInnen an innerer Geschlossenheit. Der letzte Einflussfaktor war das Nichterreichen der Etablierung als „Koalitionsoption“ durch die anderen Parteien.

Nach nur einer Legislaturperiode muss die FDP ihre Arbeit nun wieder außerhalb des Landtages fortführen. Anders als auf der Bundesebene in den Jahren von 1998 bis 2009 hat es die FDP im Land nicht geschafft, ihre Rolle als Oppositionspartei positiv zu gestalten. Wie schon in den 1990er Jahren steckt die Partei in einer tiefen strukturellen Krise.⁴⁶ Obwohl sie gegenüber Bündnis 90/Die Grünen auf ein relativ großes personelles Reservoir zurückgreifen kann, wodurch sie mehr finanziellen Spielraum bei den Wahlkampfkosten hat und mehr Präsenz vor Ort zeigen kann, ist es ihr nicht gelungen, diese Vorteile zu nutzen. Ohne den 2006 wirkenden „Rückenwind“ aus dem Bund fällt die FDP auf ihr Normalmaß in Mecklenburg-Vorpommern zurück. Christian Ahrendt, der noch am Abend des 4. Septembers seinen Rücktritt bekannt gegeben hatte, wollte seiner Partei damit die Chance geben, sich neu aufzustellen.⁴⁷ Ob die Wahlniederlage weitere personelle Konsequenzen im Landesverband nach sich zieht, bleibt abzuwarten. Auch wenn die FDP nicht wieder ins Schweriner Schloss einziehen konnte, sind die Liberalen in allen Kreistagen Mecklenburg-Vorpommerns vertreten, wo sie ihr Bild bei den WählerInnen durch eine gute Kommunalpolitik verändern können. Die Partei könnte es sich in den folgenden Jahren zum Beispiel zur Aufgabe machen die Kreisgebietsreform inhaltlich auszufüllen oder den Bürokratieabbau voranzutreiben und sich damit ebenfalls wieder auf Landesebene profilieren.

⁴⁵ Vgl. ebd., S. 23.

⁴⁶ Vgl. Nikolaus Werz/Hans Jörg Hennecke, Die FDP in Mecklenburg-Vorpommern; in: Dies. (Hrsg.), Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern, München 2000, S. 140-159, hier: S. 155.

⁴⁷ Vgl. OZ, 06.09.2011, S. 2; bereits einen Tag später zog er diese Entscheidung jedoch wieder zurück.

Dennoch wird die Wahrnehmung der Freien DemokratInnen im Land nicht zuletzt maßgeblich von der Stellung der Bundespartei beeinflusst. Falls die FDP nach der Bundestagswahl 2013 wieder Platz auf der Oppositionsbank nehmen sollte, gibt dies der Partei wiederum die Möglichkeit sich erneut durch eine erfolgreiche liberale Oppositionspolitik auszuzeichnen.

Der Erfolg der FDP ist in Mecklenburg-Vorpommern immer von WechselwählerInnen abhängig. Durch das Fehlen einer politischen Mitte kann die Partei in Krisenzeiten nur auf eine kleine Stammwählerschaft zurückgreifen. Die Herausbildung einer bürgerlichen Mittelschicht müsste erfolgen, um mehr Akzeptanz einer schwarz-gelben Mehrheit in der Bevölkerung zu erreichen. Dann könnte sich die FDP im Parteiensystem Mecklenburg-Vorpommerns nicht nur auf kommunalpolitischer Ebene, sondern auch auf landespolitischer Ebene etablieren. Bis dahin muss sie allerdings ihre innerparteilichen Konflikte lösen und versuchen als außerparlamentarische Oppositionspartei ihren Weg zu finden.

Die Kleinstparteien und Einzelbewerber

Maria Bischoff/Christian Nestler

1 Einleitung „Im Schatten der Macht“

Die Parteien, die derzeit oder in der Vergangenheit im Schweriner Landtag Mandate gewonnen haben, konnte man bis zu dieser Wahl, mit fünf¹ beziffern. Das „historische Ereignis“² des Einzuges von Bündnis 90/Die Grünen erhöht die Summe derer, denen dies mindestens einmal gelungen ist, auf sechs. Damit sind die Parteien, die in dieser Hinsicht als erfolgreich bezeichnet werden können, gegenüber jenen, denen dies noch nie gelungen ist, klar in der Minderheit. Seit der ersten Landtagswahl 1990 verzeichnet der Landeswahlleiter³ bereits 36 unterschiedliche Parteien, die sich zur Wahl gestellt hatten, dazu kommen 24 Einzelbewerber seit 1994.⁴ Zwischen sieben und zehn Kleinstparteien versuchten je Wahl, mit ihrer „Nischenpolitik“ Wählerstimmen für sich zu gewinnen.

Dieser Beitrag geht, am Beispiel der Wahl zum 6. Landtag in Mecklenburg-Vorpommern am 4. September 2011, der Frage nach, was diese „anderen“ Parteien antreibt, was ihre WählerInnen motiviert ihnen ihre Stimme zu geben und ob eine Wählerbindung stattfindet. Hierfür werden zunächst die allgemeinen (1) und speziellen (2) Rahmenbedingungen referiert. Das Wahlergebnis (3) stellt die Grundlage für die Auswahl von drei Parteienportraits (4) dar. Den Abschluss bildet ein Resümee (5) zur Situation der Kleinstparteien.

Die Parteienlandschaft hat seit dem Bestehen der Bundesrepublik zumindest vier Phasen durchlaufen,⁵ an deren vorläufigem Ende aktuell ein asymmetrisches Fünf-Parteiensystem steht.⁶ Trotz dieser Entwicklung, die mit einer starken Wählerkonzentration verbunden war, gab es zu gewissen Hochzeiten – zu Beginn der 1950er Jahre, in den 1970er Jahren und nach der Wiedervereinigung – immer zahlreiche Kleinstparteien, speziell auf Länderebene.

Die etwa 150 „Parteien“, die es in der Geschichte der Bundesrepublik gab,⁷ bewegten und bewegten sich, entgegen ihres Selbstverständnisses, häufig außerhalb der strengen Definitionskriterien des Parteiengesetzes, hier besonders § 1 Abs. 2 und § 2 Abs. 1, also Dauerhaftigkeit, Engagement

¹ CDU, FDP, Die LINKE, SPD und NPD.

² Steffen Schoon/Britta Saß/Johannes Saalfeld, Kein Land(tag) in Sicht? – Bündnis 90/Die Grünen in Mecklenburg Vorpommern, München 2006.

³ Wahlen zum Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, abrufbar unter: http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM/de/start/_Landeswahlleiter/Landeswahlleiter/landtagswahlen/index.jsp (Stand: 25.08.2011).

⁴ Die Aufstellungen für 2011 sind eingeschlossen. Die PDS wurde mit ihren Nachfolgerinnen nur einfach gezählt. Für 1990 ist die Zahl der Einzelbewerber nicht zu verifizieren.

⁵ Vgl. Ulrich von Alemann, Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2003, S. 41-79.

⁶ Vgl. Karl-Rudolf Korte/Manuel Fröhlich, Politik und regieren in Deutschland: Strukturen, Prozesse, Entscheidungen, Paderborn 2004, S. 137-140.

⁷ Ein Überblick bieten: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden 2007. Wenn man der Argumentation von Jan Köhler folgt könnten sich bereits 500 bis 1.000 Parteien gegründet haben, von denen allerdings die meisten nicht mehr aktiv sind. Vgl. Jan Köhler, Nicht-etablierte Parteien: Funktionen und Rechtsfragen, in: Uwe Jun/Henry Kreikenbom/Viola Neu (Hrsg.), Kleine Parteien im Aufwind: Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft, Frankfurt am Main/New York 2006, S. 39-57, hier: S. 39-41.

und Ernsthaftigkeit.⁸ Ulrich von Alemann gießt die 21 Seiten des Gesetzes in folgende Definition:

„Parteien sind auf Dauer angelegte, freiwillige Organisationen, die politische Partizipation für WählerInnen und Mitglieder anbieten, diese in politischen Einfluss transformieren, indem sie politisches Potential selektieren, was wiederum zur politischen Integration und zur Sozialisation beiträgt und zur Selbstregulation führen kann, um damit die gesamte Legitimation des politischen Systems zu befördern.“⁹

Da den Kleinstparteien im Besonderen die Fähigkeit zur Transformation des Wählerwillens in politischen Einfluss abgeht, werden sie von den Medien unter anderem als „Polit-Zwerge“ und „Winz-Vereinigungen“ ins Lächerliche gezogen.¹⁰ Politikwissenschaftliche Handbücher im Allgemeinen sehen in ihnen Splitterparteien,¹¹ die Wahlforschung im Speziellen bezeichnet sie als Sonstige.

Zusammen mit den fantasiereichen Namen – wie SPASSPARTEI – und den zum Teil skurrilen Bemühungen Aufmerksamkeit im Wahlkampf zu erregen, erreichen die Parteien kaum eine Kenntnisnahme durch die Medien und die Öffentlichkeit. Unter dem Slogan „Totale Rückverdummung der Menschheit“ wirbt die Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands in einem Wahlspot zur Berlinwahl 2011 für sich. Sie scheinen einzig als „Amüsement am Rande“ ihre Berechtigung zu haben.¹²

Die Wählerkonzentration auf die sechs im Land vertretenen Parteien, die als Parlamentskandidaten gehandelt werden müssen, ist bei den bisherigen Wahlen nie unter 96,1 Prozent der Zweitstimmen gefallen. Seit 1994 ist den Kleinstparteien allerdings eine Steigerung ihres Wählerstimmenanteils um 2,4 Prozent gelungen.¹³ Mit Blick auf das Wahlergebnis 2011 stellt sich die Frage, ob von einer zunehmenden Fragmentierung ausgegangen werden muss. Gleichwohl bleibt die gesetzlich verankerte Marginalisierung der Kleinstparteien der Hauptgrund dafür, dass aus diesen keine Gefahr für die Stabilität des politischen Systems erwächst. Diese Marginalisierung und ihre Bedeutung für die Kleinstparteien lässt sich mit den folgenden zwei Punkten illustrieren:

1. Als fester Bestandteil des Verhältniswahlrechts in Deutschland wurde aus der Erfahrung der Weimarer Republik die Notwendigkeit einer Sperrklausel abgeleitet. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1952 wurde diese im Bund und in den Ländern mit fünf Prozent des Zweitstimmenergebnisses festgesetzt und 1953 durch das Bundeswahlgesetz implementiert.¹⁴ Die Intention des Gesetzgebers ist die Verhinderung einer übermäßigen Aufsplitterung des Parteiensystems. Ein schwer quantifizierbares Problem, wel-

⁸ Vgl. Gesetz über die politischen Parteien, abrufbar unter: http://www.bundestag.de/dokumente/rechtsgrundlagen/pg_pdf.pdf (Stand: 27.08.2011).

⁹ Alemann, Das Parteiensystem, 2003, S. 11.

¹⁰ Vgl. O. A., Brennpunkt: Splitterparteien, in: Focus, Jg. 12 (2005), Nr. 36, S. 44-45, hier: S. 44.

¹¹ Vgl. Jürgen Hoffmann, Splitterparteien (linke und bürgerliche), in: Uwe Andersen/ Wichard Woyke (Hrsg.), Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2009, S. 639-645, hier: S. 639.

¹² Vgl. Dirk van den Boom, Politik diesseits der Macht? Zu Einfluß, Funktion und Stellung von Kleinstparteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1999, S. 11.

¹³ Die Zahlen beruhen auf den Angaben des Statistischen Landesamtes Mecklenburg-Vorpommern. Aus der Berechnung sind Bündnis 90, Die Grünen, Neues Forum, sowie die NPD und die anderen rechten Parteien exkludiert.

¹⁴ Vgl. Manfred Rowold, Im Schatten der Macht: Zur Oppositionsrolle der nicht-etablierten Parteien in der Bundesrepublik (Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte, Bd. 9), Düsseldorf 1974, S. 91-93.

ches sich daraus für die Kleinstparteien ergibt, ist jedoch, dass potenzielle WählerInnen abwägen, ob ihre Stimme nicht verloren wäre, wenn sie diese nicht einer Partei mit realistischen Erfolgchancen geben.

2. Ein weiteres Hindernis für Kleinstparteien ist die Finanzierung ihrer Aktivitäten. Mitgliedsbeiträge und Spenden können in der Regel bei einer neuen Partei nur in Ausnahmefällen die Kosten decken, der einzige Ausweg ist die staatliche Wahlkampfkostenerstattung. Diese setzt allerdings ein Mindestmaß an Erfolg bei Wahlen voraus.¹⁵ Für Landtagswahlen ist es notwendig 1 Prozent der Zweitstimmen auf sich zu vereinen. Das entspräche in Mecklenburg-Vorpommern bei maximaler Wahlbeteiligung 13.900 Stimmen. Bei dem tatsächlichen Stimmenaufkommen von 51,5 Prozent waren bei dieser Wahl nur knapp 7.000 Stimmen notwendig um staatliche Unterstützung zu erhalten. Sobald diese Hürde überwunden wird, können die Parteien mit einer Kostenerstattung in Höhe von 0,85 Euro pro gewonnene Stimme rechnen. Diese Beträge werden ihnen im Folgejahr aus dem aktuell 141,9 Millionen Euro¹⁶ umfassenden Topf zugewiesen.¹⁷

Unabhängig von dieser Wahrnehmung und den Spezifikationen des Parteiengesetzes erfüllen die „Sonstigen“ zwei wichtige Aufgaben: Zum einen zeigen sie neue oder unzureichend durch die etablierten Parteien bediente Konfliktlinien innerhalb der Gesellschaft auf und zum anderen befördern sie die Partizipation der Bürger.¹⁸ Daher werden die hier behandelten Parteien mit Dirk van den Boom wie folgt definiert:

„Eine Klein[st]partei ist eine politische Partei, die sich aufgrund der rechtlichen, finanziellen, personellen, organisatorischen und programmatischen Rahmenbedingungen ihrer Arbeit nicht derart im politischen System durchsetzt, daß sie in signifikantem Maße aktiv und gestaltend am Entscheidungsprozeß und an der Auswahl politischen Führungspersonals teilhat.“¹⁹

Die Kleinstparteien verfügen über eine begrenzte Mitgliederzahl und können zumeist lediglich auf ein eingeschränktes Wählerpotenzial zurückgreifen, dieses kann gegebenenfalls aus nur einer einzigen gesellschaftlichen Gruppe bestehen, was wie oben gezeigt die Sperrklausel zu einem besonderen Hindernis macht.²⁰

Die Erfolgchancen der Kleinstparteien steigen, wenn die parlamentarische Opposition nicht in der Lage ist, Proteststimmen zu absorbieren. Die Bedeutung dieser Absorptionsfunktion steigt mit dem Nachlassen der Integrationskraft der Regierung. Ein Hindernis für Wechsel-, Protest- oder bisherige Nichtwähler wäre dann einzig eine emotionale oder ideologische Barriere gegenüber diesen Parteien.²¹

¹⁵ Vgl. ebd., S. 127.

¹⁶ Der Betrag wurde am 6. Juli diesen Jahres vom Innenausschuss des Bundestag von 133 Millionen Euro angehoben. Für 2012 ist eine weitere Anhebung der Obergrenze auf 150,8 Millionen Euro geplant.

¹⁷ Staatliche Finanzierung der Parteien, abrufbar unter: (http://www.bundeswahlleiter.de/glossar/texte/Staatliche_Finanzierung_der_Parteien.html) (Stand: 29.08.2011).

¹⁸ Vgl. Andreas Schulze, Kleinparteien in Deutschland: Aufstieg und Fall nicht-etablierter politischer Vereinigungen, Wiesbaden 2004, S. 4-5.

¹⁹ van den Boom, Politik diesseits der Macht? 1999, S. 21.

²⁰ Vgl. Uwe Jun/Henry Kreikenbom, Nicht nur im Schatten der Macht: Zur Situation kleiner Parteien im deutschen Parteiensystem, in: Jun/Kreikenbom/Neu (Hrsg.), Kleine Parteien im Aufwind, 2006, S. 13-36, hier: S. 22.

²¹ Vgl. Rowold, Im Schatten der Macht, 1974, S. 82.

2 Wahlzulassung und Wahlkampf zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011

Am 19. Mai 2011 hatten bis 18.00 Uhr – Ausschlussfrist – insgesamt zehn Kleinstparteien ihre Beteiligungsanzeige beim Landeswahlleiter eingereicht:²²

1. PIRATEN-Partei Deutschland (PIRATEN)
2. Familien-Partei Deutschland (FAMILIE)
3. FREIE WÄHLER (FW)
4. Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (Die PARTEI)
5. Alternatives Bündnis für soziale Gerechtigkeit (AB)
6. Partei für Arbeit, Umwelt und Familie, Christen für Deutschland (AUF)
7. Arbeiter/-rinnen Partei Deutschland (APD)
8. Partei Bibeltreuer Christen (PBC)
9. Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)
10. Die Republikaner (REP)

Auf Ebene der Kreiswahlleiter haben vier Einzelbewerber, die sich im Wahlkreis um das Direktmandat bemühten, ihre Kandidatur zur Landtagswahl angemeldet:

- | | |
|---|-----------------------|
| 1. Wahlkreis 1 (Greifswald): | Sven Fothke |
| 2. Wahlkreis 12 (Bad Doberan II): | Andreas Golze |
| 3. Wahlkreis 25 (Nordvorpommern III – Stralsund I): | Hans-Jürgen Fritzsche |
| 4. Wahlkreis 36 (Uecker-Randow II): | Peter Fischer |

Keiner von ihnen war bereits 2006 angetreten. Die Rahmenbedingungen für Einzelbewerber sind denen für Kleinstparteien ähnlich, allerdings potenzieren sich die Schwierigkeiten.

Die hier betrachteten Parteien sind auf aktive Sympathisanten angewiesen, die ihnen bei der Organisation der Partei und der Vorbereitung des Wahlkampfes helfen. Hauptamtliche MitarbeiterInnen würden Geld kosten, was zumeist nicht vorhanden ist. Weiterhin müssen diese Gruppierungen ohne eine flächendeckende Organisationsstruktur im Bundesland auskommen. Daraus folgt, dass sich bei ihnen Phasen der Aktivität – der Wahlkampf – mit Phasen der Passivität – die meiste Zeit bis zum nächsten Wahlkampf – abwechseln. Unter diesen Gesichtspunkten kann die Strategiefähigkeit und Professionalität in der Wahlkampfführung nicht das Niveau der etablierten Parteien erreichen.²³ Grundsätzlich bleibt festzuhalten, dass es eines gewaltigen Maßes an Motivation und Überzeugung für die eigene Sache bedarf, um trotz der vorhandenen Schwierigkeiten einen erfolgreichen Wahlkampf zu führen.²⁴

Die Aufgabe aus der Unbekanntheit heraus WählerInnenstimmen zu akquirieren, wird von den Kleinstparteien zumeist durch die Beschränkung auf spezielle Themen realisiert. Der Versuch eine Person in den Mittelpunkt zu stellen wird vermieden. Im Wahlkampf 2011 machte die Familien-

²² Vgl. Gerald Kleine Wördemann: Zehn Mini-Parteien wollen ins Parlament, in: OZ vom 30.08.2011. Die Parteien FAMILIE, AB, APD und PBC traten erneut an. Der Direktvergleich zwischen dem Ergebnis von 2006 und 2011 ist im Kapitel drei „Wahlergebnis“ der Tabelle 2 zu entnehmen.

²³ Vgl. Jun/Kreikenbom, in: Jun/Kreikenbom/Neu (Hrsg.), Kleine Parteien im Aufwind, 2006, S. 23.

²⁴ Vgl. Birgit Lüke, Splitterparteien: Wahlkampf aus dem Archiv, in: Politik & Kommunikation, Sonderausgabe. 3 (2005), S. 34.

Partei hier eine Ausnahme und nutzte eines ihrer drei Plakatmotive für die Abbildung ihres Spitzenkandidaten.

Die Anzahl der Plakatmotive ist ein deutliches Unterscheidungsmerkmal zu den etablierten Parteien. Kleinstparteien kommen häufig mit einem oder wenigen Plakatmotiven aus. Dies ist, zum einen der mangelnden Themenvielfalt und den begrenzten Finanzmitteln geschuldet und zum anderen der Versuch, sich mit diesem einen dann breit gestreuten Plakatmotiv ins Bewusstsein der WählerInnen zu drängen.²⁵ Die anderen Parteien hingegen haben die Mittel, um eine große Zahl verschiedener Plakate zu drucken, beschmutzte zu ersetzen oder im Wahlkampf bei einem Strategiewechsel neu zu plakatieren. Das Design der Plakatmotive der Kleinstparteien ist durch die Themenbezogenheit deutlich bildlastiger. Die Slogans sind so formuliert, dass sie möglichst eingängig sind. Dieses Jahr benutzten die FREIEN WÄHLER beispielsweise bekannte Werbeslogans und adaptierten²⁶ sie für ihre Inhalte.

Wenn Wahlwerbesspots geschaltet wurden, waren diese sehr unterschiedlich.

- Die *Familien-Partei Deutschland* (1:25 Minuten) kommt fast ohne Sprechtext aus und zeigt einen Spielplatz, der, zunächst von alten Leuten umgeben, sehr trübselig wirkt um dann im Sinne einer positiven Wende, untermalt von dynamischer Musik, von zahlreichen Kindern bevölkert zu werden.
- Die *PARTEI* (1:22 Minuten) wirbt mit einem Quartett, welches eine Parteien- bzw. (politische) Farbenlehre durchführt. „Damit MV nicht zu einem hässlichen Tuschkasten wird“, soll man die Sprecherin zur Ministerpräsidentin wählen.
- Die *PIRATEN-Partei Deutschland* (0:44 Minuten) zeigt eine Autofahrt an zahlreichen Wahlplakaten vorbei mit einem „Rapgesang“, der zur Selbstinformation im Plakatejungle – „Traue keinem Plakat informier dich“ – auffordert.

Die Klientel, welche mit diesen begrenzten Mitteln angesprochen werden soll, umfasst neben denen die sich mit den „Nischenthemen“ identifizieren, Protestwähler und konjunkturelle Nichtwähler, die den etablierten Parteien einen „Denkzettel“ verpassen wollen, oder eine Alternative suchen.²⁷

3 Das Wahlergebnis

An der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern beteiligten sich im Jahr 2011 insgesamt 16 Parteien und vier Einzelbewerber. Die Parteien AUF, Die PARTEI, FREIE WÄHLER, ödp und PIRATEN nahmen erstmals an der Wahl zum Landtag teil. Außerdem stellten AB, APD, Die PARTEI, REP, ödp und PBC keine DirektbewerberInnen auf. Wie der folgenden Tabelle (Tab.

²⁵ In diesem Wahlkampf war die PIRATEN-Partei unter den Kleinstparteien Spitzenreiter mit zumindest sechs verschiedenen Plakaten.

²⁶ „Meckerst du noch oder wählst du schon“ = „Wohnst du noch oder lebst du schon“ (IKEA)
 „Nur wo FREIE WÄHLER drauf steht ist auch Bürgerwille drin“ = „Nur wo Nutella drauf steht ist auch Nutella drin“ (Nutella)

²⁷ Vgl. Eva Wenzel/Hans Rattinger, Nichtwähler und Protestwähler – eine strategische Größe des Parteiensystems? in: Hans Zehetmaier (Hrsg.), Das deutsche Parteiensystem: Perspektiven für das 21. Jahrhundert, Wiesbaden 2004, S. 28-44, hier: S. 28-29.

1) zu entnehmen, ist für die Kleinst- bzw. Kleinparteien zu konstatieren, dass die FREIEN WÄHLER die meisten Erststimmen und die PIRATEN die meisten Zweitstimmen für sich beanspruchen konnten. Insgesamt stieg der Anteil der „Sonstigen“ im Vergleich zur Wahl 2006 von 3,8 auf 5,5 Prozent, wobei die Ergebnisse der erstmalig angetretenen PIRATEN die Vermutung nahe legen, dass hier Korrelationen bestehen. Ein Blick auf die veränderten Zahlen der Einzelbewerber zeigt hingegen einen rückläufigen Zuspruch: 2006 kamen noch 3.620 gültige Erststimmen auf alle vier zusammen, 2011 waren es nur knapp über Tausend (1.054) Stimmen. Zudem kam kein Einzelbewerber über 0,0 Prozent, wohingegen vor fünf Jahren Jörg Klingohr sogar 0,2 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte.

Tab. 1: Ergebnis der sonstigen Parteien und Einzelbewerber bei der Landtagswahl 2011

	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Absolut	prozentual	Absolut	prozentual
AB	-	-	1.493	0,2
APD	-	-	868	0,1
AUF	270	0,0	1.133	0,2
Die Partei	-	-	1.669	0,2
FAMILIE	1.192	0,2	10.538	1,5
FREIE-WÄHLER	10.038	1,5	7.782	1,1
ödp	-	-	598	0,1
PBC	-	-	651	0,1
PIRATEN	1.141	0,2	12.727	1,9
REP	-	-	579	0,1
Fischer, Peter	292	0,0	-	-
Fothke, Steven	232	0,0	-	-
Fritzsche, Hans-Jürgen	276	0,0	-	-
Golze, Andreas	254	0,0	-	-

Eigene Darstellung nach: Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern; http://service.mvnet.de/cgi-bin/wahlen/2011_kom_land/wahl_2011_anz.p?L_WK99.htm (Stand: 30.09.2011).

Der Blick auf die langfristige Entwicklung der Stimmengewinne und Verluste fällt schwer, da nur wenige Parteien bei mehr als einer Landtagswahl seit 1990 angetreten sind. Unter den Kleinstparteien bilden die REP und die PBC die einzigen Konstanten. Die REP verzichtete auf die Teilnahme an den Wahlen 1994, 2006 und 2011. Bei ihr kann von einer Marginalisierung gesprochen werden: Gelang es ihr noch 1990 7.584 beziehungsweise 0,9 Prozent der Zweitstimmen auf sich zu vereinen,²⁸ schnitt sie mit 579 Zweitstimmen 2011, im Vergleich mit den anderen Kleinstparteien, am schlechtesten ab. Die PBC nimmt seit 1994 an jeder Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern teil. Nach einem Hoch 2006 mit 1.957 Zweitstimmen verlor sie 2011 über zwei Drittel dieser Stimmen wieder.

Die anderen beiden Parteien, die bereits 2006 dabei waren, die AB und die APD, konnten ihr absolutes Zweitstimmenergebnis leicht verbessern. Im Falle der AB bedeutet das einen Anstieg um 50 Prozent des Stimmenaufkommens von 2006.

²⁸ Dieser Erfolg 1990 ist vor allem auf den Einzug in das Berliner Abgeordnetenhaus im Jahr zuvor zurückzuführen.

Tab. 2: Langzeitbetrachtung der Kleinstparteien 2006 und 2011 anhand der Zweitstimmen

	1994		1998		2002		2006		2011	
	Absolut	%								
AB	-	-	-	-	-	-	951	0,1	1.493	0,2
APD	-	-	-	-	-	-	774	0,1	868	0,1
FAMILIE	-	-	-	-	-	-	9.463	1,2	10.538	1,5
PBC	792	0,1	1.176	0,1	1.312	0,1	1.957	0,2	651	0,1
REP	-	-	5.809	0,5	2.442	0,3	-	-	579	0,1

Eigenen Darstellung nach: Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern; http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/start/_Landeswahlleiter/Landeswahlleiter/landtagswahlen/index.jsp (Stand: 30.09.2011).

4 Parteienportraits

Die drei stärksten Kleinstparteien PIRATEN, FAMILIE und FREIE WÄHLER, werden im folgenden Kapitel näher vorgestellt.

4.1 Die PIRATEN-Partei – Zwischen Kleinst- und Kleinpartei!?

Als im September 2006 insgesamt 53 Männer und Frauen die Gründungsmitgliedschaft für die PIRATEN-Partei Deutschlands erworben, schrieben sie die Freiheit des Wissens und der Kultur sowie der Privatsphäre auf die Flaggen der Parteiprogrammatik. Ihr Bekanntheitsgrad nahm im Zuge des Aufbegehrens der Internetgemeinschaft gegen die von Ursula von der Leyen initiierten Forderungen zu Internetsperren exponentiell zu. Mit ihren speziellen Weltanschauungen bzw. der starken Fokussierung auf Thematiken der (digitalen) Wissensgesellschaft, versucht sich die Partei von der etablierten Politik zu emanzipieren und spricht dabei einen Teil der jungen Bevölkerungsgruppe an. Zwei Drittel der Wähler sind männlich, maximal 35 Jahre²⁹ alt, überdurchschnittlich gebildet und stehen der Politik eher fern, gehören aber zu den Leistungsträgern in ihren jeweiligen Berufen.³⁰ Die Sympathisanten, einteilbar in technikaffine Mitglieder und Basisdemokraten mit unterschiedlichen politischen Ambitionen und Absichten, eint die inhaltliche Priorisierung des Kommunikationsmediums Internet bzw. die Positionierung der PIRATEN zu den Kernthemen Innere Sicherheit und Datenschutz. Die junge digitale Generation möchte sich in das politische Feld der älteren, zumeist nicht digitalen Generation, einmischen.

In Mecklenburg-Vorpommern nahm die Partei 2011 erstmalig an einer Landtagswahl teil. Nach den Wahlerfolgen bei der Bundestagswahl 2009 und der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2010, wo viele Erst- und Jungwähler mobilisiert werden konnten, erhofften sich auch die PIRATEN im Nordosten Stimmengewinne. Mit insgesamt 12.577 Stimmen erreichten sie einen Zweitstimmenanteil von 1,9 Prozent, was als Erfolg gesehen werden kann, obwohl sie damit unter dem Bundesdurchschnitt (zwei Prozent) lagen. Mecklenburg-Vorpommern als Flächenland mit wenigen urbanen Zentren ist für die PIRATEN ein schwierig zu „enterndes“ Gebiet. Mit dem Zweitstimmenanteil von 1,9 Prozent können sie im kommenden Jahr von der Wahlkampf-

²⁹ Sebastian Krätzig: Die Piratenpartei als ein Puzzlestück in der neuen Konfiguration der Mehrparteienrepublik, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 23 (2010), Nr. 4, S. 91-97, hier: S. 92.

³⁰ Vgl. Udo Zolleis/Simon Prokopf/Fabian Strauch, *Die Piratenpartei. Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?* (Aktuelle Analysen, Nr. 55), München. 2010, S. 31.

kostenerstattung profitieren. Bei den Kommunalwahlen, die zeitgleich stattfanden, konnten in Südvorpommern 1,5 Prozent erzielt werden, wodurch mit Matthias Bahner erstmals ein Pirat in eine Volksvertretung in Mecklenburg-Vorpommern einzieht.³¹ Zur transparenzorientierten, internetpointierten und auf die Freiheit von Wissen und Kultur zielenden Politik, welche einen verbindenden Querschnitt durch alle Politikfelder zieht, wird der Partei ein basisdemokratischer Ansatz attestiert, der einen neuen Politikstil verbreiten soll.³² Auffällig ist hierbei die Parallelität zu den Anfängen der GRÜNEN in den 1980er Jahren, obwohl selbst deren Aufstieg vor 30 Jahren nicht so rasant verlief wie der der PIRATEN in den letzten fünf Jahren. „Obgleich sich die Partei noch in der Konsolidierungsphase befindet, verfolgt sie nicht die Strategie, ausschließlich eine Special-Interest-Partei zu sein.“³³ Der sozialstrukturellen Homogenität ist die parteipolitische Lagerzugehörigkeit entgegengesetzt, was durch unterschiedliches Stimmensplittingverhalten bei der Bundestagswahl, als die Erststimme mehrheitlich an das bürgerliche Lager ging, und in Berlin, als die SPD vorwiegend die Stimmen für das Direktmandat erhielt, untermauert werden kann. Ideologisch möchten sich die PIRATEN nicht festlegen. Sie haben explizit den Wunsch, sich von etablierten politischen Kräften abzugrenzen. Die fehlende Links-Rechts-Positionierung ermöglicht es (noch) einen großen Wählerpool für sich gewinnen zu können. Unterstützung bekam die Partei zur Bundestagswahl 2009, als die FREIEN WÄHLER Düsseldorfs eine offizielle Wahlempfehlung für die PIRATEN aussprachen.

Dass die 1,9 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu den fast neun Prozent in Berlin eher bescheiden wirken, wäre u.a. damit zu erklären, dass ein „Großteil des Wählerklientels [...] aus urbanen Zentren stammt“³⁴ und die Partei dort gegründet wurde. Dass die PIRATEN-Partei mit ihrer erst fünfjährigen Existenz im nordöstlichen Bundesland 1,9 Prozent und damit den größten Stimmenanteil der Kleinstparteien beziehungsweise landesweit Platz sieben erreicht hat, kann durchaus als solides Ergebnis gewertet werden. Es lässt sich konstatieren, dass „sich die PIRATEN-Partei gegenwärtig in einer Übergangsphase von Kleinst- zu Kleinpartei befindet, indem zumindest die erste von vier Etablierungsschwellen, nämlich die Legitimationsschwelle, genommen wurde“.³⁵ Der oben beschriebenen Wählerstruktur entsprechend konnten in den urbanen Zentren Rostock und Greifswald deutlich höhere Zweitstimmenergebnisse erzielt werden. Zum Beispiel 4,9 Prozent im Wahlkreis Rostock III und 3,2 Prozent in Greifswald.³⁶

4.2 Die Familien-Partei – Stimmenzuwachs im Schatten der PIRATEN

Die 1981 in Bayern gegründete Familien-Partei wurde nach sieben erfolglosen und inaktiven Jahren 1989 von dem ehemaligen Christdemokraten Franz-Joseph Breyer wiederbelebt und nimmt seitdem regelmäßig an Wahlen auf Landes-, Bundes- und Europa-Ebene teil. Sie selbst bezeichnet sich als Interessenpartei ohne Ideologie, welche der politischen Mitte zuzuordnen sei.

³¹ 1,9 % – Wir sagen Dankel, abrufbar unter: <http://piratenpartei-mv.de/> (Stand: 11.10.2011).

³² Krätzig: Die Piratenpartei, in: *Forschungsjournal NSB*, Jg. 23 (2010), Nr. 4, S. 94.

³³ Henning Bartels, *Die Piratenpartei: Entstehung, Forderungen und Perspektiven der Bewegung* (Reihe Netzbürger, Bd. 1), 2009, S. 224f.

³⁴ Krätzig: Die Piratenpartei, in: *Forschungsjournal NSB*, Jg. 23 (2010), Nr. 4, S. 95.

³⁵ Zolleis/Prokopf/Strauch, *Die Piratenpartei*, 2010, S. 17.

³⁶ Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern: Endgültiges Endergebnis, abrufbar unter: http://service.mvnet.de/cgi-bin/wahlen/2011_kom_land/wahl2011_anz.plL_Proz_Zweit.htm (Stand: 10.10.2011).

Dem Wahlprogramm³⁷ zufolge wären die Bedürfnisse der Familie das Grundprinzip politischen Handelns und der bestehende Generationenvertrag sei aufzuheben bzw. zu erneuern. Keine Generation dürfe auf Kosten der folgenden leben. Erziehungsarbeit soll Erwerbsarbeit gleichgestellt und vom Staat mit einem Erziehungsgehalt und einem erhöhten Kindergeld belohnt werden. Inhaltlich greift die Partei damit die traurige Spitzenreiterposition Mecklenburg-Vorpommerns auf: Nirgendwo in Deutschland ist Kinderarmut so verbreitet wie in Mecklenburg-Vorpommern. Im Vergleich der Bundesländer ist die Armutsquote in Mecklenburg-Vorpommern mit fast einem Viertel am höchsten.³⁸

Darüber hinaus wird die Einführung eines Familiensplittings anstelle des heutigen Ehegattensplittings im Steuersystem gefordert, um die wirtschaftliche Gleichstellung von Eltern und Kinderlosen zu erzielen. Die zusätzlichen Gelder sollen durch eine Familienkasse, in die alle entsprechend ihrem Nettoeinkommen einzahlen, realisiert werden. Bei wirtschaftlichen Fragen setzt die Familien-Partei vor allem auf Entwicklungsmöglichkeiten im Bereich Tourismus, eine vereinfachte Steuergesetzgebung (Produkte der Grundsicherung sollen mit einem verminderten Steuersatz von sieben Prozent belegt werden) und auf die Förderung städtebaulicher Maßnahmen, um potenzielle Investoren nach Mecklenburg-Vorpommern zu holen.

Anfang der 90er Jahre konnte die Partei, die 14 Landesverbände³⁹ aufweisen kann, lediglich im Saarland einige Stimmen für sich gewinnen. Seit der ersten Teilnahme an einer Bundestagswahl 1998 (0,1 Prozent) stiegen sowohl der Wählerzuspruch als auch die Mitgliederzahlen. Im Jahr 2004 schnitt die Partei bisher am erfolgreichsten ab: Bei den Landtagswahlen in Brandenburg und im Saarland erzielte sie 2,6 und 3 Prozent der Stimmen, womit sie das zweitbeste Ergebnis einer nicht-etablierten und nicht-extremistischen Partei mit bundesweitem Anspruch erzielte.⁴⁰ In Mecklenburg-Vorpommern stellte sich die Partei erstmals 2006 zur Landtagswahl und konnte 1,2 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen. Dadurch war sie mit deutlichem Abstand die stärkste der zehn Kleinstparteien. Drei Jahre später bei der Europawahl konnte sie dieses Ergebnis sogar verdoppeln.

Eigenen Angaben zufolge rechnete die Familien-Partei, wegen der guten Ergebnisse bei den anderen Wahlen in der vergangenen Legislaturperiode, in diesem Jahr in Mecklenburg-Vorpommern mit einem Stimmenanteil von über drei Prozent, da die „Chancen besser [stünden], als in anderen Bundesländern“.⁴¹ Dem offiziellen Flyer zufolge wurden fünf Prozent und mehr angestrebt.⁴² Diese Chancen auf Indikatoren der Wählergemeinschaft oder Spezifika des Landes Mecklenburg-Vorpommern zurückzuführen, ist sehr diffizil, da derzeit noch keine Daten über die Wählerstruktur oder die soziale Zusammensetzung der Familien-Partei vorliegen. Mit einem Zweitstimmenanteil von 1,5 Prozent ist die Familien-Partei weit entfernt von der Überwindung der Hürde für Kleinstparteien. Dennoch kann dieses Ergebnis durchaus als solide bezeichnet werden, da die Partei im Vergleich zu 2006 0,3 Prozent hinzugewinnen konnte. Obwohl die

³⁷ Wahlprogramm der FAMILIEN-Partei, abrufbar unter: <http://www.familien-partei-mv.de/pages/wahlprogramm.php> (Stand: 3.09.2011).

³⁸ Vgl. der Zahlen im Land: Bericht des NDR mit Angaben des Armutsatlas des Paritätischen Gesamtverbandes, abrufbar unter: <http://www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/kinderarmut124.html> (Stand: 25.03.2010).

³⁹ Nicht vertreten in Bremen und Hamburg.

⁴⁰ Decker/Neu (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, Bonn 2007, S. 265.

⁴¹ Aussage von Jörn-Jakob Gericke, Familien-Partei.

⁴² Wahlprogramm der FAMILIEN-Partei, abrufbar unter: <http://www.familien-partei-mv.de/pages/materialien.php> (Stand: 5.09.2011).

Wahlbeteiligung sank, wurden demnach fast 1.000 WählerInnen mehr akquiriert. Nichtsdestotrotz musste die Partei den Thron der führenden Kleinstpartei in Mecklenburg-Vorpommern an die PIRATEN-Partei abgeben, die mit 1,9 Prozent aus dem Stand knapp 2.000 Stimmen mehr auf ihrem Konto verbuchen kann und etwaige Stimmenerfolge der Familien-Partei in den Schatzen stellt.

4.3 FREIE-WÄHLER: Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Indem die FW als eine Organisation auf Dauer angelegt sind und sich um politische Mandate bei Wahlen bewerben, erfüllen sie den Status einer Partei.⁴³ Seinem eigenen Anspruch nach bietet der Wählerverband unabhängigen Wählergruppierungen und EinzelkandidatInnen eine gemeinsame politische Basis. Sie fordern eine grundlegende politische Veränderung in Mecklenburg-Vorpommern, da die Demokratie zunehmend zum Schein würde.⁴⁴ Wenn es weniger um parteipolitisch akzentuierbare Aufgabenstellungen als um „vernünftige“ Lösungen von Sachproblemen ginge, dann komme es darauf an, die „richtigen“ Personen in die Gemeinderäte zu wählen.⁴⁵ Der Wille zur politischen Mitbestimmung zeige sich in der Gründung unabhängiger Wählerbündnisse. Zu den Kernanliegen der FW zählen die Zulassung von Wählergemeinschaften zur Landtagswahl und ein aktives Wahlrecht ab 16 Jahren sowie die Direktwahl des Ministerpräsidenten. Sie fordern eine Funktionalreform statt der Kreisgebietsreform, weil Letztere eine Missachtung des mündigen Bürgers in Mecklenburg-Vorpommern darstelle. Im Land gibt es circa zehn Prozent Mandatsträger in Kommunen, die nicht parteigebunden sind. Diese Kräfte zu bündeln und Bürgerinteressen direkt im Landtag zu vertreten war das Ziel der Freien Wähler. „Wenn es [ihnen gelinge] – trotz teilweise aktiver Ignoranz in den Medien – Wähler für [sich] zu gewinnen“⁴⁶, könne die Fünf-Prozent-Hürde überwunden werden. Dieser Anspruch allerdings entspricht in keiner Weise der Realität: Mit einem Zweitstimmenanteil von 1,1 Prozent ist die staatliche Teilfinanzierung der Partei für das kommende Jahr zwar gesichert, die Fünf-Prozent-Hürde hingegen noch immer in weiter Ferne. Selbst auf der Rangliste der Kleinstparteien im Land liegt der Wählerverband auf Platz drei, hinter den PIRATEN und der Familien-Partei. Lediglich bei den Erststimmen (1,5 Prozent), können die FW den ersten Platz der Kleinstparteien für sich beanspruchen.

Für die Nachwahl auf Rügen am 18. September schlossen sich die FW zu einer gemeinsamen Aktion mit Die LINKE zusammen. Sie forderten ihre Wählerschaft dazu auf, ihre Zweitstimme Bündnis 90/Die Grünen zu geben. Diese konnten mit einem Ergebnis von mehr als 20 Prozent, neben anderen Faktoren, der SPD ein Mandat im Landtag streitig machen.⁴⁷ Mit 1,1 Prozent der Zweitstimmen im Wahlkreis Rügen I lag der Stimmenanteil aber nur marginal unter dem Gesamtschnitt.

⁴³ Decker/Neu (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, 2007, S. 288.

⁴⁴ Programm der Landesvereinigung FREIE WÄHLER Mecklenburg-Vorpommern zu den Wahlen 2011, abrufbar unter: <http://www.freie-waehler-mv.de/landesvereinigung/wahl-programm.html> (Stand: Juli 2011).

⁴⁵ Ebd. S. 293.

⁴⁶ Jochen Hoffmann, Kandidat der FREIEN WÄHLER im Wahlkreis 4 Rostock I: E-Mail vom 30.08.2011.

⁴⁷ Nachwahl auf Rügen: Demokraten gegen die NPd, abrufbar unter: http://www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/landtagswahl_mv_2011/wahlruegen105.html (Stand: 11:10.2011).

5 Resümee

Selbst bei Erfolgen auf Landesebene fällt es den Kleinstparteien mangels Infrastruktur und umfassender Programme schwer ihre Stimmenanteile auszubauen. Häufig fallen sie nach einem kurzen steilen Aufstieg zurück in die Bedeutungslosigkeit.⁴⁸ Die einzige Ausnahme in der deutschen Parteiengeschichte nach 1945 sind Bündnis 90/Die Grünen, doch auch bei ihnen vergingen Jahrzehnte, bis sie sich etabliert hatten. Außerdem profitierten sie dabei von einem gesamtgesellschaftlichen Bewusstseinswandel, den sie gleichzeitig aktiv gefördert haben.

Die Frage, die bei Kleinstparteien immer direkt oder indirekt mitschwingt, ist die nach der Bedeutung für das politische System. Neben den Ausführungen, die im ersten Teil dieses Beitrages zu dieser Fragestellung gemacht wurden, soll abschließend folgende Hypothese festgehalten werden: Wenn sich 5,4 Prozent der WählerInnen für eine Partei entscheiden, die dann keine Stimme im Parlament hat und daher die Interessen ihrer WählerInnen nicht vertreten kann, muss es Themen geben, die von den etablierten demokratischen Parteien schlecht oder gar nicht abgedeckt werden. Aus dieser Sicht spielen Kleinstparteien eine wichtige Rolle im politischen System. Dass Kleinstparteien nicht pauschal ignoriert werden sollten, weder von den etablierten Parteien noch den Bürgern oder den Medien, zeigt der kometenhafte Aufstieg der PIRATEN-Partei. Diese erreichte 8 Prozent bei der aktuellen „Sonntagsfrage“ für die Bundesebene.⁴⁹

⁴⁸ Vgl. Alemann, Das Parteiensystem, 2003, S. 203-206.

⁴⁹ ARD-DeutschlandTREND: Oktober 2011, abrufbar unter: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2011/oktober/> (Stand: 10.10.2011).

TEIL III: DIE KOMMUNALE EBENE

Die Kreisgebietsreform 2011

Maximilian Heinz/Sebastian Poling/Anne Schwartz/Martin Warning

1 Einleitung

Mit der Landtags- und Kommunalwahl am 4. September trat in Mecklenburg-Vorpommern die bereits am 7. Juli 2010 verabschiedete Kreisgebietsreform in Kraft. Das „Gesetz zur Schaffung zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ (Kreisstrukturgesetz), so die amtliche Bezeichnung, regelt dabei unter anderem die Verringerung der vorhandenen zwölf Landkreise und sechs kreisfreien Städte, auf sechs Landkreise und zwei kreisfreie Städte.¹ Die Initiatoren dieser Reform waren derzeit noch SPD und PDS unter Ministerpräsident Harald Ringstorff. Im Endeffekt setzte aber die seit 2008 amtierende rot-schwarze Landesregierung Erwin Sellering die neue Struktur durch nachdem die Kreisgebietsreform in einer knappen Entscheidung vom Verfassungsgericht gebilligt wurde.² Dadurch sollte auf den stetigen Bevölkerungsrückgang und die in absehbarer Zeit zu verkraftenden Verringerungen der Zuschüsse und Fördermittel von Bund und EU reagiert werden. Während 2000 noch 77 Einwohner auf jeden Quadratkilometer kamen, lebten 2010 nur noch 71 Menschen auf der gleichen Fläche.³

Dabei stand die Reform – frei nach dem Motto „aus zwölf mach sechs“ – lange auf der Kippe, zogen doch gleich fünf Kreise, sowie die drei kreisfreien Städte Greifswald, Neubrandenburg und Wismar, vor das Landesverfassungsgericht. Die Kläger sahen vor allem ihr Recht auf kommunale Selbstverwaltung gefährdet und verwiesen auf die überdimensionale Größe der neuen Verwaltungsstrukturen. Mit dem Urteilsspruch am 18. August 2011 wies das Landesverfassungsgericht diese Bedenken jedoch ab und ebnete damit endgültig den Weg für die Kreisgebietsreform. So entstanden die flächenmäßig größten Landkreise der Bundesrepublik Deutschland.

Das Kreisstrukturgesetz von 2010 war jedoch nicht das erste seiner Art. Eine erste Kreisgebietsreform gab es bereits in den frühen neunziger Jahren. Unter Ministerpräsident Berndt Seite verabschiedeten die Landtagsfraktionen von CDU und FDP 1993 das „Gesetz zur Neuordnung der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ (Landesneuordnungsgesetz – LNOG), welches 1994 in Kraft trat. Diese Kreisgebietsreform war nichts Ungewöhnliches, da in diesem Zeitraum in allen neuen Bundesländern der Bundesrepublik die Landkreise neu strukturiert wurden. So sollten Kosten gesenkt und die Effektivität der kommunalen Strukturen verbessert werden. Der § 1 des LNOG umfasste dabei die Auflösung der vor Inkrafttreten des Gesetzes bestehenden Landkreise mit der Ausnahme des Landkreises Rügen. Damit wurden die 31 Landkreise, die noch auf die DDR-Strukturen zurückgingen, in Mecklenburg-

¹ Vor der Reduzierung: Landkreise: Bad Doberan, Demmin, Güstrow, Ludwigslust, Mecklenburg-Strelitz, Müritz, Nordvorpommern, Nordwestmecklenburg, Ostvorpommern, Parchim, Rügen sowie Uecker-Randow; kreisfreie Städte: Greifswald, Neubrandenburg, Rostock, Schwerin, Stralsund und Wismar. Nach der Reduzierung: Landkreise: Ludwigslust-Parchim, Mecklenburgische Seenplatte, Nordwestmecklenburg, Rostock, Vorpommern-Greifswald sowie Vorpommern-Rügen; kreisfreie Städte: Rostock und Schwerin.

² Urteil des Landesverfassungsgerichts Mecklenburg-Vorpommern, 26.07. 2007.

³ Zahlen laut statistischen Amt Mecklenburg-Vorpommern, abrufbar unter: http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/bhf/index.jsp (Stand: 22.10.2011).

Vorpommern auf zwölf reduziert. Die Kreisfreiheit der Landeshauptstadt Schwerin, der Stadt Neubrandenburg sowie der vier Hansestädte Greifswald, Rostock, Stralsund und Wismar blieb weiterhin unangetastet.⁴

2006 wurde eine zweite Reform von der rot-roten Landesregierung unter Harald Ringstorff beschlossen, welche aber nach einer Klage aus den Landkreisen, unterstützt von der Landtagsfraktion der CDU, 2007 vom Landesverfassungsgericht gestoppt wurde. Die Absicht einer Kreisgebietsreform wurde jedoch weiter verfolgt und nach Einarbeitung der Kritikpunkte in einem neuen Anlauf letztlich 2010 beschlossen.

2 Der erste Versuch einer Kreisgebietsreform unter Rot-Rot

Den konkreten Beginn des Reformprozesses kennzeichnet der Beschluss der Landesregierung vom 21. Januar 2003, in welchem erstmalig die nötigen Veränderungen klar umrissen wurden.⁵ Aus diesem Dokument gehen die der Reform zugrunde liegenden Probleme für und durch die öffentliche Verwaltung hervor: die eingeschränkte Leistungsfähigkeit der Verwaltung, die negative Bevölkerungsentwicklung und nicht zuletzt der immer stärker werdende finanzielle Druck, vor allem in Voraussicht auf die kommenden zwei Dekaden.⁶

Die Abwanderung der Bevölkerung, allen voran gut ausgebildete junge Frauen zwischen 18 und 29 Jahren,⁷ nimmt demnach für Mecklenburg-Vorpommern ein fast schon katastrophales Ausmaß an. Der Gründe hierfür sind hauptsächlich die mangelnde kulturelle Attraktivität der Region sowie die fehlenden bzw. wenig lukrativen Arbeitsplätze. Dies ist kein kurzfristiges Phänomen (Grafik 1). Insgesamt wird für Mecklenburg-Vorpommern, in einem Zeitraum von vierzig Jahren, ein Verlust von beinahe einem Viertel seiner Gesamtbevölkerung prognostiziert. Dem gegenüber steht die Landesstruktur mit einem überdimensionierten Verwaltungsapparat. Kritikpunkt hierbei ist weniger die bloße Anzahl der einzelnen Kreise und kreisfreien Städte, sondern die daraus erwachsende Vielzahl an zuständigen Ämtern und Verwaltungsstellen, wodurch der Aufwand administrativer Vorgänge unnötig, bis in ein schädliches Maß hinein, gedehnt würde.⁸ „Lange Wege vom Bürger zur Verwaltung, lange Bearbeitungsfristen und unnötige Kosten sind die Folge.“⁹

⁴ Gesetz zur Neuordnung der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern, 01.07.1993.

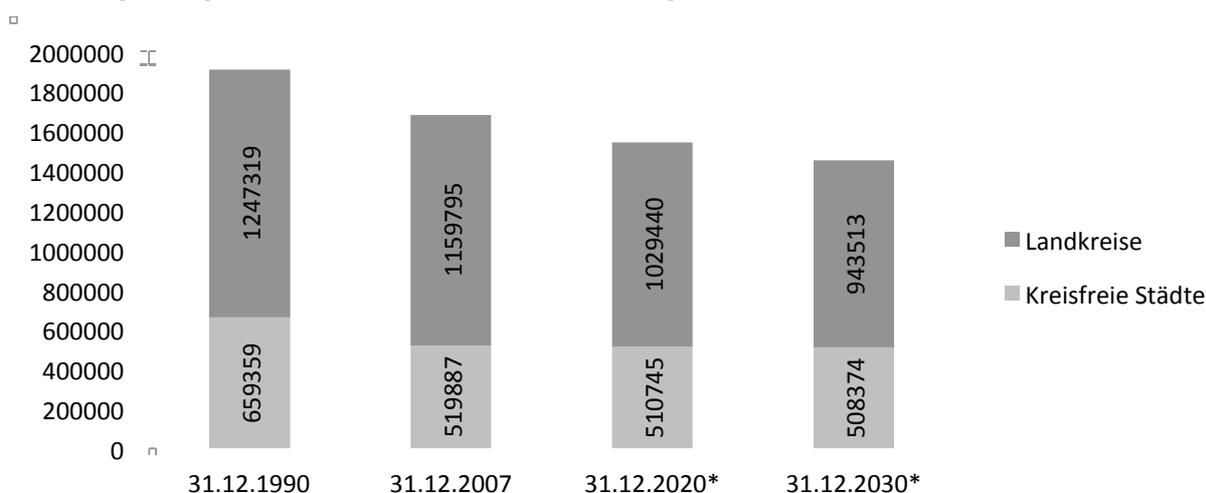
⁵ Vgl. hierzu Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Eckpunkte zur Reform der öffentlichen Verwaltung im Land Mecklenburg-Vorpommern, Dokumentation des Beschlusses der Landesregierung vom 21.01.2003, Schwerin.

⁶ Ebd., S. 8 ff.

⁷ Frauen in dieser Altersgruppe machten demnach zwischen 1990 und 2007 etwa 56,5 % der Abwanderung aus. Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Kreisstrukturgesetz), 08.07.2009, S.50.

⁸ Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/205, 04.02.2003, S. 2.

⁹ Ebd., S. 2

Abbildung 1: Vergleich der Einwohnerzahlen Mecklenburg-Vorpommerns zwischen 1990 und 2030

Quelle: Eigene Darstellung nach Gesetzesentwurf Kreisstrukturgesetz, Drucksache vom 8. Juli 2009, S.206.
Mit * gekennzeichnete Daten beruhen auf Prognosen.

Mit den Bevölkerungszahlen sinken gleichzeitig auch die Steuereinnahmen des Landes. So wird zwischen 2009 und 2020 ein Verlust von etwa 2,3 Milliarden Euro prognostiziert.¹⁰

Da 2019 die Zahlungen des Solidarpaktes II auslaufen, werden Mecklenburg-Vorpommern wesentlich weniger Finanzmittel für strukturelle Investitionen zur Verfügung stehen als zum jetzigen Zeitpunkt. Grundlage hierbei ist das Finanzmittelausgleichsgesetz (FAG),¹¹ welches speziell für Mecklenburg-Vorpommern folgende Finanzmittel zur Verfügung stellt:

Tab. 1: Geldmittel für Mecklenburg-Vorpommern aus dem Solidarpakt II in Euro

2005	1.109.755.000	2010	921.205.000	2015	533.329.000
2006	1.104.368.000	2011	845.785.000	2016	452.522.000
2007	1.093.594.000	2012	764.977.000	2017	377.101.000
2008	1.077.433.000	2013	689.557.000	2018	296.294.000
2009	1.002.012.000	2014	608.749.000	2019	220.874.000

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung nach FAG §11 Abs. 3

Hinzu kommt die Unklarheit über das „ob und wie viel“ weiterer Zahlungen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).¹²

Mit der Aufnahme osteuropäischer Staaten in die Europäische Union 2004 sank das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt der EU, was zur Folge hat, dass Mecklenburg-Vorpommern die geforderten Kriterien für diese Förderung nicht mehr erfüllen kann. In Anbetracht dieser Ausgangslage wird deutlich, dass Mecklenburg-Vorpommern eine strukturelle Anpassung benö-

¹⁰ Gesetzesentwurf Kreisstrukturgesetz, 08.07.2009, S. 211.

¹¹ Die Zahlungen an Mecklenburg-Vorpommern nach dem FAG basieren auf §11 Abs. 3. §11 Abs. 3a u. 4 sind nicht mit eingerechnet, da eine Änderung dieser Zahlungen vorerst nicht absehbar ist.

¹² Dieser subventioniert sogenannte „Konvergenzregionen“ (ehemals als Ziel-1-Region bezeichnet). Merkmal einer solchen Region ist, dass sie ein Bruttoinlandsprodukt von weniger als 75% des Unionsdurchschnitts erreicht, wodurch sie Anspruch auf höhere Fördermittel erhält. Im Zeitraum 2007 bis 2013 werden insgesamt ca. 1,25 Mrd. Euro zweckgebunden für die Entwicklung der Region Mecklenburg-Vorpommern zur Verfügung gestellt. EFRE-Fondsverwaltung Mecklenburg-Vorpommern: Operationelles Programm des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Ziel Konvergenz, 24.08.2007, S. 63, abrufbar unter: <http://www.europa-mv.de/docs/download/10132/Operationelles%20Programm%20EFRE.pdf> (Stand: 14.10.2011).

tigt, um den offensichtlichen wie zu erwartenden Anforderungen gewachsen zu sein. Vor diesem Hintergrund wurde die Idee einer Gebiets- und Verwaltungsreform entwickelt.

Das Ziel der sogenannten Kreisgebietsreform war die Optimierung der Administrationsstruktur an sich.¹³ Es sollten nicht nur Arbeitsabläufe und -schritte vereinfacht und Verwaltungsbereiche entlastet werden, sondern auch die gesamte Organisationsstruktur des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern reformiert werden.

Solch ein Reformprojekt ist erfahrungsgemäß eine starke Belastung für eine Regierung, vor allem für eine Koalition. In der Tat war es vor allem zu Beginn der Reformgestaltung so kompliziert, dass der Entschluss der rot-roten Landesregierung zur Kreisgebietsreform Ende 2003 beinahe zum Bruch der Regierungskoalition geführt hätte. Innerhalb der PDS kam es zu massiven Spannungen zwischen der realpolitischen, pragmatischen Führungsebene und der mehrheitlich dem linken Flügel zugehörigen Parteibasis, da erstere sich über Parteitagsbeschlüsse hinwegsetzte, um einen, ihrer Meinung nach gangbaren, Kompromiss zur Reform schließen zu können.¹⁴ Erst am 28. Februar 2004 konnten auf einem Parteitag der PDS die Wogen geglättet werden. Es wurde entschieden, dass die finanzielle Notwendigkeit einer solchen Reform gegeben sei, jedoch nicht außer Acht gelassen werden dürfe, dass mit der Reform die kommunale Selbstverwaltung intakt bleiben müsse.¹⁵ Im April 2004 brachte die Koalition dann die „Grundkonzeption einer umfassenden Verwaltungsmodernisierung und Funktionalreform“ in den Landtag ein.¹⁶ Unter dieser Maßgabe trieb man die Reform innerhalb der Landesregierung voran, bis sie am 5. April 2006 vom Landtag beschlossen wurde.

Das Gesetz bestand aus drei Hauptelementen: der Funktionalreform I und II, welche die Zuständigkeiten zwischen Land und Kommunen neu verteilten sollten, sowie der Kreisstrukturreform.¹⁷

Es war geplant, die bestehenden Landkreise aufzulösen und sie mit den kreisfreien Städten in fünf Großkreisen zusammenzufügen.

Damit war eine neue Stufe in der langanhaltenden Berg-und-Tal-Fahrt hin zur Reform erreicht. Am 23. Mai 2006 reichten alle Landkreise, außer Ludwigslust, und 24 der 25 Mitglieder der CDU-Landesfraktion eine Verfassungsklage gegen das verabschiedete Gesetz ein.¹⁸ Für die ohnehin durch interne Uneinigkeit vorbelastete PDS war die Klage des Landkreises Rügen, vertreten durch Landrätin Kerstin Kassner (PDS), ein besonderer Tiefschlag.¹⁹ Die Klage richtete sich dabei nicht gegen die Ziele der Kreisgebietsreform an sich, sondern gegen ihre Umsetzung. Die Idee war, so viel Verantwortung wie möglich in die unteren Verwaltungsebenen zu verlagern und diese gleichzeitig so effizient zu verteilen und zu strukturieren, dass sie bei geringerem Aufwand an Mitteln und Personal mehr Aufgaben als zuvor bewältigen könnten.

¹³ Offiziell: Funktional- und Kreisstrukturreform des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

¹⁴ Christopher Scheele, Die PDS/Linke in Mecklenburg-Vorpommern, München 2010, S. 157.

¹⁵ Ebd., S. 158.

¹⁶ Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 1/1184, 28.04.2004.

¹⁷ Vgl.: Gesetz über die Funktional- und Kreisstrukturreform des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Funktional- und Kreisstrukturreformgesetz – FKrG M-V), 23. Mai 2006.

¹⁸ Urteil des Landesverfassungsgerichts Mecklenburg-Vorpommern, 26.07. 2007, S. 3 f.

¹⁹ Scheele, Die PDS/Linke, 2010, S. 188.

Tab. 2: Geplante Neuordnung der Landkreise nach der Kreisgebietsreform 2006

Neuer Kreisname	Integrierte Kreise	Ehemals Kreisfreie Städte, neue Kreistagssitze
Kreis Mecklenburgische Seenplatte	Demmin, Mecklenburg-Strelitz, Müritz	Neubrandenburg
Kreis Mittleres Mecklenburg-Rostock	Bad Doberan, Güstrow	Rostock
Kreis Nordvorpommern-Rügen	Nordvorpommern, Rügen	Stralsund
Kreis Südvorpommern	Ostvorpommern, Uecker-Randow	Greifswald
Kreis Westmecklenburg	Ludwigslust, Nordwestmecklenburg, Parchim	Schwerin (Kreistagssitz), Wismar

Quelle: Gesetz über die Funktional- und Kreisstrukturreform des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Funktional- und Kreisstrukturreformgesetz – FKrG M-V) vom 23. Mai 2006, S.29-30.

Nach der Landtagswahl am 17. September 2006 vollzog die SPD einen Wechsel ihres Koalitionspartners und regierte fortan mit der CDU. Im Koalitionsvertrag wurde ein neuer Anlauf vereinbart, sollte die erste Kreisgebietsreform scheitern.

Mit dem Urteil des Landesverfassungsgerichts Mecklenburg-Vorpommern vom 26. Juli 2007 scheiterte das geplante Kreisstrukturgesetz und damit die geplante Gesamtreform. Generell bestätigte das Urteil zwar die Möglichkeit Aufgaben und Tätigkeitsfelder des Landes auf die Kommunalebene zu verlagern und den Kreisaufbau neu zu strukturieren. Ausschlaggebend für das Urteil waren jedoch der Entstehungsprozess und die Umsetzung der Reform.

Das Landesverfassungsgericht nannte als Basis seiner Rechtsprechung ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, nach dem bürgerlich-demokratische Gesichtspunkte den ökonomischen generell vorzuziehen seien, oder zumindest immer wichtiger Teil der Betrachtung sein sollten.²⁰ Zudem stellte es auch eindeutig heraus, dass es sowohl die Notwendigkeit einer solchen Reform sah, als auch aufgrund mangelnder Präzedenzfälle kein Urteil darüber treffen könne, wie die maximale „Größe“ eines Landkreises eigentlich ausfallen dürfe.²¹ Das Landesverfassungsgericht bemängelte in seinem Urteil aber zwei Punkte:

Erstens sei ungenügend nach milderer Alternativen zu dieser einschneidenden Reform gesucht worden. Stattdessen schien dem Gericht, das die Struktur der angestrebten Kreisgebietsreform in groben Umrissen bereits seit Beginn der Planungsarbeiten „alternativlos“ feststanden.²²

Zweitens wurde die teilweise unzumutbare Mehrbelastung für ehrenamtliche Kreistagsmitglieder beanstandet. Die Begründung hierfür leite sich aus der eben genannten Basis seiner Rechtsprechung ab: Jede Veränderung müsse dem „demokratischen Gesichtspunkt der Teilnahme der örtlichen Bürgerschaft“ Rechnung tragen.²³ Durch die Aufgabenneuverteilung würden nicht nur die Kompetenzen der Kreistage und Kommunen ansteigen, sondern auch die Mehrbelastung für die einzelnen Kreistagsmitglieder. Dadurch würde die Attraktivität, einen solchen Posten nebenberuflich auszufüllen, sinken. Kritik fand sich in der teilweise großen Entfernung zwischen Kreistag und einzelnen Regionen, wodurch die betreffenden Kreistagsmitglieder fast unzumutbare Anfahrtswege hätten in Kauf nehmen müssen. Infolge dessen hätte der Mangel an geeigneten Kan-

²⁰ Urteil des Landesverfassungsgerichts Mecklenburg-Vorpommern, 26.07. 2007, S. 35.

²¹ Ebd. S. 38-42.

²² Ebd. S. 43.

²³ Ebd. S. 35.

didatenInnen zwangsläufig das Recht der BürgerInnen einer solchen Region, auf demokratische Weise zu partizipieren, beschnitten.²⁴ Das Argument der Landesregierung, dass es sich hierbei nur um sehr wenige Regionen handle, wies das Landesverfassungsgericht entschieden zurück. Begründung hierfür war, dass gerade die Tatsache, dass nur wenige Menschen betroffen seien, die auf Kreis-, und damit auf Landesebene, in ihrer willenspolitischen Teilhabe behindert würden, in untragbarem Maße undemokratisch wäre. In Anbetracht dieser Punkte wurde das Kreisstrukturgesetz für verfassungswidrig erklärt.

Die Reaktionen auf dieses Urteil waren unterschiedlich: Aufseiten der SPD bedauerte man die Entscheidung. So äußerte der zuständige Innenminister Gottfried Timm (SPD): „Es ist ein typisches deutsches Provinzurteil und nur zu verstehen auf dem Hintergrund der deutschen Kleinstaaterei.“²⁵ Dem entgegen reagierte Rügens Landrätin Kerstin Kassner (Die LINKE) mit Zufriedenheit auf das Urteil: „Wir halten weiter am Landkreis Rügen fest. Wir haben lange dafür gekämpft. Das Urteil hat unsere Haltung bestätigt.“²⁶ Daher war damit zu rechnen, dass sie generell gegen jede Reform vorgehen würde, die die Eigenständigkeit Rügens infrage stellt. Wesentlich moderater fiel der Kommentar seitens des CDU-Fraktionsvorsitzenden, Armin Jäger, aus: „Koalition und Landtag haben ein volles Jahr Zeit, um ein solides Gesetz vorzubereiten.“²⁷ Er zielte darauf ab, dass es durchaus möglich sei, bis zu den Kommunalwahlen 2009 eine neue Kreisgebietsreform umzusetzen. Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Volker Schlotmann schloss: „Die Reform ist ein mutiger Schritt gewesen, den die Richter leider nicht mitgehen wollten. Das ändert nichts am Reformbedarf.“²⁸

3 Aller guten Dinge sind zwei?

Daher blieb auch trotz der juristischen Niederlage der Landesregierung eine Reform der Kreisstruktur weiter auf der Tagesordnung. An den langfristigen Prognosen für die Landesentwicklung und den daraus erwachsenden Konsequenzen für die Struktur und die Finanzen Mecklenburg-Vorpommerns hatte sich nichts geändert. Später kam noch hinzu, dass 2009 im Zuge der Föderalismusreform II den Bundesländern zum 1. Januar 2020 die Neuaufnahme von Krediten verboten wurde.²⁹ Zudem beschloss der Landtag am 30. Juni 2011 eine eigene Schuldenbremse als

²⁴ Ebd. S. 50.

²⁵ Albert Funk, Demokratie vor Effizienz, abrufbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/demokratie-vor-effizienz/996996.html> (Stand: 22.10.2011).

²⁶ Ebd.

²⁷ Verfassungsgericht kippt Kreisgebietsreform, 26.07.2007, abrufbar unter: http://www.mecklenburg-vorpommern.eu/cms2/Landesportal_prod/Landesportal/content/de/_aktuell/Archiv_/2007/Verfassungsgericht_kippt_Kreisgebietsreform/index.jsp (Stand: 23.10.2011).

²⁸ Neues Nachdenken über Verwaltungsstrukturen im Land nötig, 26.07.2007, abrufbar unter: <http://www.mv-schlagzeilen.de/neues-nachdenken-ueber-verwaltungsstrukturen-im-land-noetig/488/> (Stand: 23.10.2011).

²⁹ Nach Artikel 143d Absatz 1 Satz 4. Grundgesetz tritt am 1.01.2020 das Kreditaufnahmeverbot für die Länder (Artikel 109 Absatz 3 Satz 5) in Kraft, abrufbar unter: http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_143d.html (Stand: 22.10.2011).

"Selbstverpflichtung des Parlaments" in die Landesverfassung aufzunehmen.³⁰ Auch wenn die linke Opposition sie für übereilt und unnötig hielt.³¹

Schon vor dem Urteilsspruch einigten sich SPD und CDU in ihrem Koalitionsvertrag auf eine verfassungsgemäße Neuregelung, falls die Reform, beziehungsweise Teile von ihr, von den Greifswalder Verfassungsrichtern gekippt werden würden.³² Die Thematik der Kreisgebietsreform war somit während der gesamten Legislaturperiode präsent und zog sich von den Koalitionsverhandlungen bis hin zu den Landtags- und Kommunalwahlen 2011. Mit der Federführung wurde Innenminister Lorenz Caffier (CDU), einer der Kläger aus den Reihen des Landtages gegen die Funktional- und Kreisstrukturreform von 2006,³³ beauftragt. Die Landesregierung verabschiedete schon vier Monate nach dem Urteil, am 27. November 2007, ein Grundsatzpapier über „Ziele, Leitbild und Leitlinien der Landesregierung für eine Kreisgebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern“.³⁴

Die bisherigen Landkreise sollten aufgelöst und zu neuen Landkreisen zusammengeschlossen werden, dabei möglichst vollständig in einem der neuen Kreise aufgehen. Weiterhin sollten sie eine Fläche von 4.000 km² in der Regel nicht überschreiten und im Jahr 2020 mindestens 175.000 Einwohner haben. Der Status der kreisfreien Städte sollte mit Ausnahme Rostocks überprüft werden.

Mit der Beratung der offengebliebenen Fragen und der Varianten einer neuen Kreisstruktur wurde am 20. September 2007 die bereits bestehende Enquete-Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ beauftragt.³⁵ Daher beschloss die Kommission am 9. November 2007, die Bildung einer Unterkommission „Funktionalreform“. Entgegen der eigentlichen Planungen entschied die Enquete-Kommission aufgrund inhaltlicher und rechtlicher Bedenken jedoch noch nicht einmal ein Jahr später einstimmig die Auflösung dieser Unterkommission.³⁶

Nach Anhörung von Verbänden und den betroffenen Kreisen sowie Prüfung der Leitlinien der Landesregierung und mehrerer Gutachten verabschiedete die Kommission ein eigenes Leitbild: Mit der Reform sollten Strukturen geschaffen werden, die im Hinblick auf die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung dauerhaft wirtschaftlich betrieben werden können, wobei deren Fläche die Ausübung eines kommunalen Mandats sowie anderer Formen ehrenamtlichen Engagements ermöglichen musste. Es sollten möglichst Dienstleistungen aller staatlichen Ebenen aus einer Hand erbracht werden. Dabei galt es, Doppelzuständigkeiten zu vermeiden. Die „wirtschaftlichen und funktionalen Verflechtungsräume“³⁷ sollten sich möglichst mit den Kreisen decken und die Stadt-Umland-Beziehungen nachhaltig gestärkt werden. Ziel war es Verwaltungsdienstleistungen bürger- und wirtschaftsnah, in guter Qualität sowie hoher Effektivität und Effizienz zu er-

³⁰ NDR, Schweriner Landtag beschließt Schuldenbremse, abrufbar unter: <http://www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/landtag641.html> (Stand: 22.10.2011).

³¹ Jörg Köpke (2011): Landtag bremst Schulden aus, in: OZ, 29.06.2011. NDR, Schweriner Landtag beschließt Schuldenbremse, 28.06.2011, abrufbar unter: <http://www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/landtag641.html> (Stand: 22.10.2011).

³² CDU-MV, SPD-MV: Vereinbarung über die Bildung einer Koalitionsregierung für die 5. Legislaturperiode des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, S. 41.

³³ Urteil des Landesverfassungsgerichts Mecklenburg-Vorpommern, 26.07. 2007, S. 3.

³⁴ ABSCHLUSSBERICHT der Enquete-Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“, 15.06.2011, S. 9.

³⁵ Landtag Mecklenburg-Vorpommern: ABSCHLUSSBERICHT der Enquete-Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“, 15.06.2011, S. 8.

³⁶ Ebd., S. 14 ff.

³⁷ Ebd., S. 25.

bringen. Dabei wurde ungeachtet der strukturellen Unterschiede im Land eine gleichwertige Entwicklung aller Landesteile angestrebt.³⁸

Damit nahm die Kommission nur wenige Änderungen und Ergänzungen vor. In Bezug auf Fläche und Einwohnerzahl übernahm sie sogar vollständig die Ziele und Leitlinien der Landesregierung.

Auf Grundlage dessen wurden anschließend 13 mögliche Kreismodelle untersucht. Die Modelle reichten von sechs Landkreisen und einer kreisfreien Stadt (6+1) bis zu acht Landkreisen und zwei kreisfreien Städten (8+2).³⁹ Zwei Varianten wurden vom Innenministerium favorisiert. Es sollten sechs beziehungsweise sieben Kreise gebildet werden, wobei in beiden Fällen Rostock und Schwerin kreisfrei bleiben sollten. Man hätte bei sieben Kreisen keine Kreise zerteilt, dafür wäre aber das Strukturproblem im Raum Mecklenburgische Seenplatte ungelöst geblieben.⁴⁰ In ihrem Gesetzentwurf vom 8. Juli 2009 legte sich die Landesregierung schließlich auf das so genannte 6+2 Modell fest.⁴¹ Durch diesen Auswahlprozess wollte man offensichtlich dem Vorwurf aus dem ersten Urteil entgehen, ein scheinbar alternativloses Konzept vorzulegen.⁴²

Mit dieser Einteilung setzt die Landesregierung aus SPD und CDU auch außerhalb der Landesgrenzen ein Ausrufezeichen. Gleich fünf der neu geschaffenen Kreise übertreffen die Fläche des bis dahin bundesweit größten Kreises Uckermark in Brandenburg (3.058 km²). Hinzu kommt, dass vor Inkrafttreten der Kreisgebietsreform keine zehn Prozent der 301 Landkreise der Bundesrepublik eine Fläche über 2000 km² hatten.⁴³ So führte die Fusion der Kreise Mecklenburg-Strelitz, Müritz und Teile Demmins sowie der vorher kreisfreien Stadt Neubrandenburg zum neuen Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, der die deutschlandweite Rangliste der größten Landkreise klar anführt. Ihm folgen Ludwigslust-Parchim, Vorpommern-Greifswald, Landkreis Rostock sowie Vorpommern-Rügen. Drei der Kreise überschreiten auch die ursprünglich vorgesehene 4000 km²-Grenze. Der neue Flächenrekordhalter ist zudem mit 5.469 km² noch größer als ursprünglich geplant.⁴⁴ Dadurch wurde der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte mehr als doppelt so groß wie das Saarland (2.569,77 km²).⁴⁵ Deutschlands kleinstes Flächenland hat aber fast das Vierfache der Einwohnerzahl und selbst sechs Landkreise.⁴⁶

³⁸ Ebd.

³⁹ Landesverfassungsgericht, Az.: LVerfG 21/10, S. 6.

⁴⁰ Hans-Joachim Guth: Ein Minister und seine großen Baustellen, abrufbar unter: http://www.nordkurier.de/kreisreform/mv_1511guth.php (Stand: 22.10.2011).

⁴¹ Gesetzesentwurf Kreisstrukturgesetz, 08.07.2009, S. 4.

⁴² Urteil des Landesverfassungsgerichts Mecklenburg-Vorpommern, 26.07. 2007, S. 43.

⁴³ Eigene Berechnung nach Gesetzesentwurf Kreisstrukturgesetz, 08.07.2009, Anlage 21.

⁴⁴ Das Amt Demmin-Land und die Hansestadt Demmin wurden nicht Teil des geplanten Kreises Südvorpommern. Daher der Unterschied von 441 km² zwischen Gesetz und Gesetzentwurf. Vgl. Gesetzentwurf Kreisstrukturgesetz, 08.07.2009, § 6f. u. Gesetz zur Schaffung zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Kreisstrukturgesetz), 12.07.2010, § 6f.

⁴⁵ „Einwohner und Flächen des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte per 31.12.2009“, abrufbar unter: http://www.lk-mecklenburgische-seenplatte.de/media/custom/2037_29_1.PDF?1308058709 (Stand 14.10.2011).

⁴⁶ Statistisches Amt Saarland: Fläche, Bevölkerung in den Gemeinden am 31.12.2010 nach Geschlecht, Einwohner je km² und Anteil an der Gesamtbevölkerung, abrufbar unter: http://www.saarland.de/dokumente/thema_statistik/staa_FB311210.pdf (Stand: 31.12.2010).

Tab. 3: Künftige Landkreise und kreisfreie Städte: Bevölkerung, Bevölkerungsdichte und Fläche

Landkreise/ kreisfreie Städte (§ 3-8) Kreisstrukturgesetzentwurf*	Neue Kreisnamen	Einwohner**	Einw. je km ² **	Fläche**
Nordwestmecklenburg	Nordwestmecklenburg	163.689	77	2.117
Mittleres Mecklenburg	Landkreis Rostock	221.439	65	3.421
Nordvorpommern	Vorpommern-Rügen	237.191	74	3.188
Südvpommern	Vorpommern-Greifswald	272.839	62	4.369
Mecklenburgische Seenplatte	Mecklenburgische Seenplatte	262.198	52	5.028
Südwestmecklenburg	Ludwigslust-Parchim	226.058	48	4.750
Rostock		200.413	1.105	181
Schwerin		95.855	734	131
Mecklenburg-Vorpommern		1.679.682	72	23.185

* In den Paragraphen 3-8 ist geregelt aus welchen Landesteilen die neuen Kreise gebildet werden sollten.

§3 Nordwestmecklenburg: Die Gemeinden des Altkreises NWM und die Hansestadt Wismar; §4 Mittleres Mecklenburg: Die Gemeinden der bisherigen Landkreise DBR und GÜ; §5 Nordvorpommern: Die Gemeinden der Altkreise NVP und RÜG sowie der Hansestadt Stralsund; §6 Südvpommern: Die Gemeinden der Kreise OVP, UER sowie der Ämter Demmin Land, Jarmen-Tutow und Peenetal/Loitz inklusive der Städte Demmin und Greifswald; §7 Mecklenburgische Seenplatte: Die Kommunen der Kreise MST und MÜR sowie der Ämter Malchin am Kummerower See, Stavenhagen, Treptower Tollensewinkel und der Städte Dargun und Neubrandenburg; §8 Südwestmecklenburg: Die Gemeinden der Altkreise LWL und PCH.

** Umrechnung der Werte vom 31. Dezember 2007 auf die geplanten Strukturen.

Quelle: Eigene Darstellung nach Gesetzesentwurf Kreisstrukturgesetz, 8.07.2009, S.15f. u. Anlage 16.

Im Laufe der Beratungen zum neuen Gesetzentwurf blieb jedoch auch die rot-schwarze Koalition nicht von Kontroversen um die durchzuführende Reform verschont. Fraktionsvorsitzender Harry Glawe sowie Innenminister Lorenz Caffier (beide CDU) sprachen sich für Bürgerentscheide zum zukünftigen Kreisnamen und Kreissitz aus. Für Norbert Nieszery, Vorsitzender der SPD-Fraktion, war dies aber Sache des Gesetzgebers und „nicht verhandelbar“.⁴⁷ Die demokratischen Oppositionsfraktionen sprachen sich für die SPD-Position aus. So meinte Peter Ritter (Die LINKE): „Der Landtag darf sich nicht aus der Verantwortung stehlen.“⁴⁸ Das war durchaus als Vorwurf gegen die CDU zu verstehen und zeigt die klassische Frontstellung zwischen beiden Parteien.

In dem am 7. Juli 2010 vom Landtag verabschiedeten Gesetz einigte man sich darauf, den Landtag über die Kreissitze entscheiden zu lassen. Dafür gab man aber den Kreistagen die Möglichkeit bis zu ihrer zweiten Sitzung, mit einer Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder, einen neuen Sitz des Landkreises zu bestimmen.⁴⁹

Darüber hinaus wurde den Gemeinden die Möglichkeit gegeben, zu entscheiden welchem Kreis sie zugeordnet werden möchten.⁵⁰ Jedoch machte einzig die Gemeinde Dahmen von diesem Recht Gebrauch. Die BürgerInnen entschieden sich aber deutlich (75,7 Prozent) für einen Verbleib im Landkreis Güstrow und damit gegen die Zugehörigkeit zum neu gebildeten Kreis Mecklenburgische Seenplatte.⁵¹

⁴⁷ Max-Stefan Koslik, Bürger oder Landtag: Wer entscheidet bei Kreisreform?, abrufbar unter: <http://www.prignitzer.de/nachrichten/home/top-thema/article//buerger-oder-landtag-wer-entscheidet-bei-kreisreform.html> (Stand: 22.03.2010).

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ Landtag M-V: Kreisstrukturgesetz, 12.07.2010, § 2.

⁵⁰ Ebd. § 9.

⁵¹ Dpa, „Dahmener lehnen Landkreiswechsel ab“ 12.12.2010, abrufbar unter: http://www.ostsee-zeitung.de/index_artikel_komplett.phtml?SID=6dc7768b25f00732a701100c70f0adb7¶m=news&id=2984346 (Stand: 22.10.2011).

In der Bevölkerung erfuhr die Kreisgebietsreform mit 22,7 Prozent nur sehr wenig Zustimmung. Im Gegenteil: Eine deutliche Mehrheit sprach sich gegen die Reform aus (54,3 Prozent).⁵² Mit mehr als zwei Dritteln war die Ablehnung vor allem bei den AnhängerInnen der Partei Die LINKE besonders groß. Am positivsten wurde die Reform in Rostock gesehen. Obwohl die Hansestadt ihre Kreisfreiheit behielt, lag der Wert nur bei 44,7 Prozent.⁵³ Besonders die Frage der KFZ-Kennzeichen bewegte weite Teile der Bevölkerung, sodass sich Verkehrsminister Volker Schlotmann (SPD) veranlasst sah den ehemals kreisfreien Städten und Rügen Sonderrechte bei der Vergabe der Nummernschilder zuzugestehen. Die Städte dürfen – nach Hanauer Vorbild – entscheiden, ob sie die Kennzeichen der neuen Kreise verwenden oder ihre bisherigen behalten.⁵⁴ Rügen darf weiterhin die bekannten RÜG-Schilder ausgeben, falls der neue Landkreis sich dazu entscheidet eine Zweigstelle der Zulassungsbehörde auf der Insel zu unterhalten.⁵⁵

Gegen das Gesetz reichten die kreisfreien Städte Wismar und Greifswald sowie die Kreise Ludwigslust, Müritzkreis, Ostvorpommern, Rügen und Uecker-Randow am 1. Dezember 2010 beim Landesverfassungsgericht Klage ein.⁵⁶ Drei Wochen später schloss sich auch Neubrandenburg den Klagen an.⁵⁷ Mit den Urteilen vom 18. August 2011 wurden die Beschwerden allerdings zurückgewiesen. Die Entscheidungen erfolgten mit vier zu drei Stimmen.⁵⁸ In den Minderheitspositionen des Urteils wurde darauf hingewiesen, dass es keine Erfahrung mit Landkreisen von über 4000 km² gibt und auch nicht hinreichend geprüft wurde, wie sich die Größe auf die Handlungsfähigkeit der neuen Kreise und ihrer MandatsträgerInnen auswirkt. So wurde der Verwaltungseffizienz Vorrang vor Staatsfundamentalprinzipien gegeben. Hierbei wird vor allem auf das Demokratieprinzip (Art. 20 GG, Art. 2, 3 Verf. M-V) und die sich daraus ableitende kommunale Selbstverwaltung (Art. 28 GG) verwiesen.⁵⁹ Vor der Kreisfusion mussten Kreistagsmitglieder aus Penkun rund 40 Kilometer zum Kreistagssitz in Pasewalk zurücklegen. Nach der Reform würden VolksvertreterInnen etwa 140 km fahren, um nach Greifswald zu gelangen.

Die Reaktionen auf die Urteile reichten von Erleichterung bei der Landesregierung bis zu Enttäuschung bei den Beschwerdeführenden. Greifswalds Oberbürgermeister Arthur König (CDU) befürchtete, dass die Hansestadt an Dynamik verliere. Die Landrätin der Insel Rügen Kerstin Kassner sprach von einem „schwarzen Tag für das Ehrenamt.“ Ihre Amtskollegin aus Ostvorpommern, Barbara Syrbe (Die LINKE) fokussierte vor allem die Aufgabe, die Nachteile „so gering wie möglich“ zu halten.⁶⁰

Das Urteil und die Kreisgebietsreform wurden aber auch als Auftakt für weitere Reformschritte gesehen. So forderte der Bundesgeschäftsführer des Bundes der Steuerzahler, Reiner Holznagel, eine Verkleinerung von Landesregierung und Landtag. Auch verlangt er eine „durchgreifende

⁵² Universität Rostock, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften: Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre – Umfrage 18.06.2011, Rostock 2011.

⁵³ Ebd.

⁵⁴ Claus Peter Müller, VLK, TBB, ojemine – BOH, MSH ist nicht OK, abrufbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/autokennzeichen-vlk-tbb-ojemine-boh-msh-ist-nicht-ok-1626122.html> (Stand: 22.10.2011).

⁵⁵ Mecklenburg-Vorpommern, Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung: Pressemitteilung Nr. 319/10, 01.10.2010.

⁵⁶ Dapd, „Chronologie Verwaltungsreform“ In SVZ 19.08.2011, S. 3.

⁵⁷ NDR, Neubrandenburg klagt gegen Kreisgebietsreform, abrufbar unter: <http://www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/kreisgebietsreform115.html> (Stand: 22.10.2011).

⁵⁸ Max-Stefan Koslik, „Knappes Ja zu neuer Landkarte im Norden“, in: SVZ 19.08. 2011, S. 3.

⁵⁹ Landesverfassungsgericht, Az.: LVerfG 21/10, S. 70ff.

⁶⁰ Koslik, „Knappes Ja zu neuer Landkarte im Norden“.

Neuordnung der Gemeindestrukturen“. Dabei wird er von den Präsidenten des Landesrechnungshofs und der Industrie- und Handelskammer Rostock unterstützt.⁶¹ Inwieweit das mit der kommunalen Selbstverwaltung vereinbar ist, wird dann wahrscheinlich wieder in Greifswald entschieden.

4 Fazit

Inwieweit sich die neuen Kreise bewähren, bleibt abzuwarten. Es waren bereits die ersten „Kinderkrankheiten“ zu kurieren. So müssen die Kreise nach der Durchführungsverordnung zur Kommunalverfassung vor ihrem Namen den Titel „Landkreis“ setzen.⁶² Daher hieß der Kreis „Mittleres Mecklenburg“ nach dem Bürgerentscheid „Landkreis Rostock und entsprechend der Regelung damit „Landkreis – Landkreis Rostock. So sah sich das Innenministerium des Landes genötigt hier eine Ausnahmegenehmigung zu erteilen.⁶³

Die Reduzierung auf sechs Flächenkreise hat die durchschnittliche Kreisgröße verdoppelt. In Gegensatz zum ersten Anlauf von 2006 konnte das Landesverfassungsgericht keine Probleme für die ehrenamtliche Arbeit, vor allem für die der neuen Kreistagsmitglieder, erkennen.⁶⁴ Allerdings steht das Urteil über die Klage Neubrandenburgs noch aus.⁶⁵ Dass das Landesverfassungsgericht die Kreisgebietsreform noch nach ihrer Umsetzung kippt darf durchaus angezweifelt werden.

Durch die Halbierung der Legislaturperiode haben die Landkreise Zeit erste Erfahrungen mit den neuen Strukturen zu machen. Im Rahmen der Kommunalwahlen 2014 wird sich zeigen was die Kreisgebietsreform langfristig für die kommunalen Strukturen bedeutet. Man darf soweit gehen und behaupten, dass die Kreisgebietsreform ein Schritt in die richtige Richtung ist. Mit ihr versucht man Mecklenburg-Vorpommern gegen die Herausforderungen der nächsten Dekaden zu wappnen und zukunftsfähig zu machen. Ob es dem Land nach dieser Reform möglich ist, auch längerfristig einen festen Stand zu halten, bleibt natürlich abzuwarten. In jedem Falle wurde bewiesen, dass man durchaus gewillt und in der Lage ist, reformtechnisches Neuland zu betreten und auch Risiken zu wagen. Es wird sich zeigen, ob diese Form eine individuelle Anpassung Mecklenburg-Vorpommerns bleibt oder am Ende sogar den Prototypen für Reformen anderer Bundesländer darstellt, denn der vom Landesverfassungsgericht beschriebene „fehlende Präzedenzfall“ wurde nun geschaffen.

⁶¹ Dpa, „Nach der Kreisreform: Kommunen und Land im Blickfeld“, in: SVZ 20/21. August 2011, S. 4.

⁶² Hans-Jürgen Kowalzik, Posse um Landkreis-Namen beendet; in *Güstrower Anzeiger*, 19.10.2011, S. 13.

⁶³ Ebd.

⁶⁴ Landesverfassungsgericht, Az.: LVerfG 21/10, S. 11f.

⁶⁵ LVerfG: Pressemitteilung, 18.08.2011, S. 1.

Die Kommunal- und Direktwahlen 2011 in Mecklenburg-Vorpommern

Christopher Scheele

1 Einleitung

Mit der Abweisung der Klagen gegen die Kreisgebietsreform durch das Landesverfassungsgericht am 18. August 2011 wurde der Weg für die Neuwahlen der Kreistage und Landräte in den sechs neuen Großkreisen freigemacht. In den Landkreisen (LK) endete somit die seit 2009 laufende Wahlperiode am 04. September 2011 vorzeitig, wobei die kreisfreien Städte (Rostock und Schwerin) davon per Definition nicht betroffen waren.¹

Die Kreisgebietsreform war in der Bevölkerung mit breiter Skepsis² und von den regionalen und lokalen MandatsträgerInnen mit großer Sorge verfolgt worden. In Erwartung der Neuwahlen stieg die Spannung, wurden in den Großkreisen doch Landkreise mit unterschiedlichen politischen Kulturen und Einstellungen in der Bevölkerung zu einer neuen Einheit zusammengefasst. Es war davon auszugehen, dass sich teilweise das Machtgefüge der Kreistage ändern und auch die Besetzung der Landratsämter der neuen Kreise von den Ausgangskreisen abweichen würde. Im LK Vorpommern-Rügen beispielsweise konkurrierten die Amtsinhaber Ralf Drescher (CDU) und Kerstin Kassner (Die LINKE) miteinander. Beide Landräte waren in ihren Landkreisen mit großen Mehrheiten gewählt worden.³ Auch mit Blick auf die lokalen Befindlichkeiten zwischen Nordvorpommern und Rügen waren sich die Amtsinhaber des Rückhalts „ihrer“ Bevölkerung sicher.

Viele mahnten, die Kreisgebietsreform sei das Ende von politischer Pluralität und Diversität. Sie vermuteten, dass in den neuen Kreistagen kaum noch Wählergemeinschaften und vor allem keine EinzelkandidatInnen mehr vertreten sein würden.⁴ Aufgrund dessen können vier zentrale Fragen formuliert werden:

- 1) Sind die politischen Machtverhältnisse zugunsten einer Partei durch die Kreisgebietsreform verändert worden?
- 2) Wie wird die Verteilung der Landratsposten ausfallen?
- 3) Wird die Reform einseitig zulasten der Wählergemeinschaften gehen?
- 4) Haben Einzelbewerber überhaupt noch eine Chance?

¹ „Verfassungsrichter bestätigen Kreisgebietsreform in MV“, abrufbar unter: <http://www.zeit.de/news/2011-08/urteile-verfassungsrichter-bestaetigen-kreisgebietsreform-in-mv-18113205> (Stand: 10.10.2011).

² Laut einer Umfrage des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock am 18. Juni 2011 lehnten 54 Prozent der Befragten die Kreisgebietsreform ab.

³ Vgl. Ergebnisse der Landratswahl Nordvorpommern und Rügen 2008, Landeswahlleitung MV, abrufbar unter: http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/start/_Landeswahlleiter/Landeswahlleiter/kommunalwahlen/Direktwahlen/2001-2010/_DW-Wahlergebnisse/_DW-Ergebnisuebersicht/index.jsp (Stand: 10.10.2011).

⁴ Max-Stefan Koslik: Knappes Ja zu neuer Landkarte im Norden, abrufbar unter: <http://www.nnn.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/artikeldetail/article//knappes-ja-zu-neuer-landkarte-im-norden.html> (Stand: 10.10.2011).

2 Das Wahlergebnis und die Gleichzeitigkeit der Wahlen

Bei der Kommunalwahl 2011 konnte die SPD landesweit ihr bestes Ergebnis seit Einführung der Kommunalwahlen 1994 erringen und gewann 8,2 Prozentpunkte hinzu. Dies ist u. a. darauf zurückzuführen, dass sie von der Gleichzeitigkeit der Wahlen mit der Landtagswahl profitierte, vor allem durch die hohe Popularität Erwin Sellerings und die Stärke der Landes-SPD im Wahljahr 2011, die auch auf die kommunale Ebene ausstrahlten. Das Ergebnis 2011 reiht sich in die Ergebnisse der Jahre 1994 und 1999 ein, die in etwa das Potenzial der SozialdemokratInnen in den Kommunen widerspiegeln. Die deutlich schwächeren Ergebnisse der Jahre 2009 und 2004 müssen auch vor dem Hintergrund des SPD-Bundestrends gesehen werden. Im Jahr 2004 neigte sich die Regierung Schröder/Fischer ihrem Ende zu. Hinzu kamen für die SPD die Diskussion um die umstrittene Kreisgebietsreform und der traditionelle „Midterm-Blues“, die zweite rot-rote Landesregierung war gerade zwei Jahre im Amt. 2009 verlor die SPD die Bundestagswahl mit dem schlechtesten Ergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik.

Für die CDU war die Gleichzeitigkeit der Wahlen eher eine Bürde. Die starken Verluste bei der Landtagswahl und die schlechten Umfragewerte des Spitzenkandidaten Lorenz Caffier bildeten ebenso wenig eine gute Basis wie die Tatsache dass Caffier als Innenminister für die umstrittene Kreisgebietsreform verantwortlich zeichnete. Gegen die Kreisgebietsreform aus dem Jahr 2007, welche die Basis für die Reform 2010 bildete, hatte die CDU noch erfolgreich vor dem Landesverfassungsgericht geklagt. Im Vergleich zu den Landtagswahlen profitierte die CDU jedoch weiterhin von ihrer starken kommunalpolitischen Verankerung und der Tatsache, dass Kommunalwahlen auch immer Personenwahlen sind. Die sehr guten Ergebnisse der Jahre 1999 und 2004 dürfen dabei nicht als Maßstab dienen, hier konnten die ChristdemokratInnen aus ihrer doppelten Oppositionsrolle im Bund und Land Kapital schlagen. Mit der Regierungsbeteiligung in Bund und Land im Jahr 2006 sank der Stimmenanteil bei den Kommunalwahlen 2009 bereits deutlich ab.⁵

Das Ergebnis der Partei Die LINKE bestätigte, dass die Partei ein abschmelzendes Stammwählerpotenzial besitzt. Dennoch überrascht dieses Kommunalwahlergebnis zunächst, konnte doch Die LINKE nicht vom Protest gegen die Kreisgebietsreform profitieren. Immerhin hatte sich mit der Rügener Landrätin Kerstin Kassner ein bekanntes Gesicht der Partei an die Spitze des Protests und der abermaligen Klage vor dem Landesverfassungsgericht in Greifswald gesetzt. An dieser Stelle darf jedoch nicht vergessen werden, dass die damalige PDS den ersten Anlauf zur Kreisgebietsreform von 2002 bis 2006 in der Regierung mitgetragen hatte und auch kommunal die anhaltende Debatte um DDR-Unrecht und den Mauerbau nicht ausblenden konnte.

Die FDP litt kommunal unter dem schlechten Landes- und Bundestrend des Jahres 2011. Die Querelen innerhalb des Landesverbandes trugen ihr Übriges dazu bei. Die bis dato teilweise recht starke kommunale Verankerung der Partei milderte diese Effekte hingegen etwas ab, sodass die Liberalen kommunal stärker als bei der Landtagswahl aus der Wahl hervorgingen. Ihnen gelang es ebenfalls nicht, davon zu profitieren, dass sie nicht an der Kreisgebietsreform beteiligt waren.

⁵ Steffen Schoon: Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern – Eine Bilanz; in: Steffen Schoon/Arne Lehmann (Hrsg.): Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2009, S. 6-18, hier S. 10.

Auch Bündnis 90/Die Grünen konnten diesen Nimbus der Kreisgebietsreform nicht in großem Maße nutzen, der Bundestrend beflügelte die Partei dennoch und es gelangen die Verstärkung und der Ausbau des Ergebnisses von 2009. Im Vergleich mit der Landtagswahl zeigt sich, dass die Bündnisgrünen kommunal noch nicht stark verankert sind und diese Strukturen erst langsam aufgebaut werden müssen. In den Städten sind die Grünen hingegen deutlich stärker verankert.

Im Fall der NPD ist kommunale Verankerung der Schlüssel zu den Zugewinnen im Jahr 2011. Während die NationaldemokratInnen in vier von sechs Landkreisen unterhalb von fünf Prozent blieben, gelang es im LK Ludwigslust-Parchim, in dem der Wohnort des Landesvorsitzenden Udo Pastörs liegt, diese knapp zu überspringen und im LK Vorpommern-Greifswald – hier liegen zahlreiche NPD-Hochburgen – 9 Prozent der Stimmen auf sich zu vereinen. Vor allem diese Ergebnisse verschoben das Landesergebnis nach oben. Die Nationalen nutzten überwiegend Themen des ländlichen Raumes, wie Infrastruktur und Arbeitslosigkeit sowie die Angst vor der Öffnung der Grenzen zu Polen für ihren Wahlkampf.

Abschließend bleibt festzustellen, dass offensichtlich trotz der Skepsis in der Bevölkerung gegenüber der Kreisgebietsreform keine Partei für die Reform bestraft wurde, genauso wenig wie eine Partei besonders von ihr profitieren konnte.⁶

Tab. 1: Vergleich der Kommunalwahlergebnisse 1994-2011 mit der Landtagswahl 2011 (in Prozent)

Jahr	CDU	SPD	LINKE	FDP	B'90/ Grüne	WG/Sonst.	Ebw.	NPD
Kommunalwahl 2011	29,0	27,5	19,2	4,3	6,5	8,5	0,6	5,4
Kommunalwahl 2009	31,8	19,3	21,6	8,7	5,0	8,8	1,7	3,2
Kommunalwahl 2004	38,8	19,1	20,2	6,1	3,1	9,0	2,8	0,8
Kommunalwahl 1999	39,9	24,0	21,9	4,1	1,9	5,9	1,7	0,5
Kommunalwahl 1994	30,6	25,6	24,3	5,4	4,2	9,4	0,6	-
Landtagswahl 2011	23,0	35,6	18,4	2,8	8,7	5,5	-	6,0

Quelle: Daten des Statistischen Amtes MV; eigene Darstellung.

3 Die Kreistagswahlen in den neuen Landkreisen

Im LK Nordwestmecklenburg (NWM)⁷ gingen der alte LK Nordwestmecklenburg und die ehemals kreisfreie Hansestadt Wismar auf.⁸ Die Hansestadt ist seit vielen Jahren fest in der Hand der SPD und hat sich als Hochburg der SozialdemokratInnen inzwischen den Beinamen „Sozialdemokratischer Leuchtturm“ erworben. Rosemarie Wilcken (SPD) war von 1990 bis 2010 Bürgermeisterin in Wismar, bevor Thomas Beyer (SPD) sie im Amt beerbte. Die SPD stellte zudem die mit Abstand größte Bürgerschaftsfraktion. Etwas anders war die Ausgangslage im alten LK Nordwestmecklenburg, hier stand der jungen SPD-Landrätin Birgit Hesse eine starke CDU-

⁶ Vgl. Statistisches Amt MV: Wahlergebnisse Kommunalwahlen MV 1994, 1999, 2004 und 2009; Wahlrecht.de: Archiv der Umfragen zum Bundestrend, abrufbar unter: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/index.htm> (Stand: 10.10.2011).

⁷ 62,8 Prozent der Wähler entschieden sich bei der Abstimmung im Zuge der Kommunalwahl 2011 für die Beibehaltung des alten Landkreisnamens. 37,2 Prozent stimmten für den alternativen Namensvorschlag Ostseekreis Wismar, der aufgrund der Abkürzungsmöglichkeit OKW umstritten war. OKW stand im „Dritten Reich“ für das „Oberkommando der Wehrmacht“.

⁸ Alle Angaben zur Zusammensetzung der Landkreise nehmen Bezug auf: Gesetz- und Verordnungsblatt für Mecklenburg-Vorpommern vom 28. Juli 2010: Gesetz zur Schaffung zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Kreisstrukturgesetz), Schwerin 2010, S. 366ff.

Kreistagsfraktion gegenüber. Hesse hatte sich bei ihrer Wahl 2008 bereits mit 65 Prozent überraschend stark gegen den Christdemokraten Ulrich Born durchsetzen können. Bei der Wahl 2011 konnten die SozialdemokratInnen den rechnerischen Rückstand⁹ gegenüber der CDU von 3,1 Prozentpunkten in einen 12,1-Prozentpunkte-Vorsprung umwandeln und Die LINKE, ausgehend von einem Vorsprung von 5,9 Prozentpunkten, auf erstaunliche 18 Prozentpunkte distanzieren. Dieses starke Ergebnis gründete zunächst auf der Tatsache, dass neben einer gestiegenen Wahlbeteiligung (8.000 Stimmen mehr)¹⁰ die SPD in absoluten Zahlen über 22.000 Wählerstimmen hinzugewann. Einen Stimmenzugewinn in absoluten Zahlen konnten ansonsten nur die NPD und die Wählergemeinschaften/Sonstige verzeichnen. Hier lagen die Zugewinne allerdings zwischen 3.000 bis 4.000 Stimmen. Die NPD konnte besonders ihre Hochburg Jamel und die exponierte Persönlichkeit Sven Krügers für sich nutzen. Auch die Tatsache, dass von ehemals über 7.000 Stimmen, welche die EinzelbewerberInnen auf sich vereinen konnten, im Jahr 2011 nur noch 148 übrig blieben, spricht für die deutlichen Verschiebungen zugunsten der Parteien und Wählergemeinschaften. Verstärkt wird diese Situation durch den ehemals rein urbanen Wahlkreis Hansestadt Wismar, da EinzelkandidatenInnen in urbanen Wahlkreisen traditionell bessere Chancen besitzen als in ländlichen, und dadurch meist auch größeren, Wahlkreisen.

Tab. 2: Wahlergebnisse 2011 in NWM im Vergleich zu 2009 (alle Angaben in Prozent)

Jahr	CDU	SPD	LINKE	FDP	B'90/ Grüne	WG	Ebw.	NPD	Sonst.
2011	24,2	36,3	18,3	3,9	7,2	5,1	0,1	4,3	0,6
2009 – akkumuliert	29,2	26,1	20,2	9,2	4,0	4,7	4,1	2,5	-
Nordwestmecklenburg 2009	31,7	23,5	20,3	8,4	3,8	6,1	2,8	3,3	-
Wismar 2009	21,1	34,4	19,8	11,8	4,5	-	8,3	-	-

Quelle: Daten des Statistischen Amtes MV; eigene Darstellung.

Im LK Ludwigslust-Parchim (LP)¹¹ fusionierten die Landkreise Ludwigslust und Parchim. Im neuen LK führte eine höhere Wahlbeteiligung (12.000 Stimmen mehr)¹² zusammen mit massiven Stimmenverlusten im bürgerlichen Lager, hier verlor die CDU über 13.000 Stimmen und die FDP über 9.000 Stimmen, zu neuen Machtverhältnissen. Die FDP verlor fast so viele Stimmen, wie sie 2009 im LK Parchim überhaupt auf sich vereint hatte. Die SozialdemokratInnen gewannen im gleichen Maße wie in NWM (22.000 Stimmen), aber auch die Partei Die LINKE, die Grünen, die NPD und die Wählergemeinschaften gewannen bis zu 4.000 Stimmen hinzu. Für Die LINKE fiel der Zugewinn letztlich zu schwach aus, um sich gegenüber der gestiegenen Wahlbeteiligung positiv in Prozenten niederzuschlagen. Bemerkenswert ist, dass die EinzelbewerberInnen ihr Stimmenvolumen halten konnten. Dies liegt vor allem daran, dass es in LP zuvor keine singulären urbanen Effekte gab, wodurch die Einzelbewerber stärker begünstigt wurden. Letztlich profitierten die SozialdemokratInnen neben einer starken Verankerung in Mecklenburg auch von der Tatsache, dass die beiden Ausgangskreise bereits von Sozialdemokraten geführt wurden und auch zahlreiche SPD-BürgermeisterInnen die Städte im LK führen. Das im Vergleich zweitbeste Landkreisergebnis der NPD ist u. a. durch ihre Hochburg um Lübbtheen herum zu erklären, mit dem Wohnort Udo Pastörs' und der starken lokalen NPD-Präsenz.

⁹ Die Kommunalwahlergebnisse 2009 umgerechnet auf die neuen Gebietskörperschaften bei der Kommunalwahl 2011.

¹⁰ Alle Angaben sind auf die Hunderterstelle gerundet.

¹¹ 55,4 Prozent entschieden sich in der Abstimmung für diesen Kreisnamen anstelle von Parchim-Ludwigslust.

¹² Das Ansteigen der Wahlbeteiligung ist mit der Gleichzeitigkeit der Wahlen zu erklären, die zu einem höheren Mobilisierungsgrad führt.

Tab. 3: Wahlergebnisse 2011 in LP im Vergleich zu 2009 (alle Angaben in Prozent)

Jahr	CDU	SPD	LINKE	FDP	B'90/ Grüne	WG	Ebw.	NPD	Sonst.
2011	27,7	32,3	17,8	4,8	5,6	5,4	0,7	5,5	0,1
2009 – akkumuliert	33,8	25,5	18,2	8,4	4,4	4,8	0,7	4,1	-
Ludwigslust 2009	31,7	26,8	16,8	8,5	4,1	7,3	0,4	4,5	-
Parchim 2009	36,7	23,7	20,0	8,3	4,8	1,6	1,2	3,6	-

Quelle: Daten des Statistischen Amtes MV; eigene Darstellung.

Im LK Rostock (LRO)¹³ gingen die alten Landkreise Bad Doberan und Güstrow auf. In beiden Landkreisen stellte die SPD mit Lutz da Cunha und Thomas Leuchert die Landräte, auch wenn die CDU in beiden Kreistagen stärkste Kraft war. Beide Kreistage waren sich in ihrer politischen Machtverteilung relativ ähnlich. Größere Unterschiede gab es nur bei den kleinen Parteien und Wählergemeinschaften. Im LK Bad Doberan waren die FDP und Die Grünen stärker vertreten, während sie im LK Güstrow schlechter abschnitten. Die Schwächen im LK Güstrow konnten wiederum Wählergemeinschaften und EinzelbewerberInnen für sich nutzen. In beiden Landkreisen waren die EinzelbewerberInnen landesweit, mit Ausnahme der kreisfreien Städte, am stärksten vertreten. Dies kann u. a. mit der urbaneren Struktur der Kreise begründet werden.

Die Wahl 2011 lockte im neuen LK, wie auch in seinen mecklenburgischen Nachbarn, mehr WählerInnen an die Wahlurnen. Von den 16.000 Stimmen, die zusätzlich zur Wahl 2009 abgegeben wurden, konnte die CDU nicht profitieren, da sie 6.500 Stimmen verlor. Während diese Verluste noch moderat ausfielen, sahen sich die Liberalen mit einem Verlust von fast 15.000 Stimmen konfrontiert, was mehr als das Doppelte dessen ist, was die FDP im LK Güstrow 2009 in toto an Stimmen erhielt. Auch die EinzelbewerberInnen verloren erwartungsgemäß, mit 7.600 Stimmen, fast zwei Drittel ihrer Stimmen der Wahl 2009. Es liegt die Vermutung nahe, dass sich viele der Einzelbewerber in den Wählergemeinschaften organisiert haben und, mit 6.700 Stimmen Zuwachs, einen Großteil dieser Stimmen auffangen konnten. Während unter den übrigen Parteien, mit bis ca. 7.500 Stimmen, alle an Stimmen hinzugewinnen konnten, gelang der SPD mit über 29.000 Stimmen der landesweit größte Zugewinn aller Parteien. Die SozialdemokratInnen nutzten ihre Vormachtstellung in den Landratsämtern und Rathäusern somit auch im neuen LK. Ihre starke Verankerung in der Fläche, die zwischen dem Jahr 2002 und 2011 nur bei Landtagswahlen in Wahlerfolge umgemünzt werden konnte, bescherte der SPD nun auch bei den Kommunalwahlen 2011 einen Erfolg in diesem Teil ihrer Hochburg Mecklenburg. Dies bestätigte sich auch bei der gleichzeitigen Landratswahl, wo sich Amtsinhaber Thomas Leuchert in der Stichwahl mit 73 Prozent der Stimmen gegen den Kandidaten der CDU durchsetzen konnte.

Tab. 4: Wahlergebnisse 2011 in LRO im Vergleich zu 2009 (alle Angaben in Prozent)

Jahr	CDU	SPD	LINKE	FDP	B'90/ Grüne	WG	Ebw.	NPD	Sonst.
2011	28,9	30,0	19,6	4,7	7,4	3,8	1,8	4,0	-
2009 – akkumuliert	33,3	20,5	19,1	10,7	5,0	3,6	4,7	3,2	-
Bad Doberan 2009	32,8	20,3	19,5	13,4	5,9	0,6	4,1	3,2	-
Güstrow 2009	33,9	20,7	18,5	6,9	3,7	7,8	5,4	3,2	-

Quelle: Daten des Statistischen Amtes MV; eigene Darstellung.

¹³ Das Comeback des Landkreises Rostock wurde mit 55,1 Prozent der Stimmen eingeleitet, der Gegenvorschlag lautete Landkreis Güstrow-Bad Doberan.

Im LK Vorpommern-Rügen (VRG)¹⁴ waren mit Nordvorpommern, der kreisfreien Hansestadt Stralsund und Rügen gleich drei Gebietskörperschaften zu einem der größten Landkreise Deutschlands aufgegangen. Besonders für die Parteien war dieser LK von großem Interesse, trafen hier doch diverse Spezifika zusammen. Zum einen befanden sich hier Hochburgen von gleich drei Parteien: In Nordvorpommern besaß die CDU fast die absolute Mehrheit, auf Deutschlands größter Insel war die Partei Die LINKE traditionell stark, ebenso die FDP; in beiden Landkreisen lagen zudem Diaspora-Gebiete der SPD. Zum anderen bestanden in der Hansestadt Stralsund fest verankerte Wählergemeinschaften. Diese konnten aufgrund der urbanen Sonderlage der ehemals kreisfreien Hansestadt profitieren und stellten mit 27,2 Prozent der Stimmen eine feste Größe in der politischen Kultur der Stadt am Strelasund dar, während Bündnis 90/Die Grünen nicht einmal zur Wahl 2009 antraten.

Am Wahltag standen den über 12.000 mehr abgegeben Stimmen Verluste im bürgerlichen Lager von über 20.000 Stimmen¹⁵ gegenüber. Die CDU konnte von ihrer Hochburg Nordvorpommern profitieren und ist im Kreistag weiterhin die stärkste Kraft. Jedoch ist die schwarz-gelbe Mehrheit durch den Einbruch der FDP passé. Die LINKE und die SPD sind aufgrund der starken Gewinne der SPD (21.800 Stimmen) gleichauf. Die Grünen, bis dato in Vorpommern-Rügen sehr schwach verankert, konnten im Wahlkreis von Spitzenkandidat Jürgen Suhr, mit fast 11.000 zusätzlichen Stimmen, vor allem von der Schwäche der Wählergemeinschaften zehren.

Im Fall der Partei Die LINKE ist festzustellen, dass auch hier die Hochburg Rügen erhalten geblieben ist, und man nicht in dem Maße abwandernde WählerInnen des schwarz-gelben Lagers, wie auch der Wählergemeinschaften für sich gewinnen konnte. Die LINKE, die ihr Stammwählerpotenzial voll ausschöpfte, konnte keine zusätzliche Mobilisation und Zugewinne über die Kreisgebietsreform erreichen. Rügens Landrätin Kassner hatte sich seit vielen Jahren als Speerspitze im Kampf gegen die Kreisgebietsreform und für die Eigenständigkeit von Deutschlands größter Insel eingesetzt. Umso höher muss also auch hier die Gleichzeitigkeit der Wahlen und der „Selling“-Effekt bewertet werden, wenn es der SPD in ihren Diaspora-Gebieten gelingt, mit der Partei Die LINKE in deren Hochburg gleichzuziehen, bzw. im Fall der CDU, in deren absoluter Hochburg den Rückstand fast zu halbieren. Die Anzahl der Wählergemeinschaften hat sich konzentriert und reduziert, wodurch auch sie, mit leichten Stimmverlusten, wieder im Kreistag vertreten sind. Die besondere kommunalpolitische Note der Hansestadt Stralsund konnte sich nicht in Gänze erhalten, dennoch hat es mit Michael Adomeit auch ein Stralsunder Kommunal-Urgestein in den neuen Kreistag geschafft.

Tab. 5: Wahlergebnisse 2011 in VRG im Vergleich zu 2009 (alle Angaben in Prozent)

Jahr	CDU	SPD	LINKE	FDP	B'90/ Grüne	WG	Ebw.	NPD	Sonst.
2011	35,1	19,4	19,5	4,8	6,2	9,9	0,8	4,3	-
2009 – akkumuliert	40,3	11,9	20,1	9,3	2,3	13,8	0,6	2,2	-
Nordvorpommern 2009	48,0	13,2	18,4	7,4	2,8	7,1	-	3,1	-
Stralsund 2009	32,0	18,3	11,6	4,9	-	27,2	2,2	3,1	0,7
Rügen 2009	33,7	10,0	24,1	15,8	3,4	12,4	0,5	-	-

Quelle: Daten des Statistischen Amtes MV; eigene Darstellung.

¹⁴ Die Namensfindung verlief äußerst knapp (50,9 Prozent), gerade einmal 1.609 Stimmen fehlten dem Gegenorschlag "Ostseekreis Stralsund" in der Abstimmung.

¹⁵ CDU: ca. -9.200 Stimmen, FDP: ca. -11.100 Stimmen.

Ein besonderes Konglomerat stellt der LK Mecklenburgische Seenplatte (MSP)¹⁶ dar, denn in ihm vereinigen sich Gebietskörperschaften mit unterschiedlicher regionaler Zugehörigkeit und Tradition zu einem neuen LK. Das kreisfreie Neubrandenburg und die LK Müritz und Mecklenburg-Strelitz bilden zusammen mit einem Großteil des alten Landkreises Demmin, dazu zählen Dargun und Demmin sowie die Ämter Demmin-Land, Malchin am Kummerower See, Stavenhagen und Treptower Tollensewinkel, den Kreis Mecklenburgische Seenplatte. In dieser Verzahnung von Gebietskörperschaften, über die Grenzen von Mecklenburg und Vorpommern, kam es zur ersten Überraschung. Neben einer nur leicht gestiegenen Wahlbeteiligung (noch nicht einmal 4.000 Stimmen mehr als 2009) konnte sich die SPD (+31.800 Stimmen) vom dritten Platz ausgehend zur stärksten Kraft im neuen Kreistag entwickeln. Aufgrund der Ausgangslage der Wahlen 2009 hatten sich sowohl CDU (-18.600 Stimmen) als auch Die LINKE (-11.000 Stimmen) berechtigte Hoffnungen machen können, sich einen Zweikampf um die Spitzenposition im neuen Kreistag zu liefern. Mit Blick auf die Kreisgebietsreform konnten der Partei Die LINKE noch größere Chancen eingeräumt werden, als der aktuell in die Kreisgebietsreform eingebundenen CDU.

Die FDP verlor mit rund 13.700 Stimmen, wie auch in den übrigen Landesteilen, fast die Hälfte ihrer Stimmen. Die Bündnisgrünen (+11.200) konnten ihren Stimmenanteil verdoppeln. Während die Wählergemeinschaften ihre Stimmenzahl halten konnten, verloren die EinzelbewerberInnen fast alle Stimmen. Offensichtlich hatten die EinzelbewerberInnen sich keine Hoffnungen auf einen Einzug in den Kreistag gemacht, zumal hier in den vorherigen Wahlen die besondere urbane Stellung Neubrandenburgs zu beachten ist. Mit großer Sorge muss das Ergebnis der NPD zur Kenntnis genommen werden, da die Nationalen über 12.000 Stimmen dazugewinnen konnten. Relativierend muss jedoch angemerkt werden, dass die NPD in den Ausgangsstrukturen 2009 nur in zwei von vier Kreisen zur Wahl angetreten war. Es ist daher notwendig, weitere Wahlen abzuwarten, um zu sehen, ob sich die Entwicklung verstetigt.

Tab. 6: Wahlergebnisse 2011 in MSP im Vergleich zu 2009 (alle Angaben in Prozent)

Jahr	CDU	SPD	LINKE	FDP	B'90/ Grüne	WG	Ebw.	NPD	Sonst.
2011	28,7	29,7	20,9	4,5	6,8	4,4	0,1	4,8	-
2009 – akkumuliert	33,9	20,8	24,6	8,9	4,4	4,3	1,8	1,2	-
Demmin 2009	42,7	12,6	27,6	7,1	3,5	5,0	1,5	-	-
Müritz 2009	26,7	26,0	16,8	9,1	5,4	13,1	-	2,7	-
Mecklenburg-Strelitz 2009	36,5	22,1	24,8	10,8	4,3	-	1,5	-	-
Neubrandenburg 2009	30,6	21,4	29,2	7,0	4,4	-	4,8	2,7	-

Quelle: Daten des Statistischen Amtes MV; eigene Darstellung.

Im neuen LK Vorpommern-Greifswald (VG)¹⁷ sind neben der ehemals kreisfreien Hansestadt Greifswald, den LK Ostvorpommern und Uecker-Randow, auch die Ämter Jarmen-Tutow und Peenetal/Loitz des ehemaligen Landkreises Demmin aufgegangen. Auch in diesem LK gab es Unerwartetes: Die CDU konnte, bei stärkerer Wahlbeteiligung (26.700 Stimmen mehr), trotz leichten Verlusten (-5.200 Stimmen) im Landesschnitt stärkste Kraft im Kreistag bleiben. Die massiven Verluste der FDP (-9.600 Stimmen) reihten sich dabei in das Bild der übrigen Landkreise ein. Von der Schwäche der bürgerlichen Parteien konnten sowohl die Grünen (+7.000 Stimmen) als auch Die LINKE (+6.800 Stimmen) profitieren. Vor allem aber konnte die SPD, mit

¹⁶ Der Gegenvorschlag "Mecklenburgisch-Vorpommersche Seenplatte" konnte nur 16,2 Prozent erreichen.

¹⁷ Der Alternativname "Ostsee-Haffkreis Vorpommern" erreichte nur 36,7 Prozent.

einem Gewinn von rund 24.000 Stimmen, zur zweitstärksten politischen Kraft im neuen LK aufsteigen. Mit Blick auf die allgemein schwache Verankerung der SozialdemokratInnen im Land muss es auch hier zu einem Überlagerungseffekt der kommunalen Ebene durch die Landtagswahl gekommen sein. Den Wählergemeinschaften gelang es, mit einer großen Wählergemeinschaft (Kompetenz für Vorpommern) und drei weiteren kleinen Wählergemeinschaften, über die ehemaligen Landkreisgrenzen in den Kreistag einzuziehen. Sogar die PIRATEN sind mit einem Mandat vertreten. Gleichzeitig konnte aber auch die NPD über ihre Hochburgen hinaus weitere 8.200 Stimmen gewinnen und wieder in den Kreistag einziehen. In diesem Zusammenhang kommt die Frage auf, ob dieser Gewinn alleine durch das Engagement der NPD im ländlichen Raum zustande gekommen sein kann, oder ob man den größeren Parteien unterstellen muss, dass solche Entwicklungen durch mangelnde Arbeit im selben Raum diesen Trend begünstigen.¹⁸

Tab. 7: Wahlergebnisse 2011 in VG im Vergleich zu 2009 (alle Angaben in Prozent)

Jahr	CDU	SPD	LINKE	FDP	B'90/ Grüne	WG	Ebw.	NPD	Sonst.
2011	28,3	19,7	18,7	3,1	6,1	13,6	-	9,0	1,5
2009 – akkumuliert	33,9	12,7	23,0	6,8	4,1	12,8	0,3	6,3	-
Greifswald 2009	30,9	13,3	22,3	8,6	10,8	13,0	1,1	-	-
Ostvorpommern 2009	34,6	12,3	22,7	7,1	4,2	11,4	0,1	7,6	-
Uecker-Randow 2009	32,0	13,2	23,9	5,6	-	16,1	-	9,1	-

Quelle: Daten des Statistischen Amtes MV; eigene Darstellung.

4 Die Landratswahlen in den neuen Landkreisen

Neben den Kreistagen wurden in den sechs neuen Kreisen gleichzeitig die Landräte neu gewählt. Hier wurde erwartet, dass die regionalen Unterschiede in der Personenwahl nochmals deutlicher hervortreten und Effekte wie Lokalpatriotismus, beispielsweise in Vorpommern-Rügen, eine gewichtige Rolle spielen.

Erwartungsgemäß konnte die SPD die Landratsposten in allen neuen Kreisen erobern, in deren Vorgängerkreisen sie bereits die Verwaltungschefs (fünf Landräte und einen Bürgermeister)¹⁹ gestellt hatte. In Nordwestmecklenburg setzte sich Birgit Hesse bereits im ersten Wahlgang durch. Ihre Kollegen Leuchert (LRO) und Christiansen (LP) gewannen jeweils in den Stichwahlen deutlich gegen einen CDU-Kandidaten, hatten aber bereits im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten. Damit war die SPD die große Gewinnerin der Landratswahlen, denn sie konnte auf diese Weise drei von sechs neuen Landratsposten für sich besetzen. Die CDU konnte hingegen, ausgehend von ihren ehemals sechs Verwaltungsleiterposten (vier Landräte und zwei Oberbürgermeister),²⁰ nur zwei Landratsposten in den neuen Kreisen für sich einnehmen. Heiko Kärger setzte sich im LK Mecklenburgische Seenplatte in der Stichwahl durch, ebenso sein Kollege Drescher aus Nordvorpommern. Beide hatten ebenfalls im ersten Wahlgang die Stimmenmehrheit besessen und mussten sich danach jeweils Kandidaten der Partei Die

¹⁸ Birgit Schwebs: Bürgerinnen und Bürger an der B 5 und B 104 brauchen rasche Entlastung, Pressemitteilung Landtagsfraktion Die LINKE MV, 8. Juni 2010, abrufbar unter: <http://www.linksfraktionmv.de/nc/presse/pressemeldungen/detail/archiv/2010/juni/browse/3/zurueck/pressemeldungen/artikel/buergerinnen-und-buerger-an-der-b-5-und-b-104-brauchen-rasche-entlastung/> (Stand: 20.10.2011).

¹⁹ NWM: Birgit Hesse, HWI: Thomas Beyer, LWL: Rolf Christiansen, PCH: Klaus-Jürgen Iredi, DBR: Thomas Leuchert, GÜ: Lutz da Cunha.

²⁰ NVP: Ralf Drescher, HST: Alexander Badrow, HGW: Arthur König, MÜR: Bettina Paetsch, MST: Heiko Kärger, NB: Paul Krüger.

LINKE stellen. Besonders knapp ging es dabei in Vorpommern-Rügen zu, wo 2.127 Stimmen zugunsten Dreschers den Ausschlag gaben. Die LINKE verlor zwei ihrer drei Landratsposten²¹ und stellt mit Barbara Syrbe nur noch eine Landrätin in Vorpommern-Greifswald. Syrbe wurde in der Stichwahl von Justizministerin Uta-Maria Kuder (CDU) herausgefordert. Der einzige parteilose Kandidat aus Uecker-Randow verlor dabei seinen Posten kampflös. Er war nicht wieder angetreten. Kuder gelang es dabei nicht, aus ihrer Bekanntheit als Justizministerin Kapital gegen AmtsinhaberIn Syrbe zu schlagen.

Tab. 8: Landrats und (Ober-)Bürgermeisterposten in den neuen Großkreisen (GK) 2009 bis 2011

Partei	Alte Landkreise u. kreisfreie Städte	Großkreise 2011
<i>SPD</i>	Nordwestmecklenburg, Wismar, Ludwigslust, Parchim, Bad Doberan, Güstrow	Nordwestmecklenburg, Ludwigslust-Parchim, Rostock
<i>CDU</i>	Müritz, Neubrandenburg, Mecklenburg-Strelitz, Nordvorpommern, Stralsund, Greifswald	Vorpommern-Rügen, Mecklenburgische-Seenplatte
<i>Die LINKE</i>	Rügen, Demmin, Ostvorpommern	Vorpommern-Greifswald
<i>Parteilos</i>	Uecker-Randow	-
<i>Gesamt</i>	SPD: 6 Landkreise	3 Landkreise
	CDU: 6 Landkreise	2 Landkreise
	Die LINKE: 3 Landkreise	1 Landkreis
	Parteilos: 1 Landkreis	-

Quelle: Daten des Statistischen Amtes MV; eigene Darstellung.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich in keinem LK ein Kandidat gegen die AmtsinhaberInnen von Landratsposten durchsetzen konnte. Zwischen der CDU und der Partei Die LINKE kam es zweimal zu einem knappen Duell zwischen den AmtsinhaberInnen, was vor allem dafür spricht, dass sowohl Die LINKE als auch die CDU jenseits der Linie Rostock-Güstrow wesentlich stärker verankert sind als die SPD. In keinem der drei östlichen Landkreise gelang es der SPD, einen Kandidaten in die Stichwahl zu bringen. Ein weiteres Bild, das sich bereits bei der Verteilung der Landtags-Direktmandate in Vorpommern-Greifswald zeigte, ist, dass Die LINKE im östlichen Landesteil, gegenüber der CDU, in der regionalen Verankerung aufholt. Die LINKE verpasste die Mandate nur sehr knapp und auch bei der Landratswahl in MSP und VRG bewahrten die CDU zusammen nur rund 8.000 Stimmen davor, alle Landratsämter an Die LINKE zu verlieren.

Ein Phänomen, welches schon seit längerem diskutiert wird, ist das Desinteresse der Bürger an den Stichentscheidungen bei Direktwahlen. Auch in diesem Jahr fiel die Wahlbeteiligung dabei deutlich schwächer aus als bei der Hauptwahl. Effekte wie Bruchlinien zwischen Parteien (CDU vs. LINKE) oder Regionen (Lokalpatriotismus beispielsweise Rügen vs. Nordvorpommern) konnten keine zusätzliche Mobilisierung ausmachen. Es wird daher inzwischen auch in Mecklenburg-Vorpommern die Abschaffung der Stichwahlen in Erwägung gezogen. Auch in Sachsen-Anhalt wird dies diskutiert. Niedersachsen hat diesen Schritt bereits vollzogen.

Tab. 9: Vergleich der Wahlbeteiligung Haupt- und Stichwahl bei den Landratswahlen 2011 in Prozent

LK	Hauptwahl	Stichwahl
Nordwestmecklenburg	51,5	-
Ludwigslust-Parchim	53,9	29,1
Rostock	52,8	22,9
Mecklenburgische Seenplatte	50,2	28,6
Vorpommern-Rügen	48,1	32,7
Vorpommern-Greifswald	50,3	27,7

Quelle: Daten des Statistischen Amtes MV; eigene Darstellung.

²¹ RÜG: Kerstin Kassner, OVP: Barbara Syrbe, DM: Siegfried Konieczny.

5 Die Struktur der neuen Kreistage

Die Größe der Kreistage wurde im Zuge der Kreisgebietsreform ebenfalls neu geregelt. Dabei wurde ein starres Konzept verwendet, welches die Anzahl der Kreistagsmandate anhand der Bevölkerungszahl in den Landkreisen definiert. Unterhalb von 175.000 BürgerInnen wurden 61 Mandate vorgesehen, darüber 69. Sollte ein Kreis größer als 4.000 Quadratkilometer sein, so sollten zur Grundsumme noch acht Mandate hinzugerechnet werden.²²

Bei dieser Zuordnung der Mandate war es somit völlig unerheblich, wie viele Mandate die Kreistage insgesamt in den nun zusammengefassten Gebietskörperschaften gemeinsam besaßen. Nach genauerer Betrachtung bedeutete die Neugliederung vor allem einen massiven Abbau von Kreistagsmandaten und damit auch einen Verlust an politischer Partizipation und Repräsentation.

Tab. 10: Vergleich der Anzahl der Kreistagsmandate in den Großkreisen 2011 mit 2009

LK	2009	2011	Anteil 2011 in Prozent
Nordwestmecklenburg	90	61	67,8
Ludwigslust-Parchim	100	77	77,0
Rostock	106	69	65,1
Mecklenburgische Seenplatte	184	77	41,9
Vorpommern-Rügen	143	69	48,3
Vorpommern-Greifswald	143	69	48,3
Gesamt	766	422	55,1

Quelle: Daten des Statistischen Amtes MV; eigene Darstellung.

Auffällig ist, dass insbesondere die Landkreise überproportional vom Abbau der Kreistagsmandate betroffen sind, welche einen Vorpommern zugehörigen Anteil haben. Insgesamt gehen 344 Mandate verloren, das ist im Landesschnitt ein Abbau von 55,1 Prozent aller Kreistagsmandate. Allein in Vorpommern fallen dabei 148 Mandate weg. Das entspricht einem Anteil von 43,0 Prozent an allen abgebauten Kreistagsmandaten. Im Hinblick auf die Kostenreduktion mag es sich um einen großen Schritt handeln, aber die Auswirkungen auf Bürgernähe und politische Partizipation sowie Repräsentation der Bevölkerung müssen dabei weiterhin beobachtet werden. Auch mit Blick auf die einzelnen Parteien und Gruppierungen sind die Auswirkungen durch die Kreistagneuordnungen deutlich sichtbar.

Tab. 11: Vergleich der Anzahl der Mandatsträger in den Großkreisen 2011 mit 2009

LK	CDU	SPD	LINKE	FDP	B ⁹⁰ /Grüne	WG	Ebw.	NPD	Sonst.
	09/2011	09/2011	09/2011	09/2011	09/2011	09/2011	09/2011	09/2011	09/2011
Nordwestmecklenburg	25/15	26/22	18/11	9/3	4/4	3/3	3/0	2/3	-
Ludwigslust-Parchim	34/21	25/25	19/14	9/4	4/4	5/4	0/1	4/4	-
Rostock	36/20	22/21	20/13	11/3	5/5	4/3	4/1	4/3	-
Mecklenb. Seenplatte	63/22	38/23	46/16	16/3	9/5	8/4	2/0	2/4	-
Vorpommern-Rügen	55/24	17/14	29/14	13/3	3/4	22/7	1/0	3/3	-
Vorpommern-Greifswald	46/19	19/14	33/13	11/2	7/4	19/10	-	8/6	0/1
Gesamt	259/121	147/119	165/81	69/18	32/26	61/31	10/2	23/23	0/1
Prozentualer Unterschied	- 53,3	- 19,1	- 50,9	- 73,9	- 18,8	- 49,2	- 80	+/- 0	+ 100

Quelle: Daten des Statistischen Amtes MV; eigene Darstellung.

Am schwächsten betroffen von der Neustrukturierung waren die SPD und die Bündnisgrünen, die beide durch ihre Zugewinne bei den Kommunalwahlen den Effekt fast ausgleichen konnten. Im

²² Kreisstrukturgesetz Art. 4.

Fall der Bündnisgrünen wurde der Effekt zusätzlich durch die geringe Anzahl der Mandate im Jahr 2009 gebremst, bei der SPD bremsen Zugewinne von 8,2 Prozentpunkten den Verlust von Mandaten deutlich. Besonders die FDP wurde durch den landesweiten Negativtrend und die Mandatsneuberechnung stark getroffen. Sie musste 73,9 Prozent ihrer kommunalen Mandate abgeben. Sowohl die CDU als auch Die LINKE waren aufgrund ihres Kommunalwahlergebnisses ähnlich stark betroffen.

Während die Wählergemeinschaften, entgegen den Diskussionen im Vorfeld der Kreisgebietsreform, relativ stabil blieben, waren neben der FDP vor allem die EinzelbewerberInnen die großen Verlierer der Wahl. Rund 80 Prozent verloren ihr Mandat, was zumindest an dieser Stelle die Befürchtungen der Kritiker der Reform wahr werden ließ. Ein genauerer Blick auf die Anzahl der Wahlbewerbungen von Wählergemeinschaften und EinzelbewerberInnen offenbart jedoch auch, dass deutlich weniger Wählergemeinschaften und EinzelbewerberInnen zur Wahl angetreten waren. Hier sind zwei Schlüsse möglich: Entweder haben sich die Wählergemeinschaften und Einzelbewerber konsolidiert (beispielsweise: Kompetenz für Vorpommern) um ihre Kräfte zu bündeln oder die vorangegangene Diskussion über schwindende Wahlchancen in den Großkreisen hat zu vorauseilendem Gehorsam geführt. Mit Blick auf das Gesamtergebnis der Wählergemeinschaften kann hier kein einseitiger Nachteil festgestellt werden. Insofern hat sich die Kritik im Vorfeld, mit der Kreisgebietsreform gehe ein Stück kommunalpolitischer Kultur verloren, nicht bewahrheitet.

Tab. 12: Vergleich der Anzahl der Wählergemeinschaften und Einzelbewerber in den Großkreisen 2011 mit den akkumulierten Strukturen von 2009

LK	WG 09/2011	Ebw. 09/2011
Nordwestmecklenburg	4/2	9/1
Ludwigslust-Parchim	5/4	4/1
Rostock	5/3	20/5
Mecklenb. Seenplatte	4/2	10/2
Vorpommern-Rügen	9/4	4/4
Vorpommern-Greifswald	12/6	3/0
Gesamt	39/21	50/13
Prozentualer Unterschied	- 46,2	- 74,0

Quelle: Daten des Statistischen Amtes MV; eigene Darstellung.

6 Die Probe aufs Exempel: Schon 2014 wird wieder gewählt

Um im Land keine unterschiedlichen Kommunalwahltermine zu etablieren, wird die aktuelle Wahlperiode verkürzt und somit im Jahr 2014 zu Ende gehen.²³ Dann werden sich die Kommunen eingespürt haben und die langfristigen Auswirkungen der Kreisgebietsreform langsam zum Vorschein treten. Auch die Erwartungen und Vorbehalte gilt es dann an diesen Erfahrungen zu prüfen. Für den Moment ist jedoch festzustellen, dass sich die politischen Machtverhältnisse durch die Kreisgebietsreform nicht zugunsten einer Partei verändert haben. Der Vorwurf, dass im Gesetzgebungsverfahren einseitig zugunsten einer oder mehrerer politischer Kräfte gearbeitet worden sei, lässt sich durch nichts belegen und kann somit als haltlos angesehen werden. Das gute Abschneiden der SPD ist letztlich eine Rückkehr zu einem Ergebnis, welches bereits in den 1990ern als „normal“ anzusehen war.

²³ Kreisstrukturgesetz § 32 Abs. 3.

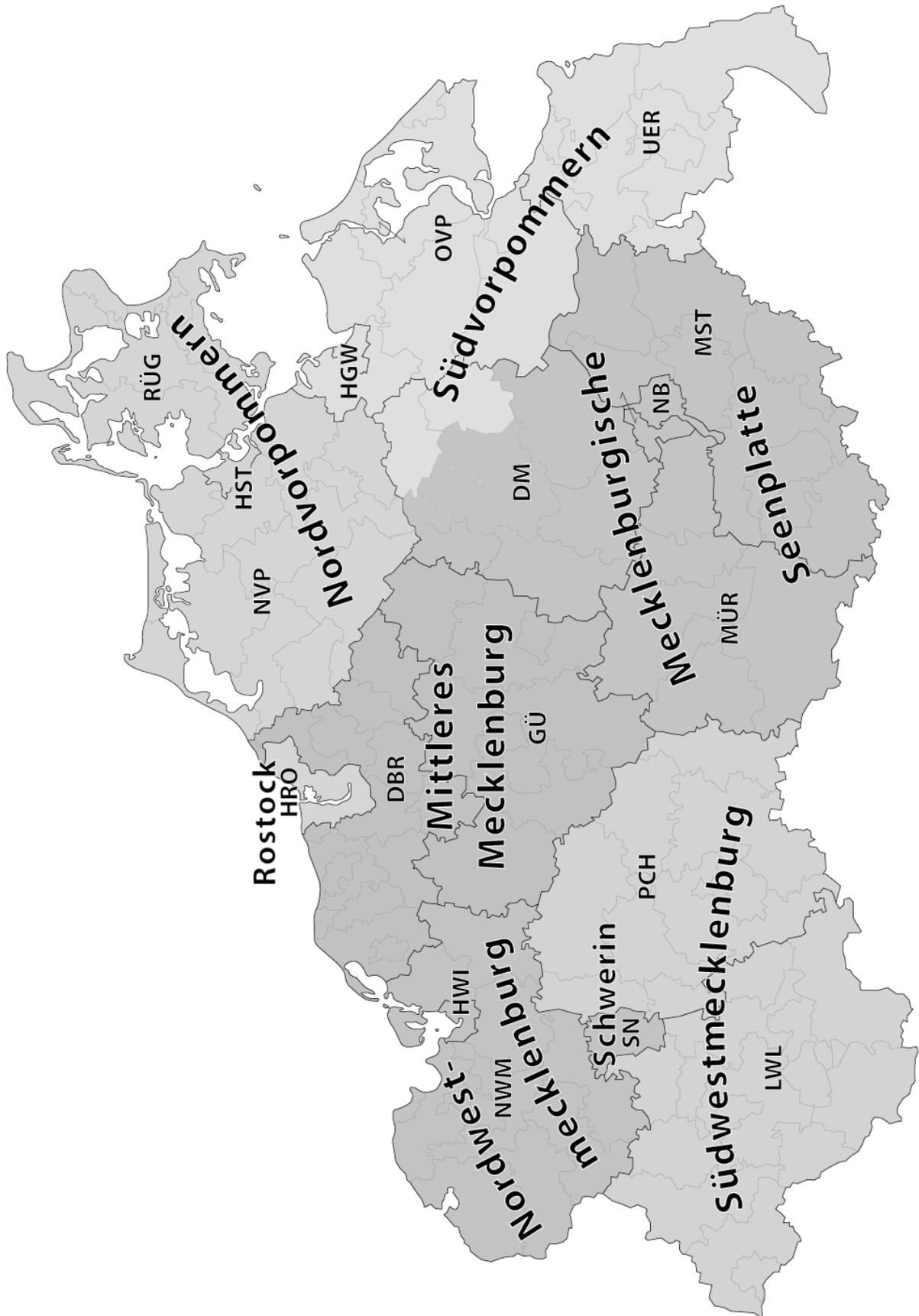
Auch die Verteilung der Landratsposten hat nur wenig Neues ergeben. Die SPD ist in ihren Hochburgen weiterhin erwartungsgemäß stark vertreten. Den Zweikampf zwischen CDU und Die LINKE in Vorpommern konnte die CDU knapp zu ihren Gunsten entscheiden, sodass Die LINKE die wahre Verliererin dieser Runde der Landratswahlen ist. Jedoch musste auch die CDU Posten abgeben. Es ist schon fast eine Ironie des Schicksals, dass jeweils die Junior-Partner der SPD, die beide an der Kreisgebietsreform mitgearbeitet haben, bei den Landratswahlen Abstriche in Kauf nehmen mussten, während die SPD unverändert stark aufgestellt ist.

Die Wählergemeinschaften wurden durch die Reform bei Weitem nicht so geschwächt, wie es viele erwarteten. Gerade in Vorpommern-Greifswald haben sie zudem gezeigt, dass es mit einer gemeinschaftlichen Arbeit durchaus möglich ist, auch in einem Großkreis stark vertreten zu sein.

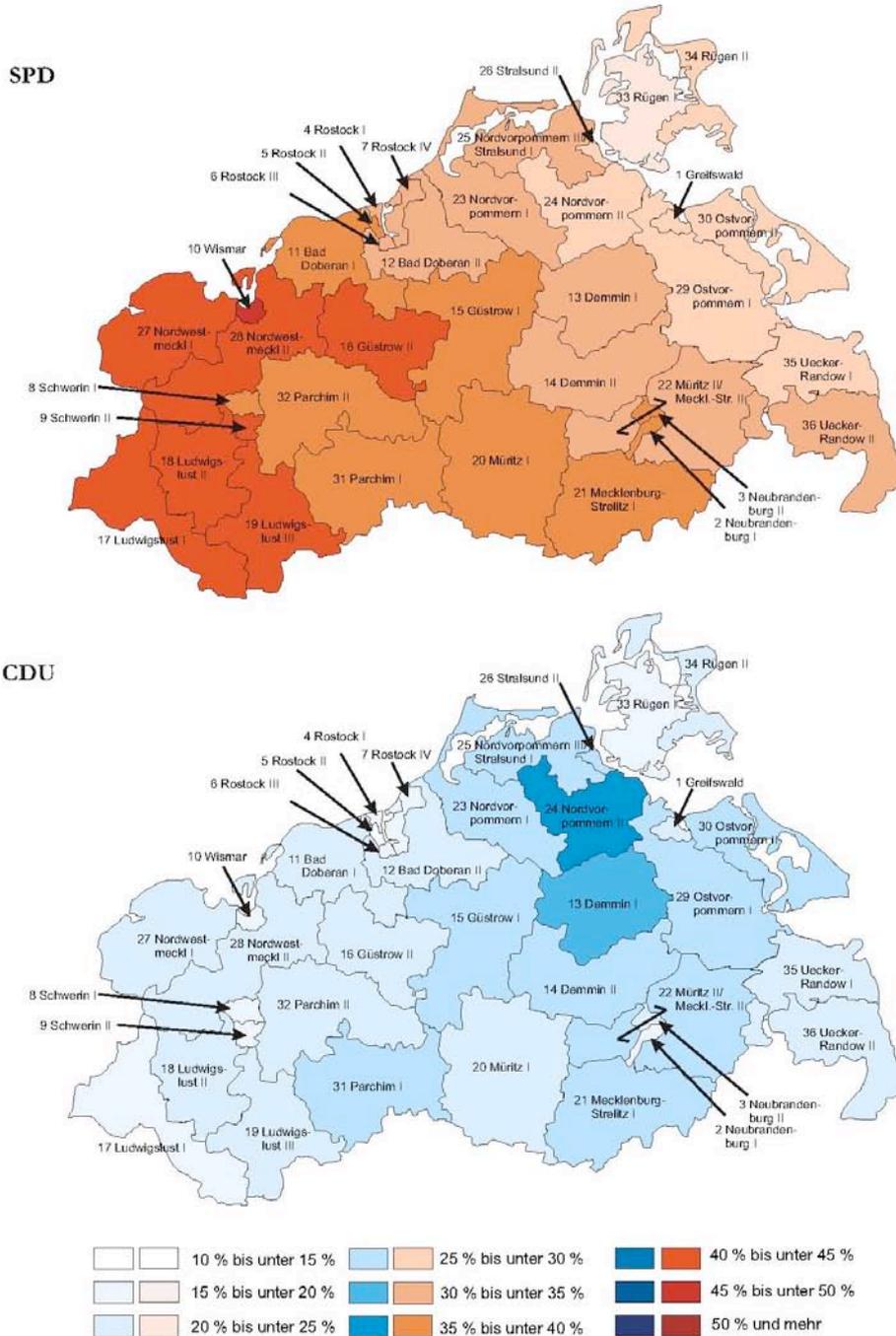
EinzelbewerberInnen hatten dagegen tatsächlich deutlich weniger Chancen, aber sich offensichtlich auch deutlich weniger zugetraut, denn knapp 70 Prozent von ihnen traten nicht zur Wiederwahl an. Hier könnten die nächsten Kommunalwahlen 2014 eine Veränderung mit sich bringen. Ebenso könnten Wählergemeinschaften in den neuen Kreisen Fuß fassen, sofern sie bereit sind, ihren Lokalpatriotismus einzugrenzen. Schwer wird es vor allem für Wählergemeinschaften, die stark lokal begrenzt sind (beispielsweise in Vorpommern-Rügen) und letztlich aufgrund des Gegenwichts aus den anderen Gebietskörperschaften nicht genügend Stimmen für eine hohe Anzahl von Mandaten erringen können.²⁴

Abschließend kann konstatiert werden, dass die Kommunal- und Direktwahlen zwar die SPD gestärkt haben, doch erst ab 2014 wird wirklich deutlich werden, wie sich Mecklenburg-Vorpommern kommunalpolitisch langfristig aufstellen wird.

²⁴ Vgl. Kommunalwahlergebnis 2009 in NVP und Rügen, Daten des Statistischen Amtes MV.

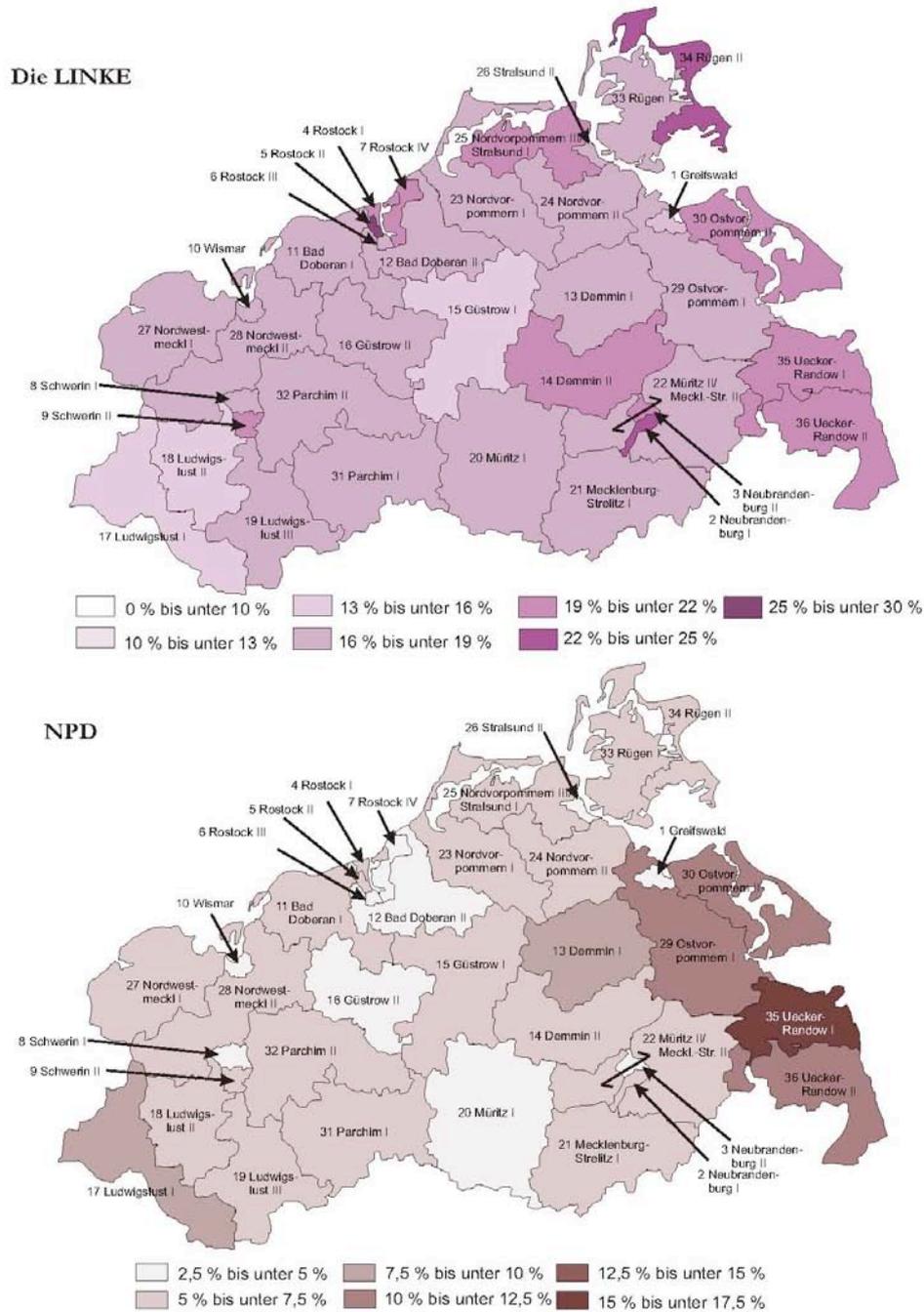


Karte 1: Ergebnisse von SPD und CDU bei der Landtagswahl 2011 in Mecklenburg-Vorpommern nach Wahlkreisen



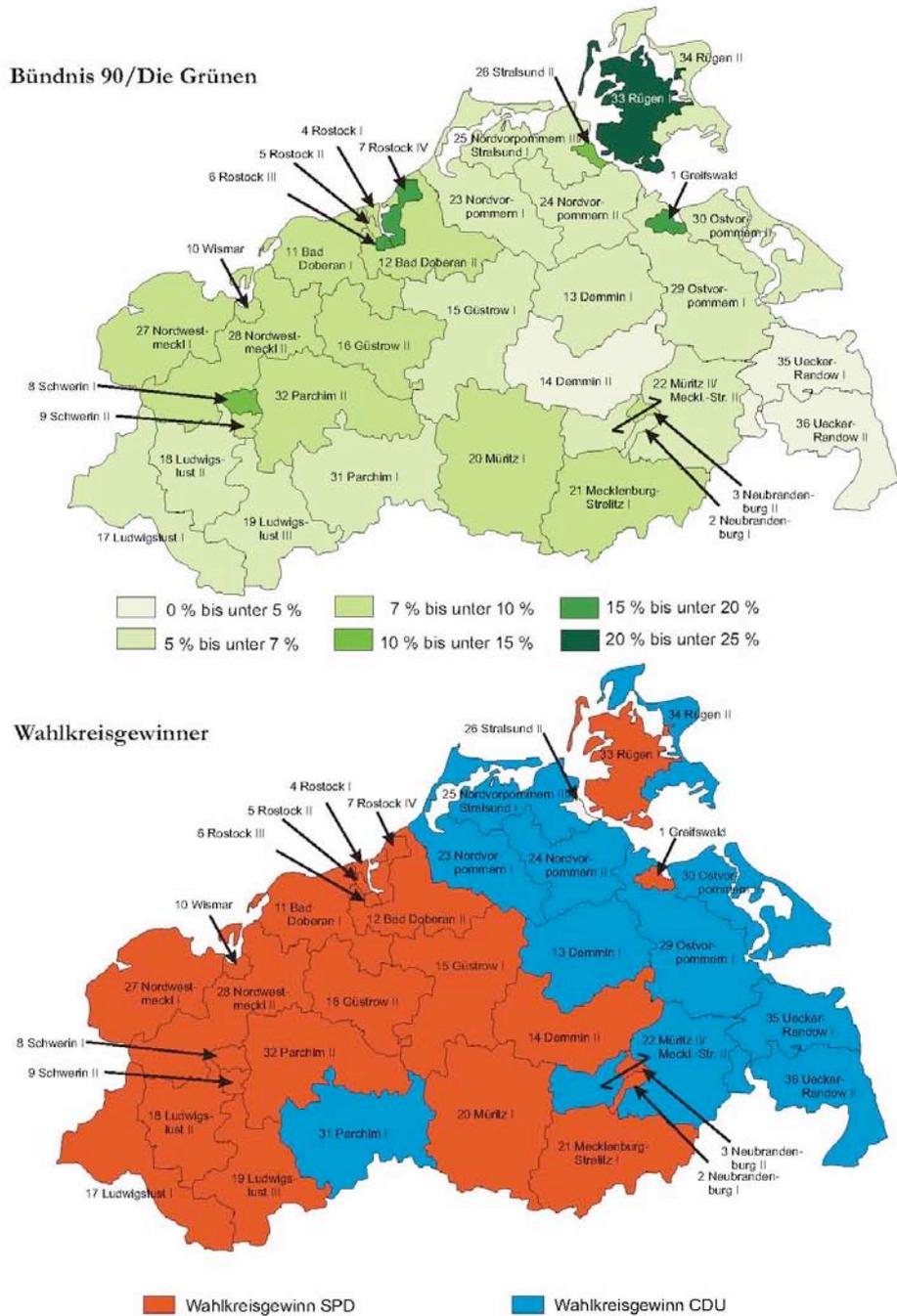
Darstellung: Steffen Schoon.

Karte 2: Ergebnisse von DIE LINKE und NPD bei der Landtagswahl 2011 in Mecklenburg-Vorpommern nach Wahlkreisen



Darstellung: Steffen Schoon.

Karte 3: Ergebnisse von Bündnis 90/Die Grünen nach Wahlkreisen sowie Wahlkreisgewinner bei der Landtagswahl 2011 in Mecklenburg-Vorpommern



Darstellung: Steffen Schoon.

Die Autoren

- Maria Bischoff** Geboren 1987 in Berlin, B.A.-Studentin der Politikwissenschaft und der Sprachliche Kommunikation und Kommunikationsstörungen, Studentin am IPV.
- Timm Flüge** Geboren 1990 in Güstrow, Lehramtsstudent für Gymnasien: Deutsch, Geschichte und Sozialwissenschaften, Student am IPV.
- Othmara Glas** Geboren 1991 in Plauen, B.A.-Studentin der Politikwissenschaft und des Öffentliches Rechts, Studentin am IPV.
- Benjamin Hein** Geboren 1991 in Güstrow, Lehramtsstudent für Gymnasien: Mathematik und Sozialwissenschaften, Student am IPV.
- Gudrun Heinrich** **Dr. phil.**, geboren 1965 in Frankfurt am Main, Arbeitsstelle für Politische Bildung am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften.
- Maximilian Heinz** Geboren 1987 in Berlin, B.A.-Student der Politikwissenschaft und der Geschichte, Student am IPV.
- Philipp Huchel** Geboren 1989 in Neubrandenburg, B.A.-Student der Politikwissenschaft und der Geschichte, Student am IPV.
- Michael Koch** **B.A.**, geboren 1987 in Stralsund, M.A.-Student der Politikwissenschaft. Student am IPV.
- Martin Koschkar** **M.A.**, geboren 1982 in Wismar, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften. Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre.
- Michael Maser** **M.A.**, geboren 1980 in Elsterwerder, studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Soziologie, Alumnus des IPV.
- Christian Nestler** **M.A.**, geboren 1984 in Rostock, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften. Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre.
- André Olbrich** **B.A.**, geboren 1987 in Hennigsdorf, M.A.-Student der Politikwissenschaft an der FU Berlin, Alumnus des IPV.
- Sebastian Poling** Geboren 1989 in Hamburg, B.A.-Student der Politikwissenschaft und der Erziehungswissenschaft, Student am IPV.
- Stefan Rausch** Geboren 1990 in Neubrandenburg, B.A.-Student der Politikwissenschaft und der Kommunikationswissenschaften, Student am IPV.

- Christopher Scheele** **M.A.**, geboren 1982 in Hannover, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften. Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre.
- Steffen Schoon** **Dr. rer. pol.**, geboren 1974 in Malchin, war bis August 2009 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften. Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre, seit September 2009 Referent in der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern
- Anne Schwartz** Geboren 1990 in Güstrow, B.A.-Studentin der Politikwissenschaft und der Geschichte, Studentin am IPV.
- Martin Warning** Geboren 1987 in Güstrow, B.A.-Student der Politikwissenschaften und der Erziehungswissenschaften, Student am IPV.

Publikationen der Arbeitsgruppe „Politik und Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern“ (Auswahl, nach Erscheinungsjahr gelistet)

a) Einzelveröffentlichungen/Sammelbände

SCHOON, Steffen; LEHMANN, Arne (Hrsg.): Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2009 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 29).

HESS, Katharina: Migration und Integration in Mecklenburg-Vorpommern. Hamburg 2008.

SCHOON, Steffen: Wählerverhalten und politische Traditionen in Mecklenburg und Vorpommern (1871-2002). Eine Untersuchung zur Stabilität und strukturellen Verankerung des Parteiensystems zwischen Elbe und Ostsee. Mit einer CD-ROM: Text, Abbildungen und Tabellen, Wahldaten, statistische Analysen und Wahlkarten. Düsseldorf 2007 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; 151).

SCHOON, Steffen; WERZ, Nikolaus (Hrsg.): Die Landtagswahl 2006 in Mecklenburg-Vorpommern. Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler. Rostock 2007 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 27).

BONIN, Jenny; WERZ, Nikolaus u.a.: Baltic Cities and Migration. Contributions of the UBC Workshop Baltic Cities and Migration. Problems – Potentials – Perspectives, 05-07 Oktober 2006 in Rostock.. Rostock 2006 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 26).

SCHOON, Steffen; SAß, Britta; SAALFELD, Johannes: Kein Land(tag) in Sicht? – Bündnis 90/Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern. hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern, München 2006.

HEINRICH, Gudrun (Hrsg.): Beiträge zu Fragen von Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus. Rostock 2005 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 25).

WERZ, Nikolaus u.a.: Kooperation im Ostseeraum. Eine Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen und politischen Kooperation unter besonderer Berücksichtigung der neuen Bundesländer. Rostock 2005 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 24).

HENNECKE, Hans Jörg (Hrsg.): Staats- und Verwaltungsmodernisierung in Mecklenburg-Vorpommern. Anregungen, Standpunkte und Perspektiven zur Reformdebatte, Rostock 2004 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 21).

SCHOON, Steffen u.a.: Die Kommunalwahlen 2004 in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2004 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 22).

WERZ, Nikolaus; NUTHMANN, Reinhard (Hrsg.): Abwanderung und Migration in Mecklenburg-Vorpommern. Wiesbaden 2004.

HEINRICH, Gudrun; WERZ, Nikolaus (Hrsg.): Forschungen in Mecklenburg-Vorpommern zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Rostock 2003 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 18).

JAHN, Detlef; WERZ, Nikolaus (Hrsg.): Politische Systeme und Beziehungen im Ostseeraum. München: Olzog 2002.

WERZ, Nikolaus u.a.: Kommunale Direktwahlen in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2001 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 15).

WERZ, Nikolaus; HENNECKE, Hans Jörg (Hrsg.): Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern. München 2000.

WERZ, Nikolaus; SCHMIDT, Jochen (Hrsg.): Mecklenburg-Vorpommern im Wandel. Bilanz und Ausblick. München 1998.

WERZ, Nikolaus; SCHMIDT, Jochen: Wahlen in Mecklenburg und Vorpommern. Rostock 1996 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 6).

b) Aufsätze/ Artikel

WERZ, Nikolaus: Land Mecklenburg-Vorpommern; in: ANDERSEN, Uwe; WOYKE, Wichard (Hrsg.) Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 6. Auflage, Wiesbaden 2009. S. 364-370.

SCHWIEBELMANN, Christian: Blockflöten im Parteienkonzert? Das Beispiel der Nordost-CDU von der Gründung bis zur Gegenwart, in: Deutschland Archiv, 42. Jg. (2009) H. 3, S. 414-424.

LANGER, Kai; LEHMANN, Arne: 18 Monate Populismus und Provokation, in: BRODKORB, Mathias; SCHLOTSMANN, Volker (Hrsg.): Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2008. S. 63-96.

SCHOON, Steffen: Das Parteiensystem in Ostdeutschland - regionalisiert, fragmentiert und funktionsgestört, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 20 (2008), H. 1, S. 37-46.

SCHOON, Steffen: Parteiendemokratie und demografischer Wandel am Beispiel Ostdeutschlands, in: WERZ, Nikolaus (Hrsg.): Demografischer Wandel. Baden-Baden 2008 (Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft [DGfP]; 25), S. 93-110.

SCHWIEBELMANN, Christian: Die politische „Wende“ 1989/90 und die Christdemokraten im Norden der DDR, in: Zeitgeschichte regional 2/2008, S. 89-104.

HEINRICH, Gudrun; SCHOON, Steffen: The 2006 Landtag Election of Mecklenburg-Western Pomerania, in: German Politics, Volume 16 (2007), Issue 4, p. 526 - 533.

WERZ, Nikolaus; SCHOON, Steffen: Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 17. September 2006: Ein halber Regierungswechsel und das Ende des Dreiparteiensystems, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Jg. 38 (2007), H. 1; S. 67-83.

SCHWIEBELMANN, Christian: Norddeutsch, protestantisch, liberal - Gründerpersönlichkeiten der CDU in Mecklenburg-Vorpommern, in: Historisch-Politische Mitteilungen, Bd. 13 (2006), S.25-46.

SCHOON, Steffen; WERZ, Nikolaus: Die Bundestagswahl 2005 in den neuen Ländern, in: Deutschland Archiv, Jg. 38 (2005), H. 6, S. 972-980.

HEINRICH, Gudrun: Die PDS als Regierungspartei in Mecklenburg-Vorpommern, im Spagat zwischen Oppositionsspielweise und Regierungsalltag, in: Vorgänge, Jg. 43 (2004), H. 4, S. 92-100.

WERZ, Nikolaus; SCHMIDT, Jochen: Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 22. September 2002: Bestätigung der rot-roten Koalition mit Gewinnern und Verlierern, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 34 (2003), H.1, S. 60-79.

SCHOON, Steffen: Zwischen „Ostkompetenz“ und Entzauberung. Die PDS und ihre Wähler in Mecklenburg-Vorpommern zwischen 1994 und 1998, in: Deutschland Archiv, 34. Jg. (2001), H.5, S. 777-784.

WERZ, Nikolaus; SCHMIDT, Jochen: Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 27. September 1998: Weichenstellung zur rot-roten Koalition, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 30 (1999), H.1, S. 97-116.

WERZ, Nikolaus; SCHMIDT, Jochen: Fragile Mehrheit der Sozialdemokraten. Die Stabilisierung eines Dreiparteiensystems in Mecklenburg-Vorpommern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.10.1998, S. 15.

WERZ, Nikolaus: Nach den Wahlen. Das Problem des Rechtsextremismus ist nur aufgeschoben, in: Gegenwartskunde, (1998), H. 4, S. 419-424.

SCHMIDT, Jochen; WERZ, Nikolaus: Das Dilemma der SPD. In Mecklenburg-Vorpommern gelingt es den Sozialdemokraten nur schwer, zwischen CDU und PDS Fuß zu fassen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.10.1994, S. 12.

Ausgaben der Reihe „Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung“

- Heft 1** Jürgen Rüländ: Neue Wege der Zusammenarbeit in Süd-Ost-Asien. Rostock 1994.
- Heft 2** Christian Wagner: Regionale Konflikte, Rüstungswettlauf und nukleare Proliferation in Südasien. Rostock 1995
- Heft 3** Peter Birle/Nikolaus Werz: Argentinien nach den Wahlen vom Mai 1995. Stellungnahmen argentinischer Wissenschaftler und Politiker aus Anlaß des Symposiums „Argentinien – Politik, Kultur und Außenbeziehungen“ vom 30.6. bis 2.7.1995 in Rostock. Rostock 1995.
- Heft 4** Jost Bandelin/Gerald Braun/Jürgen Rüländ: Wirtschaftspartner Asien: Mecklenburg-Vorpommerns Unternehmer auf der Suche nach neuen Märkten. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung. Rostock 1995.
- Heft 5** Jürgen Rüländ: The Asia-Europe Meeting (ASEM): Towards a New Euro-Asian Relationship? Rostock 1996.
- Heft 6** Nikolaus Werz/Jochen Schmidt: Wahlen in Mecklenburg und Vorpommern. Rostock 1996.
- Heft 7** Christian Wagner: Politischer Wandel und wirtschaftliche Reformen in Indien. Rostock 1997.
- Heft 8** Conchita Hübner: Auswirkungen des Transformationsprozesses auf die Situation von Frauen in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 1997.
- Heft 9** Martina Zellmer-Bjick: Canada's Asia-Pacific Policy on the Eve of the APEC-Summit. Rostock 1997.
- Heft 10** Falko Brinner/Michael Storck: Vom Feindbild zur Armee der Einheit. Die Bundeswehr der Einheit aus der persönlichen Sicht von zwei betroffenen Soldaten. Rostock 1998.
- Heft 11** Johann-Friedrich Engel: Tourismus und Tourismuskonzepte in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 1999.
- Heft 12** Friedrich Welsch/Nikolaus Werz: Der Wahlsieg und der Regierungsbeginn von Hugo Chávez Frías in Venezuela. Rostock 1999.
- Heft 13** Yves Bizeul/Matthias Schulz: Die deutsch-französischen Beziehungen. Rückblick und aktueller Stand. Rostock 2000.
- Heft 14** Conchita Hübner-Oberndörfer: Transformation des Bildungswesens in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990. Rostock 2001.
- Heft 15** Nikolaus Werz u.a.: Kommunale Direktwahlen in Mecklenburg-Vorpommern Rostock 2001.
- Heft 16** Dieter Schröder u.a.: Peripherer ländlicher Raum – zum Beispiel der Landkreis Demmin. Rostock 2002.
- Heft 17** Yves Bizeul u.a.: 10 Jahre Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften. Ehrenpromotion von Prof. Dr. Dieter Schröder. Rostock 2002.

- Heft 18** Gudrun Heinrich/Nikolaus Werz (Hrsg.): Forschungen in Mecklenburg-Vorpommern zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Rostock 2003.
- Heft 19** Gudrun Heinrich (Hrsg.): Qualitätssicherung und Nachhaltigkeit in der Arbeit gegen Rechtsextremismus. Rostock 2004.
- Heft 20** Gudrun Heinrich (Hrsg.): Jugend und Politik – Verdrossenheit? Rostock 2004.
- Heft 21** Hans Jörg Hennecke (Hrsg.): Staats- und Verwaltungsmodernisierung in Mecklenburg-Vorpommern. Anregungen, Standpunkte und Perspektiven zur Reformdebatte. Rostock 2004.
- Heft 22** Steffen Schoon u.a.: Die Kommunalwahlen 2004 in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2004.
- Heft 23** Dörte Ahrendt-Völschow: Die Lateinamerikawissenschaften an der Universität Rostock von 1958 bis 1995. Rostock 2004.
- Heft 24** Nikolaus Werz u.a.: Kooperation im Ostseeraum. Eine Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen und politischen Kooperation unter besonderer Berücksichtigung der neuen Bundesländer. Rostock 2005.
- Heft 25** Gudrun Heinrich u.a.: Beiträge zu Fragen von Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus. Rostock 2005.
- Heft 26** Jenny Bonin/Nikolaus Werz u.a.: Baltic Cities and Migration. Contributions of the UBC Workshop Baltic Cities and Migration. Problems – Potentials – Perspectives, 05-07 Oktober 2006 in Rostock. Rostock 2006.
- Heft 27** Steffen Schoon/Nikolaus Werz (Hrsg.): Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler. Rostock 2006.
- Heft 28** Arne Lehmann: Gründe und Folgen des Brain Drain in Mecklenburg-Vorpommern. Zur Abwanderung in einem ostdeutschen Flächenland. Rostock 2008.
- Heft 29** Steffen Schoon/Arne Lehmann (Hrsg.): Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2009.
- Heft 30** Mykola Myhailovich Izha/Friedhelm B. Meyer zu Natrup: Politik und Verwaltung. Rostock 2010.
- Heft 31** Martin Koschkar/Christopher Scheele (Hrsg.): Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler. Rostock 2011.

Die Reihe als PDF: <http://www.wiwi.uni-rostock.de/ipv/forschung/publikationsreihe>.